

234/KOMM XXIV. GP

KORRIGIERTE FASSUNG laut Beschluss gemäß § 23 VO-UA vom 9. Oktober 2012
(siehe Anhang bzw. Fußnoten)

Kommuniké

**des Untersuchungsausschusses zur Klärung von Korruptionsvorwürfen
(910/GO XXIV. GP)**

Untersuchungsausschussprotokoll der 35. Sitzung vom 6. Juni 2012 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss zur Klärung von Korruptionsvorwürfen hat am 18. November 2011 einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

Der Ausschuss hat weiters einstimmig beschlossen, dass für den Fall, dass gemäß § 23 Abs. 3 VO-UA Einwendungen gegen Fehler in der Protokollierung erhoben werden und diese vom Ausschuss mit Beschluss anerkannt werden, die Parlamentsdirektion zu beauftragen ist, die Internetversion zu berichtigen und als solche auch zu kennzeichnen.

Hinweis: Dieses Protokoll wird im Falle von konkreten von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobenen Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger, die vom Untersuchungsausschuss anerkannt wurden, korrigiert.

PROTOKOLL

**Untersuchungsausschuss
zur Klärung von Korruptionsvorwürfen**

35. Sitzung / öffentlicher Teil

vom 6. Juni 2012

Gesamtdauer der Sitzung:

9.08 Uhr – 18.15 Uhr

Wien, 2012 06 06

Mag. Christine Lapp

Schriftführerin

Dr. Gabriela Moser

Obfrau



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

zur

Klärung von Korruptionsvorwürfen



Protokoll

(verfasst vom Stenographenbüro)

35. Sitzung/ öffentlicher Teil

Mittwoch, 6. Juni 2012

Gesamtdauer der 35. Sitzung
9.08 Uhr – 18.15 Uhr

Lokal VI

Auskunftspersonen

(35. Sitzung; Mittwoch, 6. Juni 2012)

Brigadier Ing. Manfred Blaha	3
Generalmajor Ing. Peter SKORSCH	42
Dipl.-Ing. Oliver SCHMEROLD	92
Mag. Andrea VARGA, LL.M.	121

Beginn der Sitzung: 9.08 Uhr

Obfrau Dr. Gabriela Moser eröffnet die 35. Sitzung des Untersuchungsausschusses, begrüßt alle Anwesenden und ersucht darum, die **erste Auskunftsperson** in den Sitzungssaal zu bitten.

Auskunftsperson Brigadier Ing. Manfred Blaha

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn **Brigadier Ing. Manfred Blaha** als **Auskunftsperson**.

Ich darf die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam machen, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales! Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Brigadier Ing. Manfred Blaha, ich danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung möchte ich Sie an Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: **Brigadier Ing. Manfred Blaha**. Ihre Personaldaten liegen sowohl der Parlamentsdirektion als auch mir vor.

Herr Ing. Blaha, Sie sind **öffentlich Bediensteter**. Gemäß § 6 Verfahrensordnung dürfen Sie sich bei Ihrer Einvernahme **nicht** auf die Amtsverschwiegenheit berufen. Ihre vorgesetzte Dienstbehörde wurde von Ihrer Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt, und Ihre Dienstbehörde hat keine Mitteilung gemacht, dass sie die Wahrung der Vertraulichkeit Ihrer Aussagen für erforderlich hält.

Herr Ing. Blaha, auf die **Aussageverweigerungsgründe** nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Sie haben auch eine **Vertrauensperson** beigezogen, deren vollständiger Name lautet: **Dr. Gerhart Wielinger**. Die weiteren Personaldaten sind der Parlamentsdirektion und mir bekannt.

Ich frage die Mitglieder des Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Wielinger als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Ich darf auch Sie an die **strafrechtlichen Folgen** einer **falschen Beweisaussage** als Beteiligter erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. – Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zu einer falschen Beweisaussage haben.

Ihre **Aufgabe** ist die Beratung der **Auskunftsperson**. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden.

Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Herr Ing. Blaha, wollen Sie von der Möglichkeit Gebrauch machen, vor Beginn der Befragung Ihre Sicht der Dinge in Form einer 10-minütigen Erzählung dem Ausschuss darzulegen? (*Die Auskunftsperson **verneint** dies. – Die Obfrau erteilt als erstem Fragesteller Abg. Donnerbauer das Wort.*)

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Herr Ing. Blaha, wie wir Unterlagen entnehmen konnten, waren Sie doch längere Zeit und auch intensiv mit dem Projekt Behördenfunk/Blaulichtfunk, wie immer man es bezeichnen will, befasst.

Könnten Sie uns einmal ganz allgemein sagen, wie lange Sie sich schon mit dem Thema **Beschaffung Behördenfunk** im Innenministerium beschäftigt, in welcher Funktion und wie sich der Ablauf gestaltet hat?

Auskunftsperson Brigadier Ing. Manfred Blaha: Ich bin mit dem Projekt ADONIS, mit dem ersten Funkprojekt, befasst worden, war in die Vorbereitungsplanungen des Projekts im Grunde seit 1997 involviert, im Rahmen des Innenministeriums, der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, und ab 2000 als Projektleiter beschäftigt in der damaligen Abteilung II/25, die die technische Koordination als Aufgabe hatte, in der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit. Ich habe das Projekt durch den gesamten Beschaffungsvorgang geleitet und war praktisch bis zum Vertragsende in der Funktion des Projektleiters.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Sie haben gesagt, seit 1997 waren Sie in der Vorbereitung dieses Projektes tätig. Das heißt, es hat schon ab 1997 das Projekt ADONIS gegeben. Hat es damals schon so geheißen? Haben damals schon die Vorarbeiten unter diesem Titel begonnen?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Ja, bereits 1997 ist es unter dem Titel **ADONIS** gegründet worden.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Was war die Zielsetzung zu Beginn? Als man begonnen hat, an diesem Projekt zu arbeiten, was war da die Idee dahinter?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Die Idee, die 1997 mit dem Titel Projekt ADONIS begonnen hatte, war, ein gemeinsames Funksystem für alle Blaulicht-Organisationen Österreichs zu errichten und zu betreiben. Es war also das Ziel, durch diese neue Technologie, die zur Verfügung gestanden ist, erstmals den Blaulicht-Organisationen

die gemeinsame Kommunikation zu ermöglichen, sowohl im täglichen Einsatz als auch natürlich aus den Erfahrungen, die wir in Galtür und bei ähnlichen Katastrophen gemacht haben, dass die Kommunikation zwischen den Rettungen, Feuerwehren, Polizei, Einsatzkräften aller Art **nicht** funktioniert. Es ging darum, da eine Brücke zu schaffen, ein neues Medium zu schaffen, um eben diese Kommunikation zu gewährleisten.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Wir wissen von einigen anderen Aussagen am gestrigen Tag, dass auch das Innenministerium – das spielt auch eine Rolle im Rechnungshofbericht – da eine ureigene Zielsetzung verfolgt hat, nämlich den Ersatz ihres bisherigen analogen Funksystems. Wie würden Sie das bewerten? Sie haben jetzt gesagt, das vorrangige Ziel war, dieses gemeinsame Funksystem zu schaffen. Wie verhält es sich da mit der Notwendigkeit, alleine aus dem Innenressort heraus für die Exekutive ein **digitales Funknetz** zu errichten? War das auch eine Triebfeder – oder ist vor allem im Vordergrund ein gemeinsames Funksystem für alle Blaulichtorganisationen gestanden?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Es ist natürlich auch eine wesentliche Grundlage des Projekts gewesen, dass wir als Innenministerium, wir als Exekutive selbst auch ein neues Funksystem benötigten und noch immer benötigen, wo wir es heute noch nicht haben. Die Grundsatzplanung des alten Funksystems ist in den 1960-er Jahren entstanden, auch wenn die Technologie in der Zwischenzeit aus den 1980-ern, frühen 1990-ern war, aber unsere Situation war und ist, dass wir für die alten Funkgeräte, für die analoge Technik einfach keine Ersatzteile mehr bekommen.

Daher ist es für uns auch ein sehr vitales Interesse, dieses Funkprojekt umgesetzt zu haben.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Wie würden Sie das einschätzen: Wenn man von Beginn an sofort gesehen hätte, das funktioniert nicht, die Länder, die Einsatzorganisationen tun nicht mit, hätte man trotzdem für das Innenressort, für die ureigensten Aufgaben der Exekutive ein neues Funksystem benötigt und auch ein solches Projekt gestartet – oder war die Zusammenführung aller Einsatzorganisationen ein essentielles Element dieses Projekts?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Das ist eher gemischt zu betrachten. Natürlich war für unser Innenministerium primäres Interesse, unsere eigene Kommunikation sicherzustellen und da eine neue Technologie zu haben. Das heißt, natürlich hat es auch schon vor 1997 erste Überlegungen gegeben, und damals ist man von einem reinen Polizei- oder damals Polizei- und Gendarmeriefunknetz ausgegangen. Aber gerade zum einen aus wirtschaftlichen Überlegungen und zum anderen natürlich durch die Möglichkeiten, die die neue Technologie bietet, haben wir gesehen, dass es sehr, sehr viele Vorteile bringt, wenn alle Blaulicht-Organisationen gemeinsam in diesem Funksystem partizipieren und gemeinsam arbeiten.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Wie hat es sich dann weiterentwickelt ab dieser ersten Projektidee, bis es zur Ausschreibung im Jahr 2000 oder 2001 gekommen ist? Was waren die Vorarbeiten? Hat es dann Gespräche mit den anderen Organisationen gegeben? Das ist ja ein wesentlicher Kritikpunkt des Rechnungshofes gewesen, dass man im Vorfeld schon zu wenig mit den anderen Nutzern verbindliche Vereinbarungen getroffen hat oder sich in irgendeiner Form geeinigt hat, um für den Anbieter eine klarere Leistungsbeschreibung liefern zu können.

Was waren jetzt die Arbeiten von 1997, bis dann wirklich konkret das Projekt ADONIS ausgeschrieben wurde?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Wir hatten eine Vielzahl von Gesprächen, Präsentationen, Diskussionen mit den anderen Blaulicht-Organisationen, mit dem Bundesfeuerwehr-Verband. Wir sind durch die Bundesländer gefahren und haben in den Ämtern der Landesregierungen Präsentationen und Diskussionsrunden abgehalten, mit Vertretern der Blaulicht-Organisationen, um **Werbung** für dieses Projekt zu machen.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Und wie war das Feedback, wie war Ihr Eindruck da? Waren Sie persönlich bei solchen Präsentationen, bei diesen Gesprächen auch dabei?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Ich war bei sehr, sehr vielen dieser Präsentationen in meiner Funktion als Projektleiter persönlich mit dabei.

Der Eindruck, den ich von sehr, sehr vielen, vor allem Vertretern der Blaulicht-Organisationen hatte, war, dass die eigentlich genau unter demselben Druck wie wir vom Innenministerium stehen, dass sie veraltete Technik haben, die sie erneuert haben wollen – nicht nur erneuert haben wollen, sondern erneuert bekommen **müssen** –, weil sie auch vor der Situation stehen, dass sie zum Beispiel keine Ersatzteile mehr bekommen.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Die Kosten eines solchen Systems sind ja wohl, nehme ich an, immer auch ein wesentlicher Teilbereich oder eine wesentliche Frage, die auch eine Rolle spielt.

Haben die bei diesen Präsentationen auch schon eine Rolle gespielt? Hat man damals schon Schätzungen genannt oder gesagt, das können wir überhaupt nicht abschätzen, was das kosten wird, wir müssen vorher eine Ausschreibung machen?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Kostenabschätzungen **vor** einer solchen Ausschreibung sind sehr, sehr schwer bis unmöglich und wurden daher auch vermieden, um dann nicht falsche Zahlen in Umlauf zu setzen, die dann in der Diskussion nie wieder wegzubringen sind, oder um auch nicht falsche Erwartungen zu wecken.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Bei den Präsentationen in den Ländern, bei den Einsatzorganisationen wird ja diese Frage schon gekommen sein, nehme ich an. Also ich kann mir nicht vorstellen, dass man sich das präsentieren lässt und sagt: Okay, sehr nett, gehen wir wieder nach Hause und schauen wir, dass wir das machen!

Da sind keine Zahlen genannt worden? (*Ing. Blaha: Keine konkreten Zahlen!*) Da konnten noch keine genannt werden.

Ich frage das nur deswegen – wir werden dann nochmal darauf zurückkommen –, weil ja offensichtlich auch ein Punkt bei der Auseinandersetzung mit dem Konsortium master-talk war – zumindest wurde das in der Begründung angeführt –, dass falsche und unterschiedliche Vorstellungen von den Kosten für den Auftraggeber und den Auftragnehmer mitgespielt haben. Darum wollte ich wissen, ab wann diese Kosten eine Rolle gespielt haben.

Und in weiterer Folge: Ab wann war die Entscheidung, dass man jetzt quasi ein Betreibermodell ausschreibt und nicht sagt, wir betreiben es selbst, gefallen? Man hat sich ja irgendwann entschieden und gesagt, wir wollen jemanden finden, der das für uns betreibt, und wir als Nutzer zahlen dann halt einfach ein Nutzungsentgelt.

Wann ist diese Entscheidung gefallen? Können Sie uns das sagen?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Diese Entscheidung, das genaue Datum kann ich jetzt nicht sagen, aber es war im Jahr 2000 in etwa.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Bis dahin waren noch beide Überlegungen gleichrangig – oder hatte das vorher auch schon Priorität? Das eine ist ja die endgültige Entscheidung. Wir wissen aus den Unterlagen, da hat es ja auch dann Rückfragen vom Finanzministerium und immer wieder auch den Willen des Finanzministeriums gegeben, die Alternativen auch kostenmäßig aufzuschlüsseln. Mir geht es jetzt nicht um die endgültige Entscheidung, die haben wir in den Unterlagen, aber wann war man in Ihren Augen oder im Ressort eher der Meinung, es sollte ein **Betreibermodell** sein? War das schon vorher oder auch erst dann im Jahr 2000?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Diese Entscheidung ist definitiv im Jahr 2000 gefallen.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Wie ist es dann weitergegangen? Es gab dann diese Ausschreibung.

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Als Erstes hat es von unserem Haus aus die Ausschreibung für die **Konsulentenleistung** gegeben. Mit dem Konsulenten haben wir dann gemeinsam die Ausschreibung für den Netzbetreiber und das komplette Verfahren, die komplette Ausschreibung um den Netzbetreiber ...

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Sie waren bei dieser Vergabe, auch schon beim Konsulentenvertrag involviert und dabei? (*Ing. Blaha: Ja!*) – Die Vergabe, den Beratervertrag dann an den konkreten Anbieter, da wurde dann eine Bestbieteraufstellung gemacht als Grundlage – oder wie ist diese Entscheidung zustande gekommen? (*Ing. Blaha: Für den Konsulenten meinen Sie jetzt?*) – Ja, für den Konsulenten.

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Das war eine EU-weite Ausschreibung, und da hat es eine kommissionelle Entscheidung darüber gegeben, welcher Konsulent als Best- und Billigstbieter in Frage kommt.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Und das war eine eindeutige Entscheidung? (*Ing. Blaha: Ja!*) – Es gab ja dann noch eine Beauftragung mit dem sogenannten Weißbuch.

Können Sie uns sagen, was der Hintergrund für dieses Weißbuch war. Da gibt es ja auch die Kritik, warum man das nicht gleich im Vorfeld, schon vor der Ausschreibung einerseits vergeben, aber auch schon erstellt hat, um eine klarere Leistungsbeschreibung und eine bessere Möglichkeit für den Anbieter zu haben, seine Leistungen zu kalkulieren und zu konkretisieren.

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Dieser separate Auftrag Weißbuch war nur ein sehr, sehr kleiner Auftrag in Relation zur gesamten Konsulentenbeauftragung. Wir haben diesen Auftrag separat vergeben, weil wir die Notwendigkeit gesehen haben, Marketingmaßnahmen zu setzen. Und genau dieses Weißbuch ist eine Marketingmaßnahme, weil dieses Weißbuch dazu da ist, den potenziellen Nutzern, den Blaulichtorganisationen schriftlich noch besser zu erklären, wozu sie mitmachen sollen, was da der Vorteil ist, den sie haben, wenn sie bei diesem Digitalfunkprojekt mitmachen. (*Abg. Mag. Donnerbauer: Auf der operativen Seite?*) – Von der betrieblichen Seite her.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Wann und warum zu diesem Zeitpunkt ist dann die Überlegung aufgetaucht, ein solches Weißbuch erstellen zu lassen? Was waren dann die Gründe dafür, ein solches Weißbuch auszuschreiben?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Das war eine Grundsatzfrage, die nicht aufgrund irgendeines konkreten Anlasses gestellt wurde, sondern wir haben einfach die

Notwendigkeit gesehen, nicht nur in die Bundesländer zu reisen und Präsentationen zu halten, sondern den Kolleginnen und Kollegen in den Blaulichtorganisationen auch detailliertes Material in die Hand zu geben, mit dem sie auch bei ihren politischen Entscheidungsträgern vorstellig werden und sagen können: Das ist die Grundlage, warum wir beim Digitalfunk mitmachen wollen, das ist die Idee dahinter, das sind die Vorteile, die wir haben, wenn wir mitmachen!

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Das ist verständlich. Die Frage ist aber jetzt schon bei der Ausschreibung und für den konkreten Anbieter: Was war die **Vorgabe** für den? Soweit ich aus den Unterlagen ersehen habe, war das auch eine der Meinungsverschiedenheiten, wie sehr der Anbieter beziehungsweise jener, der dann den Zuschlag bekommt, der Betreiber dieses Systems selbst eigenverantwortlich ist für die Rekrutierung weiterer Nutzer in den Bundesländern, bei den Blaulichtorganisationen, und welcher Teil sozusagen Aufgabe des Innenressorts ist, zusätzliche Nutzer zu motivieren. Denn je nachdem wäre das Weißbuch entweder Aufgabe des Anbieters gewesen oder dessen, der den Auftrag erhält, weil es eigentlich sein eigenes Interesse ist, zusätzliche Nutzer zu finden, oder eben des Ressorts, dann wäre es dort richtig angesiedelt gewesen.

Was waren die Überlegungen bei der Ausschreibung dazu? Da muss es ja auch Überlegungen gegeben haben. Wie soll sich das gestalten? Wer ist zuständig? Wer wirbt dafür, dass mehr Nutzer zu dem System kommen? Das verbilligt das dann natürlich.

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Wir haben diese, wenn Sie so möchten, Marketingüberlegung gehabt, dass wir den Betreiber da nicht in der Luft hängen lassen, selbst durch die Länder ziehen und Marketing machen lassen, was natürlich seine Aufgabe war. Also es war die Aufgabe von master-talk, als sie den Zuschlag erhalten haben, dafür zu sorgen, dass sie in Kontakt mit den Blaulichtorganisationen treten, dass sie die als Kunden für dieses Funksystem gewinnen. Es war aber auch durchaus uns klar, dass es **unsere** Aufgabe ist, sie dabei tatkräftig zu **unterstützen**. Also wir haben das sehr, sehr partnerschaftlich gesehen, auch wenn dies die offizielle Aufgabe von **master-talk** war.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Vom Vertrag her war es klar, das wäre aus Ihrer Sicht Sache von master-talk gewesen.

Wie haben Sie im Projektverlauf bis zur Zuschlagserteilung und dann weiter die Frage gesehen, ob der Preis durch die Zahl der Nutzer bestimmt wird oder ob es eben ein Risiko des Betreibers ist, wenn letztlich weniger Nutzer gefunden werden? Oder was hat man auch der Firma master-talk oder auch allen anderen in Aussicht gestellt, was die Anzahl der Betreiber betrifft? Wie ist oder war das aus Ihrer Sicht rechtlich zu sehen? Hat man irgendeine verbindliche Zahl genannt und gesagt, die werdet ihr auf jeden Fall erreichen, daher kommt der Preis heraus – oder hat man gesagt, wir versuchen halt gemeinsam, möglichst viele Nutzer zu finden?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Als verbindliche Zahl in der Ausschreibung waren die 22 000 Funkgeräte des Innenministeriums und die 2 502 der Landesverteidigung genannt. Und was wir gemacht hatten, war, dass vom BMVIT als oberster Fernmeldebehörde der Ist-Stand an Funkgeräten aller Blaulichtorganisationen erhoben wurde, was als Marktpotenzial in der Ausschreibung dokumentiert wurde, um eben den Bewerbern und den Netzbetreibern ein klares Bild zu geben, wie denn dieser Markt in Österreich aussieht. Zwei der Bewerber haben unsere Zahlen zu 100 Prozent übernommen, beziehungsweise master-talk hat ein noch höheres Marktpotenzial gesehen, weil sie eher – was wir als durchaus positiv erkannt haben – auch den Gelblichtbereich, wenn Sie es so möchten, also die ASFINAG, ÖBB, was wir heute

durchaus als kritische Infrastrukturbetreiber betrachten, ebenfalls mit angedacht haben, Energieversorger zum Beispiel. Und das haben sie als zusätzliches Marktpotenzial erkannt.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Das war in Ihrer Aufstellung nicht enthalten, die Sie sozusagen als reines Service, als Information gegeben haben? Da waren nur die Blaulichtorganisationen, die Länder, aber nicht diese anderen? *(Ing. Blaha: Richtig!)* – Das wurde von master-talk im Angebot so genannt, oder war das dann in den Gesprächen bei der Vergabe? Haben Sie dann erkannt, okay, die sehen da noch ein zusätzliches Potenzial, darum haben sie vielleicht den günstigeren Preis als andere Anbieter gehabt? Oder war das im Angebot schon fix verankert, dass sie auch andere mitkalkulieren?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Das bereits im Angebot von master-talk enthalten. Das waren diese 122 000 Funkgeräte, die master-talk angeboten hat.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Und diese Zahl 1 000 € pro Endgerät, die da immer wieder herumschwirrt, wo kommt die her? Da gibt es am Schluss ja in der Auseinandersetzung diese Gegenüberstellung von 3 000 € und 1 000 € pro Endgerät.

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Als wir die den Start des Vergabeverfahrens an den Netzbetreiber veröffentlicht hatten, haben wir, wie es vergaberechtlich vorgesehen ist, dieses Projekt oder diese Intention im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ veröffentlicht und auch im europäischen Lieferanzeiger. Bestandteil dieser Anzeige, dieser öffentlichen Bekanntmachung dieses Projektes, dieses Verfahrens ist auch, dass man eine Grobschätzung der zu erwartenden Kosten dokumentiert. Wir hatten damals eine aus unserer Sicht plausible Zahl von 22 Millionen € pro Jahr bekanntgegeben, mit dem Vermerk: Das ist eine Schätzsumme. Wenn man sich dann unsere 22 000 Funkgeräte für das Innenministerium vor Augen führt, dann ergibt das genau diese ominösen 1 000 €.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Sie haben nur die von Ihnen geschätzte und angenommene Jahresprojektsumme veröffentlicht *(Ing. Blaha: Richtig!)* und keinen Betrag pro Endgerät, sondern das ist dann einfach aus einer Division entstanden. *(Ing. Blaha: Richtig, ja!)* – War diese Anzeige vor der Vergabe oder nach Zuschlagserteilung?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Diese Anzeige in der „Wiener Zeitung“ und im EU-Lieferanzeiger ist der eigentliche **Start** eines Ausschreibungsverfahrens. Das war also deutlich **vor** der Vergabe.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Das heißt, das war den Anbietern klarerweise bekannt, weil das der erste Start war, das war eben die Projektsumme. *(Ing. Blaha: Richtig, ja!)* Aber da gibt es keinen Bezug auf einen Endgerätepreis? *(Ing. Blaha: Nein!)* – Den gibt es nirgends? Den haben Sie auch nie in den Gesprächen genannt, indem Sie gesagt haben, 1 000 € pro Endgerät? Das ist nur eine Division?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: So hat sich diese Zahl ergeben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt haben wir schon sehr viel von der Auflösung des Vertrages mit master-talk gehört. Da hat es einige Beobachtungen gegeben, insbesondere des Vorstandsmitgliedes Geiger von Siemens, der auch einen Verdacht äußerte. Das ist auch in einem Aktenvermerk an Herrn Ulmer niedergelegt.

Ulmer hat mit Geiger telefoniert, und Ulmer hat das niedergeschrieben:

„...erwähnte Geiger immer wieder, dass der Leiter der Abteilung IV/I, Bgdr Skorsch, destruktiv und schikanös gegenüber Mitarbeitern der Fa master-talk vorgehe.

Zudem stellte Geiger in den Raum, dass es einen Zusammenhang gebe zwischen dem Scheitern von ADONIS und der Übernahme der Leitungsfunktion von Bgdr Skorsch. Auf mehrfachen Nachfragen meinerseits sagte Geiger, dass er vermute, dass Bgdr Skorsch in Verbindung mit der Fa Motorola stehen würde, Informationen an Motorola weitergegeben würden (über einen Herrn Martin) und dass Bgdr Skorsch daher auch keinerlei Interesse an einer konstruktiven Zusammenarbeit mit master-talk habe bzw. dass Bgdr Skorsch nicht an einer positiven Lösung der derzeitigen Situation interessiert sei.“

Er habe dafür keine Beweise, aber es gebe dafür eine Reihe von Indizien.

Vom zeitlichen Zusammenhang würde das ja auch durchaus passen. Aber Sie waren ja drinnen in diesen ganzen Gremien, in diesen Beratungen. Wie hat sich das Einsetzen von Brigadier Skorsch, der ja eigentlich dann Ihre Funktion übernommen hat, ausgewirkt? Sie waren Projektleiter, aber insgesamt im Ministerium zuständig wurde dann Brigadier Skorsch erst mit seinem Wiedereintritt beziehungsweise mit dem Ende der Karenzierung und dem Dienstposten des Abteilungsleiters, der damals ausgeschrieben war.

Da ist es zeitlich wirklich so gewesen, dass auf einmal der Niedergang des Projekts ADONIS begonnen hat, mit „Nebengeräuschen“, mit medialer Kampagnisierung, mit der Frage, dass auf einmal Geldmittel für dieses Konsortium nicht zur Verfügung gestellt werden, um es durchzuführen. Da waren auf einmal so verschiedene Puzzlesteine an verschiedenen Ecken und Enden, wo es zu brennen begonnen hat.

Wie haben Sie die Tätigkeit von Brigadier Skorsch, der da seinen Dienstantritt hat, wahrgenommen?

Sie sind ja auf einmal im Organigramm, das Sektionschef Prugger dann auch umgestoßen hat, zurückgereiht worden. Wie haben Sie das gesehen?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Brigadier Skorsch, heute Generalmajor Skorsch, ist per 1.1.2003 mit der Leitung der Abteilung betraut worden und hat sich sehr, sehr intensiv um das Projekt bemüht. Es war, glaube ich, bereits seit Ende des Jahres 2002 aus den Vorgängen in den Gesprächen und Diskussionen mit master-talk klar, dass es Probleme gibt. Er hat sich halt sehr intensiv dieses Themas angenommen.

Mit Februar 2003 wurde eine Reorganisation der Projektstruktur mit dem Ziel einer stärkeren Verschränkung der Projektstruktur mit master-talk, also Innenministerium mit master-talk, um die Zusammenarbeit zu intensivieren, vorgenommen. In dieser Projektorganisationsänderung bin ich, wie Sie richtig gesagt haben, nicht mehr die, wenn Sie so wollen, Nummer 1 im Projekt gewesen. – Das war es aus meiner Sicht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Man macht das alles neu, damit man mit master-talk enger zusammenarbeitet, damit man die Probleme löst. Erfolgreich war es nicht und hat die Republik 30 Millionen € ohne Nutzen gekostet, wie es dann letztlich im Vertrag drinnen steht. Woran ist es also gescheitert?

Noch dazu ein zweites Indiz: Die Auflösung des Vertrages fand von beiden Seiten statt. Also irgendwer ist unter Umständen mit etwas unzufrieden. Wenn ich mir beim Schuster Schuhe machen lasse, dann kann es sein, dass ich bei der ersten Anprobe unzufrieden bin und ihm das hinhaue. Aber da ist es so, dass sich beide Vertragsteile am gleichen Tag, nur um wenige Stunden versetzt, den Vertrag wechselseitig auflösen.

Was ist da also passiert?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Die Hauptgründe aus unsere Sicht waren natürlich, dass master-talk seine Abnahmebereitschaft erklärt und gesagt hat: Das, was wir gemacht haben, funktioniert jetzt; wir können zu einer Abnahme schreiten!

Die Praxis hat aber gezeigt, dass es nicht so war. Das heißt, wir haben Praxistests mit dem System gemacht, wie master-talk gesagt hat: Jetzt ist es fertig! Jetzt ist es bereit! So kann man das für Rettung, Feuerwehr und Polizei verwenden. Das war allerdings meilenweit davon entfernt, es einer Einsatzorganisation auch nur **anbieten** zu können mit der Bemerkung, da könnt ihr darüber arbeiten, da könnt ihr den Funk abwickeln.

Zweiter großer Part war, dass master-talk nahezu ein Jahr lang nach dem Zuschlag **nicht** in der Lage war, eine **Erfüllungsgarantie** vorzulegen, das heißt, eine Bestätigung, dass sie finanziell in der Lage sind, das gesamte Projekt abzuwickeln. Dieser Erfüllungsgarantie sind wir fast ein Jahr lang nachgelaufen und haben sie nie bekommen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das ist sehr interessant, denn in dem Konsortium master-talk war ja auch eine Bank mit beteiligt, nämlich die Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien. Mir ist nicht bekannt, dass die so schwach dastehen würde, dass die das in einem Jahr nicht bewerkstelligen könnten, so eine Finanzierung aufzustellen. – Das ist das eine, was einmal bemerkenswert ist.

Das andere: Da sagt diese Firma – bleiben wir beim Beispiel Schuster, wo ich das bestelle –, der Schuh ist fertig. Aber er passt nicht. Sie sagen dann drauf: Der passt zwar nicht, aber reden wir trotzdem darüber, was ich Ihnen zahle! Und da kommen 30 Millionen € für etwas, was **nicht** zu gebrauchen war, heraus.

Das wundert mich vonseiten der Republik, dass man sagt, dass es unter Umständen technischerseits nicht hinhaut – das kann ja alles stimmen, das kann ja alles passieren –, aber dass dann die Republik Österreich hergeht, wo Sie sagen, die sagen, das Projekt ist fertig, das könnt ihr endabnehmen – und ihr sagt: Das funktioniert überhaupt nicht; das geht nicht; wir sind meilenweit entfernt, hören wir auf am gleichen Tag! – Und später gibt es **30 Millionen €** auf das Butterbrot sozusagen noch dick draufgeschmiert. Das ist das, was so verwundert.

Aber zu Ihrer Rolle selbst: Sie waren Projektleiter, und es gab einen Stellvertreter, das ist Herr Brigadier Schnakl gewesen. (*Ing. Blaha: Nein!*) – Ich darf Ihnen nur vom 26. Februar 2003 etwas zitieren:

Für den Bundesminister

Sektionsleiter Dr. Prugger

Betrifft: Funkwesen – Einrichtung einer neuen Projektorganisation

An die Firma master-talk

Da scheint jetzt auf:

Seitens des Auftraggebers wurden mit folgenden Aufgaben betraut:

Vertreter des Auftraggebers im Steuerungsgremium: Mag. Bernhard Krumpel und Ing. Peter Skorsch

Leiter der Projektkoordination: Brigadier Werner Pail

Projektleiter BM.I: Brigadier Ing. Manfred Blaha

Stellvertretender Projektleiter BM.I: Hauptmann Reinhard Schnakl

Brigadier Ing. Manfred Blaha: In dieser Struktur war er es, ja, richtig. Ich war jetzt gedanklich ...

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): In dieser Struktur war er stellvertretender Projektleiter. *(Ing. Blaha: Ja!)*

Ich möchte auch Ihre Rolle sehen. Mir kommt es so vor, als ob Sie in dieser ganzen Sache mit dem Eintritt Skorsch ein bisschen zur Seite geschoben wurden. Das ist mein persönlicher Eindruck.

Ich entnehme das daraus, dass es zum Beispiel eine Überprüfung gegeben hat, eine Einladung, um zu sehen, wie das funktioniert, in Griechenland bei den Olympischen Spielen.

Da sind Brigadier Skorsch eingeladen gewesen, Brigadier Pail für die Technik, und für die Organisation war es Herr Hauptmann Reinhard Schnakl – also der Stellvertreter.

Wie kam es dazu? Sind Sie nicht gefragt worden? Haben Sie keine Zeit gehabt? Wollten Sie nicht, denn dann ist es logisch, dass der Stellvertreter fährt – oder sind Sie von vornherein gar nicht in den Kreis der Einzuladenden gekommen?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Ich war bei diesem Thema nicht involviert.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das ist mir ein bisschen zu unscharf. Haben Sie gewusst, dass es diese Sache, diese Besichtigung in Griechenland, gibt? *(Ing. Blaha: Nein!)* – Haben Sie nicht gewusst? *(Ing. Blaha: Nein!)* – Das tut meinen Verdacht ein bisschen mehr nähren. Dann kommt noch dazu – ich habe da ein weiteres Indiz dafür –, dass Sie da, aus welchen Gründen auch immer, keine Rolle mehr spielen sollten – was passiert –, weil Sie seitens des Bundesministeriums **nicht** als VIP gesehen werden.

Ich habe da einen E-Mail-Verkehr zwischen Motorola und TETRON. Bei TETRON war bereits nach dem Zuschlag der Herr Bernhard Krumpel – früher sowohl im BMI als auch im BMVIT im Kabinett – Geschäftsführer, und bei Motorola gibt es den Geschäftsführer Hans-Joachim Wirth. Die haben da jetzt einen kleinen E-Mail-Wechsel, der am 26. November 2004, nach Zuschlagserteilung beginnt.

„HaJo“ –

schreibt der Herr Krumpel –,

„wie besprochen wäre es optimal für VIP-Kunden bei uns ein paar Handys parat liegen zu haben.

Ich würde vorschlagen

ein paar Moto Razr V3

ein paar A008.“

Liebe Grüße aus Wien, Bernhard.

Dann wird zurückgeschickt:

„Hallo Bernhard,

nach Rücksprache mit Ha-Jo soll jetzt wie folgt zu Lasten der Kostenstelle“ – soundso, Berlin, – „bestellt werden:

3 Stück Moto Razr V3

3 Stück A008 (alternativ MPX200)

Damit diese Bestellung bei Finance genehmigt werden kann, benötigt Thomas Schmicke die Zuordnung der 6 Personen, für die bestellt werden soll.

Ohne Namenszuordnung, kann Thomas nicht approven.“

Dann kommt das Mail zurück, auch mit dem Hinweis, welche Compliance-Regelungen für Regierungsmitglieder, Behörden da gelten, welche Wertgrenzen, und so weiter, dafür hat Motorola ein eigenes Konzept, und dann heißt es:

Nachdem alle Approvals vorgewiesen werden können, werde ich die Bestellung freigeben, allerdings müssen die Kosten von TETRON getragen werden. Die Bestellung kann über die Stelle – das ist ein Zifferncode – erfolgen, es wird aber eine Weiterleitung geben. – Zitatende.

Der Herr Krumpel schickt nämlich dann an die Ausführende, Frau Sauer, und den Herrn Schmicke, in Kopie auch an den Herrn Hans-Joachim Wirth von Motorola: „alles klar – die 6 Personen“ – für die das Handy bereitliegt –:

„Peter Skorsch

Wolfgang Gattringer

Christoph Ulmer

Reinhard Schnakl

Werner Pail

Norbert Singer.“

Also bei den sechs VIPs, die sich da mit dem Projekt befassen, sind Sie nicht dabei. Für die anderen, die zum Teil auch nach Griechenland fahren dürfen, gibt es auch ein paar schöne Telefone dafür.

Können Sie sich das erklären? Ist das üblich? Bekommen Sie sonst auch etwas? Was bekommen Sie eigentlich so an kleinen Aufmerksamkeiten, im Rahmen der Gesetze selbstverständlich?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Ich verzichte auf kleine Aufmerksamkeiten aller Art. Zu Ihrer Frage der damaligen Situation: Sie beziehen sich hier bereits auf die Vertragssituation mit TETRON. Das ist das zweite Projekt, wenn Sie so möchten, und in dieses Projekt war ich überhaupt nicht involviert.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir beginnen bei der Auswahl – dazu gibt es ein Dokument – des begleitenden Consultants. Es hat ja dann Austroconsult das Projekt ADONIS begleitet, und Sie scheinen da auch in mehreren Dokumenten auf, darunter auch in einem vom 21. Februar 2001, das die Ausschreibung dieses begleitenden Beraters betrifft.

Was können Sie uns sagen: Wie viele Bieter haben sich da beworben? Wer ist ausgeschieden, und warum ist es letztlich dann Austroconsult geworden?

Ich frage das deswegen, weil die Rolle der Austroconsult – wenn man sich in weiterer Folge deren Projektbegleitung und deren Leistungen ansieht – durchaus hinterfragt werden muss und damit auch die Zuschlagserteilung an die Firma Austroconsult. Was können Sie dazu sagen?

Soweit ich das gesehen habe, war ja ursprünglich Deloitte eigentlich vorne, die sind dann aber ausgeschieden worden, und es ist letztlich dann Austroconsult geworden.

Was können Sie uns zu dieser Beraterausschreibung sagen?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Ich habe den konkreten Vorgang jetzt nicht mehr im Detail im Gedächtnis, es waren aber, wenn ich mich recht erinnere, elf Consultingfirmen, die sich da beworben haben. Wir haben unser Anforderungsprofil an die Consultingfirmen in einer kommissionellen Sitzung, in mehreren kommissionellen Bewertungsrunden mit acht Mitarbeitern des Hauses, des Innenministeriums, von

unterschiedlichen Sektionen und unterschiedlichen Abteilungen geprüft, sowohl ob und auch inwieweit sie unsere Anforderungen erfüllen, und diese Anforderungserfüllung wurde mit Punkten bewertet, wie das in so einem Verfahren üblich ist.

Neben der Erfüllung unserer Anforderungen – wer ist der Bestbieter von der Qualität her? – spielt natürlich auch der Preis eine Rolle, und genau dieser Mix, der mit einer Punktevergabe vorweg definiert wurde, hat **Austroconsult** als Best- und Billigstbieter, wie das auch vergaberechtlich so vorgesehen ist, ergeben.

Es hat natürlich Bieter gegeben, die aus verschiedensten Gründen die Anforderungen nicht erfüllt haben, zum Teil mussten Bieter ausgeschieden werden, zum Beispiel aus Formalgründen. Die Details dazu habe ich jetzt nicht mehr auswendig parat.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Warum ist Deloitte ausgeschieden worden?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Das habe ich jetzt auswendig nicht mehr parat, aber es gibt sicher im Akt eine ausreichende vergaberechtlich deklarierte Begründung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Laut diesen Unterlagen, die uns da vorliegen, war von den elf Angeboten **Deloitte** am günstigsten – und Austroconsult nur an dritter Stelle, was die Kosten betrifft. In weiterer Folge gibt es dann Schreiben an alle Bieter, darunter auch Austroconsult. Da ist es darum gegangen, dass in Bezug auf den Punkt **Unabhängigkeit des Bieters** dies zu wenig konkret sei und man daher ersuche, da Korrekturen vorzunehmen. Deloitte wird per Schreiben aber mitgeteilt, dass sie ausgeschieden werden, weil ihr Angebot den Ausschreibungsbestimmungen widersprach.

Jetzt habe ich Ihnen konkret gesagt, was in diesem Schreiben gestanden ist; vielleicht können Sie uns inhaltlich etwas dazu sagen. Warum hat Deloitte nicht den Ausschreibungsbedingungen entsprochen, und warum hat man **Austroconsult** die Möglichkeit zur **Korrektur** gegeben? Welche Korrekturen waren das in welchem Zusammenhang?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Es ist ein grundsätzlicher Vorgang bei jeder Ausschreibung, dass kleinere Unklarheiten in einem offiziellen Verfahren in einem Schriftverkehr mit dem jeweiligen Bewerber hinterfragt werden können, ja sollen, um Klarheit über das Angebot zu erhalten. Das ist mit Austroconsult passiert, das ist auch mit anderen Bietern passiert, dass wir nachgefragt haben: Wie ist das in Ihrem Angebot, wie ist das detailliert zu verstehen? Also Klarstellungen sind da nachgefragt worden.

Wenn ich mich an das Verfahren recht erinnere, ist nicht nur Deloitte ausgeschieden worden, sondern es sind mehrere Bieter ausgeschieden worden. Das ist einer der Vorgänge, die üblicherweise ganz am Anfang stehen – rein formalrechtlich, ob der Bieter alle formalrechtlich vorgesehenen Dokumente vorgelegt hat, alle Schritte durchgeführt hat. Und wenn das nicht der Fall ist, dann ist das rein rechtlich ein Ausscheidungsgrund. Das sieht das Vergaberecht so vor.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Da steht auch drinnen in diesem Dokument: Bemerkung:

Mag. Krumpel, Kabinett, ersuchte am 20. fernmündlich um E-Mail-Übermittlung der Zusammenstellung aller Bieterkonsortien. – Zitatende.

Warum wollte denn der Herr Krumpel das haben?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Das ist mir nicht Erinnerung, dass er mir das kommuniziert hätte, warum er es haben möchte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gäbe es dafür eine sachliche Begründung, oder warum wollte er unbedingt die Angebote der einzelnen Bieter und die Zusammenstellung aller Bieterkonsortien haben?

Ist das üblich, dass das vom Kabinett angefordert wird, nachdem alle Bieterangebote angekommen sind, dass das Kabinett plötzlich fernmündlich sich meldet und sagt, wir wollen die Zusammenstellung aller Bieterkonsortien haben, aus welchen Gründen auch immer? Oder ist das eher unüblich, und überlässt man das nicht den Fachbeamten – Sie sind ja Fachmann – und deren fachmännischen Kenntnissen, was die Auswahl des Bieters betrifft? Warum ruft das Kabinett Strasser bei Ihnen an und sagt, wir wollen die Zusammenstellung aller Bieter haben, nachdem alle Angebote abgegeben wurden?

Das steht da drinnen in diesem Akt, den haben Sie verfasst. Bemerkung:

Mag. Krumpel ersuchte um E-Mail-Übermittlung der Zusammenstellung aller Bieterkonsortien. – Zitatende.

Diese Bemerkung werden Sie ja nicht umsonst extra hineingeschrieben haben; unterstrichen sogar.

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Ich sehe nichts Besonderes in einer solchen Anfrage als reine Information, da ja der Minister de facto auch verantwortlich ist für die gesamte Tätigkeit, die wir als Beamte entwickeln. Sich da informieren zu lassen, das heißt ja nicht, dass jetzt Einfluss genommen wird, sondern es geht ja darum, zu kommunizieren bei einem großen Projekt: Wer interessiert sich dafür? Und genau das war es; mehr an Information ist auch nicht ans Kabinett gegangen, und mehr ist auch nicht zurückgekommen. Also es hat dann keinerlei Einflussnahmen oder sonst irgendetwas in irgendeine Richtung gegeben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wissen Sie, das kann man so sehen oder so. Wie waren Sie dann mit der Arbeit der Firma Austroconsult insgesamt zufrieden? Wie würden Sie die Arbeit der Firma Austroconsult bewerten? Haben deren Prognosen, deren Zahlen, Analysen gestimmt?

Ich bringe nur ein Beispiel, das Austroconsult gemeinsam mit dem BMI bezüglich der Nutzerzahlen errechnet hat, dass man mit mehr als 80 000 geplanten Geräten und Nutzern gerechnet hat. Wie wir wissen, sind wir von dieser Zahl weit, weit weg.

Wie sehen Sie die Arbeit von Austroconsult im Nachhinein? Würden Sie diese als gut bewerten, mittelmäßig oder schlecht? Haben die alles geliefert, was vertraglich vereinbart war, oder haben da Teile gefehlt?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Grundsätzlich und zusammenfassend war die Arbeit der Austroconsult für uns sehr, sehr wesentlich in der Unterstützung; in der Erstellung der Ausschreibung waren sie mehr als nur eine große Hilfe für uns, weil sie sehr viele Themen – vor allem wirtschaftlich relevante – abgedeckt haben, für die uns die Kompetenz gefehlt hat. Genau deswegen haben wir einen Konsulenten beauftragt. Wir waren also durchaus zufrieden damit.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die sind ja dann weiter engagiert worden, das kann man extra kommentieren. Da war zum Beispiel umfasst, dass Austroconsult im Rahmen der Erstellung eines Weißbuches auch einen schriftlichen Lobbying-Maßnahmenkatalog erstellt. Das war im Leistungsumfang umfasst. Hat die Firma Austroconsult diesen Lobbying-Maßnahmenkatalog jemals geliefert?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Dieser Maßnahmenkatalog wurde nicht geliefert, sondern wir sind mit Austroconsult gemeinsam, wie ich schon vorhin erklärt habe, in die Bundesländer gefahren und haben dort konkrete Marketingaktionen – wenn Sie so

wollen –, Aktivitäten mit Präsentationen, mit Gesprächsrunden, mit Diskussionen konkret durchgeführt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber es ist schon korrekt, dass im Leistungsvertrag die Erstellung eines Lobbying-Maßnahmenkataloges enthalten war, oder? (*Ing. Blaha: Das ist korrekt, ja!*) – Es gab dann aber keinen. (*Ing. Blaha: Richtig!*) – Das heißt, Sie sind dann gemeinsam mit Austroconsult durch die Bundesländer getingelt. Was haben Sie da gemacht?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Wir haben Präsentationen abgehalten, wir haben dieses Weißbuch erklärt und dokumentiert. Wir haben mit den Ämtern der Landesregierungen, mit den Feuerwehren, mit den Rettungen Gespräche geführt, um sie zu motivieren, beim Funkprojekt mitzumachen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und hat dann jemand mitgemacht?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Bis zum Vertragsauflösungszeitpunkt: nein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Niemand hat mitgemacht – dann kann die Arbeit von Austroconsult nicht so erfolgreich gewesen sein, wenn am Schluss keiner mitgemacht hat.

In welchen Bundesländern waren Sie da, bei welchen Blaulichtorganisationen und auch bei welchen Politikern oder Verantwortlichen? Können Sie uns da ein paar Beispiele aufzählen? Können Sie uns erklären, was die Argumente der einzelnen Blaulichtorganisationen beziehungsweise der Bundesländer dafür waren, dass kein Einziger – das hat ja letztlich auch zum Scheitern von ADONIS geführt – bei diesem angeblich so tollen Projekt, wo Austroconsult so tolle Arbeit geleistet hat und alles so super war, mitgemacht hat?

Wenn alles so super und so toll war, warum hat dann keiner mitgemacht? Warum wollte niemand mitmachen vom Bodensee bis zum Neusiedlersee? Welche Rückmeldungen haben die Bundesländer, die Blaulichtorganisationen gegeben? Was waren denn die Schwierigkeiten?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Diese Präsentationen, die wir gehalten haben, und diese Diskussionsrunden waren in allen neun Bundesländern, in allen neun Ämtern der Landesregierungen, mit allen neun Landesfeuerwehrverbänden, Rettungsverbänden, Rettungsorganisationen. Das waren also große Diskussions- und Präsentationsrunden zum Teil.

Rein vom zeitlichen Horizont waren die meisten dieser Termine vor der Zuschlagserteilung. Das heißt, der wesentliche Punkt für die Länder, für die Blaulichtorganisationen, der da noch – unter Anführungszeichen – „gefehlt“ hat, war natürlich die Finanzierungsfrage, die Kosten, die auf die Blaulichtorganisationen zukommen – und das konnten wir zu diesem Zeitpunkt noch nicht sagen. Daher hat zu diesem Zeitpunkt auch noch niemand ein Commitment abgegeben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): In weiterer Folge – Sie waren ja weiter damit betraut –: Warum ist dann unterm Strich kein Bundesland diesem ADONIS-Projekt beigetreten und hat da mitgemacht? Die Bundesländer und die Blaulichtorganisationen müssen das ja sachlich argumentiert haben. Ich möchte wissen, welche Wahrnehmungen Sie da haben, warum das gescheitert ist. Das ist ja wichtig.

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Warum das Projekt per se gescheitert ist, das habe ich bereits ausgeführt. Es waren die **technischen Probleme**, die in der Phase 0 dazu geführt haben, dass das System **nicht** für Blaulichtorganisationen geeignet war. Dass dann natürlich die Blaulichtorganisationen sagen, wir warten noch zu, bis das funktioniert, ist verständlich.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Welche Rückmeldungen haben Sie von den Bundesländern bekommen?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Zu diesem Zeitpunkt gar keine; also im Jahr 2003 haben wir gar keine Rückmeldungen bekommen zu diesem Thema.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich stelle Ihnen zum Schluss noch eine letzte Frage. Da gibt es ein Schreiben an Sie – zuhänden Blaha – von der Firma master-talk vom 22. 5. 2003 – das ist ja auch eines der zentralen Probleme, das möchte ich noch kurz beleuchten –, da schreibt Ihnen master-talk ganz dramatische Zeilen.

Wenn man weiß, wie Firmen und Beamte so hin- und herschreiben, dann sind das sehr scharfe Worte, die die da verwenden; da ist Schluss mit lustig und mit der Höflichkeit.

Zitat: Das BMI geht offensichtlich entgegen der ausdrücklichen Regelung im Vertrag davon aus, für den Funkdienst ADONIS zu keiner Zeit mehr als 1 000 € je Teilnehmer und Jahr bezahlen zu müssen und scheint dafür auch nicht mehr Mittel budgetiert zu haben. Sie werden sicher verstehen, dass diese vertragswidrige, mittlerweile öffentlich gewordene Position des Auftraggebers –

also des Innenministeriums –

master-talk und seine Gesellschafter mit großer Besorgnis erfüllt. – Zitatende.

Dann heißt es weiter: ...dass master-talk nicht zugemutet werden kann, weiterhin Leistungen zu erbringen, wenn der Vertragspartner ankündigt, die seinerseits geschuldete Leistung weder erbringen zu wollen noch zu können. Dazu kommt, dass dieses Verhalten des Auftragsgebers mittlerweile auch das Vertrauen der Konsortialbanken derart erschüttert hat, dass die Projektfinanzierung ... – et cetera, et cetera – laufend verzögert wurde, derzeit massiv gefährdet ist und insbesondere auch die damit zusammenhängende Erfüllungsgarantie von den Banken zurückgehalten wird –

da sind wir jetzt wieder bei Raiffeisen –,

womit die gesamte Projektimplementierung behindert wird. – Zitatende.

Da wird auch von fundamentalen Meinungsverschiedenheiten geschrieben, et cetera, et cetera. Das ist meiner Ansicht nach ein zentraler Punkt. Das Innenministerium hat nach außen immer kommuniziert – da gibt es auch Medienmeldungen –: 1 000 € je Teilnehmer und Jahr.

Was hat man denn in dieser Hinsicht tatsächlich im Vertrag mit master-talk geregelt und ausgemacht? Wie erklären Sie sich diese heftigen Worte von master-talk am 22. 5. 2003?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Dieser Schriftverkehr, den Sie hier zitieren, hat drei Tage vor der Vertragskündigung stattgefunden. Der 22. 5. war drei Tage vor der Vertragskündigung, und das war ja eigentlich eine Auswirkung auch des gescheiterten Streitschlichtungsverfahrens, das davor abgewickelt wurde; daher ist diese – eher – Schärfe in dem Dokument zu sehen.

Es ist aber auch eindeutig klar und auch in den Akten dokumentiert, dass wir das tatsächliche Budget vorgesehen hatten, dass diese 1 000 €, die allgemein so kommuniziert wurden – wo die herkommen, habe ich ja schon berichtet –, aber erreicht werden konnten, auch unter den Bedingungen, die master-talk angeboten hat. Also das war auch dem Angebot von master-talk konform, mit den ganzen Optionen der Beistellungen, der Zurverfügungstellung von Leistungen, aus unser Sicht war dieser Wert auch erreichbar. Daher ist das – wir sind nicht gewillt, zu zahlen – nicht richtig.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Schlussfrage (*Obfrau Dr. Moser: Ein Vorgriff auf die zweite Runde!*) – genau, ein Vorgriff auf die zweite Runde –:

Ist in dem Vertrag mit master-talk ganz konkret festgeschrieben gewesen, dass das pro Teilnehmer und Jahr maximal 1 000 € kostet? War diese Summe – maximal 1 000 € – dezidiert im Vertrag drinnen?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Der Vertrag oder das Angebot von master-talk hat gelautes, dass es einen Preis pro Endgerät für den Nutzer Innenministerium und Landesverteidigung gibt, der sich reduziert um Beträge, die kalkulierbar sind aus Beistellungen, die wir als Innenministerium oder die die Kollegen der Landesverteidigung bieten. Das sind zum Beispiel Leitungen, die beigestellt werden, das sind zum Beispiel Standorte, die beigestellt werden, das ist zum Beispiel Personal, das beigestellt werden kann. Und genau dann hatten wir als Auftraggeber die Situation, dass wir sogar einen Tarif unter 1 000 € – wenn ich mich recht erinnern kann, 974 € pro Gerät – erreichen konnten.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Herr Ing. Blaha! Wenn ich das zuerst richtig verstanden habe, hat es mit der Beraterfirma Austroconsult, die diesen Lobbying-Maßnahmen-Katalog nicht gemacht hat, dann aber eine gemeinsame Erarbeitung gegeben, sozusagen auch für das Lobbying selbst dieses Weißbuch zu erstellen, das gemeinsam mit dem BMI und Austroconsult dann gestaltet worden ist, das Sie ja auch mitgenommen haben zu sämtlichen Vorträgen in die ganzen Bundesländer, wo Sie auch als zentraler Ansprechpartner drinnen genannt sind. Sie sind dort als technischer Projektleiter definiert. – Waren Sie das auch zu dem Zeitpunkt? (*Ing. Blaha: Absolut, ja!*) – Ja? (*Ing Blaha: Ja!*)

Sie waren ja schon – und das haben Sie in Ihrer Einleitung gesagt – ab 1997 auch in der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit für die Umsetzung dieses gemeinsamen Funks für alle Blaulichtorganisationen und Rettung zuständig.

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Ich war bis 2000 beteiligt, ab 2000 war ich Projektleiter, ja.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Wie hat sich denn für Sie die Zusammenarbeit gestaltet zwischen master-talk einerseits und Ministerium und Kabinett andererseits?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Zur Zusammenarbeit zwischen master-talk und Kabinett kann ich keine Aussage treffen, weil ich dazu selbst keine konkreten Wahrnehmungen habe. Ich kann nur beschreiben, wie die Zusammenarbeit mit uns als Innenministerium-Projektgruppe auf Beamtenebene sozusagen war: Die war am Anfang sehr, sehr positiv und konstruktiv. Spätestens gegen Ende 2002, und das ist ja dann auch schriftlich dokumentiert, hat sich aber herausgestellt, dass master-talk einen sehr unterschiedlichen Projektansatz hatte.

Das heißt, deren Projektmanagement war nicht unseren Anforderungen entsprechend, vor allem ein wesentlicher Punkt: Wir hatten eine Dienstfestlegungsphase nach der Zuschlagserteilung vereinbart. Das waren diese 27 Dienstfestlegungsdokumente, die also eine Feinspezifikation der grundsätzlichen Technologie, die ja definiert war ... – Diese 27 Dokumente sollten da also erarbeitet werden, und master-talk hat leider die Personalressourcen, die dafür notwendig waren, bereits in die Projektumsetzung gesteckt.

Das ist ja – wenn ich einen Vergleich anbringen darf –, als würden Sie darüber diskutieren, ob die Autobahn, die Sie bauen, dreispurig oder vierspurig wird, und der Partner fängt schon an, zu asphaltieren. Und genau da hatten wir ein ganz massives Problem mit master-talk, mit deren Personalressourcen, der Widmung dieser Ressourcen, also mit deren Projektmanagement.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Ein kurzer Wechsel zur Firma **Austroconsult:** Was war denn eigentlich die Rolle der Firma Austroconsult, nachdem der Zuschlag an das master-talk-Konsortium gegangen ist?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Die Rolle der Austroconsult nach dem Zuschlag war, uns auch da beratend zur Seite zu stehen und all jene Dinge, die wir aus unserer eher operativ fokussierten Sicht nicht abdecken können, zu unterstützen, vor allem wirtschaftliche Themen.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Also im Prinzip dieselben Dinge, die Sie vorher auch schon beim Kollegen Donnerbauer erwähnt haben, die wirtschaftlich relevanten Dinge zu prüfen, sind dann auch so weiter übergegangen?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Ja, und auch im Projektmanagement zu unterstützen.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Laut Einschätzung von Werner Pail war aber die Austroconsult teilweise gar nicht qualifiziert, die übertragenen Aufgaben zu erfüllen.

Teilen Sie diese Einschätzung – angesichts Ihrer Antwort, die ich da bekommen habe, wonach es dann doch zu Divergenzen gekommen ist?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: An der Qualifikation der Mitarbeiter von Austroconsult zweifle ich nicht. Es lag aus unserer Sicht das Problem aufseiten von master-talk in deren **Projektmanagement**.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Also zieht sich das dann so rüber zu Austroconsult? (*Ing. Blaha: Zu master-talk!*)

Probleme Zusammenarbeit – bleiben wir gleich dabei –: Es gibt ein Mail von Ihrer Seite, das Sie am 29.4.2002 geschrieben haben – und da das an so viele Menschen geht, gehe ich einmal davon aus, dass Sie das an die Bundesländervertreter geschrieben haben, dass Sie das an Blaulichtorganisationen schreiben –, wo Sie noch einmal kommentieren, dass man ja den Medien entnehmen konnte, dass es ein Schlichtungsverfahren gibt, und wo Sie die Maßnahme, die von den Antragstellern im Wesentlichen mit der Argumentation begründet wird, die beste Technologie liefern zu können, nur mit dem Hinweis auf ein knappes Ergebnis begründen, wobei Sie sich für das Projekt ADONIS, das ja beim Ergebnis – und das war auch die Frage vom Kollegen Donnerbauer, glaube ich – ursprünglich eindeutig und besonders einstimmig war, auch sehr, sehr eingesetzt haben, weil ja ADONIS in seiner Arbeit schon sehr, sehr weit gekommen war.

Also Sie selbst schreiben noch einmal einen Brief an alle Beteiligten, damit die nicht verunsichert sind, was mit diesem Schlichtungsverfahren jetzt passiert.

Was können Sie dazu noch zusätzlich sagen?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Das war vom 29.4.? (*Abg. Lueger: 29. April 2002!*) – April 2002, das war vor der Zuschlagserteilung ADONIS an master-talk. Das war das Verfahren, das der unterlegene Bieter beim Bundesvergabeamt und bei der Bundesvergabekontrollkommission eingesetzt hat, um unsere Ausschreibung zu hinterfragen. Und das war einfach nur die Information an alle unsere Partner und hoffentlich bald potenziellen ADONIS-Mitarbeiter, dass sie sich – wie Sie richtig sagen – nicht verunsichern lassen und dass alles auf Spur ist und dass das Projekt umgesetzt werden wird.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): In weiterer Folge möchte ich mich auf ein Mail vom 5. Dezember 2002, das auch schon erwähnt wurde, wo diese **atmosphärischen Disharmonien** angesprochen werden, beziehen. – Wie kam es eigentlich dazu? Was waren da für Disharmonien?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Diese Disharmonien sind – wie ich schon versucht habe anzudeuten – darin gelegen, dass master-talk und die Mitarbeiter, die Projektmitarbeiter von master-talk sich nicht so verhalten oder nicht so agiert haben, wie wir es vereinbart und vorgesehen hatten – wie gesagt, dass wir diese 27 Dienstfestlegungsdokumente gemeinsam erarbeiten. Stattdessen hat master-talk eben seine Personalressourcen darauf fokussiert, bereits irgendwo Basisstationen, Antennenmaste zu errichten. Sie haben bereits die Umsetzung vorgenommen, obwohl wir eigentlich noch in der Planungsphase, in der Detailplanungsphase sein hätten sollen.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): War es für Sie irgendwie möglich, diese Disharmonien auszuräumen?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Wir haben in mehreren Steuerungsgremium-Sitzungen gemeinsam mit der Projektleitung master-talk, sozusagen mit den Projektleitern von master-talk versucht, das zu beheben. Es ist uns aber leider nicht gelungen.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Sie haben auch berichtet, dass eben in dieser Steuerungsgruppe, und es gibt dann auch eine Abhaltung von sogenannten Jours fixes in diesen Gruppen, erste Erfolge erzielt wurden. – Ist das in der ersten Situation dieser Phase korrekt (*Ing. Blaha: Ja!*), dass es dann sozusagen zu einem besseren Austausch kam?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Es hat immer so Ups und Downs gegeben. Also manchmal hatten wir mit unseren Diskussionen Erfolg, und es hat eine kurzfristige Besserung gegeben, aber es ist dann natürlich sofort wieder das nächste Down gefolgt.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Wie ist dann die weitere Kooperation mit master-talk eigentlich verlaufen? Sind diese Jours fixes und diese Steuerungsgruppe dann aufrechtgeblieben oder hat man die dann ganz einfach wieder abgeschafft? Hat man das dann gelassen?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Ab etwa Februar 2003 kann ich dazu keinen Aussage mehr machen, weil ich dann nicht mehr involviert war in diesem Level der Diskussion.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Und wer hat Sie da rausgeschmissen aus dem Ganzen?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Diese Funktion oder die Diskussionen mit dem Top-Level von master-talk haben dann die Kollegen Skorsch und Pail wahrgenommen.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Das heißt, dass mit der Übernahme von Abteilungsleiter Skorsch, der ja mit 1.1.2003 zurückgekommen ist – wo Sie zuerst auch erzählt haben, dass sich der ja sehr stark eingesetzt hat dafür, dass da etwas weitergeht oder nicht weitergeht, in welche Richtung jetzt auch immer –, Sie dann von Informationen irgendwo abgeschnitten waren, was ja auch die Frage des Kollegen Rosenkranz bestätigt hat, dass Sie zum Beispiel von dieser Athen-Reise irgendwie gar nichts gewusst haben. (*Ing. Blaha: Richtig, ja!*) – Was hat denn das für Sie selbst – außer dem, dass Sie abgeschnitten waren von den Informationen – noch für weitere Auswirkungen gehabt, dass jetzt im Prinzip Brigadier Skorsch die Abteilungsleitung übernommen hat? Sie haben selber zuerst gesagt, Sie waren zuerst die Nummer eins und dann nicht mehr.

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Das ist persönlich vielleicht nicht ganz lustig, aber das ist eben so.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Aber irgendwelche anderen Auswirkungen, dass Sie in Ihren Kompetenzen beschnitten wurden (*Brigadier Ing. Blaha: Nein!*), dass Sie irgendetwas nicht weiter ...

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Nein. In der Linienorganisation war ich Referatsleiter, und diese Funktion habe ich weiterhin wahrgenommen.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Haben Sie den Eindruck gehabt, dass Sie alle Informationen bekommen?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Ich habe sicher nicht alle Informationen bekommen – aus dem Projekt.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Wie weit hat sich denn Brigadier Skorsch dann eigentlich aktiv in die Zusammenarbeit mit master-talk und in den Fortschritt des Projekts mit einbinden lassen oder mit eingelassen?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Spätestens mit der Änderung der Projektstruktur, mit Beginn Februar, hat er die Projektleitung komplett übernommen, oder die Projektverantwortung und –leitung komplett übernommen.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Und welche Verbesserung konnte er in Zusammenarbeit mit ADONIS erwirken?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Dazu kann ich keine Aussage treffen.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Na ja, Sie waren zwar nicht mehr, sage ich jetzt einmal, die Nummer eins, sondern Sie waren dann Mitarbeiter und Projektleiter, trotzdem ja technischer Projektleiter. Sie werden ja dann noch zusätzliche Informationen gehabt haben?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Deutlich weniger bis keine mehr. Daher kann ich dazu nicht wirklich viel sagen.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Hat Brigadier Skorsch diese Jours fixes auch weitergemacht?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Ob Sie unter dem Titel „Jours fixes“ gelaufen sind? Es hat definitiv regelmäßige Treffen mit master-talk gegeben. (*Abg. Lueger: Hat es gegeben?*) – Ja.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Hat sich der Verlauf des Projektes durch den Brigadier Skorsch verändert, in der Zusammenarbeit?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Der Verlauf des Projekts? – Ist schwer zu sagen. Ich bin überzeugt, dass unter den gegebenen Voraussetzungen – mit Nichtvorhandensein einer Erfüllungsgarantie, mit den technischen Problemen, die bestanden haben, mit den Projektmanagement-Problemen – am Ende des Tages kein Weg an der Auflösung vorbeigeführt hätte.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Es hat gestern auch Herr Brigadier Schnakl gesagt – und das haben Sie ja heute auch schon einmal ganz kurz angeschnitten –, dass es dann eine sogenannte **Funkmessfahrt** im Bereich Gänserndorf gegeben hat, wo Sie überprüft haben, ob dieses Funknetz zu verwenden ist, wo es zu großen, massiven Ausfällen gekommen wäre. Und da kam gestern die Aussage von Brigadier Schnakl, operativ ist ADONIS nicht verwendbar.

Brigadier Ing. Manfred Blaha: In der Version, so wie es uns bei dieser kommissionellen und notariell beglaubigten Testfahrt vorgelegen ist, war es nicht für Einsatzorganisationen verwendbar.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Haben Sie zu dem damaligen Zeitpunkt noch eine Variante gesehen, dass ADONIS, dass die sich so weit verbessern könnten, dass es dann doch irgendwann einmal funktioniert?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Die technische Frage wäre vielleicht behebbar gewesen. Die Frage ist nach dem Zeitaufwand, der da dahintersteckt: Wie lange hätte man warten müssen, um parallel dazu die ganzen anderen Begleiterscheinungen, wie eben die nicht gesicherten Finanzierung, wie die Projektmanagement-Probleme ... – Technisch wäre es vielleicht machbar gewesen.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Kann man da einen Zeithorizont abschätzen in etwa, oder gar nicht?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Nein, kann ich nicht abschätzen.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Der Rest dann in der zweiten Runde.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (zur Geschäftsbehandlung): Zuerst möchte ich einen Geschäftsordnungsantrag stellen und ersuche, das nicht zeitmäßig einzurechnen. Der Geschäftsordnungsantrag ist ganz einfach, und ich ersuche, diesen Antrag nach der Befragung von Herrn Ing. Blaha und vor der Befragung der nächsten Auskunftsperson in einer kurzen Geschäftsordnungssitzung zu behandeln.

Gestern hat Herr Dr. Ulmer seine Aussage über die mögliche Einsichtnahme in Akten des Ausschusses – und zwar, ich sage explizit, die **wahrscheinlich widerrechtliche mögliche Einsichtnahme** in Akten des Ausschusses – damit begründet, dass er einen strafrechtlichen Nachteil befürchtet, also die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung befürchtet und sich deswegen der Aussage entschlägt.

Sowohl der Kollege Petzner als auch ich haben darauf hingewiesen, dass es durchaus Anhaltspunkte dafür gibt, dass es dazu gekommen ist, und ich **beantrage**, der Untersuchungsausschuss möge die Vorsitzende des Ausschusses beauftragen, die Staatsanwaltschaft Wien zu ersuchen, dieses Faktum auf allfällige strafrechtliche Relevanz zu überprüfen.

Ich möchte, dass wir das in einer kurzen Geschäftsordnungssitzung besprechen, weil wir als Untersuchungsausschuss mit Sicherheit nicht akzeptieren können, dass Auskunftspersonen zum Zwecke der Vorbereitung – das heißt möglicherweise zur Verdunkelung, zur Verschleierung und zur Verabredung – Akten des Ausschusses, möglicherweise unter Verletzung des Amtsgeheimnisses, das heißt unter Verletzung des § 310 des Strafgesetzbuches, erhalten.

Das ist mein geschäftsordnungsmäßiger Antrag, und ich möchte, dass wir das dann in der von mir angeregten Geschäftsordnungssitzung behandeln.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Werte Mitglieder des Ausschusses! Natürlich kann man das in einer Geschäftsordnungssitzung diskutieren – dagegen gibt es überhaupt keinen Einwand –, ich möchte nur schon vorweg auf Folgendes hinweisen:

Das eine ist, dass es ein Offizialdelikt ist. Das heißt, dass die Staatsanwaltschaft, wenn sie davon Kenntnis erlangt, von wem auch immer – dazu bedarf es keines Antrages und auch keiner Beschlussfassung dieses Ausschusses –, dem nachzugehen hat. – Das ist das eine.

Aber dafür ist auch ein gewisser begründeter Anfangsverdacht erforderlich. Herr Kollege Amon hat ja gestern mehrfach sowohl den Kollegen Pilz als auch den Kollegen

Petzner aufgefordert, diese Anhaltspunkte, die heute der Kollege Pilz wieder erwähnt, aber nie konkretisiert, einfach offenzulegen, hier oder auch der Staatsanwaltschaft, um prüfen zu können, ob ein solcher begründeter Anfangsverdacht vorliegt. Und dann wird die Staatsanwaltschaft von sich aus natürlich die entsprechenden Schritte setzen.

Nur deswegen, weil sich jemand entschlägt, den der Herr Pilz vorher ausdrücklich darauf hinweist: es könnte sein, dass strafrechtliche Ermittlungen gegen Sie geführt werden – es geht ja nicht einmal um die Verurteilung, sondern die Gefahr einer strafrechtlichen Verfolgung reicht ja schon aus –, liegt meiner Ansicht nach noch **kein begründeter Anfangsverdacht** vor.

Aber, wie gesagt, es spricht nichts dagegen, dass man das dann in einer Geschäftsordnungssitzung einmal diskutiert. Aber ich sehe die Notwendigkeit nicht, wenn nicht konkretere Hinweise auf dem Tisch liegen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Es ist üblich, in der öffentlichen Sitzung, nur **eine** Geschäftsordnungsrunde vorzunehmen. Wir werden diesen Antrag dann in einer Geschäftsordnungssitzung besprechen.

Es beginnt nun Herr Abgeordneter Pilz mit der Befragung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann leite ich in meiner normalen Befragungszeit damit über, zu sagen: Das ist ja selbstverständlich, dass wir einen Antrag in einer Geschäftsordnungssitzung behandeln, das kann auch keine Fraktion dieses Hauses verhindern. Mich hat persönlich nur die Reaktion vonseiten der Österreichischen Volkspartei interessiert. Die ist jetzt in eindeutiger und überzeugender Art und Weise gekommen; das ist in keiner Weise überraschend.

Es gibt zwei Möglichkeiten. In solchen Fällen war es immer üblich, dass der Untersuchungsausschuss – das gilt für andere Untersuchungsausschüsse – die Staatsanwaltschaft Wien um Prüfung ersucht – noch nicht behauptet, dass das und das passiert ist, sondern um **Prüfung** ersucht –, weil hier ein sehr schwerwiegender Verdacht existiert. Aber reden wir darüber dann in der Geschäftsordnungssitzung. Denn es geht natürlich um das Gelegenheitsverhältnis und um das Interesse. Im Gelegenheitsverhältnis stehen alle, die Zugang zu den Akten des Untersuchungsausschusses haben. Und wer daran Interesse hat, das erübrigt sich, glaube ich, das hier zu erörtern. Ich gehe davon aus, dass eine einzige Fraktion Interesse hat, Herrn Dr. Ulmer zu schützen. – Aber das ist schon eine politische Bewertung, das hat mit dem Antrag als solchem nichts zu tun, aber die Reaktion bestärkt mich in dieser Annahme.

Jetzt zu Ihnen, Herr Ing. Blaha. Ich habe ein paar Fragen. Es geht eigentlich hauptsächlich um Herrn Skorsch, um Motorola und um alle möglichen Geschichten, die wir zu klären versuchen müssen.

War Ihnen bekannt, dass das Finanzministerium nicht mehr als 35 Millionen € jährlich zur Verfügung stellt – egal, ob für ADONIS oder TETRON?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Die Zahl 35 Millionen € ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Die taucht nämlich immer wieder auf. Ich nehme nur als Beispiel her – vom Bundesministerium für Finanzen vom 4. Oktober 2004, für den Bundesminister:

Dr. Schwarzendorfer –:

Weiters wird festgehalten, dass bei ADONIS ebenso wie bei BOS Austria –

also die TETRON-Geschichte –

jeweils von zirka 35 Millionen € netto an jährlich zu leistenden Funknutzungsentgelten ausgegangen wurde/wird.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Das ist ein ganz entscheidender Punkt, weil Herr Dr. Haidinger in seiner Anzeige schreibt, zumindest ein Bieter – und da geht es um TETRON – hätte Informationen über die zwischen BMI und BMF vereinbarte Schmerzgrenze von 35 Millionen € pro Jahr gehabt. Und da gibt es einen entscheidenden Punkt, nämlich den Hinweis in dieser Anzeige, dass Herr Skorsch in diesem Zusammenhang Unterlagen verloren haben soll.

Ist Ihnen einmal irgendetwas bekannt geworden über Unterlagen, die Herr Skorsch verloren hat, und zwar im Zusammenhang mit dem Behördenfunk?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Dazu ist mir nichts bekannt, nein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Jetzt passiert das nächste Seltsame – mich erinnert das wirklich so an die BUWOG-Punktlandung; bei der BUWOG war klar, es muss gerade über 960 Millionen €, glaube ich, waren es, sein, **ein** Euro darüber reicht, und der Richtige gewinnt –: Wir haben jetzt die 35 Millionen €, es ist ja alles ein bisschen billiger im Innenministerium, das ist die Geschichte im Innenministerium. Und in der Anzeige wird festgestellt, da verschwinden Unterlagen, alles Mögliche.

Können Sie sich erinnern, wie hoch die Summe war, zu der letzten Endes TETRON den Zuschlag erhalten hat?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Daran kann ich mich nicht erinnern, weil ich in diesen Prozess nicht involviert war.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich weiß, ich werde Sie dann ohnehin hauptsächlich zu ADONIS fragen.

Nicht 35 Millionen €, sondern 34 938 898 €. Wieder eine Punktlandung! – Da hören wir, 35 Millionen sei verraten worden, Unterlagen seien möglicherweise verschwunden, ein Bieter sei informiert worden. Herr Geiger von Siemens weist schon frühzeitig Kabinettschef Ulmer darauf hin: Passt auf, da gibt es den Skorsch, der informiert Motorola! Da gibt es Herrn Martin, den Lobbyisten! Da ist uns gestern von Mag. Krumpel bestätigt worden, dass er im Ressort aufgetaucht ist gemeinsam mit einem Motorola-Vertreter, nämlich mit dem Motorola-Vertreter in Wien, der für die Endgeräte zuständig war, mit Herrn Neureiter. Und das ergibt schon ein relativ klares Bild.

So, jetzt frage ich Sie etwas anderes zu Herrn Skorsch. Am 1. Jänner 2003 ist Herr Skorsch zurückgekommen von seiner verdienstvollen privatwirtschaftlichen Tätigkeit, wo er mit dem Innenministerium Geschäfte gemacht hat, und ab 1. Jänner macht er **nicht mit** dem Innenministerium, sondern **wieder für das** Innenministerium Geschäfte.

Ich formuliere es etwas einfacher: Ist es richtig, dass Ihnen Herr Skorsch am 1. Jänner 2003 wieder vor die Nase gesetzt worden ist?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Er ist mit 1. Jänner 2003 mein Vorgesetzter geworden, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ist es richtig, dass zu dieser Zeit das Projekt ADONIS betrieben worden ist? *(Ing. Blaha: Richtig, ja!)* – Ist es richtig, dass am 31. März 2003 Herr Skorsch gegen das Projekt ADONIS oder im Zusammenhang mit möglichen Missständen beim Projekt ADONIS eine Anzeige beim BIA erstattet hat?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Skorsch erstattet eine Anzeige beim BIA, Sie sind zuständig für die Umsetzung von ADONIS, der macht eine Anzeige bei „BIA 1“, nicht irgendwo im BIA, sondern bei „BIA 1“, bei Herrn Mag. Kreutner persönlich, übergibt ihm vier CDs mit seiner Meinung nach belastendem Material – diese vier CDs verschwinden später wieder, als sie ihren Auftrag, ihren Zweck erfüllt haben, sind in den Akten des Innenministeriums und des Justizministeriums nicht mehr auffindbar, plötzlich alles futsch; wir haben einige Bereiche mit sehr erstaunlichem Aktenschwund –, und Herr Skorsch informiert Sie nicht einmal? Der geht nicht einmal zu Ihnen und sagt: Hören Sie, Herr Ing. Blaha, da gibt es ja einen ganz schweren Verdacht auf Missstände bei ADONIS, Sie sind zuständig für ADONIS, klären wir das doch gemeinsam auf!?

Hat Herr Skorsch irgendwie versucht, mit Ihnen diese Missstände aufzuklären?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Diese Anzeige ist mir, wie gesagt, nicht bekannt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nicht die Anzeige. Hat Herr Skorsch Sie irgendwann über Missstände informiert? (*Ing. Blaha: Nein!*) – Das verstehe ich nicht. Herr Skorsch zeigt Missstände bei BIA an und informiert seinen zuständigen Beamten, der ADONIS umsetzt, nicht über die Missstände? Ist das richtig? (*Ing. Blaha: Ja!*) – Okay, da müssen wir genau nachfragen, denn das ist ein etwas eigenartiges Verhalten.

Wenn ich das jetzt richtig sehe: Hätte Herr Skorsch Sie als damals zuständigen Beamten für die Umsetzung des Projektes ADONIS eigentlich informieren müssen über mögliche Missstände im Zusammenhang mit ADONIS, die er ganz persönlich festgestellt hat?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Vermutlich. Ich nehme an, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, das würde ich doch auch so sehen.

Herr Skorsch informiert Sie nicht. Da können Sie natürlich nicht wissen, woher er das hat. Ich kann ja auch nur sagen, ich gehe jetzt einmal davon aus, aufgrund des Ulmer-Aktenvermerks, aufgrund der Anzeigen, aufgrund sämtlicher anderer Unterlagen, Aussagen, die wir haben, dass der Hinweis auf diese Missstände wahrscheinlich von Motorola gekommen ist.

Jetzt kommen wir einmal zu Motorola. Was war die Rolle von Motorola? Haben die gesagt: Super, ADONIS wird jetzt umgesetzt, master-talk hat gewonnen! – oder hat Motorola etwas dagegen unternommen?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Mir ist nichts konkret bekannt, was Motorola unternommen habe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Als dann die zwei Einsprüche formuliert wurden, zuerst bei der Bundesvergabekommission und dann beim Bundesvergabeamt, wie haben Sie darauf geantwortet: Haben Sie gesagt: Na gut, das behandeln wir alles! – oder haben Sie gesagt: Nein, das ist eine Sache der Staatssicherheit, das geht euch, den Beschwerdeführern gar nichts an!?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Die Beschwerde beim Bundesvergabeamt und bei der Bundesvergabekontrollkommission ist ganz normal abgearbeitet worden, wie das im Vergaberecht vorgesehen ist.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hat die Staatssicherheit in dem Vergabeverfahren irgendeine Rolle gespielt?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Eine wesentliche Rolle: nein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Na hat sie eine Rolle gespielt? (*Ing. Blaha: Nein!*) – Dann halte ich Ihnen vor und weise darauf hin, dass auch dieses E-Mail **nicht** dem Ausschuss **vorliegt** – ich gebe das daher den Ausschussmitgliedern hier.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Unterschrieben: Mit herzlichen Grüßen, Brigadier Ing. Manfred Blaha, Brigadier, Abteilung II2/25, Logistik und Technik, Fachbereich Telekom – an einen zweiseitigen Verteiler. Das wird weitergesendet von Bernhard Krumpel an Ernst Strasser.

Lieber Ernst, anbei die derzeit letzte heutige Aussendung an die Fachzielgruppe.

Und da wird dann Ihr E-Mail hineinkopiert: Betreff: ADONIS-Information. Und darin beschreiben Sie, dass Tetratel gewonnen hat.

Und: Nach Bekanntgabe der beabsichtigten Vergabe, wie es das Vergaberecht vorsieht, haben die unterlegenen Bieter Telekom und Tetratel einen sogenannten Schlichtungsantrag an die Bundesvergabekontrollkommission gestellt – wurde abgewiesen. Daraufhin hat Tetratel einen weiteren Antrag an das Bundesvergabeamt gestellt, mit dem eine Nachprüfung des Verfahrens eingeleitet werden soll. In einer ersten Stellungnahme haben wir festgestellt, dass wir die Unzuständigkeit des Bundesvergabeamtes folgendermaßen begründet sehen: erstens handelt es sich bei ADONIS um ein Funksystem, das unter die vergaberechtliche Ausnahme der Staatssicherheit fällt. – Zitatende.

Das stimmt ja nicht, Herr Ing. Blaha, was Sie jetzt gerade gesagt haben. Sie selbst haben das geschrieben, dass das unter die vergaberechtliche Ausnahme der Staatssicherheit fällt. Warum?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Es tut mir leid, an diese Argumentation hier im Verfahren vor dem Bundesvergabeamt habe ich mich konkret nicht mehr erinnert.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie das selbst so verfasst? (*Ing. Blaha: Selbstverständlich!*) – Wollen Sie das, was Sie vorher gesagt haben, korrigieren? (*Ing. Blaha: Ja, selbstverständlich!*) – Dann nehme ich das so zur Kenntnis. Das ist damit korrigiert, ist ja überhaupt kein Problem.

Warum Staatssicherheit? Warum vergaberechtliche Ausnahme der Staatssicherheit? – Das klingt ja: wumm!!

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Vor allem aus einem Grund: weil natürlich gerade Nutzer aus dem polizeilichen und auch aus dem militärischen Bereich da partizipieren und deren Kommunikationsbedürfnisse oftmals sehr, sehr sensibel sind. Darum dieser Ausnahmetatbestand.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Was heißt das dann für das Vergabeverfahren?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Das hieß für das Vergabeverfahren, dass das Bundesvergabegesetz nicht vollinhaltlich anwendbar war.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): In welcher Hinsicht nicht anwendbar war?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Das Detail dieser Ausnahmemöglichkeiten aus dem damaligen Status des Bundesvergabegesetzes weiß ich nicht mehr auswendig.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich helfe Ihnen (*Obfrau Dr. Moser: Das ist ein Vorgriff auf die zweite Runde!*): Das war der Versuch einer Begründung, dass ein Einspruch an das Bundesvergabeamt nicht möglich war. Es ist darum gegangen,

einfach zu sagen: Das geht gar nicht! Unsere Entscheidung ist endgültig! Staatssicherheit! Aus! Fertig!

Wissen Sie, warum ich Sie das frage? – Weil der eine Teil des Ministeriums – und ich bin damit schon fertig – bis hin zum Argument **Staatssicherheit**, wir schließen das Bundesvergabeamt aus und so weiter, gegangen ist, um ADONIS durchzusetzen, während der andere Teil schon längst ein anderes Projekt betrieben und gesagt hat: Pfeifen wir auf Staatssicherheit, pfeifen wir auf Vergabe, pfeifen wir auf alles, da ist Motorola, und die Interessen von Motorola werden um jeden Preis durchgesetzt! Der Preis waren dann etliche Millionen Euro, aber darauf kommen wir ja dann noch in einem anderen Zusammenhang zurück.

Den Rest frage ich Sie in der nächsten Runde. – Danke.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich möchte schon bemerken, dass Herr Kollege Pilz jetzt ein E-Mail vorlegt von der Auskunftsperson betreffend ADONIS an den Innenminister und das Ganze in den Akten nicht auffindbar ist.

Also Vollständigkeitserklärung, Entrüstung des Innenministeriums, wir haben alles vorgelegt, wir haben sogar mehr vorgelegt, als wir hätten sollen, weil wir so transparent sind – und dann flattert solch ein E-Mail herein.

Wir haben auch einen anderen Punkt, den wir in der zweiten Runde Herrn Blaha befragen wollen, wo eine kleine Beilage vergessen wurde, die aber nicht uninteressant ist, die wir jedoch nur aufgrund eines Zufalls haben, weil es bereits einmal einen Untersuchungsausschuss betreffend Innenressort gegeben hat.

Ich glaube, es wäre auch dringend notwendig, in einer Befragungsunterbrechung, in einer Geschäftsordnungsdebatte, in der es auch darum geht, wie mit dem Antrag von Kollegen Pilz zu verfahren sein wird, schon auch ein bisschen wieder unter die Lupe zu nehmen, wie es mit der Aktenlieferungsmoral des Innenministeriums aussieht.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Zur Ergänzung: Ich wurde bereits gestern von Ihnen als Fraktionsführer beauftragt, in dieser Angelegenheit Kontakt mit dem Kabinettschef im Innenressort aufzunehmen. Ich mache das dann am Freitag, nach dem Feiertag.

Ich kann das aber gerne noch nach Beratungen der Fraktionsführer intensivieren oder modifizieren, je nachdem.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Zu dem, was Kollege Pilz jetzt gesagt hat: Es ist ja dann vom Bundesvergabeamt für alle auch wirklich klargestellt worden und diese Beschwerde zurückgewiesen worden, dass sehr wohl eine Ausnahme besteht und eben das Bundesvergabegesetz nicht anzuwenden ist.

Kommen wir ganz kurz zurück zur Vergabe selbst. Es gab ja die Kritik des Rechnungshofes – ich weiß nicht, kennen Sie die, haben Sie sich mit dieser im Nachhinein beschäftigt?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Natürlich kenne ich sie, ja.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Gestern hat auch Kollege Pendl erwähnt, dass seiner Ansicht nach aufgrund des Ministerratsvortrages und der

fehlenden genauen Leistungsbeschreibungen und Vorgaben das so nicht ausgeschrieben hätte werden dürfen.

Wie sehen Sie das als einer, der an dieser Ausschreibung beteiligt war? – Vielleicht ganz kurz zusammengefasst.

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Kurz zusammengefasst: Die Ausschreibung, die wir verfasst haben, die wir gemeinsam mit Austroconsult erstellt haben, war sehr, sehr umfangreich und sehr, sehr detailliert.

Nur als Beispiel zu den Vorwürfen, die da auch vom Rechnungshof partiell kommen: Die Versorgung für Hubschrauber war in der Ausschreibung dezidiert drinnen. Ich darf vielleicht aus der Ausschreibung zitieren. Schon auf Seite 30 haben wir die Boden-Luft-Versorgung: „ab Boden bis 2 000 Meter Höhe“, definiert.

Master-talk hat das dann später in Abrede gestellt, es entspricht aber dem Ausschreibungstext, was wir gefordert haben.

Die verdeckte Trageweise von Funkgeräten beispielsweise, die wir zum Beispiel für Kriminalbeamte benötigen, die das Funkgerät in Zivilkleidung nicht sichtbar tragen, hatten wir bereits auf Seite 27 in der Ausschreibung gefordert.

Also die Ausschreibung war sehr, sehr detailliert, musste aber, weil die Technologie per se zwar standardisiert ist, dann noch weiter spezifiziert werden. Das wäre diese Dienstfestlegungsphase gewesen.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Also aus Ihrer Sicht war die Ausschreibung zulässig und war auch nach bestem Wissen und Gewissen abgefasst (*Ing. Blaha: Absolut, ja!*), auch wenn es im Nachhinein bei der Auftragserfüllung dann zu Problemen gekommen ist (*Ing. Blaha: Ja!*) und man vielleicht rückblickend manche Dinge noch anders machen hätte können, so, wie das halt oft im Leben ist.

Kommen wir jetzt zur Auflösung des Vertrages, zu dieser Phase. Sie haben vorher, glaube ich, gesagt, Sie waren ab Februar 2003 nicht mehr involviert. Stimmt das? (*Ing. Blaha: Ja!*) – Mich wundert es nur.

Ich habe da ein Schreiben von Sektionschef Prugger, wo diese neue Organisation oder der Auftrag war, das zu evaluieren, das zu überarbeiten, wo es heißt:

Mit den folgenden Aufträgen wurden betraut:

Vertreter des Auftraggebers im Steuerungsgremium: Mag. Krumpel und Ing. Peter Skorsch.

Leiter der Projektkoordination: Brigadier Werner Pail.

Projektleiter BMI: Brigadier Ing. Manfred Blaha.

So wurde das da beschrieben.

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Das ist richtig. Wie gesagt, ich war in der Projektstruktur dann an der dritten Position.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Sie waren also sehr wohl noch in das Projekt involviert? (*Ing. Blaha: Teilweise!*) – Nicht in allen Bereichen, haben Sie selbst schon vorher gesagt. (*Ing. Blaha: Teilweise, ja!*)

Es gab dieses erste Schreiben – das zumindest uns oder mir bekannt ist –, das von Ihnen stammt, ein E-Mail vom 5. Dezember 2002, wo Sie verschiedenste Kritikpunkte anführen.

Können Sie sich noch an dieses Schreiben erinnern? Nicht im Detail, aber ...

Brigadier Ing. Manfred Blaha: An dieses E-Mail konkret nicht, aber an die Themen, die wir damals mit master-talk im Groben hatten, ja.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Dezember 2002, kann das in etwa hinkommen? (*Ing. Blaha: Ja!*) – Ist dieses Schreiben aus Ihrer Wahrnehmung, aus Ihrer Begleitung des Projektes entstanden oder hat es da eine Vorgabe gegeben, weil ja immer im Raum steht, das Projekt ADONIS wurde abgedreht, oder hat es da eine Weisung oder nur eine Vorgabe aus dem Kabinett gegeben: Schreiben Sie irgendwelche Mängel, damit wir dieses Projekt irgendwie wegbringen!? Etwas verkürzt formuliert. Oder waren das einfach Ihre Wahrnehmung aus der Projektbegleitung und die Mängel, die halt aufgetreten sind?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Also dieser Schriftverkehr mit master-talk war eindeutig die Folge unserer Wahrnehmung aus dem tatsächlichen täglichen Projektleben mit master-talk gemeinsam und deren Aktivitäten. Es hat keinerlei Weisung in diesem Sinne gegeben.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Es war auch kein – das wird ja immer so genannt – gewisser vorauseilender Wunsch, den man erkennt? Auch da war nichts da, wo Sie gesagt haben: Ich habe den Eindruck, die wollen das irgendwie wegbringen, und jetzt schreibe ich halt Mängel hinein!? (*Ing. Blaha: Nein!*) – Das gilt auch für den nachfolgenden Schriftverkehr, oder ist der nicht mehr von Ihnen geführt worden?

Es gab ja dann zwei Schreiben: ein Schreiben am 21. Mai 2003 von master-talk an das Innenministerium, direkt an Sie adressiert, und das Schreiben vom 22. Mai 2003, ebenfalls an Sie adressiert.

Ist das bei Ihnen noch angekommen, oder hat das dann jemand anderer bekommen?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Angekommen sind diese Schreiben natürlich bei mir. Ich habe sie aber an Kollegen Skorsch entsprechend weitergeleitet.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Okay. Können Sie etwas dazu sagen?

Es ist ja doch irgendwie auffällig, dass am 21. Mai 2003 master-talk vor allem Probleme mit dem Verbindungsnetzwerk anspricht. Wissen Sie von diesen Problemen?

Master-talk behauptet da, zusammengefasst, dass das Verbindungsnetzwerk vom Auftraggeber beigestellt werden soll, und das soll nicht passiert sein, weswegen sich das Projekt verzögert oder nicht umgesetzt werden kann.

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Den aktuellen Status dieses Themas zum damaligen Zeitpunkt kann ich nicht sagen. Ich weiß nur, dass es davor schon Diskussionen mit master-talk gegeben hat zum Thema Verbindungsnetzwerk, die Leitungen, die wir zur Verfügung stellen sollten, weil sie es technisch nicht in einer effizienten Weise realisieren wollten, die unseren Anforderungen entspricht. Das war ein Diskussionspunkt mit master-talk.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Wir versuchen, die Gründe für die Auflösung hier auch zu erforschen. Was heißt das jetzt? Das heißt, das Verbindungsnetzwerk sollte das BMI nach den Vorgaben des geschlossenen Vertrages, sollte Leitungen zur Verfügung stellen. Kann man das so sagen? (*Ing. Blaha: Richtig, ja!*) – Und wo liegen jetzt die Probleme? Wurden Leitungen dann nicht zur Verfügung gestellt, oder haben Sie nur einfach nicht die Qualitätsanforderungen von master-talk erfüllt?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Wir hätten die Qualitätsanforderungen sehr wohl erfüllen können, nur – wenn ich es wieder mit einem Vergleich darstellen darf –, wenn Sie hier im Flachland – Niederösterreich, Burgenland – diese Windparks betrachten: Wenn man zu jedem dieser Windräder eine Autobahnabfahrt planen will, dann wird das nicht sehr sinnvoll sein, sondern es wird vielleicht ein Feldweg oder eine asphaltierte Straße genügen. Und genau das waren die Diskussionspunkte. Master-talk wollte, jetzt sehr überspitzt formuliert, zu jedem Antennenmast, zu jeder Basisstation einen Datenhighway, der wesentlich überdimensioniert war, und daher haben wir gesagt, das ist nicht effizient, das kann so nicht gescheit funktionieren.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Und aus Ihrer Sicht war das aus dem abgeschlossenen Vertrag auch nicht geboten für das Innenministerium, also nicht verpflichtend, solche ...?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Das war keine Verpflichtung für uns, das war eine **Option**.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Hat es vielleicht einen Zusammenhang damit gehabt, dass master-talk dieses Leitungsnetzwerk dann für andere Zwecke, nämlich solche, die sie also privatwirtschaftlich nicht nutzen konnte, auch nutzen konnte? Was war der Hintergrund? Warum wollten die einen Datenhighway, wenn es nicht notwendig war?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Dazu könnte ich maximal eine Vermutung äußern.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Das war ein Diskussionspunkt (*Ing. Blaha: Ja!*), wo es offensichtlich unterschiedliche Auffassungen gegeben hat.

Jetzt weiß ich nicht, ob Sie dazu etwas sagen können. Mir fällt halt nur auf, am 21. Mai 2003 wird sozusagen ein Problem in den Raum gestellt, wird dem Vertragspartner mitgeteilt: Da haben wir eine Meinungsverschiedenheit!, und schon am nächsten Tag, am 22. Mai 2003, wird eigentlich dann eine ganze Fülle von Problemen aufgeworfen und dieses Schlichtungsverfahren angerufen.

Wieso kommt es, dass man von einem Tag auf den nächsten zwei Briefe schickt? Haben Sie sich da vielleicht erkundigt und gefragt: Was war, was ist da los? Es schaut so aus: Man hat ein Detailproblem, das es halt immer wieder gibt, einmal aufgeworfen, das man lösen kann, und am nächsten Tag schickt man plötzlich einen Berg an Problemen und sagt, so geht es irgendwie nicht weiter.

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Die Motivation dieser Schreiben ist mir nicht im Detail bekannt.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Sie haben sie auch nicht hinterfragt? (*Ing. Blaha: Nein!*) – Das Schreiben des BMI vom 22. Mai 2003 an master-talk: Waren Sie da eingebunden? Das ist das Schreiben, das eben auch die Probleme, auch den Verzug mit Leistungen anspricht, Beistellungen, Informationspflichten, unzurechnendes Projektmanagement.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Darf ich Sie nur auf die 5 Minuten hinweisen, die abgelaufen sind. Sie können noch eine Frage stellen, aber das ist dann gleichzeitig die Zusatzfrage. Ich sage das deshalb, weil wir wieder unter Zeitdruck sind. Um 11 Uhr ist die nächste Ladung, und noch dazu soll wieder eine Geschäftsordnungssitzung stattfinden, und so weiter, und so fort.

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Dieses Schreiben ist mir nicht bekannt, nein.

Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP): Also da waren Sie nicht eingebunden? (Ing. **Blaha: Nein!**) – Gut, danke. Dann habe ich keine Fragen mehr.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es geht meiner Ansicht nach als ganz zentrale Figur um Ihren dann ab 1.1.2003 vorgesetzten Brigadier Skorsch bei seiner Bestellung zum Abteilungsleiter. Da gibt es dann, aus den Akten ersichtlich, ein E-Mail, das Herr Herwig Haidinger, der ja auch als Vertrauensperson hier für die Grünen akkreditiert ist, am 19. Juni 2008 geschickt hat an BIA I, also Mag. Kreutner, wo das Vergabeverfahren geprüft wurde. Dieses Mail findet sich auch in den Akten zu diesem Untersuchungsausschuss wieder. Was allerdings fehlt, ist eine Beilage dazu, auf die zwar verwiesen wird, aber die **Beilage fehlt**. Diese Beilage haben wir aber glücklicherweise im Untersuchungsausschuss in der vorigen Gesetzgebungsperiode bekommen, wo es um Unzukömmlichkeiten im Innenministerium gegangen ist und wo das überprüft wurde.

In dieser Beilage – mit Sichtschutz der FPÖ – wird vom Herrn Haidinger in der Chronologie gesagt ... – Bei der Bestellung von Skorsch zum Leiter der Abteilung Technik schreibt er dazu, was da passiert ist:

Politische Interventionen von Landeshauptmann Schausberger und Bundesminister Bartenstein, initiiert über H. Kappacher. – Kappacher, das ist die Firma, bei der Herr Skorsch vorher tätig war im Rahmen seiner Karenzzeit.

Und dann geht es weiter:

Ein namhaftes ÖVP-Mitglied interveniert im Kabinett des Bundesministers – des KBM des BMI – gegen die Bestellung Skorsch unter Hinweis auf die Auftraggeber-, Auftragnehmersituation Skorsch – Firma Kappacher, an die er vor der Karenzierung Aufträge vergeben hat, bei der er während seiner Karenzzeit tätig war, mit dem BMI als Hauptkunden, und der nun als Leiter der Abteilung Technik Aufträge vergeben wird. – Zitatende.

Also das ist ein richtig schönes Ping-Pong, wo man sich die Seiten eben aussucht. Es ist offensichtlich von jemandem aus der ÖVP – wir wissen nicht von wem – gewarnt worden.

Haben Sie aus dem Ressort irgendeine Wahrnehmung, welche Vorgänge es da gegeben haben soll zur Bestellung des Herrn Brigadiers Skorsch als Abteilungsleiter? (Abg. Dr. **Pilz: Zur Geschäftsordnung!**)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (zur Geschäftsbehandlung): Jetzt reicht es langsam mit dieser Innenministeriums-Aktenübermittlung, denn das legt ja schon einen viel weiter gehenden Verdacht nahe, nämlich dass es da ganz klare parteipolitische Motive geben **könnte** – ich bin ja immer noch vorsichtig – für die **Unterschlagung bestimmter Akten** durch das Innenministerium.

Erstens ersuche ich den Herr Kollegen Rosenkranz, wie wir es vereinbart haben, allen Fraktionen eine Kopie dieser Unterlage zur Verfügung zu stellen. Das ist unabdingbare Voraussetzung, dass wir überhaupt darüber reden können.

Zweitens ersuche ich jetzt sofort um eine Sitzungsunterbrechung. Es geht einfach nicht so weiter!

Drittens stelle ich den **Antrag** – und möchte, dass das in einer Geschäftsordnungssitzung sofort behandelt wird –, dass die Person, die die **Vollständigkeitserklärung** für das Innenministerium unterzeichnet hat, zur nächsten

Sitzung des Untersuchungsausschusses als Auskunftsperson geladen wird. Wir können uns das in dieser Art und Weise nicht mehr bieten lassen!

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Frau Vorsitzende und auch Herr Verfahrensanwalt, wir haben nur das eine Problem: Es handelt sich bei der Urkunde, die wir hier haben, um eine, die zumindest mit Sicht- und Kopierschutz der FPÖ-Klub hat aufgrund des vorigen Untersuchungsausschusses. (Abg. Dr. Pilz: Dann nehme ich es umso lieber!)

Das Einzige, was wir machen können, ist, dass wir auf die entsprechende Geschäftszahl, Aktenzahl, Lieferungszahl und so weiter den Hinweis geben, beziehungsweise ist die Frage, ob es uns gestattet wird, für den internen Gebrauch der Fraktionen eine Kopie anzufertigen, wo der Sichtschutz FPÖ drauf ist, aber das allerdings nachher, so wie bei einer Auskunftsperson, wieder einsammeln. Wir sind nicht interessiert, dass dann mit so einer „Beute“ andere Fraktionen unter Umständen die Medien füttern, was auf uns zurückfiele. Das wollen wir eigentlich vermeiden, und ich glaube, da sind wir rechtlich eher auf der sicheren Seite. Aber ich wäre dankbar für ein entsprechendes Szenario, um die Information auch anderen Fraktionen zukommen zu lassen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Dann würde ich vorschlagen, dass wir jetzt einmal die Befragung der Auskunftsperson zu Ende führen – es gibt ja dann sowieso eine Unterbrechung in Richtung Geschäftsordnung –, dass wir jetzt einmal mit Ihrem Vorschlag, sprich: Sie teilen eine Kopie aus, sammeln sie wieder ein, arbeiten, und dass wir dann während der unterbrochenen Sitzung die weitere Vorgangsweise besprechen. – Könnten Sie so vorgehen, Herr Abgeordneter Rosenkranz?

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das würde ich auch so sehen, damit wir in der Befragung hier weiterkommen.

Es ist also dieses Pendelspiel angesagt gewesen. Haben Sie Wahrnehmungen dazu über diesen Bestellungshintergrund, Informationen, ist irgendetwas gesprochen worden, ist das auf Gerüchsbasis erfolgt? – Sonst müssen wir unter Umständen den Herrn Haidinger fragen, woher er das weiß.

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Dazu habe ich keine Wahrnehmung.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Da schreibt der Herr Haidinger ja weiter – und wir wissen das bereits –, was es da für Auffälligkeiten gibt.

Herr Mag. Bernhard Krumpel wird zunächst Kabinettschef bei Staatssekretär Kukacka und später Geschäftsführer von TETRON.

Mag. Wolfgang Gattringer – das sind alles jene, die dann immer auch die Telefone kriegen – verlässt das Kabinett von Bundesminister Dr. Ernst Strasser und wechselt zu Alcatel.

Mag. Christoph Ulmer verlässt als Kabinettschef von Ernst Strasser das Ressort und bekommt einen Beratervertrag für BOS Austria. Und gestern sagte uns der Herr Ulmer, es ist eigentlich durchaus etwas ganz Normales. Wenn man im Ressort, in einem Kabinett mit bestimmten Vorgängen, mit bestimmten Firmen zu tun hat und mit denen auf einer guten Basis ist, dann ist das etwas ganz Normales, und das passiert, und das ist gar nichts Auffälliges, das passiert laufend, dass man dann nachher bei diesen Firmen gleich Unterschupf findet und dann in eine entsprechende Position kommt.

Haben Sie tatsächlich die Wahrnehmung, dass das im Innenressort, in Ihrem Bereich, in Ihrer Abteilung – Sie haben ja mit mehreren technischen Beschaffungsvorgängen zu tun –, tatsächlich so ist, dass das ein alltäglicher Vorgang ist, dass diese Personen dann in die Privatwirtschaft gehen und von dort dann gleich wieder zurückkommen? Die anderen machen es auf der Seite, gehen dann in die Privatwirtschaft.

Ist das tatsächlich so etwas Unauffälliges?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Dazu habe ich keine weiteren Wahrnehmungen anderer Fälle. Ich habe aber auch nicht allzu häufig mit Projekten, in denen ich involviert war, mit Ministerbüros zu tun gehabt.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Darf ich auf das Ende der Befragungszeit hinweisen. Sie können noch auf die Zusatzfrage zurückgreifen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Letzte Frage noch dazu – ich brauche dann keine Zusatzfrage –: Haben Sie Wahrnehmungen, jetzt unabhängig vom Kabinett, aus Ihrer Abteilung, aus Ihrer Beamtenkollegenschaft, dass da so ein Wechsel in die Privatwirtschaft gang und gäbe ist?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Ein Wechsel in die Privatwirtschaft auf Basis Karenzierung oder auch Kündigung, das passiert schon. Das ist nichts allzu Außergewöhnliches.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich habe nur zwei, drei kurze Fragen.

Die erste Frage: Hat man diese Zahl 1 000 € – Sie sagen sogar unter 1 000 € – pro Teilnehmer und Jahr auf Basis der Berechnungen an Kosten pro Nutzer jemals erreicht oder nicht im Zuge von ADONIS?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Im Zuge von ADONIS sind wir durch die Vertragsauflösung gar nicht so weit gekommen, dass Zahlungen geleistet wurden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber hat es interne Berechnungen gegeben, was diese Zahl 1 000 € betrifft? Auf welcher Basis ist man zu dieser Zahl gekommen? Das Innenministerium hat diese 1 000 € immer nach außen kommuniziert. Also auf Basis welcher Analysen und Berechnungen ist man auf diese 1 000 € gekommen?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Wie bereits gesagt, ganz am Anfang des Vergabeverfahrens bei der Veröffentlichung in der „Wiener Zeitung“ hatten wir eine Gesamtschätzung des Budgetaufwandes von 22 Millionen per anno. Diese Zahl ist, wie gesagt, eine Schätzung, die wir aus internationalen Vergleichsprojekten versucht haben abzuleiten. Aber, wie gesagt, eine Schätzung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, genau, eine Schätzung. Und Faktum ist, dass keine dieser Zahlen gehalten hat, überhaupt keine dieser Zahlen gehalten hat. Und Faktum ist auch, dass diese 1 000 € nie in einem Vertrag dezidiert mit master-talk so geregelt waren.

Andere Frage: Wer war denn jetzt aller betraut damit, Nutzer für dieses ADONIS-Funknetz zu lukrieren in den Bundesländern? Sie haben vorher schon gesagt, Sie waren gemeinsam mit Austroconsult in den Bundesländern aktiv. Wer war denn da aller damit befasst beziehungsweise auch im Rahmen einer schriftlichen Aufgabenverteilung dafür hauptverantwortlich, dass weitere Nutzer für dieses Behördenfunknetz lukriert werden?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Die konkrete Lukrierung von Nutzern für das ADONIS-Netz war Aufgabe des Betreibers master-talk.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ist master-talk dieser Aufgabe nachgekommen?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Auch master-talk hat Veranstaltungen in den Bundesländern gemacht. Man kann aber geteilter Meinung darüber sein, wie erfolgreich das war.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Waren sie Ihrer Meinung nach erfolgreich oder nicht? (*Ing. Blaha: Am Ende nein!*) – Man war nicht erfolgreich mit Austroconsult, master-talk war auch nicht erfolgreich.

Ich frage Sie daher noch einmal, was Ihrer Meinung nach die Ursachen sind dafür, dass man nicht erfolgreich war.

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Die Ursachen final waren, dass das, was master-talk im März 2003 als Abnahme bereitgestellt hat, nicht funktioniert hat. Für ein Funknetz, das **nicht funktioniert**, wird man keine Blaulichtorganisationen begeistern können.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sehen Sie die ausschließliche Verantwortung für das Scheitern bei master-talk? Oder sehen Sie auch eine gewisse Verantwortung bei den zuständigen Stellen des Innenministeriums? Wenn ja: bei welchen?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Das ist meine persönliche Meinung: Das Scheitern ist master-talk anzurechnen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Zu 100 Prozent? (*Ing. Blaha: Ja!*) Wenn master-talk zu 100 Prozent schuld daran ist, dass das alles schiefgegangen ist, warum zahlt dann die Republik 30 Millionen € Steuergeld an master-talk als Vergleichszahlung?

Wenn ihr euch eh so sicher wart, ihr habt alles richtig gemacht, obwohl nichts funktioniert hat, master-talk ist zu 100 Prozent verantwortlich dafür, dass alles schiefgegangen ist, dann gibt es diese Streitigkeiten, die Kündigung des Vertrages von beiden Seiten am gleichen Tag, innerhalb weniger Stunden, dann kommt es zu diesen Rechtsstreitigkeiten – und plötzlich einigt man sich darauf, dass das Innenministerium für gar nichts, nur dass master-talk Ruhe gibt, 30 Millionen Steuergeld zahlt! Rechnen Sie das einmal in Schilling um, wie viel Geld das ist! Da müssen viele Leute in diesem Land sehr lange arbeiten dafür, dass man dieses Steueraufkommen zusammenkriegt.

Dann zahlt man also 30 Millionen €. Wenn master-talk zu 100 Prozent alleinverantwortlich ist und schuld ist, warum hat dann das Innenministerium 30 Millionen Vergleichszahlung gezahlt und es nicht darauf ankommen lassen, wenn man sich in der Schuldfrage ohnehin sicher war, mit master-talk das auszufechten?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: In dieses Verfahren, in diesen Prozess war ich nicht eingebunden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Halten Sie es für nachvollziehbar, dass man eine Vergleichszahlung von 30 Millionen € zahlt, wenn ohnehin master-talk zu 100 Prozent allein für das Desaster verantwortlich war?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Wie gesagt, ich war in den Prozess nicht eingebunden, in dieses Verfahren nicht eingebunden. Daher kann ich die Argumentation nicht bewerten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich frage Sie als Steuerzahler: Fühlen Sie sich da nicht ein bisschen gefrotzelt?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Ich bin, glaube ich, nicht hier als Steuerzahler, sondern ich bin hier in meiner Funktion als **Beamter**. (*Abg. Petzner: Passt schon! Danke!*)

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Ich möchte jetzt noch einmal zurückkommen auf den Aktenvermerk, den Christoph Ulmer geschrieben hat, wo es damals um dieses Gespräch, dieses Telefonat, das scheinbar 30 Minuten in etwa gedauert hat und wo es ganz einfach um Brigadier Skorsch gegangen ist, um seine destruktive, schikanöse Art gegenüber Mitarbeitern der Firma master-talk. Andererseits steht da auch noch drinnen, dass Brigadier Skorsch auch keinerlei Interesse an einer konstruktiven Zusammenarbeit mit master-talk hat und auch an einer positiven Lösung gar nicht interessiert sei und, wie der Abgeordnete Rosenkranz das auch schon zitiert hat, er zwar dazu keine Beweise hat, aber Indizien für ihn ganz einfach vorliegen.

Sind Sie über diesen Aktenvermerk irgendwie in Kenntnis gesetzt worden? Kennen Sie diesen Aktenvermerk?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Ich kenne diesen Aktenvermerk nicht.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Sie haben zuerst berichtet, dass Ihnen auch nicht bekannt ist, dass Peter Skorsch diese vier CDs an die BIA geschickt hat? (*Ing. Blaha: Korrekt, ja!*) – Ich finde das schon irgendwie fatal, auch wenn er Ihr Vorgesetzter ist, Sie aber trotzdem Projektleiter sind, Sie nicht darüber zu informieren, dass er der Meinung ist, dass Missstände in Ihrer Arbeit letztendlich passiert sind oder seien, und diese zur Anzeige bringt, ohne mit Ihnen darüber im Vorfeld zu reden. Hat es da irgendwelche Gespräche gegeben zwischen Ihnen beiden? Hat er Sie da informiert? Haben Sie eine Möglichkeit zum Beispiel auch gehabt, sich darüber zu rechtfertigen oder seine Missstände, die er meint, dass er die hat, auch aufzuklären?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Das Thema *Missstände* war nie ein Gesprächsthema zwischen uns.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Wahnsinn! – Dann möchte ich noch einmal zum Thema *Kündigung master-talk* kommen. Zu welchem Zeitpunkt war es eigentlich aus Ihrer Sicht klar, dass das BMI die Kooperation beenden wird? War das bereits dann ab Februar, März 2003, ab dem Zeitpunkt, wo Skorsch dann den Abteilungsleiter übernommen hat?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Ich kann Ihnen einen konkreten Zeitpunkt hier nicht nennen, weil ich ab einem gewissen Zeitpunkt, also ab etwa Februar, nicht mehr in die wesentlichen strategischen Gespräche sozusagen mit eingebunden war.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Das heißt, Sie wissen auch nicht, von wem diese Entscheidung initiiert wurde? (*Ing. Blaha: Nein!*) – Ich bin der Überzeugung, dass man von der Größe des Projektes und von dem Fortschritt des Projekts das ja eigentlich nicht leichtfertig aufkündigt, noch dazu, wo es ja kurz vorher zu einer Umstrukturierung gekommen ist, um das Ganze noch einmal aufleben zu lassen, um es zu verbessern. Und da ganz einfach wieder abubrechen, und dass dann Sie trotzdem als Projektleiter nicht informiert sind, das halte ich wirklich für fatal.

Sie haben ja versucht, mit dem Brief, den ich zuerst zitiert habe, wo es dann noch Nachfolgebriefe gegeben, wo Sie dann von der Schlichtungsstelle ganz einfach auch noch informiert haben, Sie haben also versucht, sozusagen zu retten, was zu retten ist, was leider dann eigentlich nicht gelungen ist.

Frage: Hätten Sie dann, obwohl Sie jetzt trotzdem noch Projektleiter waren, Ihnen aber Kompetenzen scheinbar entzogen wurden, überhaupt die Möglichkeit gehabt, ADONIS noch zu retten?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Das ist eine schwierige Frage, aber aufgrund dessen, dass ich nicht mehr involviert war in die wesentlichen Entscheidungsprozesse, würde ich meinen: Nein.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Kommen wir zu **BOS-Digitalfunk**: Inwieweit waren Sie denn da in die Vergabe eingebunden – oder waren Sie da auch überhaupt nicht mehr eingebunden?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Bei der Vergabe und im Projekt Digitalfunk-BOS war ich überhaupt nicht mehr eingebunden. (*Abg. Lueger: Überhaupt nicht mehr?*) – Ich bin jetzt in einer anderen Linienorganisation, habe eine andere Aufgabe. Ich bin Technikbeauftragter für das staatliche Krisenmanagement, daher war ich da nicht mehr so involviert.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Und das waren Sie auch schon zu diesem Zeitpunkt?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Das bin ich seit Ende 2005.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Haben Sie den Eindruck, dass man die Probleme und die Fragen, die es damals mit ADONIS gegeben hat – obwohl Sie nicht miteingebunden waren bei der neuen Ausschreibung –, dabei berücksichtigt hat, dass das miteingearbeitet wurde, dass es dann bei der Neuvergabe nicht wieder zu den gleichen Fehlern gekommen ist wie damals?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Das kann ich so nicht beurteilen, weil ich die Ausschreibung im Detail nicht kenne. Es war aber jedenfalls eine Replik beziehungsweise eine Konsequenz aus und Antwort auf den Rechnungshofbericht, dass man gesagt hat, mit den aufgezeigten Problemen werden wir uns detailliert beschäftigen, damit das eben **nicht** noch einmal passiert.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Haben Sie den Eindruck gehabt, dass man diese Ausschreibung eher unter Zeitdruck gemacht hat, eben dass man da so, wie das auch schon in der vorigen Runde gefallen ist, den Eindruck gehabt hat, dass da parallel schon ganz etwas anderes läuft, man in eine ganz andere Richtung gehen möchte als das Projekt ADONIS.

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Ich hatte dazu keine Wahrnehmung, dass da im Untergrund oder Hintergrund etwas läuft.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Sie selbst hatten also auch nicht den Eindruck gehabt, dass es Zeitdruck gab, schnell eine neue Ausschreibung zu machen?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Mir ist nichts Besonderes aufgefallen.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Sind Sie auch der Meinung, dass die Rechnungshof-Kritikpunkte, die ja auch zum Teil schon Thema waren bei der heutigen Befragung, dass die bei der zweiten Vergabe dann auch berücksichtigt wurden beziehungsweise ausreichend berücksichtigt wurden? – Ich weiß, es ist schwierig, Sie dazu zu befragen, da Sie da nicht dabei waren.

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Wie gesagt: Da ich bei der zweiten Ausschreibung nicht involviert war, kann ich das nicht beurteilen.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Für mich ist spannend, was Kollege Donnerbauer vorgelesen hat, dass Sie ab 2003 dann trotzdem als dritter Stellvertreter in diesem Projekt angeführt sind in einem Organigramm, aber trotzdem null Information erhalten. Das halte ich schon für Wahnsinn.

Wie schaut es generell aus mit der Ausschreibung? Einerseits ist ADONIS gescheitert gewesen aus dieser Sicht; darum hat man es ja neu ausgeschrieben. Jetzt gab es ja damals die Ansicht von Rechnungshofbeamten – und das ist ja auch schon angesprochen worden –, das hätte in der ursprünglichen Form so gar nicht ausgeschrieben werden dürfen. Das war die Ansicht des Rechnungshofs. Sie haben

gemeint, und es gibt dann ja auch eine Einstimmigkeit im Zuschlag, dass es so die korrekte Vorgangsweise war. Wie schaut das dann eigentlich bei der zweiten Ausschreibung aus?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Ich kann es nicht beurteilen, weil ich nicht dabei war.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Das, was ich Sie weiter fragen wollte, wird jetzt genauso schwierig werden, weil Sie schon in der ersten Runde gesagt haben, dass Sie bei TETRON überhaupt nicht mehr involviert waren. (*Ing. Blaha: Ja!*) – Bei ADONIS war man nicht bereit, wenn man dann vielleicht auch noch die Zeit gefunden hätte, technische Dinge aufrüsten oder nachrüsten zu lassen, um so Mängel noch zu beheben. Bei TETRON spricht man nicht von Scheitern, da spricht man von **Verzögerungen**. Jetzt sind es schon fast 17 Jahre, da es ja auch noch immer nicht bundesländerübergreifend in ganz Österreich installiert ist.

Können Sie dazu etwas sagen?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Zum gesamten Projektablauf des zweiten Projekts, des TETRON-Projekts, wenn Sie es so nennen möchten, habe ich keine beruflichen Verbindungen.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Haben Sie das je hinterfragt, warum Sie in einem Organigramm als dritter Stellvertreter genannt werden und keine Information und gar nichts bekommen?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Diese Frage hat sich nie gestellt, dass ich da bei Gesprächen nicht involviert war.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Das heißt, Sie haben andere Aufgabengebiete dazubekommen. Wenn ich in einem Organigramm geführt werde und habe dann den Job nicht mehr und vor allen Dingen auch die Informationen nicht mehr, käme mir etwas komisch vor.

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Ich hatte ja nach wie vor meine normale Linienaufgabe als Referatsleiter. Ich war nichts arbeitslos.

Abgeordnete Angela Lueger (SPÖ): Davon gehe ich aus. – Danke schön.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Als Projektleiter haben Sie fachlich wahrscheinlich am meisten gewusst über die Missstände, die es im Zusammenhang mit master-talk gegeben hat und wo die Vertragserfüllung nicht optimal war. – Stimmt das so? (*Ing. Blaha: Ja!*) – Sind Sie in irgendeiner Form von der Finanzprokurator, als die Vergleichsverhandlungen mit master-talk geführt worden sind, eingebunden worden, befragt worden, zu Argumenten, die Schadenersatzklagen gegen master-talk rechtfertigen würden beziehungsweise die Position der Finanzprokurator in den Verhandlungen stärken könnten?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Nein, ich war nicht involviert.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (zur Geschäftsbehandlung): Zuerst wieder einmal ganz kurz zur Geschäftsordnung. Das geht ganz geschwind.

Die Vollständigkeitserklärung des Innenministeriums zur Aktenvorlage zum Beweisthema 3 ist am 1. Juni 2012 von **Sektionschef Dr. Franz Einzinger** unterfertigt worden, und daher **beantrage** ich, Herrn Dr. Einzinger als Auskunftsperson in die nächste Sitzung des Untersuchungsausschusses zu laden, und schlage wie vorhin vor, dass wir das in der Geschäftsordnungssitzung besprechen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Jetzt noch einmal zu Ihnen, Herr Ing. Blaha. Kennen Sie die Projektanalyse ADONIS, die Herr Pail fürs Innenministerium am 21. März 2003 verfasst hat? Wer ist denn Herr Pail überhaupt?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Brigadier Pail war ein Beamter, ein Exekutivbeamter, der in Innsbruck Dienst getan hat und zum damaligen Zeitpunkt der Sektion IV zugeteilt war, wenn ich mich recht erinnere.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ist es richtig, dass Brigadier Pail für das Innenministerium die Projektanalyse gemacht hat? (*Ing. Blaha: Ja!*) – Ich halte Ihnen vor – Sie werden es ja kennen – Punkt 2.3.2.: Projektorganisation im BMI. Das betrifft nur ADONIS.

Pail hält fest: Die Projektorganisation des BMI (soweit sie diesen Namen überhaupt verdiente) war ebenfalls nur rudimentär vorhanden. So hat es zum Beispiel für die nachgeordneten Behörden und Dienststellen keine oder nur unzureichende Informationen gegeben. Die Spezifikationsarbeit wurde vernachlässigt, wichtige Entscheidungen nicht vorbereitet oder getroffen (zum Beispiel Beistellungen). – Zitatende. – Ist Ihnen das bekannt? (*Ing. Blaha: Dieses Dokument?*) – Diese Kritik des Brigadiers Pail.

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Das Dokument selbst ist mir nicht absolut erinnerlich, aber dass das Thema war: ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es wird da festgestellt in einer Analyse, die dem Innenministerium vorgelegt wird:

Die Projektorganisation des BMI (*sofern sie diesen Namen überhaupt verdiente*) war ebenfalls *nur rudimentär vorhanden*. – Zitatende.

Viel schärfer kann man das ja nicht kritisieren.

Was ist aufgrund dieser Kritik geschehen?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Das war der 21. März 2003? (*Abg. Dr. Pilz: Ja!*) – Zu diesem Zeitpunkt war ich nicht mehr unmittelbar in die Projektleitung involviert, obwohl ich am Papier noch Projektleiter war, wie gesagt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist für mich ein ganz entscheidender Punkt: Am Papier sind Sie zu diesem Zeitpunkt Projektleiter, waren es aber unmittelbar nicht.

Frage: Wer war unmittelbar Projektleiter?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: In der Projekthierarchie vor mir waren Brigadier Pail – ich glaube, *Projektkoordinator* hat das im Organigramm geheißen – und Brigadier Skorsch.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wer hat im März 2003 de facto das Projekt geleitet?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Die Kollegen Skorsch und Pail.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, aber Pail hat ja selbst diese Kritik geäußert. – Wissen Sie, was ich nämlich nicht verstehe, ist, dass von den vielen Vorschlägen, die Brigadier Pail am 21. März 2003 vorlegt hat, meines Wissens kein einziger umgesetzt worden ist. – Warum?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Das weiß ich nicht, da kann ich keine Auskunft geben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aber stimmt diese Wahrnehmung meinerseits?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Ich kenne das Dokument im Detail nicht. Ich weiß aufgrund der vorigen Sitzungen, dass dieses Dokument existiert, aber ich habe es in meinen Unterlagen nicht gefunden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es gibt eine vernichtende Kritik Ihrer Arbeit. Ihr Vorgesetzter, Herr Skorsch, übernimmt de facto die Projektleitung.

Ist Ihnen irgendein wesentlicher Reformschritt im Projekt ADONIS ab dem Zeitpunkt, zu dem Skorsch übernimmt, bekannt? Hat Herr Skorsch irgendwas verbessert?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Die Projektstruktur wurde geändert mit dem Ziel, besser mit master-talk zusammenzuarbeiten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ist irgendwas substantiell verbessert worden? – Die entfernen **Sie** und sagen, den Ing. Blaha lassen wir es nicht mehr machen; Skorsch übernimmt selbst!

Frage: Was ist verbessert worden?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Nachdem ich nicht mehr unmittelbar so involviert war, kann ich es auch nicht beurteilen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und warum sind Sie de facto Ihrer Funktion enthoben worden? Warum?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Das Warum ist mir nicht ganz bekannt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Mir reicht schon, wenn Sie mir den Inhalt von „nicht ganz“ erklären. Welche Gründe sind Ihnen bekannt? Das geht ja nicht so, dass Sie in der Früh im Ministerium beim Kaffee sitzen, die Tür geht auf, Brigadier Skorsch kommt herein und sagt: Ing. Blaha, raus mit Ihnen; ich übernehme!

Wie ist das begründet worden? Warum durften Sie das Projekt nicht mehr leiten

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Weil sich Kollege Skorsch dessen mehr selbst annehmen wollte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und warum? Weil er ein Motorola-Mann war, oder warum?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Das ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich möchte wissen, welchen Grund es gegeben hat. In der heiklen Projektphase wird dem Projekt, das bisher einen Kopf gehabt hat, nämlich Ing. Blaha, der Kopf entfernt und durch einen neuen Kopf ersetzt, nämlich Brigadier Skorsch, dem die ganzen Motorola-Verbindungen nachgesagt werden, und wir wissen ja, wie es geendet hat.

Warum? Ist Ihnen gegenüber irgendein Grund genannt worden?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Es ist mir kein konkreter in Erinnerung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie haben gesagt, Sie wissen **nicht ganz**, warum Sie entfernt worden sind. Was wissen Sie über die Gründe Ihrer Entfernung?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Dass sich Kollege Skorsch der Projektleitung annehmen wollte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ohne Begründung? Ist er einfach gekommen und hat gesagt: Jetzt mache ich es! (Ing. **Blaha:** Im Wesentlichen ja!) – Und hat er gesagt: weil er so große Lust hat, dieses Projekt zu führen, oder hat er gesagt, der Minister will das so?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Vom Minister hat es keine Äußerung gegeben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hat es keine, zumindest keine Ihnen bekannte gegeben. – Da gibt es jetzt noch viel zu fragen, aber da müssen wir schauen, wie wir weitertun.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ganz kurze Zusatzfrage: Bei diesem Bieterverfahren und bei master-talk, war da Alfons Mensdorff-Pouilly jemals involviert? Wenn ja: in welcher Form? (Ing. **Blaha:** *In keinster Weise!*) – Auch nicht Heinrich Mensdorff-Pouilly?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Heinrich Mensdorff-Pouilly war, so glaube ich, Chief Financial Officer bei master-talk – oder Prokurist.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich hätte da ein E-Mail aus dem Ministerbüro, von Bernhard Krumpel an Ernst Strasser, das dem Ausschuss **nicht** vorliegt, aber jetzt verteilt wird. Das können wir dann auch Sektionschef Einzinger fragen.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Da geht es um Folgendes: Bezirkshauptmann Zimper – ich glaube, aus Wiener Neustadt – wendet sich an Herrn Krumpel, und Krumpel schickt das dem Innenminister weiter. Da geht es um Blaulicht-Organisationen und so weiter, und ich lese **c.)** vor:

“Der Bezirksfeuerwehrtag des Bezirkes Wiener Neustadt am 13.10.2002 hat folgende Anregungen seitens der ‚Blaulichtorganisationen‘ ergeben:

(...)

c.) Keine/ nur geringe Kosten für das ADONIS-System. Erwünscht werden Informationen der Blaulichtorganisationen an der Basis, der Gemeinden und der Bezirke über das ADONIS-Funknetz. Derzeit wird dieses Thema von Funktionären der Feuerwehr beherrscht, die aussagen: ‚Für die Freiwillige Feuerwehr‘ ist dieses Funknetz derzeit nicht diskutabel, solange der Anschaffungspreis, insbesondere aber die jährlichen Betriebskosten extrem hoch sind. Das ADONIS-Netz ist nur für die Führungsebene sinnvoll, weil nur die Einsatzleitungen mit anderen Organisationen kommunizieren sollen. Sonst würde es zu einer Durchbrechung jeglicher Organisationsstruktur kommen.“ – Zitatende.

Das ist deswegen wichtig, weil spätestens mit diesem Mail klar war, dass man nie auf die Zahl der Endgeräte kommt, mit der immer geplant worden ist.

Ich frage Sie jedoch zum letzten Punkt. Dann steht da:

„Darüberhinaus können die Einsatzkräfte, teilweise mit Handschuhen, Helm, etc. ausgerüstet, die Tastatur des ‚kleinen Gerätes‘ gar nicht bedienen. Im Einzelfall sind Geräte gefragt, die nur bis 2 Tasten besitzen und für die Einsatzkommunikation verwendbar sind, weil keine Zeit besteht, Verbindungen mit anderen Organisationen aufzubauen.“

Jetzt frage ich Sie Folgendes: War Ihnen in der Projektorganisation nicht bekannt, dass Feuerwehrleuten bei ihren Einsätzen meist **Handschuhe** tragen?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Das ist uns absolut bekannt. Wir haben auch im Projekt keine Entscheidungen getroffen, welche Funkgeräte welche Organisation kaufen soll. Es gibt am Markt Geräte, die für die Feuerwehrkräfte geeignet sind, die genauso eine oder zwei Tasten haben, die mit Handschuhen bedient werden können. Das ist eine Entscheidung der jeweiligen Organisation, welche Funkgeräte sie dann tatsächlich beschafft.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Genau! Und das war einer von vielen Punkten, über die vor der Ausschreibung nicht entschieden worden ist. – Ist das richtig?

Brigadier Ing. Manfred Blaha: Nein, das ist nicht richtig. Es war ein konkreter Punkt in der Ausschreibung, die dann master-talk gewonnen hat, dass Funkgeräte angeboten werden, die diesen Anforderungen genügen. Und das ist auch geschehen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann bin ich ganz begeistert. – Danke schön.

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt der **Auskunftsperson Brigadier Ing. Blaha**, verabschiedet diese – und **unterbricht** die Sitzung.

11.18

(Die medienöffentliche Sitzung wird um 11.18 Uhr **unterbrochen** und um 11.23 Uhr **nichtöffentlich wieder aufgenommen**. – Fortsetzung: 11.23 Uhr bis 12.26 Uhr unter **Ausschluss der Medienöffentlichkeit**. – Sitzungsunterbrechung: 12.26 Uhr bis 12.30 Uhr; gesonderte **Auszugsweise Darstellung**; „**nichtöffentlicher Teil**“.)

12.30

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl nimmt – um 12.30 Uhr – die unterbrochene Sitzung **medienöffentlich wieder auf** und ersucht darum, die **nächste Auskunftsperson** in den Sitzungssaal zu bitten.

12.31

Auskunftsperson Generalmajor Ing. Peter Skorsch

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn **Ing. Peter Skorsch** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen abgeschaltet sein

Herr Skorsch, danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre ***Pflicht*** zur ***Angabe der Wahrheit*** und an die ***strafrechtlichen Folgen*** einer ***falschen Aussage*** erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: ***Peter Skorsch***. Ihre weiteren Personaldaten, die Sie der Parlamentsdirektion bekanntgegeben haben, liegen mir vor.

Herr Skorsch, Sie sind öffentlich Bediensteter. Gemäß § 6 Verfahrensordnung dürfen Sie sich bei Ihrer Einvernahme ***nicht*** auf die Amtsverschwiegenheit berufen. Ihre vorgesetzte Dienstbehörde wurde von der Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt, und Ihre Dienstbehörde hat keine Mitteilung gemacht, dass sie die Wahrung der Vertraulichkeit Ihrer Aussage für erforderlich hält.

Herr Ing. Skorsch! Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein ***genereller*** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann nicht geltend gemacht werden.

Ich weise noch darauf hin, dass Ihre Vertrauensperson, Herr ***Dr. Gerhart Wielinger***, schon bei uns war. Ich habe ihn auch schon über seine Rechte und über seine Pflichten belehrt und ich gehe davon aus, dass ich das nicht noch einmal wiederholen muss.

Wir können nun mit der Befragung beginnen.

Herr Ing. Skorsch, möchten Sie vor Ihrer Befragung von der Möglichkeit Gebrauch machen, in einem 10-minütigen Eingangsstatement Ihre Sicht der Dinge darzulegen? (***Die Auskunftsperson bejaht dies. – Die Obfrau erteilt Ing. Skorsch das Wort.***)

Auskunftsperson Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte zu Beginn kurz meinen

Werdegang im Innenministerium darlegen und dann auf die Rolle in den einzelnen Projekten, also im Projekt ADONIS und im Projekt Digitalfunk BOS-Austria, eingehen.

Zunächst einmal zu meinem persönlichen Werdegang. Ich bin 1984 in die Bundesgendarmerie eingetreten und bin aus der Sicherheitsakademie Anfang 1991 ins BMI als Referent für Fernmeldewesen gekommen. Ich war dort für den Bereich der Gendarmerie für alle Funk- und Telekommunikationsangelegenheiten verantwortlich und habe in dieser Zeit bereits mit dem neuen Funknetz zu tun gehabt. Ich war, wie gesagt, in die ersten Vorarbeiten eingebunden und war als Projektleiter für den Gendarmeriebereich damals verantwortlich.

In die Ausschreibung des Beraters war ich ebenfalls involviert. Ich war damals in der Zuschlagskommission.

Ich habe dann Mitte 2001 die Möglichkeit in Anspruch genommen, mich karenzieren zu lassen, und bin in die Privatwirtschaft gegangen. Im Zuge der Neustrukturierung des Innenministeriums wurde eine neue Abteilung geschaffen, und zwar die Abteilung IV/1, die für die gesamte Technik damals, auch für die Telekommunikationstechnik, zuständig war. Ich habe mich beworben um diese Abteilungsleitung und wurde am 1. Jänner 2003 als Leiter dieser Abteilung ernannt.

Jetzt zu den Projekten selber. Wie bereits angesprochen, habe ich mich persönlich mit dem Digitalfunk schon sehr lange beschäftigt. Ich war ab 1. Jänner 2003 Leiter der **Technikabteilung** und habe in dieser Verantwortung vom damaligen Sektionschef Prugger, aber auch von der politischen Führung den Auftrag erhalten, eine Analyse des Projektes vorzunehmen.

Das war aus zwei Gründen: Erstens war zu diesem Zeitpunkt bereits schon sehr laut – und ich sage bewusst dieses Wort „sehr laut“ –, dass es bei diesem Projekt Probleme gibt, und der zweite Grund ist darin gelegen, dass die Verantwortung des Projektes bei uns im Haus von einer Sektion in eine andere Sektion gewechselt ist. Zu Beginn war die Sektion II zuständig, die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, wo sowohl der Nutzer, also der Anforderer, als auch dann der Technik-Logistik-Bereich in einer Sektion vereint waren. Mit der Neustrukturierung des Hauses war es dann so, dass in der Generaldirektion in erster Linie die Nutzerorganisationen vertreten waren, sprich jene Organisationen, die Anforderungen erarbeiten, und in der Sektion IV, Service und Logistik, war letztendlich dann der technische Betrieb, die technische Funktion.

Auch aus meiner Sicht war es damals notwendig, den aktuellen Stand des Projektes zu analysieren und sowohl der politischen Führung als auch meinem Vorgesetzten, Sektionschef Prugger, die aktuelle Situation darzulegen.

Das wurde dann gemacht. Ich habe das damals in Zusammenarbeit mit Brigadier Pail – damals Brigadier Pail, mittlerweile General Pail i.R. – gemacht. Ich habe ihn damals ersucht, mich dabei zu unterstützen, weil er sehr viele Erfahrungen in dem Bereich hatte und ich über viele Jahre mit ihm zusammengearbeitet hatte. Es war natürlich auch Brigadier Blaha, der Projektleiter vom Projekt ADONIS, miteingebunden, und vor allem habe ich auch viele Gespräche mit dem Berater geführt. Es war ja so, dass in diesem ersten Projekt die Firma AC als Berater fungiert hat und in weiten Bereichen die Ausschreibung durchgeführt und die Anforderungen in der Ausschreibung auch formuliert hat.

Nachdem das Ergebnis vorgelegen ist – und es ist ja auch dem Untersuchungsausschuss aus den Unterlagen bekannt –, dass in dieser Analyse viele Detailbereiche dargelegt wurden, wo es bereits Probleme gegeben hat, war dann der Auftrag, zu versuchen, diese Probleme zu beseitigen.

Wir haben uns dann in enger Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung der Firma **master-talk** überlegt, wie wir diesen Zustand lösen. Und ich möchte auch hier ganz deutlich machen, es war damals die gemeinsame Sichtweise, also sowohl Innenministerium als auch master-talk, dass es in vielen Teilbereichen des Projektes Probleme gibt. Wir haben dann versucht, in einem zweitägigen Meeting eine Problemaufbereitung zu machen, und haben dann auch gemeinsam überlegt, welche Schritte zu unternehmen sind, damit dieses Projekt in eine gute Richtung gebracht werden kann.

Das Wesentliche für mich war damals – und das sieht man immer wieder in Projekten –, dass die Projektorganisation der Komplexität und Größenordnung des Projektes nicht Rechnung getragen hat. Ich möchte aber hier gleich ganz deutlich machen, es war laut Vertrag die Verantwortung von master-talk, eine dem Projekt entsprechende Projektorganisation aufzusetzen und das BMI entsprechend zu unterstützen. Bei der Mitverantwortung, bei der Erfüllung des Vertrages hatte master-talk die Verpflichtung, das BMI entsprechend zu unterstützen.

Trotzdem und unter Hinweis, dass diese vertragliche Bestimmung damit nicht aufgeweicht wird, haben wir die Verantwortung mitübernommen, haben uns zusammengesetzt und haben versucht, eine neue Projektstruktur zu finden, die dem Projekt letztendlich auch Rechnung trägt. Wir haben in der weiteren Umsetzung versucht, all diese Bereiche, die identifiziert worden sind, mit Leben zu erfüllen. Nur mussten wir dann feststellen, aus welchen Gründen auch immer, es ist uns einfach nicht gelungen. Es hat verschiedenste Themenbereiche gegeben, wo wir einfach nicht weitergekommen sind. Die Eskalation, die Sie ja auch aus den Unterlagen kennen, war dann in einer formellen, mehrtägigen Besprechung, wo wir versucht haben, eine gemeinsame Sichtweise zu finden.

Die Punkte, die in diesen Besprechungsprotokollen als gemeinsame Sichtweise dargelegt sind, kann man, glaube ich, als einzelne suchen – in den wesentlichsten Bereichen hat es einfach riesige Auffassungsunterschiede gegeben! Damit war die Entscheidung im Haus, aber diese Entscheidung wurde ja nicht nur im BMI getroffen, sondern auch aufseiten des Netzbetreibers, dass die gemeinsame Umsetzung dieses Projektes unter diesen Rahmenbedingungen nicht möglich ist.

In weiterer Folge wurde ich von der Sektion IV, von meinem Chef, Sektionschef Prugger, für das neue Projekt als Projektleiter für den Bereich der Sektion IV genannt. Ich habe dann auch die Gesamtverantwortung für das Projekt als Gesamtprojektleiter übernommen.

Außerdem war ich in den Verhandlungen betreffend Vergleichszahlungen ebenfalls involviert. Ich hatte damals den Auftrag von der Frau Bundesminister, in diese Verhandlung als Vertreter des Innenministeriums zu gehen, in das Verhandlungsteam, dort vor allem die technischen, die wirtschaftlichen Themen und die Problembereiche zu vertreten und eine Vergleichsmöglichkeit auszuloten, die dann letztendlich auf politischer Ebene entschieden wurde. – Danke schön.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (zur Geschäftsbehandlung): Ganz kurz, Frau Vorsitzende: Ich ersuche, das Stenographische Protokoll, soweit es die Befragung des Herrn Dr. Ulmer von gestern betrifft, beschleunigt beizuschaffen.

Wir haben ja gestern schon diesen Teil gehabt, in dem es nur um die Erklärung des Kollegen Petzner gegangen ist. Wäre es möglich, auch das, was meine Befragung in Bezug auf Frau Karimi gegenüber Herrn Dr. Ulmer betrifft, uns also diese ganzen

Passagen möglichst schnell zur Verfügung zu stellen – ich gehe davon aus, dass jetzt die drei Oppositionsfraktionen gemeinsam eine Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft schicken werden –, damit wir diese Protokollteile beilegen können?

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Wir werden das an die Parlamentsdirektion weitergeben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Generalmajor, Sie haben ganz zu Beginn Ihrer Eingangsbemerkung gesagt, es war auch die politische Führung, die Sie beauftragt hat, bei diesem Projekt ADONIS nach Ihrem Dienstantritt als Abteilungsleiter einmal nach dem Rechten zu sehen, den Verfahrensstand, den Prozesstand einmal zu überprüfen.

Was meinen Sie mit „politischer Führung“?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Das ist auch in dem Akt, wo ich dann die Aufbereitung geschrieben habe, dargestellt. Ich gehe davon aus – ich weiß es heute nicht mehr –, es wird auch irgendwo in Schriftform drinnen sein.

Es war das Kabinett, das den Auftrag gegeben hat, in der Person Mag. Krumpel. Ich bin natürlich davon ausgegangen, dass es der politische Wille des Ministers ist, der dahintersteht, weil ja auch die gesamten Aufbereitungen, die in der Folge gemacht wurden, und auch alle, ich sage einmal, Gespräche auf oberster Ebene, wo der Minister dann direkt Gespräche geführt hat, mir signalisiert haben, dass das immer abgestimmt war.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Damit haben Sie mir schon sehr weitergeholfen, dass Sie konkret Herrn Mag. Krumpel genannt haben. Das ist ja der, der nachher beim Nachfolgeprojekt Geschäftsführer geworden ist.

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Mag. Krumpel war dann bei der Firma TETRON einer der Geschäftsführer, ja, das ist richtig.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das konnte er nur werden, wenn der vorige Anbieter und der vorige Auftragnehmer „abgedreht“ wird. Sonst wäre das gar nicht möglich gewesen.

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Entschuldigung, war das eine Frage?

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das ist jetzt eine Feststellung, wo ich mich bedankt habe, dass Sie mir Herrn Mag. Krumpel nennen konnten.

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Okay, aber die Feststellung teile ich nicht! Das sage ich Ihnen schon dazu.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Die Feststellung müssten Sie schon teilen, denn wenn das Projekt master-talk den Auftrag weitergeführt hätte, dann hätte es nie eine Gesellschaft TETRON gegeben, dann logischerweise auch keinen Geschäftsführer, und wenn es keinen Geschäftsführer gibt, dann hätte es derjenige auch nicht werden können. Das ist eine reine Aneinanderreihung von Fakten, eine Kausalitätskette besteht da. *(Ing. Skorsch: Aber der Herr ...!)*

Es ist eine reine Kausalitätskette; ich habe jetzt in keinsten Weise davon gesprochen, dass es unredlich zugegangen ist. Aber die Faktenlage ist so, dass Mag. Krumpel Geschäftsführer einer Gesellschaft wurde, die es erst geben konnte, nachdem das Projekt, das Sie beaufsichtigt haben, dann kontrolliert und evaluiert haben – und wie

immer man das auch sehr schön nennen kann –, in irgendeiner Form abgedreht wurde. Das ist ein Faktum.

Sie waren, wie Sie auch gesagt haben, beim Vergleich mit master-talk für das Ministerium eingeschaltet, wo es um das Ausstiegsszenario gegangen ist. Hier haben ja beide Seiten an einem einzigen Tag, nur durch wenige Stunden zeitverzögert, den Vertrag von sich aus aufgelöst. Das ist ja nicht etwas, was bei so einem Projekt normal vorkommt, da müssen die Wogen hoch gegangen sein.

Wie erklären Sie es sich, dass an ein und demselben Tag beide Seiten eruptiv vom Verhandlungstisch aufgesprungen sind und sofort einmal die Vertragsauflösung auf den Tisch gelegt haben? Was ist da vorher vorgefallen?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Wie ich bereits ausgeführt habe, waren diese Verhandlungen ein mehrtägiger Prozess. Ich habe es auch angesprochen: Wenn man in den Unterlagen, in den Protokollen nachschaut – das ist ein dickes Konvolut –, sieht man ja, bei welchen Themen es eine gemeinsame Meinung gegeben hat und wo es keine gemeinsame Meinung gegeben hat. Das hat sich in diesen Tagen so entwickelt, dass es aus meiner Sicht in den wesentlichen Punkten überhaupt keine gemeinsame Sicht mehr gegeben hat.

Bei uns im Haus hat es – und das steht auch in der Aufbereitung drin – eine Besprechung vor dem letzten Verhandlungstag gegeben, wo man den Fortgang dieser Besprechungen analysiert und folgende Entscheidung getroffen hat: Wenn wir in der letzten Verhandlung nicht irgendwo eine Einigung erzielen, wie es jetzt weitergehen kann, dann bleibt uns gar nichts anderes übrig – im Sinne der Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler –, als dass man das Projekt, den Vertrag auflöst. Das ist aus meiner Sicht auch in diesem Auflösungsvertrag ganz klar dokumentiert.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wann war die letzte Verhandlung, von der Sie sprechen, wo es dann klar war?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Sofort; da muss ich kurz nachschauen.

(Die Auskunftsperson blättert in schriftlichen Unterlagen.)

Es hat eine Besprechung am 23. Juni gegeben, und die letzte Verhandlung muss dann nach dem 23. Juni gewesen sein. Da ich jetzt nicht alle Unterlagen hier habe ... – Es war auf jeden Fall nach dem 23. Juni die letzte Verhandlung.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Sektionschef Prugger hat nämlich gemeint, es sei für das Bundesministerium bereits Tage vor der Auflösung klar gewesen – das hat er gestern ausgesagt –, dass der Vertrag aufgelöst werden wird. Es hat nur intern aufgrund der Abläufe länger gedauert, bis dieses Schreiben fertig war.

Haben Sie auch diese Wahrnehmung?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Aus meiner Wahrnehmung war es so, dass wir diese Besprechung hatten, wo der Fortgang dieser Meinungsverschiedenheit – Ausräumungsverfahren wurde es, glaube ich, genannt – diskutiert wurde, wo auch alle Für und Wider eingebracht wurden und wo man dann gesagt hat: Wenn es nicht in der letzten Verhandlung noch zu einem plötzlichen Sinneswandel kommt, dass wir einen Weg finden, wie wir aus der Situation herauskommen, dann bleibt dem Innenministerium nichts anderes übrig, als den Vertrag zu kündigen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt sind wir bei den Vergleichsverhandlungen hinsichtlich Abschlagszahlung. Es haben einige der Auskunftspersonen vor Ihnen gemeint, dass das, was seitens master-talk angeboten wurde, überhaupt nicht funktionsfähig war. Es hat auch eine Präsentation gegeben, wo

das im Echtversuch einmal dargestellt werden sollte; das hat überhaupt nicht funktioniert. Es hat sogar einen Versuch von master-talk gegeben, eine Endabnahme des Projektes durchzuführen, was kläglich gescheitert ist, weil es nicht funktioniert hat.

Es waren alle Auskunftspersonen vor Ihnen nicht in die Vergleichsverhandlungen involviert. Was war der Grund dafür, dass man bei einem offensichtlichen und von mehreren Auskunftspersonen bestätigten Versagen des Werkunternehmers auf einmal hergeht und sagt, wir zahlen euch einen reinen Schadenersatz von 30 Millionen € netto, wie es im Vertragstext drinsteht, ohne dass die Republik in irgendeiner Weise einen Nutzen hat? – Sie waren offensichtlich bei diesen Verhandlungen dabei.

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Ja. Zum ersten Punkt wäre vielleicht noch einmal kurz auszuführen, warum das Thema aus meiner Sicht so eskaliert ist. Sie haben es richtig angesprochen, es hat da diesen Abnahmeprozess gegeben. Das war genau diese Situation, wo meiner Meinung nach auf den Bund und damit auf das Innenministerium so großer Druck ausgeübt wurde, dass das Thema eskaliert ist.

Faktum war: Wir hatten – und das kann man, glaube ich, in all den Unterlagen auch nachlesen – eine Reihe von Detailplanungsschritten noch zu erfüllen. Unter anderem war eines dieser sogenannten Dienstfestlegungsdokumente, die Abnahmeprozedur, festzulegen. Und es war ja nicht so, dass plötzlich dieser Zettel der Abnahmebereitschaft gekommen ist, sondern diese Diskussion ist schon im Zuge der Besprechungen entstanden.

Zuständig war damals Brigadier Pail für die Gestaltung dieses Prozesses. Plötzlich wurde uns gesagt: Wir wollen jetzt die Abnahme von dieser Phase 0. – Wir haben darauf gesagt: Es funktioniert ja nicht! Es war zu diesem Zeitpunkt auch bei den Blaulichtorganisationen bereits bekannt, dass es extreme technische Probleme gibt. Trotzdem hat man diesen Schritt gesetzt und damit eigentlich das BMI unter Zugzwang gebracht. – Erster Punkt.

Zweiter Punkt: Die Entscheidung wurde dann getroffen, dass man den Vertrag auflöst. Ich war in diese Gespräche nicht involviert. Ich bin zu einem späteren Zeitpunkt beauftragt worden, aufgrund meines Wissens über das Projekt in diese Verhandlungen hineinzugehen, kannte auch die vorher geführten Gespräche nicht – oder wenn, dann nur aus Teilerzählungen – und hatte dort die Aufgabe, für das Innenministerium und damit für den Bund eine möglichst gute Ausgangslage für einen Vergleich zu erreichen.

Das war mein Auftrag, und da ich Beamter bin ... – Ich habe mich am Anfang nicht darüber gefreut, weil ich Arbeit genug hatte. Ich habe neben dem Führen meiner Abteilung auch das neue Projekt geführt und dann zusätzlich dieses Thema Vergleichsverhandlungen. Aber nachdem ich den Auftrag erhalten hatte, habe ich diesen auch wahrnehmen müssen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie haben dabei wahrscheinlich in erster Linie die Finanzprokurator beraten, die ja die Vertragsverhandlungen geführt hat? – Argumentativ!

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Die Vergleichsverhandlungen? (*Abg. Dr. Rosenkranz: Ja!*) – Ja.

Es war etwas Gemeinsames, ich würde jetzt nicht sagen, dass da der eine oder der andere eine besondere Rolle hatte. Natürlich, die Finanzprokurator, der Herr Präsident hatte eher dieses Finanzthema. Er hat ja dann auch immer über diese Thematik berichtet. Ich habe mich eher auf den technischen Part konzentriert. Aber wir haben natürlich versucht, wie es in einer Verhandlung üblich ist, uns auch ein bisschen abzustimmen, um ein möglichst gutes Ergebnis zu erzielen. Das war das einzige Interesse, das wir hatten.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Die Finanzprokurator hat also in finanzieller und, nehme ich an, wahrscheinlich auch in rechtlicher Hinsicht diese Verhandlungen geführt, über die entsprechenden Grundlagen, und Sie haben ihm eben die technischen Seiten erklärt, damit er auch ein entsprechendes Rüstzeug hatte, um Verhandlungen führen zu können?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Wir haben sie gemeinsam geführt. Das ist meine Wahrnehmung. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Gemeinsam, gut!*)

Wir haben auch Dr. Nordberg gehabt, der uns rechtlich beraten hat. Es war zusätzlich auch noch **PWC** mit eingebunden, die Aufbereitungen gemacht haben. Ich habe das also damals schon als Team wahrgenommen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Aber letztlich hat es die Finanzprokurator unterschrieben, in Vertretung der Republik?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Ich glaube, der Abschluss ist so geschehen. Ich habe damals die aktenmäßige Aufbereitung auf BMI-Seite gemacht. Der Abschluss, also die Summe, wurde ja auch nachträglich auf politischer Ebene ... – Detailkenntnisse habe ich hierüber nicht. Mir wurde dann die Summe genannt, und diese war auch die Ausgangsbasis für die ganze Veraktung der Angelegenheit.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Mit Ihrer Bestellung zum Abteilungsleiter hat es ja einige Nebengeräusche gegeben, auch in der weiteren Folge. Es wurde vor allem sehr kritisch beobachtet – es gibt da entsprechende Textpassagen in den Akten –, dass Sie aus dem Innenressort, wo Sie Aufträge an die Firma Kappacher erteilt haben sollen, dorthin gewechselt sind, in die Privatwirtschaft, und dann wiederum von dieser Firma zurück ins Innenressort, mit dem Fokus darauf: Na ja, da wird es wiederum Aufträge geben.

Können Sie solche – ich formuliere es einmal ganz salopp – Anfeindungen oder kritischen Bemerkungen aus eigener Wahrnehmung bestätigen? Dass es das gegeben hat?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Es hat im Lauf der Zeit einiges gegeben, worüber ich persönlich nicht immer sehr erfreut war. Das mache ich hier auch deutlich.

Wenn man heute in so einem Bereich – und das Projekt ist, bitte, als gesamtes zu sehen, vom Volumen, von der Komplexität, von den wirtschaftlichen Auswirkungen in Österreich her –, wenn man in so einem Projekt Verantwortung mit übernimmt – und das habe ich immer, in jeder meiner Funktionen, egal, ob ich für den Bund oder in der Privatwirtschaft tätig war –, dann macht man sich nicht nur Freunde, wie ich auch feststellen musste! Es sind natürlich viele Dinge gegen mich gelaufen, bis hin zu Strafanzeigen. Das ist nicht angenehm, sage ich dazu, ich konnte aber Gott sei Dank immer alles widerlegen und nachweisen.

Glücklich bin ich über die Situation nicht, dass es so ist. Aber ich muss selber damit leben, das ist in einem derartigen Riesenprojekt so. Wenn man sich auch heute anschaut, wie viele Aussagen es über meine Person gibt, über das Handeln und, und, und, freue ich mich nicht jeden Tag darüber.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es ist so, dass zum Beispiel ein Konsortialpartner von master-talk, Siemens, und zwar der Vorstandsdirektor Ing. Geiger, gegenüber dem Herrn Ulmer vom Kabinett damals in einem Telefongespräch, über das es einen Aktenvermerk seitens des Herrn Mag. Ulmer gibt, sagt, Skorsch ist

„destruktiv und schikanös gegenüber Mitarbeitern der Fa master-talk“.

Es gibt einen

„Zusammenhang ... zwischen dem Scheitern von ADONIS und der Übernahme der Leitungsfunktion von Bgdr Skorsch“.

Brigadier Skorsch sei

„in Verbindung mit der Fa Motorola ... über einen Herrn Martin“,

er habe

„keinerlei Interesse an einer konstruktiven Zusammenarbeit mit master-talk“.

Und so weiter.

Das wurde auch dem BIA vorgelegt. Die haben dann untersucht, ob es irgendeine Verflechtung zwischen Ihnen und diesem Herrn Martin gäbe. Mag. Kreutner als zuständiger Ermittler hat in seinem Zwischenbericht gesagt, er hat im Firmenbuch nachgeschaut.

Hat Mag. Kreutner Sie einmal dazu befragt, ob Sie diesen Herrn Martin kennen und in welchem Kontakt Sie zu ihm stehen?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Ich habe von dieser Anschuldigung gewusst und war damals sehr „erfreut“ darüber, sage ich jetzt bewusst unter Anführungszeichen. Ich wurde aber nie zu diesem Vorgang einvernommen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Na ja, dann muss ich diese kriminalistische Tätigkeit von Herrn Kreutner vielleicht jetzt nachholen: Kennen Sie einen Herrn *Ing. Martin*?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Meines Wissens nicht. Aber ich schliesse nicht aus, dass diese Person irgendwo einmal aufgetaucht ist. In diesem Projekt, in dieser Größenordnung hat man über die Jahre mit so vielen Personen zu tun, dass ich das heute nicht ausschließen kann. Aber meiner Erinnerung nach kann ich zu der Person nichts sagen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Aber bewusst eine Person Ing. Martin, mit der Sie Kontakt hatten zu *Motorola* im Rahmen eines weiteren Bieterverfahrens, das können Sie ausschließen?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Meiner Erinnerung nach kann ich das ausschließen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es ist ja nicht nur so, dass man wen kennenlernt beim Händeschütteln – was man vergessen kann (*Ing. Skorsch: Ja!*) –, sondern eben ganz bewusst, wo man sagt: Bitte schön, das ist jemand, ein Ansprechpartner für mich, mit einer Firma!

Das können Sie Ihrer Erinnerung nach ausschließen?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Das kann ich auf jeden Fall ausschließen, ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt gibt es einen E-Mail-Verkehr, der sich mit der Firma TETRON und Motorola abgespielt hat, wo Herr Bernhard Krumpel, damals bereits Geschäftsführer von TETRON, bei Motorola Mobiltelefone für VIPs aus dem Innenministerium wollte. Neben Wolfgang Gattringer, Christoph Ulmer, Reinhard Schnakl, Werner Pail und Norbert Singer scheinen auch Sie als einer derjenigen auf, die so ein schönes Telefon bekommen sollten.

Haben Sie so ein Telefon bekommen?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Ich habe so ein Telefon nie genutzt. Ich kann mich an dieses Thema erinnern, ich kann Ihnen auch sagen, wie das gelaufen ist.

Meinem Gefühl nach war es mehr ein Spaß. Man muss dazu auch wissen, dass zu diesem Zeitpunkt Telefone, Handys sowieso nur zum Nulltarif durch die Netzbetreiber verteilt wurden. Wir hatten damals einen Vertrag über die BBG, wo wir meiner Erinnerung nach Nokia-Handys hatten, und irgendwie ist das aufgetaucht: Es ist eigentlich ein Wahnsinn, das Innenministerium hat jetzt ein Funknetz von Motorola und rennt mit den Nokia-Handys herum! – Das habe ich dunkel so in Erinnerung, diese Geschichte damals: Wir müssen da doch ein paar Handys verteilen!

Das war meine Erinnerung zu dem Thema. Ich habe meiner Erinnerung nach damals gesagt: Ich brauche so etwas nicht; mir ist es einfach viel zu viel Arbeit, auf ein neues Handy umzusteigen. Denn man muss dazu wissen, dass heute ein Hersteller Nokia und ein Hersteller Motorola von der Bedienungsphilosophie her sehr unterschiedlich sind, und das war mir immer zu dumm, wenn irgendwer mit einem neuen Handy gekommen ist. Ich gehe also davon aus, dass ich so ein Handy nie gehabt habe.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wem sagen Sie das, wie der Umstieg vom einen Handy zum anderen ist! Das ist eine Katastrophe bis hin zu den Daten.

Es geht auch um einen ominösen Vorfall, nämlich um eine Anzeige Ihrerseits wegen des Verdachtes von Missständen im Zusammenhang mit dem Beschaffungsvorgang ADONIS, wo vier CDs übergeben wurden – das scheint so in BIA-Vorakten auf. Es steht auch in diesem Vorakt zur GZ 85700/226-BIA/03:

Anzeige persönlich. Anzeige des Ing. Skorsch Peter wegen Verdacht von Missständen im Zusammenhang mit dem Beschaffungsvorgang ADONIS.

– Bearbeiter war laut Protokoll BIA 1. –

Von Ing. Skorsch wurden vier CDs übergeben. – Zitatende.

Der Akt ist nicht auffindbar, auch nicht die CDs.

Ihrer Erinnerung nach, zur ersten Frage: Sie selbst sind einmal aufgrund einer anonymen Anzeige gegen Sie als Zeuge einvernommen worden. Da haben Sie einmal gesagt, betreffend dieser Anzeige:

Meiner Erinnerung nach wurden im fraglichen Zeitraum aufgrund von nicht näher bekannten Behauptungen dem damaligen BIA die Ausschreibungsunterlagen, wahrscheinlich die genannten vier CDs übergeben. Nähere Detailkenntnisse habe ich aufgrund der langen Zeitspanne nicht mehr. Jedenfalls kann ich ausschließen, dass ich eine Anzeige gemacht habe. – Zitatende.

Also BIA 1 nimmt eine Anzeige von Ihnen entgegen, es wird auch protokolliert – und Sie sagen, Sie haben keine Anzeige gemacht. Dazwischen gibt es CDs, die man nicht mehr findet, wobei man nicht einmal weiß, was drauf ist. Können Sie sich an irgendetwas erinnern, das uns helfen kann? Wo waren diese Missstände? Was sind die Missstände gewesen, die Sie damals vielleicht nicht angezeigt haben, über welche Sie aber Material übergeben haben?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Ich möchte bewusst dazu sagen: Es ist so lange her! Ich habe auch eine Erklärung dafür, warum ich mich nicht mehr erinnern kann: weil es aus meiner Sicht kein wichtiger Vorgang gewesen sein kann.

Nach heutiger Erinnerung wurde ich vom Rechnungshof mit diesem Thema konfrontiert, und zwar im Zuge der aktuellen Prüfung. Im ersten Moment habe ich gesagt, nein, es muss ein Missverständnis sein, das sind wahrscheinlich die Anzeigen gegen mich. Dann sagt die Kollegin vom Rechnungshof oder die Beamtin, nein, es war

eine Anzeige, die ich erstattet habe. Da habe ich gesagt, so ein Blödsinn, das gibt es nicht. Daran könnte ich mich erinnern.

Dann habe ich aber auch mit Brigadier Pail gesprochen, weil ich davon ausgegangen bin, dass, wenn es so ein Thema gegeben hätte, wo ich persönlich eine Anzeige mache ... – Und eine Anzeige ist für mich dann, wenn ich dort auch eine Niederschrift mache und einen klaren Sachverhalt darstelle. Darauf hat er gesagt: Das kann ich mir nicht vorstellen, denn du hast über alles, was wichtig war, immer auch mit mir gesprochen. Darauf habe ich gesagt, ich verstehe einfach nicht, wo dieses Thema herkommt.

Ich habe dann in weiterer Folge noch länger darüber nachgedacht, und irgendwann einmal ist anscheinend so eine Situation, dass mir das eine oder andere wieder so dunkel einfällt: dass es diese Behauptungsgeschichte gegeben hat, es gäbe da irgendetwas im Zusammenhang mit dem Projekt ADONIS; und dass es damals aufgrund dieser Situation die Übergabe der CDs an das BIA gegeben hat.

Ich habe zum Rechnungshof gesagt: Warum kommen Sie bitte zu mir? Warum geht ihr nicht zum BAK? Dort müssen ja sowieso die Unterlagen sein. – Dann hat man mir mitgeteilt, dass angeblich außer einem Zettel über die Übergabe von vier CDs und einer Protokollnummer nichts da sein soll. – Darauf sagte ich: Da tu ich mir sehr schwer. Wenn ich eine Anzeige gemacht hätte, dann müsste es eine Niederschrift über den Sachverhalt geben. – Das ist die Situation oder mein Wissensstand zu diesem Thema.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Abschließend: Ist Ihnen irgendetwas darüber bekannt, dass Herr Alfons Mensdorff-Pouilly etwas mit Beschaffungsvorgängen, Provisionszahlungen oder Ähnlichem im späteren Anbietersprozess TETRON zu tun gehabt hat? (*Ing. Skorsch: Nein!*) – Ich habe da ein E-Mail aus dem internen Bereich zwischen der Motorola, das an Andreas und Bernhard geht. Bei Bernhard steht dann drauf: Bernhard Krumpel.

Andreas, Bernhard!

Wir (Motorola GmbH, Deutschland) haben 2004 einen TPSR-Vertrag

– also 2004, das ist auch die Ausschreibungszeit für TETRON gewesen – mit Valurex abgeschlossen.

– Valurex, eine Firma von Mendorff-Pouilly –

(Erfolgshonorar MOI Austria). Dies zur Info, falls irgendetwas in der österreichischen Presse hochkommt. – Zitatende.

Sie haben gesagt, Sie haben dazu keine Wahrnehmung. Aber vielleicht können Sie mir helfen. Wofür kann das Kürzel **MOI** stehen? (*Ing. Skorsch: Keine Ahnung!*) – Kann das Minister of the Interior sein, Innenminister?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Es ist für mich nicht auszuschließen, dass man diese Abkürzung dafür verwenden kann.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie haben sicher internationale Kontakte. Ist Ihnen dieses Kürzel in Bezug auf Innenminister oder Innenministerium schon einmal vorgekommen? Sie waren zum Beispiel auch in Griechenland. Gibt es da so etwas auf Englisch?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Ich war auch bei der EU in mehreren Funktionen tätig. Aber ich kann mich nicht daran erinnern.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir haben sehr viele Fragen. Wir beginnen einmal mit der Vorlage handschriftlicher Aufzeichnungen. Ich darf Sie zu dieser Aktenvorlage fragen, ob das Ihre Handschrift ist, ob diese Unterlage von Ihnen verfasst wurde.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Das kann ich ausschließen. Darf ich das haben, oder wollen Sie das wieder zurück?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie können es einmal dort hinlegen. – Das heißt also, das ist nicht Ihre Handschrift?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Nein, das ist nicht meine Handschrift.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie sich vorstellen, wer das verfasst haben könnte?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Das kann ich mir nicht vorstellen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Blättern Sie einmal auf die zweite Seite. Da ist etwas oben. Das muss scheinbar ein Post-it sein, das vom BIA nachträglich aufgeklebt wurde. Dort steht:

Datum: 31. 03. 2003; Anzeige Ing. Skorsch

– also Sie –,

Übergabe: Übernahme von vier Stück CDs. – Zitatende.

Das heißt, das BIA ermittelt auf Basis von zwei Dingen, nämlich auf Basis dieser vier Stück CDs, die übergeben wurden und auf Basis dieser handschriftlichen Aufzeichnungen. Die Staatsanwaltschaft führt dazu in einer Zusammenfassung an:

31.3. Anzeige persönlich. Anzeige des Ing. Peter Skorsch wegen Verdacht von Missständen im Zusammenhang mit dem Beschaffungsvorgang ADONIS. Von Skorsch wurden vier CDs übergeben. Der Akt ist nicht auffindbar, auch nicht die CDs. Es ist nur die Kopie eines handbeschriebenen Zettels vorhanden. – Zitatende.

Und das ist dieser handbeschriebene Zettel, den ich Ihnen vorgelegt habe. Was mich jetzt ein bisschen verwundert: Anzeige persönlich, 31. März 2003. Fangen wir so an. Haben Sie an diesem 31. März 2003 persönlich beim BIA etwas angezeigt?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Meiner Erinnerung nach nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie da ein Gespräch gehabt mit dem BIA?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Es steht da auch drauf: Anzeiger. Also auf meinem Zettel steht nichts davon. Und es steht bei meinem Namen dabei:

Übergabe: Übernahme von vier Stück CDs.

Also ich habe gesagt: Es könnte sein, dass im Zusammenhang mit irgendwelchen Behauptungen, die meiner Erinnerung nach nicht von mir stammen, der Zettel stammt jedenfalls nicht von mir, es da aus Gründen einer Beweissicherung von uns – denn die CDs waren nicht bei mir, sondern aus dem Projektbüro – die Übergabe dieser vier CDs gegeben hat. Dass mein Name dabei verwendet wurde, weil ich einfach mit dem Projekt zu tun habe, schließe ich nicht aus. Aber Faktum ist, dass der Zettel nicht von mir ist ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Entschuldigen Sie! Ich weiß nicht, was Sie für eine Unterlage haben. Da ist dieser handschriftliche Zettel. Der ist geschrieben auf

einem Papier der Firma Eurofunk Kappacher. Das ist zufällig jene Firma, bei der Sie zwei Monate vor diesem 31. März 2003, dem Datum der Anzeige, noch beschäftigt waren. Und auf meinem Post-it dieses BIA steht oben:

Anzeige Ing. Skorsch. – Zitatende.

Was steht auf Ihrem Post-it oben?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Anzeiger ... Sie haben aber gesagt: Anzeiger persönlich.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nein. Ich rede jetzt von dieser handschriftlichen Unterlage. Was steht da oben auf diesem Post-it neben „Anzeiger“?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Aber nicht „Anzeiger persönlich“. Nur weil darauf „Anzeiger“ steht?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Was steht darauf? Können Sie mir vorlesen, was da steht? Da ist ein Post-it vom BIA, das die da draufgegeben haben. Was steht neben „Anzeiger“?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Anzeiger: Ing. Skorsch. Übergabe: Übernahme von vier Stück CDs.

Da steht nichts davon, dass ich den Zettel übergeben habe.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber ich interpretiere, dass, wenn das BIA als Datum 31. März 2003 und als Anzeiger Ing. Skorsch draufschreibt, Sie dort eine Anzeige gemacht haben. So interpretieren das auch die staatsanwaltschaftlichen Behörden. Ich habe Ihnen das vorgelesen. Die schreiben am 31. März 2003:

Anzeige persönlich durch Ing. Skorsch.

Und dann wird dieser Zettel angefügt.

Also, waren Sie nun am 31. März 2003 beim BIA und haben Sie etwas angezeigt, so wie das BIA auf diesem Post-it vermerkt – Anzeiger: Ing. Skorsch – und wie das auch die Staatsanwaltschaft in einem Bericht in ihrer Analyse feststellt, oder nicht?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Wie ich schon ausgeführt habe: Ich kann mich an keine Anzeige erinnern.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Waren Sie jemals beim BIA an diesem 31. März 2003? Haben Sie mit einem BIA-Beamten gesprochen?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Daran kann ich mich heute nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und diese handschriftlichen Aufzeichnungen sind nicht von Ihnen?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Die sind dezidiert nicht von mir.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie mir dann erklären, wie das BIA – und jetzt auch die ermittelnden Behörden, das ist jetzt eigenartig – eine Anzeige macht auf Basis von zwei konkreten Punkten: vier CDs, die man plötzlich nicht mehr findet ... – Man findet auch keinen Akt, gar nichts. Das Einzige, das man findet, ist, noch einmal, ich lese vor:

Der Akt ist nicht auffindbar, auch nicht die CDs. Es ist nur die Kopie eines handbeschriebenen Zettels vorhanden. – Zitatende.

Und das wird alles Ihrer Person zugeschrieben, bezieht sich alles auf die Anzeige des Herrn Skorsch. – Das heißt, Sie haben an diesem 31. März 2003 nichts beim BIA angezeigt. Diese handschriftlichen Aufzeichnungen stammen nicht von Ihnen.

Und nur damit das noch einmal klargelegt ist: Haben Sie die vier CDs irgendjemandem übergeben oder nicht?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Also zum ersten Punkt: Diese handschriftliche Aufzeichnung auf einem Notizblock von der Firma Eurofunk Kappacher stammt nicht von mir. Das schlieÙe ich aus. Meine eigene Handschrift kenne ich.

Zweiter Punkt: Die Übergabe der CD kann ich nicht ausschließen, weil ich mich dunkel an so ein Ereignis erinnern kann. Ob ich die persönlich übergeben habe, ob die übergeben wurden, aus der Abteilung, aus dem Projektbüro heraus, weiß ich heute nicht mehr.

Dritter Punkt: Dass ich eine Anzeige erstattet habe, daran kann ich mich einfach nicht erinnern. Ich gehe davon nicht aus – und das sage ich jetzt bewusst noch dazu, damit das deutlich wird –, denn sonst würde es ja eine Niederschrift geben. Ich bin nicht zuständig für das BIA und für das BAK und kann somit auch nicht nachvollziehen, was dort passiert ist. Ich kenne es nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wem haben Sie diese vier CDs übergeben?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Das weiß ich nicht mehr. Wenn ich sie überhaupt übergeben habe, ich weiß nicht an wen. Wenn ich es gewusst hätte, hätte ich es bei meiner Einvernahme gesagt. Ich gehe davon aus – auch das habe ich ... –, weil ich mich mit den Dingen auch auseinandersetze, dass es die vier Angebots-CDs von master-talk waren, weil es vier CDs waren. Die anderen Bieter hatten damals jeweils eine CD, und master-talk hatte vier CDs. Ich gehe davon aus, dass das die Angebots-CDs waren – weil die Frage in den Raum gestellt wurde: Was war das.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie jemals irgendeiner Ermittlungsbehörde oder irgendwem vier CDs übergeben oder nicht? Wurscht, was da oben war oder nicht, das merke ich mir ja!

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Noch einmal: Ich kann es nicht ausschließen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie kennen ja auch viele Personen im Innenministerium. Kommt Ihnen diese Handschrift irgendwie bekannt vor?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Nein, sie kommt mir nicht bekannt vor.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Noch einmal, da steht oben:

Anzeige Ing. Skorsch. Übergabe: Übernahme von vier Stück CDs. – Zitatende, und dann ist dieser handschriftliche Zettel auf einem Papier der Firma Kappacher.

Fangen wir so an: Waren Sie bei der Firma Kappacher beschäftigt?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Ja, ich war bei der Firma Kappacher. (*Abg. Petzner: Von wann bis wann?*) – Von Anfang September 2001 bis Ende Dezember 2002.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Bis Ende Dezember 2002. Dann liegen diese handschriftlichen Vermerke vor, die vom BIA Ihnen zugerechnet werden, mit diesem Vermerk, Anzeige Ing. Skorsch, und diese handschriftlichen Aufzeichnungen sind ausgerechnet auf einem Papier der Firma Kappacher geschrieben, bei der Sie drei Monate vorher noch beschäftigt waren.

Von wem auch immer diese handschriftlichen Aufzeichnungen stammen: Können Sie sich erklären, warum das ausgerechnet auf einem Briefpapier oder offensichtlich auf einem Notizblock jener Firma ist, bei der Sie drei Monate zuvor noch beschäftigt waren?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Das kann ich mir nicht erklären.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben gesagt, die Übergabe von vier Stück CDs können Sie nicht ausschließen. Kann es ein, dass Sie jemals mit einem Ermittlungsbeamten vom BIA ein Gespräch über die Ereignisse beim Projekt ADONIS geführt haben und dieser BIA-Mitarbeiter diese handschriftlichen Aufzeichnungen zu diesen Ihren Angaben gemacht hat, dass der da so eine Art handschriftliches Protokoll angefertigt hat?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Also grundsätzlich halte ich das nicht für die Vorgangsweise, wie dieses Papier entstanden ist.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Diese Handschrift kann man ja im Unterschied zu meiner relativ gut lesen. Vielleicht lesen Sie das einmal kurz in Ruhe durch, es sind ja nur ein paar Sätze, und sagen mir kurz – es ist zweimal das Gleiche, einmal ist das Post-it oben, einmal nicht –, was Sie dort zum Inhalt sagen können oder wollen.

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Als ich dieses Schreiben das erste Mal gesehen habe, habe ich aufgrund des Inhaltes sofort ausgeschlossen, dass das von mir stammen kann, weil ich den Inhalt das erste Mal gelesen habe, und weil ich davon ausgegangen bin, dass ich mir diesen Inhalt gemerkt hätte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Letzte Frage für diese erste Runde:

Da steht zum Beispiel oben: CD 1 von 3, Ordner: sonstige Dokumente, Bewertungskatalog, Preise. Da steht unter letzter Änderung: Mensdorff-Pouilly, und jetzt jedoch unter BMI gespeichert. Autor von Austroconsult. Zuletzt gespeichert:

Mensdorff-Pouilly wurde jetzt gekündigt. – Zitatende.

Es handelt sich da, glaube ich, um Heinrich Mensdorff-Pouilly von master-talk. Es war Ihnen aber bekannt, dass Heinrich Mensdorff-Pouilly bei master-talk engagiert war, oder?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Den Namen hatte ich damals präsent, ja. (*Abg. Petzner: Das haben Sie gewusst?*) – Aber ich wusste nicht, in welcher Beziehung er zu Mensdorff steht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wussten Sie, dass Heinrich Mensdorff-Pouilly bei master-talk engagiert war? (*Ing. Skorsch: Ja!*) – Mensdorff-Pouilly wurde jetzt gekündigt und ist wieder bei Siemens, von der er auch zur Firma master-talk gebracht wurde. = ‚Cousin vom Graf‘. – Zitatende.

Das ist ohnehin das, was Sie da bestätigt haben. Dann steht:

Und:

– das und ist dreimal unterstrichen –

Ein weiteres Mitglied der Gesprächsrunde beziehungsweise Bestbieterrunde war der Sturzeis, ebenfalls ein Verwandter, beziehungsweise die „Mary“ ist die Tante. – Zitatende.

Ich interpretiere einmal: Mary könnte Maria Rauch-Kallat sein, wenn da auch vom Herrn Mensdorff die Rede ist. Kennen Sie irgendeinen Herrn Sturzeis? Beziehungsweise noch einmal, wenn ich Ihnen das alles jetzt vorgelesen habe, können Sie sich das erklären: Mensdorff-Pouilly, der „Sturzeis“, ein Verwandter von der „Mary“? Ich gehe davon aus – aber das ist meine Interpretation –, dass es sich um Maria Rauch-Kallat handelt.

Können Sie sich erklären, warum diese ganzen Aufzeichnungen vom BIA und jetzt auch von der Staatsanwaltschaft Ihnen zugeschrieben werden? Haben Sie diese Informationen jemals in dieser Form gehabt, oder ist Ihnen das jetzt alles völlig neu?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Erster Punkt: Ich habe auch im Zuge der Ermittlungen nicht die Feststellung gemacht, dass das mir zugeschrieben wird. Das möchte ich sehr deutlich machen, dass das dann auch nicht so im Raum stehenbleibt.

Zweiter Punkt: Ich habe gesagt, dass ich den Zettel und den Inhalt im Zuge der Befragung, die jetzt vor einer oder zwei Wochen war, das erste Mal gesehen habe. Das heißt, ich kann sowohl den Inhalt ausschließen, als auch, dass man mir das zuschreibt. Also davon gehe ich zumindest aus.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nur zum Abschluss der ersten Runde: Ich lege es Ihnen nur vor, dass Sie es selber nachlesen können, den ersten Absatz, dass sehr wohl das BIA und die Staatsanwaltschaft genau diese vier CDs plus diese handschriftlichen Aufzeichnungen einer einzigen Person zuordnet: Ihnen, Ihnen und sonst niemandem.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Herr Generalmajor, Ihre Karenzierung beziehungsweise Ihre Wiederbestellung war ja schon einmal ein Thema einer parlamentarischen Anfrage der SPÖ aus dem Jahr 2008. Sie sprechen in Ihrem Karenzierungsgesuch vom 5.6.2001 davon, im Rahmen eines Karenzurlaubs die Entscheidung, eventuell gänzlich in die Privatwirtschaft zu wechseln, in Ruhe und sachlich fundiert überlegen zu wollen.

Können wir aus Ihrer Rückkehr ins Ministerium schließen, dass Sie sich doch im Ministerium wohler fühlen als in der Privatwirtschaft?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: So wie es auch da drinnen steht, war ich damals wirklich in der Entscheidungsfindung, komplett in die Privatwirtschaft zu wechseln – erster Punkt.

Zweiter Punkt: Ich hatte dann aufgrund der Ausschreibung mein Interesse bekundet, denn es war für mich einfach eine tolle Herausforderung – ist es auch heute noch, sage ich auch dazu –, eine Technikabteilung im Innenministerium zu führen, mit der gesamten Vielfalt. Das war auch der Grund, warum ich meine Entscheidung so getroffen habe.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Bei welchen Unternehmen waren Sie während Ihrer Karenzierung beschäftigt? *(Ing. Skorsch: Bei Eurofunk Kappacher!)* – Bestehen Ihres Wissens Geschäftsverbindungen zwischen dem Unternehmen Kappacher und Unternehmen, die in den Vergabeprojekten ADONIS beziehungsweise BOS-Digitalfunk tätig waren?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Das, was ich mir angeschaut habe – jetzt auch im Zuge meiner Vorbereitung –, ist, dass Eurofunk Kappacher weder Konsortialpartner eines der anbietenden Unternehmen war, noch in einem der Unternehmen als Subauftragnehmer genannt wurde. Inwieweit Eurofunk Kappacher Lieferant für TETRON ist, müssen Sie bitte TETRON fragen.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Ich frage Sie das deswegen, da uns ein Aktenvermerk aus dem BMI vorliegt, vom 20.8.2003, und da fällt natürlich auch Ihr Name. Ich darf zitieren:

In dieser schwierigen Phase sei nun ein Telekom-Experte namens Martin aufgetaucht, welcher ihm, Geiger, vorgeschlagen hätte, sich mit der Firma Motorola in Verbindung

zu setzen, da diese ein sehr gutes Konzept anbieten könnte. Dabei hätte ihm Martin die Kontaktaufnahme mit einem Herrn Wirth empfohlen. Es habe sich in seinen Augen – so Geiger weiter – eine schiefe Optik ergeben, da Brigadier Skorsch unter anderem auch für die Firma Kappacher tätig gewesen sei, welcher ein Naheverhältnis zur Firma Motorola nachgesagt würde. – Zitatende.

Daher meine Frage. Wie kam es jetzt eigentlich dazu, dass Sie ins BMI zurückgekehrt sind?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Wie ich schon ausgeführt habe, auch in meinem Eingangsstatement, hat es damals im Zuge der Neustrukturierung des Hauses die Ausschreibung für die neu geschaffene Abteilung Technik gegeben, und da habe ich mich beworben und hatte das Glück, dass ich bestgereiht war und diese Planstelle bekommen habe.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Könnten Sie sagen, dass diese Position nach Ihrer Karenzierung der Position entspricht, die Sie vor Ihrer Karenzierung innehatten?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Nein, das war sicher nicht die Position, die ich vorher hatte, denn ich war vorher im Bereich der Gruppe B Leiter des Referates Fernmeldewesen, und dann war ich Abteilungsleiter für den gesamten Technikbereich. Das ist von der einen Seite schon von der Hierarchie und von der anderen Seite vom Inhalt her ein ganz anderer Aufgabenbereich.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Und vor Ihrer Karenzierung: Waren Sie da in das Projekt ADONIS eingebunden?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Ja, wie ich auch schon in meinem Eingangsstatement ausführlich dargelegt habe. Ich bin 1991 ins Innenministerium gekommen, als Referent für Fernmeldeangelegenheiten. Ein wesentlicher Schwerpunkt des Referates Fernmeldeangelegenheiten war das Funknetz. Da bereits zu diesem Zeitpunkt das „end of life“ vom Analogfunk ersichtlich war, war es natürlich eine von meinen wesentlichen Aufgaben, über die Zukunft nachzudenken.

Ich habe dann, ich weiß heute nicht mehr, welches Jahr es genau war, die ersten Aufbereitungen gemacht für den Gendarmeriebereich, es hat dann eine Abstimmung gegeben mit dem Polizeibereich, es hat dann eine Entscheidung gegeben, gemeinsam vorzugehen. Es hat die Entscheidung vom damaligen Innenminister Schlögl gegeben, für alle Blaulichtorganisationen ein gemeinsames Funknetz anzudenken. Das ist meiner Meinung nach die beste Entscheidung, die es geben kann, unter dem Gesichtspunkt der Rahmenbedingungen, wie Blaulichtorganisationen zusammenarbeiten müssen.

Man hat das ja bei Galtür gesehen. Das für mich sehr Traurige ist, dass wir immer wieder rasch vergessen. Wenn irgendwo ein Ereignis ist, dann liest man möglicherweise noch in der Einsatzaufbereitung, es hat die Kommunikation nicht funktioniert, aber drei Tage später ist das Thema schon wieder vom Tisch und keiner kümmert sich mehr darum. Also ich muss sagen, vom damaligen auch Bürgermeister Schögl eine sehr weise Entscheidung, trotz – und das sage ich auch hier in diesem Hohen Haus sehr deutlich – der großen Probleme in Österreich, in der föderalistischen Struktur ein Projekt in der Größenordnung und Komplexität für alle Blaulichtorganisationen umzusetzen.

Das sieht man ja auch in der ganzen Geschichte des Projektes, wenn man sich die Unterlagen sehr genau anschaut, wie viele Detailbereiche es da gibt. Und wenn ich nur kurz auf die Auskunftsperson Dipl.-Ing. Mauser verweisen darf, den ich sehr schätzen gelernt habe bei der Prüfung des ersten Projektes. Ich habe mit ihm viele Diskussionen

geführt, was man bei der Neuausschreibung alles besser machen kann. Er hat ja auch angesprochen, dass ein wesentlicher Problembereich genau diese Umsetzung in unserer Struktur in Österreich ist.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Das ist ja auch gerade das Problem, es hätte ja eigentlich nie in dieser Art und Weise ausgeschrieben werden dürfen, wie es ausgeschrieben wurde, erst bei der ersten Ausschreibung und auch bei der zweiten; denn Sie sagen richtig, wir sind ein föderalistischer Bundesstaat, und es gab vor der ersten Ausschreibung keine einzige Vereinbarung mit irgendeinem Bundesland.

Das Ministerium hat nicht gewusst, wie viele Endgeräte man braucht, man hat nicht gewusst, welche Blaulicht- oder Einsatzorganisationen da mitmachen, und trotzdem schreibt man aus. Und das ist gerade dieser Punkt. Und wenn Sie sagen, die Entscheidung wurde getroffen, ich habe hier den Ministerratsvortrag vom 30. Oktober 2001 aus dem Kabinett Schüssel, Forstinger, Grassler, Scheibner und Strasser. Ich glaube, gerade das ist der springende Punkt in diesem ganzen Verfahren. Es hätte nie so ausgeschrieben werden dürfen, wie es ausgeschrieben wurde.

Kommen wir zur Austroconsult. Wie gestaltete sich eigentlich Ihrer Wahrnehmung nach die Zusammenarbeit mit der zur Beratung zugezogenen Firma **Austroconsult**?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Wenn dieses vorige Statement auch eine Frage impliziert hat, möchte ich noch kurz eine Antwort darauf geben, weil es mir persönlich sehr wichtig ist. Die Entscheidung, die Ausschreibung zu machen oder nicht, ist letztendlich zu treffen gewesen. Faktum ist, dass zu dem Zeitpunkt die Notwendigkeit auch in unterschiedlicher Qualität in Österreich da war, die Notwendigkeit war sehr groß.

Gerade Galtür und der Druck aus Tirol und der Druck aus Tirol, selbst etwas zu machen, hat vor allem bei dem zweiten Projekt ganz klargemacht, dass etwas geschehen muss. Und das, was wir gemacht haben, hat ja auch dazu geführt, dass wir heute in drei Bundesländern erfolgreich im Betrieb sind, nämlich dass wir uns mit dem Land Tirol zusammengesetzt haben, eine ARGE gegründet haben, gemeinsam die Anforderungen definiert haben und dann gemeinsam die Ausschreibung durchgeführt haben.

Wenn Sie heute in Tirol mit Vertretern von Einsatzorganisationen sprechen, dann werden Sie – nicht 100 Prozent, das wird es nie geben – zu einem höchst großen Prozentsatz die Information erhalten, wir könnten uns heute nicht mehr vorstellen, ohne diesen Digitalfunk zu arbeiten – erster Punkt.

Das zeigt, dass es wichtig war, diese Entscheidung zu treffen, die Verantwortung zu übernehmen, auch aus dem Hause Innenministerium, und – zweiter Punkt – dass es funktioniert. Dass der Zeitplan nicht eingehalten wurde, dafür gibt es viele Begründungen. Zu Ihrer konkreten Frage **Austroconsult**: Ich war in dem Ausschreibungsverfahren mitinvoliert. Ich war dort auch – ich glaube, mich erinnern zu können – in der Auswertung, und ich war in der Zuschlagsvergabe-Vorschlagskommission. Das ist ja vergaberechtlich auch immer ein Begriff, wo man sehr vorsichtig sein muss.

Ich habe meine Verantwortung in diesem Zusammenhang sehr ernst genommen, weil ich meine eigene, persönliche Meinung über Beratungsunternehmen habe. Ich habe dort erkannt, dass es ein hochqualitatives Angebot gegeben hat, habe aber auch erkannt, als ich im Jänner 2003 ins Haus zurückgekommen bin und mir das genau angeschaut habe, dass das zwar ein hochqualitatives Angebot war, aber in der Umsetzung es auch aufseiten von Austroconsult in vielen Bereichen gekrankt hat.

Ich habe viele Gespräche mit der Geschäftsführung geführt. Ich habe die Leistungen zu diesem Zeitpunkt, als ich die Verantwortung als Abteilungsleiter mitübernommen habe, auch eingefordert. Es hat meines Wissens sogar Rechnungen, Leistungsrechnungen gegeben, wo ich entschieden habe im Haus, oder mitentschieden habe, dass sie nicht bezahlt werden – da muss man vorsichtig sein.

Und ich weiß auch, warum das so war, weil ich die Dinge auch hinterfragt habe. Austroconsult hat ja nicht alleine angeboten, sondern sie haben mit Mason angeboten, und Mason war der Spezialist dahinter. Mason hat in Großbritannien bei dem Netz wertvolle Aufbauarbeit geleistet und hatte das Know-how. Nur in der Umsetzung war Mason dann plötzlich weg. Und das war aus meiner Sicht und aus der Analyse heraus der Hauptgrund, warum die Beratungsleistung von Austroconsult nicht dem entsprochen hat, was eigentlich gefordert war und was vor allem in dem Angebot enthalten war.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Ich glaube, ich sollte das noch einmal klarstellen: Ich habe nicht die Notwendigkeit des digitalen Funks in Frage gestellt, denn es ist wichtig, dass verschiedenste Einsatzorganisationen, gerade auch bei Katastropheneinsätzen, miteinander kommunizieren können, sondern ich habe die Art und Weise der Gestaltung der Ausschreibung kritisiert; denn wenn ich als Ministerium nicht verbindliche Vereinbarungen mit Bundesländern beziehungsweise Einsatzorganisationen habe, kann ich nicht wissen, wie viele Endgeräte ich brauche. Das war der Kritikpunkt, der jetzt keine Frage impliziert.

Was mir noch dazu einfällt, ist ja, dass wir jetzt vor der Situation stehen, dass ja das Ganze in Gesamtösterreich noch immer nicht funktioniert. Wir haben zwar, wenn Sie sagen, in Tirol einzelne – unter Führungszeichen – „Standorte“, die diesen digitalen Funk besitzen, aber ich habe ja weitere Flächen, wo das noch nicht der Fall ist, wo aber schon sehr, sehr viel Steuergeld in dieses ganze Verfahren geflossen ist. Allein den Vergleich von 30 Millionen €, den die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bezahlt haben, möchte ich hier auch noch anführen.

Gehen wir weiter zu Ihrer Zusammenarbeit mit Manfred Blaha. Wie gestaltete sich diese Zusammenarbeit? Sie sind ja dann ins Ministerium, Blaha war zuerst Projektleiter. Vielleicht könnten Sie uns das kurz erläutern.

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Ich werde versuchen, das kurz darzustellen. Aber einen kurzen Satz erlauben Sie mir bitte: In dem zweiten Projekt, wo ich als Projektleiter verantwortlich wurde, wurden nicht Endgeräteanzahlen ausgeschrieben, sondern es wurde ein Dienst definiert. Ich will das kurz an einem Beispiel zeigen: Wenn ich eine Ausschreibung für eine Straße mache und im ersten Projekt irgendwelche Autos und eine Anzahl von Autos angeführt hätte, hätte ich aber nicht gewusst, wohin die fahren, wie groß die Autos sind, und so weiter.

Im zweiten Projekt wurde klar die Straße definiert, auf der wir uns bewegen, und das ist auch der Grund, warum es heute funktioniert – und zwar in den Bundesländern, die einen Vollausbau haben und wo nicht irgendwo ein paar Standorte stehen. Ich möchte das bitte schon deutlich machen, da es mir persönlich sehr wichtig ist, dass dieses Projekt auch von der Politik unterstützt wird.

Zum Verhältnis zu Brigadier Blaha: Als ich zurückgekommen bin, war er Referatsleiter von dem Referat Telekommunikation, und er war Projektleiter. Ich habe mit ihm viele Gespräche geführt über die Situation im Projekt, und er war bis zur Vertragsauflösung Projektleiter, also er wurde nie als Projektleiter abgesetzt. Es hat zusätzliche Funktionen gegeben, es hat eine Projektkoordination gegeben, als Verschränkung zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber, um auf der Arbeitsebene endlich jene Dinge auszuarbeiten, die über Monate stehengeblieben sind, und da Ergebnisse zu

erzielen, und es hat für wesentliche Themen einen quasi Steuerungskreis gegeben, wo Mag. Krumpel und meine Person drinnen waren.

Die Projektleitung ist bis zur Auflösung des Vertrages bei Brigadier Blaha geblieben.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): War Ihnen eigentlich bekannt, bevor Sie die Projektleitung übernommen haben, dass Herr Manfred Blaha schon Anfang Dezember 2002, also kurz vor Ihrer Rückkehr, über Probleme mit dem Projekt ADONIS berichtet hat? Waren Sie mit dieser Situation konfrontiert und informiert?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Ich habe das in den Unterlagen natürlich gesehen, auch in den Gesprächen hat er es dargelegt. Ich kann mich noch an einen Ausdruck erinnern: Wir sitzen schon mit den Rechtsanwälten zusammen. Es war für mich klar.

Und ich möchte auch eines dazusagen: Man darf sich heute bei so einem Projekt in Österreich nicht vorstellen, dass das so still und leise abgeht. Die Firmen, die in diesen Projekten involviert sind, die Personen, das ganze Thema ist heute nicht so ein Riesenthema. Und dass das schon vorher laut wurde, dass es da Probleme gibt, also das war nirgends ein Geheimnis.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Ist es richtig, dass die von Manfred Blaha eingerichtete Jour fixe-Projektsteuerungsgruppe von Ihnen nicht weitergeführt wurde, und wenn ja aus welchem Grund?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Wie es auch aus diesen Unterlagen ersichtlich ist, die dem Ausschuss vorgelegt wurden, habe ich einen Akt gemacht, meiner Erinnerung nach Mitte, Ende Februar 2003, wo wir die Ergebnisse aus diesem gemeinsamen Meeting mit master-talk – wo alle eingebunden waren, wo es Protokolle darüber gibt, wo wir einen Vorschlag erarbeitet haben, wie die neue Projektstruktur ausschauen soll – eingearbeitet haben und wo die ersten Schritte gesetzt wurden.

In all diesen Bereichen war Brigadier Blaha als Projektleiter involviert, denn er wurde auch in dieser überarbeiteten Projektstruktur als Projektleiter namhaft gemacht.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Dann ist es ja richtig, dass Sie eigentlich mit Ihrer Einsetzung als Projektleiter eine komplette Restrukturierung beziehungsweise Neustrukturierung der Projektorganisation vorgenommen haben?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Nicht ich persönlich habe eine Neustrukturierung vorgenommen, sondern, wenn man sich die Protokolle anschaut von dem zweitägigen Meeting, das wir gemeinsam mit master-talk hatten, haben wir dort eine Neustrukturierung, und ich traue mich zu behaupten, die erste Struktur in dieses Projekt gebracht; denn wenn Sie sich die Unterlagen anschauen, dann hat es vorher viele Arbeitsgruppen gegeben, wo in jeder Arbeitsgruppe dieselben Personen drinnen gestanden sind.

Wie man das abarbeiten hätte können, war mir nicht nachvollziehbar. Diese Strukturen wurden von unserem Berater AC nie hinterfragt. Die sind auch überall in jeder Arbeitsgruppe drinnen gesessen. Also wie das organisatorisch funktionieren hätte sollen, war für mich nicht nachvollziehbar. Und es gibt ein schönes Bild von mir, ich glaube damals im Power Point gezeichnet, wo ich versucht habe, auf einem Schaublatt die unterschiedlichen Abhängigkeiten darzulegen, die es in dem Projekt gegeben hat und damit die Komplexität des Projektes und die offenen Fragen, die es gibt, zu zeigen. Wir haben dann versucht – eben gemeinsam, nachdem es auch die Sichtweise von master-talk war –, es so aufzusetzen, dass man es auch umsetzen kann.

Ich möchte nur ein Beispiel nennen: master-talk war ja nicht der Technologielieferant. Es war auch nicht die Siemens dahinter als Technologielieferant. Das war eigentlich nur der Postkasten, kann man sagen. Dahinter hat es gegeben eine Firma

Rohde & Schwarz und auch eine Firma **Frequentis** und zusätzliche Subfirmen. Und die Firmen durften damals nicht einmal miteinander kommunizieren.

Als ich dann ins Haus gekommen bin, drängte ich massiv darauf, gemeinsame Besprechungen mit allen am Projekt beteiligten Firmen zu haben, wo wir die Dinge ausdiskutieren können. Ich sage ein Beispiel dafür: Wir hatten damals eine Besprechung mit Rohde & Schwarz, wo erstmals die Schnittstelle zwischen dem Netz, dem Trägernetz und dem Funknetz definiert wurde.

Wenn man sich die ganzen Akten anschaut, sieht man, das war ein wesentliches Thema, denn master-talk hat von uns die Beistellungsleistung beim **BM.I-Netz**¹ eingefordert, bis zum Schluss bis zur Vertragsauflösung, und wir haben aber gesagt: Ja, wir wollen das beistellen, aber wir brauchen endlich eine Definition der Schnittstelle, damit man die Kosten auch darstellen kann!

Und nur dann, wenn man heute eine Schnittstelle hat, die sehr "schmalbandig" – unter Anführungszeichen – für dieses Funknetz ist – in der technischen Sprache redet man von einem Teil einer E1-Schnittstelle –, war für uns die Möglichkeit da, das beim **BM.I-Netz**² auch beizustellen. Bis zur Vertragsauflösung wurde, obwohl master-talk immer wieder eingefordert hat, endlich die Entscheidung zu treffen, **nie** diese Schnittstelle zugesagt.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Sie beschreiben hier eine sehr, möchte ich fast sagen, abenteuerliche Situation des Projektverlaufs: mit welchen Schwierigkeiten man zu tun hatte und wie sich das ganze Projekt gestaltet hat.

Haben Sie sich dabei eigentlich nie gefragt, trotz dieser Zuziehung von Austroconsult, wie der Zuschlag jemals so erteilt werden konnte, wie er erteilt wurde, wenn man nur Schwierigkeiten mit dem Projektablauf hat?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Wie der Zuschlag erteilt wurde, dazu kann ich sachlich nichts sagen, weil ich nicht im Haus war.

Ich mache heute zwei Parteien in diesem ganzen Verfahren schon einen massiven Vorwurf. Das ist erstens die Firma **AC**³ als Berater, denn das Haus hat sich den Berater als Gesamtberatung genommen unter dem Gesichtspunkt, er nimmt mir diese Komplexität ab, und er hat auch – dafür habe ich auch meine Unterschrift damals im Zuschlagsverfahren für den Berater geleistet – im Angebot seine Qualität dargelegt. Und der zweite Punkt ist: der Firma master-talk oder generell auch den Bietern, denn es hat ja mehrere Bieter gegeben.

Im Vergaberecht steht dezidiert: Wenn es in einem Vertrag Unklarheiten gibt, dann sind die Bieter verpflichtet, diese aufzuklären, also sprich: nachzufragen.

Im Nachhinein – und das sieht man auch in der Klagsschrift von master-talk – zu sagen, das war alles unklar, ist aus meiner Sicht eine einfache Ausrede.

Abgeordnete Mag. Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Wenn Sie sagen, dass Sie eigentlich den Bietern diesen Vorwurf machen: Können Sie sich erklären, wieso es zu diesem abenteuerlichen Vergleich von 30 Millionen € dann gekommen ist, wenn man sagt, beim BMI liegt eigentlich wenig Schuld?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Wie dieses Verfahren ausgesehen hätte, ist, glaube ich, dem Untersuchungsausschuss bekannt. Es wäre ein Schiedsverfahren gewesen. Wie ein Schiedsverfahren abläuft, ist, glaube ich, auch bekannt.

¹ Korrektur gemäß § 23 Abs. 4 VO-UA (siehe Anhang)

² Korrektur gemäß § 23 Abs. 4 VO-UA (siehe Anhang)

³ Korrektur gemäß § 23 Abs. 4 VO-UA (siehe Anhang)

Da gibt es keinen Instanzenzug. Ich glaube, nähere Details wird Herr Dr. Nordberg in seiner Befragung ausführen können. Aber aus meiner Verantwortung heraus will versuchen, trotzdem da meine Sichtweise darzulegen.

Wir haben ein mögliches Verfahren vor einem Schiedsgericht als Grundlage und Ausgangspunkt gehabt. Eine Hundert-zu-null-Entscheidung vor einem ordentlichen Gericht bei einer solchen Komplexität, wo ich weiß nicht wie viele Sachverständige da aussagen werden, und und und, zu erwarten, wäre mir persönlich nie in den Sinn gekommen.

Die Entscheidung auf unserer Seite war ein klarer Auftrag oder ist einem klaren Auftrag so weit vorgegangen, dass die politische Führung aufgrund von Gesprächen gesagt hat – so wie ich das mitbekommen habe –: Wir versuchen einen Vergleich zu erzielen!

Faktum ist – und das habe ich auch in der Aktenaufbereitung gemacht –, dass jedes Jahr, das bis zu einem Abschluss eines allfälligen Schiedsverfahrens vergangen wäre, Millionen an zusätzlichen Kosten als Streitsumme bedeutet hätte.

Das heißt, auch aus diesem Gesichtspunkt war ein rascher Abschluss eines Vergleichs sicher für den Bund und damit für den Steuerzahler noch das Beste, was das Finanzministerium gemeinsam mit dem Innenministerium herausholen konnte.

Abgeordnete Mag. Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Nur eine kurze Zusatzfrage: Ich glaube, mich zu erinnern, dass das Bundesministerium eben gerade diese Schiedsgerichtsklausel nicht akzeptiert hat.

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Das ist richtig. Es hat eine lange Diskussion über die Gültigkeit einer Schiedsklausel in einem Vertrag gegeben, und zwar deswegen, weil – so habe ich es verstanden, ich bin kein Jurist – für eine Schiedsklausel ein eigenes Dokument mit einer eigenen Unterschrift beider Parteien notwendig ist.

Jetzt muss man sich vorstellen: Wenn das Innenministerium in ein Schiedsverfahren gegangen wäre und irgendwann einmal die Diskussion hochgegangen wäre, ob diese Schiedsklausel überhaupt zulässig ist, dann wäre das sicher noch schlechter gewesen, als gleich diese Frage zu klären.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Ing. Skorsch, reden wir über Schmiergeld, und zwar übers Motorola/Mensdorff-Pouilly-Schmiergeld und welche Rolle Sie dabei möglicherweise gespielt haben!

Ich lege Ihnen vom Innenministerium den Rahmenvertrag über die Endgeräte vom 26. Juli 2005 vor. Da steht noch nichts von Schmiergeld drinnen, aber dazu kommen wir gleich.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Wer hat denn diesen Vertrag vonseiten des Innenministeriums unterschrieben? Wissen Sie das?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch *(nach Einsicht in das ihm vorgelegte Schriftstück):*

Da steht mein Name darunter.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, schau ma mal! Haben Sie das nicht gewusst? *(Ing. Skorsch: Nein!)* Na, Sie wissen wenig. Wir werden dann gemeinsam noch eine ganze Reihe von Erinnerungslücken füllen. Sie werden sehen, sie werden, wenn Sie aus dem Ausschuss rausgehen, viel mehr über Ihre Tätigkeit wissen als jetzt. Das ist ja unsere Hauptaufgabe.

Da steht – das haben Sie offensichtlich so erstellt –:

„Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Bundesministerium für Inneres beauftragt Sie innerhalb des Ihnen (...) vom 24.06.2004 erteilten Auftrages zur Realisierung des Digitalfunkprojektes BOS Austria mit der Lieferung von insgesamt mindestens 20 000 Stk. Motorola Endgeräten.“

Warum mindestens 20 000 Stück?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Weil das die notwendige Summe für einen österreichweiten Ausbau war.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Die notwendige Summe, Herr Ing. Skorsch (*Ing. Skorsch: Anzahl!*) – ja, Anzahl –, war wesentlich höher. Wesentlich höher!

Wie kommen Sie ... (*Ing. Skorsch: Entschuldigung, Herr Abgeordneter! Für das Innenministerium ...!*)

Ich frage Sie jetzt: Wie kommen Sie auf die 20 000?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Das ist ein Vertrag zwischen Innenministerium und der Firma Motorola auf der Grundlage der Ausschreibung, wo festgemacht wurde ... – Das kann ich auch erklären, warum es diese gibt. Damit wir nämlich den kompletten Rabatt, den es im Angebot gegeben hat, von Anbeginn nützen können, war es eigentlich ein zusätzliches Entgegenkommen dem Bund oder dem Innenministerium gegenüber, dass wir das in dieser Form geregelt haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wie hoch war der Stückpreis in diesem Vertrag?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Das kann ich Ihnen jetzt ohne die Unterlagen nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Na schauen wir es einmal durch gemeinsam!

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Noch einmal: Ohne die Unterlagen werde ich zu diesem Thema keine Aussagen machen. Ich habe Ihnen klipp und klar gesagt, was meine Erinnerung dazu war.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Gibt es in diesem Vertrag, der hier vorliegt, einen vereinbarten Stückpreis?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Es gibt den Rabatt, der, wenn Sie sich den Vertrag anschauen, abhängig von der Stückzahl ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe Sie gefragt, ob es hier einen vereinbarten Stückpreis gibt!

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Nein, es gibt einen Rabatt. Das ist eine Rabattklausel.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Gehen Sie normalerweise in ein Geschäft so einkaufen, dass Sie sagen: Es ist mir vollkommen wurscht, was das kostet, ich möchte nur wissen, wie hoch der Rabatt ist!? Sind das Ihre Einkaufsgewohnheiten? Und sind Sie überhaupt noch zahlungsfähig aufgrund dieser Einkaufsgewohnheiten?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Herr Abgeordneter, ich ersuche Sie, mich in der notwendigen Form zu behandeln! Ich bin hier als **Auskunftsperson** – und **nicht** als Beschuldigter! – Erster Punkt.

Zweiter Punkt: Wenn Sie mir zuhören würden, dann würde ich es Ihnen auch erklären können.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann erklären Sie es mir, bitte!

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Dann ersuche ich Sie, auch zuzuhören. (*Abg. Dr. Pilz: Erklären Sie es mir!*)

Es gibt einen Vertrag, der die Ausschreibung zur Grundlage hat. Dort sind die Endgeräte ebenfalls angeboten mit den gesamten Preisen. Der Vertrag ist so gestaltet, dass es abhängig von der Stückzahl eine Rabattklausel gibt.

Wenn das Innenministerium für das erste Bundesland – Land Tirol – die Stückzahl abgerufen hätte, hätte es einen sehr geringen Rabatt bekommen.

Was wir dann gemacht haben, ist: Wir haben versucht – und das ist uns gelungen; und wenn ich mich richtig erinnere, ist der Rabattsatz sogar höher, als er im Angebot war –, dass wir nachträglich sogar noch einen besseren Preis bekommen haben.

Das ist die Situation, wie wir einkaufen gegangen sind, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich gebe Ihnen ja jede Möglichkeit, uns über den Rabatt etwas zu erzählen. Ich wollte **nur** den **Preis** wissen!

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Noch einmal: Den Preis lesen Sie ja aus dem Vertrag heraus! (*Abg. Dr. Pilz: Ja, ja, ich kann schon lesen!*) Das ist die Grundlage für dieses Papier.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Ing. Skorsch, ich wollte es von Ihnen wissen.

Sie haben schon recht, ich kann das selbst lesen. Aber wir bräuchten keinen Untersuchungsausschuss mit bestimmten Auskunftspersonen, wenn unsere Hauptaufgabe die Eigenbeschäftigung mit Aktenlesen wäre. (*Ing. Skorsch: Herr Abgeordneter, wenn Sie ...!*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Moment! Das eskaliert jetzt zusehends.

Es gibt eine Regel: Der Abgeordnete fragt. Wenn er beendet hat, kommt die Antwort. Es darf gegenseitig nicht unterbrochen werden!

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Danke für die Information.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wann hat die Firma Motorola gewusst, dass sie einen Auftrag über mindestens 20 000 Stück bekommen?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Wie genau der Ablauf der Verhandlung war, die zu diesem Papier geführt hat, wie der vor allem in zeitlicher Natur war, das kann ich heute nicht mehr sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wann hat die Firma Motorola erfahren, dass sie einen Auftrag über mindestens 20 000 Stück vom Innenministerium bekommt?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Ich gehe davon aus, wenn das Papier mit 26. Juli 2005 datiert ist, dass es kurz nach diesem Zeitpunkt war.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich gehe auch davon aus, denn das wird von Ihnen abgefertigt – es steht hier das Datum: 26. Juli 2005 –, und dann nehme ich an, das geht an die Firma Tetron, und die Firma Tetron wird ja wohl die Firma Motorola informieren. Da haben wir durchaus dieselbe Annahme.

Am 8. Juli 2005, also knapp drei Wochen davor, wird der Vertrag zwischen Motorola und Valurex über Zahlungen – ich sage es jetzt ganz vorsichtig: Mein persönlicher Eindruck ist, dass es sich da um Schmiergelder handelt, aber sagen wir einmal: Zahlungen – in einem Rahmen von 2,6 Millionen € vereinbart.

Haben Sie damals Kenntnis von dieser Vereinbarung gehabt.

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Von dieser Vereinbarung hatte ich keine Kenntnisse.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja. Sie kommen auch darin nicht vor.

Wissen Sie, was das Erstaunliche ist?! – Da gibt es einen „appendix E“, den „Sales Milestone Plan“. Da steht:

„BMI total 20 000“ Stück.

Bei der Berechnung des Schmiergeldes weiß die Firma Motorola bereits sechs Wochen vorher, dass sie Schmiergeld für 20 000 Stück mit der Firma Valurex vereinbaren muss. – Können Sie mir erklären, warum?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Wahrscheinlich wird es über diesen Zeitraum bereits Gespräche über diese Stückzahl gegeben haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, die schließen ja schon einen Schmiergeldvertrag ab, einen verbindlichen Schmiergeldvertrag!

Und Sie sagen, offiziell werden die erst informiert über einen Vertrag, der im Ministerium erst vorbereitet worden ist, frühestens drei Wochen später.

Wie geht denn das, dass die schon 2,6 Millionen hergeben können an die Firma Valurex des Herrn Alfons Mensdorff-Pouilly und erst drei Wochen später das bekommen?

Die mussten sich aus irgendeinem Grund sicher sein, dass das eh schon alles gelaufen ist. – Warum? Warum konnten sie sich sicher sein, bevor der Herr Ing. Skorsch drei Wochen später das unterschreibt? Warum?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Für mich ist das relativ leicht nachvollziehbar: weil diese Verhandlungen über **mehrere** Wochen gelaufen sind.

Ich habe Ihnen schon gesagt, den Zeitrahmen kann ich nicht mehr sagen. Das ist der Abschluss, das formelle Auftragschreiben. Dass es aber davor eine längere Zeit einer Verhandlung gegeben hat bis zu diesem Ergebnis, ist für mich nachvollziehbar.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Üblicherweise steht am Ende der Verhandlung das Ergebnis fest und wird dann auch ein Vertrag geschlossen.

Wir haben uns sämtliche Unterlagen des Innenministeriums angeschaut – und das steht **erst** fest in der dritten Juli-Woche: 20 000 Stück!

Im „Schmiergeldvertrag“ steht es drei Wochen früher fest.

Dann haben wir hier ein internes Dokument von Motorola, die sogenannte „Retention Request and Approval Form (TPSR)“

Da sind wir jetzt bei TPSR!

Da heißt es weiter:

„We, the Local Sales Director would like to retain the TPSR“ – und so weiter.

Da geht es um nichts anderes als die firmeninterne Vereinbarung über Schmiergelder an Valurex in der Höhe von 2,6 Millionen €.

Wissen Sie, wann das unterfertigt worden ist? – Am 19. Mai 2005 unternehmensintern. **Zwei** Monate vorher!

Und wissen Sie, worauf da verwiesen wird? – Auf „appendix E“!

Und wenn wir jetzt nachschauen, was denn „appendix E“ ist, dann finden wir in dem Vertrag genau wieder den „Sales Milestone Plan“, wo steht: „appendix E, BMI total 20 000“ Stück.

Zwei Monate, bevor das im Innenministerium entschieden worden ist, hat man Motorola-intern gewusst: Wir müssen Schmiergeldzahlungen für 20 000 Stück vorbereiten und abschließen und den Schmiergeldvertrag unterschreiben, weil erst dann das Ganze im Innenministerium unterschrieben wird!

So schaut es aus! **So** ist das Ganze gelaufen! Und das geht aus den Unterlagen auch sehr gut hervor:

Zuerst die „Schmiergeldvereinbarung“ intern bei Motorola am 19. Mai 2005. Dann der „Schmiergeldvertrag“ am 8. Juli 2005 – also wesentlich später – zwischen Motorola und Valurex. Und **dann** kommt der damalige Brigadier Ing. Peter Skorsch am 27. Juli, also viel später, und schließt den Rahmenvertrag, informiert Tetron, dass der Rahmenvertrag über die 20 000 Stück geschlossen ist. Und dann erfährt die hocheifreute Firma Motorola von der Firma Tetron, wahrscheinlich ein bis zwei Wochen später: Jessas na, das Ministerium ist zu dem Beschluss gekommen, genau über die 20 000 Stück mit euch einen Rahmenvertrag abzuschließen!

Das ist spannend! Jetzt frage ich Sie deswegen, Herr Ing. Skorsch, nachdem wir einen so gut dokumentierten „Schmiergeldvertrags- und Abwicklungsvorlauf“ haben:

Wann haben Sie erfahren, dass es bereits feststeht, dass das Innenministerium der Firma Motorola 20 000 Endgeräte abzukaufen hat? Wann haben Sie das frühestens erfahren?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Noch einmal, wie ich schon ausgeführt habe: Die Planung der Anzahl der Endgeräte hat es ja in dem Projekt gegeben. Die finden Sie ja auch, wenn Sie es sich anschauen, bereits zu Beginn der Ausschreibung in meinen Finanzaufbereitungen drinnen. Dort sind die Stückzahlen schon drinnen. – Erster Punkt dazu.

Zweiter Punkt: Wenn Sie sich das Schreiben anschauen, dann ist es ja nicht nur ein Auftragsschreiben in der üblichen Form, sondern dort sind einige Dokumente angeführt, zum Beispiel

(die Auskunftsperson liest aus schriftlichen Unterlagen vor):

Schreiben vom 23.6. ihrer Firma hinsichtlich Stellungnahme zu Fragen bezüglich Endgeräte.

Ich kann gerne dem Ausschuss eine Stellungnahme mit Unterlagen aus dieser Sicht zusammenstellen, dass es eine **Vielzahl** von Besprechungen mit Tetron und Motorola gegeben hat, weil es so viele Detailfragen betreffend die Endgeräte, und zwar Bedienermenü und und und, zu klären gegeben hat, dass wir, bevor wir einen formellen Auftrag machen, natürlich alle Zusagen haben wollten.

Dass das heute bei einem Konzern nicht innerhalb einer Woche oder innerhalb eines Monats erledigt ist, ist, glaube ich, für jeden, der in diesem Bereich tätig ist, nachvollziehbar.

Das heißt, die Kenntnis darüber, dass das Innenministerium den Bedarf von 20 000 Endgeräten hat, ist meines Wissens, ohne jetzt die Unterlagen zu haben, bereits in der Ausschreibung gestanden. – Erster Punkt.

Zweites wurde es in den langen Verhandlungen mit Motorola natürlich dargelegt. Was wäre dann die Grundlage gewesen für ein Angebot?

Und dritter Punkt – wie ich schon ausgeführt habe –: Es war zusätzlich für den Bund eine **Besserstellung** gegenüber diesem Vertrag.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das habe ich Sie alles nicht gefragt!

Es geht um die Erklärung eines ganz anderen Punktes. Und darauf haben Sie mir, Herr Ing. Skorsch, **keine** Antwort gegeben!

Warum konnte sich Motorola zwei Monate vorher bereits komplett sicher sein, dass sie nicht nur einen Auftrag über Endgeräte bekommen, sondern genau über die 20 000 Endgeräte bekommen, und bereits sich verpflichten, vertraglich Schmiergelder in der Höhe von 2,6 Millionen € zu zahlen. – **Das** ist der entscheidende Punkt! Dass es einen Vorlauf mit Verhandlungen gegeben hat, Herr Ingenieur, das wissen wir alle, das ist ja gar keine Frage, aber warum die Firma Motorola eine Schmiergeldverpflichtung über 2,6 Millionen, zwei Monate bevor sie den Vertrag bekommt, eingeht, das kann ja nur dadurch beantwortet werden, dass sie sich zu diesem Zeitpunkt bereits so sicher sein konnte, dass da überhaupt nichts mehr passiert, dass sie 2,6 Millionen vertraglich verpflichtet de facto ausgibt.

Das Einzige, was ich von Ihnen wissen wollte – wir müssen ja eine ganze Reihe anderer Personen, insbesondere von Motorola, auch noch befragen –, ist ja nur, ob Sie in dieser Zeit bereits – Mai 2005 – irgendetwas wahrgenommen haben, dass im Innenministerium bereits eine fixe Entscheidung über 20 000 Geräte von Motorola gefallen war und Motorola darüber bereits informiert wurde – zwei Monate vor Vertragsabschluss. Haben Sie dazu irgendeine Wahrnehmung?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Also aus meiner Sicht kann ich es schon heute als Möglichkeit sehen, dass es zu diesem Zeitpunkt von unserer Seite schon ein klares Signal gegeben hat und wir im Prinzip nur auf genau diese Punkte, die ja in dieser – unter Anführungszeichen – „Besserstellung“ dargestellt sind, nämlich höherer Rabatt, dass wir auf diese ganzen Zusagen gewartet haben.

Also es ist für mich heute schon nachvollziehbar – aber, wie gesagt, es ist so lange her –, dass wir gesagt haben: Okay, wenn all diese Punkte erfüllt werden, dann wird es diesen Auftrag geben. – Das ist für mich nachvollziehbar.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Entschuldigung, Herr Ing. Skorsch, nicht: „Wenn diese Punkte erfüllt sind!“, das ist nicht der Punkt.

Der entscheidende Punkt ist, ob es bereits im Mai eine fixe und verbindliche Zusage an Motorola gegeben hat: Wir kaufen euch 20 000 Endgeräte ab, damit die mit hundertprozentiger wirtschaftlicher Sicherheit die Schmiergeldzahlungen vereinbaren konnten. Hat es diese fixe Zusage gegeben?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Eine fixe Zusage gibt es erst mit diesem Schreiben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Richtig, da haben Sie vollkommen recht, und das ist der Punkt.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Nachdem der Herr Pilz jetzt wieder versucht hat, hier seine eigene Darstellung hineinzubringen – Sie haben dann ja immer noch Gelegenheit, verschiedenste Personen, die für die Firma Motorola verantwortlich waren, zu befragen, und ich finde es immer sehr nett, wenn Sie zwar immer irgendwelche Verdachtsmomente in den Raum werfen, wie zum Beispiel gestern, dann aber nichts Konkretes sagen können; Sie reden immer von Schmiergeld, haben dann aber eigentlich nie irgendwelche konkreten Sachverhalte parat –, möchte ich das Ganze wieder versachlichen, Herr Generalmajor.

Ich möchte Sie Folgendes fragen: Wem haben Sie es eigentlich zu verdanken, dass Sie dann letztendlich Projektleiter geworden sind, nachdem die Projektstruktur neu aufgestellt worden ist?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Darf ich eine kurze Zusatzfrage stellen? (*Abg. Tamandl: Ja!*) – Von welchem Projekt sprechen Sie?

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Na ja, als Sie dann Projektleiter geworden sind.

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Das heißt, das neue Projekt, die neue Ausschreibung?

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Nein, zuerst einmal beim alten Projekt.

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Ich war dort nie Projektleiter.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Gut, also beim neuen Projekt: Wem haben Sie das zu verdanken? Sie haben gesagt, der Herr Dr. Prugger hat Sie zum Projektleiter gemacht. (*Ing. Skorsch: Genau! Es war ...!*) – War er es, der die Idee geboren hat oder hatten Sie das jemand anderen zu verdanken?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Das war der politische Auftrag. Jede Sektion, die die Projektverantwortung zu tragen hatte – das waren die Sektionen I, II und IV – hatte einen Projektleiter zu benennen, und ich wurde von Sektionschef Prugger genannt.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Es wird immer davon gesprochen, dass zwischen den führenden Beamten im Innenministerium, die am Behördenfunk mitgearbeitet haben, ein gewisses Spannungsverhältnis besteht. Gab es solche Spannungsverhältnisse unter den Verantwortlichen?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Wenn man sich die Geschichte des Hauses und jene der Gendarmerie und der Polizei als den wesentlichen Wachkörpern mit ihren Strukturen im Haus anschaut, dann hat es immer wieder – ich sage: ein gesundes – Konkurrenzdenken gegeben.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Aber im Zusammenhang mit dem Behördenfunk wird immer wieder gesagt, dass es da so ein Spannungsfeld gegeben hat, zum Beispiel zwischen Ihnen und dem Herrn Ing. Blaha.

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Ich sage noch einmal: Es hat ein gesundes Konkurrenzdenken im Zusammenhang mit dem gesamten Projekt gegeben. Das ist richtig, weil bis zum Jahr ... – Na ja, da muss ich jetzt vorsichtig sein, weil es wurde bereits unter Innenminister Strasser die Abteilung II/25 geschaffen, und da war im Prinzip schon eine gewisse Koordinationsfunktion drinnen. Bis zu diesem Zeitpunkt waren die einzelnen Gruppen sehr autark, was die technische Ausstattung betroffen hat. – Und es stimmt, dass es nicht immer die gleiche Meinung gegeben hat.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Waren das sachliche Differenzen oder waren das eher Animositäten?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Also aus meiner Sicht waren es in erster Linie sachliche Differenzen, weil der Polizeibereich nicht einfach 1:1 mit dem Gendarmeriebereich zu vergleichen ist und umgekehrt.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich möchte Sie jetzt zu Ihrem Verhältnis zu einzelnen handelnden Personen befragen. Wie war Ihr Verhältnis zu Innenminister Strasser?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Also ich hatte zu ihm kein Verhältnis im weitesten Sinn.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, Sie haben Minister Strasser gar nicht gesehen, oder wie? Er war Ihr Chef, aber Sie haben ihn gar nicht gesehen?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Ich kann mich an Folgendes erinnern: Als wir die Auftragsvergabe gehabt haben, hat mich Minister Strasser am Mobiltelefon angerufen – was mich sehr gewundert hat, dass ein Minister einen Beamten direkt anruft – und hat sich für die Arbeit bedankt. Das war so ...

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, nach dem Zuschlag, oder wie?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Das muss nach dem Zuschlag gewesen sein. Vorher? – Vielleicht, dass ich ihn einmal bei einer Besprechung ... Aber ich glaube nicht einmal ... Das war im Zusammenhang mit dem Digitalfunk.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Aha. – Aber das heißt, nach dem Zuschlag, nachdem also festgestanden ist, wer den Zuschlag bekommt – das Bieterkonsortium Motorola, Alcatel ...

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Nachdem im Prinzip dieser doch wesentliche Verfahrensschritt abgeschlossen war.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Und welches Verhältnis hatten Sie zu seinem Kabinettschef Ulmer?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Erstmals habe ich ihn gesehen bei der – wie soll man sagen? – Dekretverleihung, da habe ich kurz mit ihm ein paar Worte gewechselt, und dann habe ich ihn über diese ganze Zeit einige Male zufälligerweise irgendwo getroffen, beziehungsweise hat es einzelne Besprechungen gegeben, wie zum Beispiel beim Neuaufsetzen des Projektes, wenn ich es noch richtig in Erinnerung habe, wo er auch dabei war.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wie sah diese Verhandlungsstruktur aus? Wer hat da mit wem Kontakt gepflegt? Wer war Ansprechpartner aufseiten des Konsortiums für Sie? War das jemand von Alcatel oder war das jemand von Motorola oder haben Sie mit beiden intensiven Kontakt gepflegt?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Es war so, dass es diese Verhandlungsrunden gegeben hat, wo die Konsortialpartner plus auch teilweise Subauftragnehmer gemeinsam aufgetreten sind. Ich müsste heute in den Protokollen nachschauen, wer aller dort war. Also es waren jetzt nicht irgendwo Einzelpersonen, sondern das war eine Vielzahl von Personen, die aufgetreten sind.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, Sie wissen nicht mehr, wer Ihr Hauptansprechpartner beispielsweise bei Motorola war?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Nein, weil das Konsortium als Konsortium aufgetreten ist. Meines Wissens war pro Bieterkonsortium jemand als Quasi-Verhandlungsführer genannt.

Ich glaube, bei Alcatel/Motorola war es entweder der Herr Semlegger oder der Herr Schmerold – aber, wie gesagt, da müsste ich in den Protokollen nachschauen, das weiß ich heute gar nicht mehr.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, das gilt also auch für die Telekom: Auch da hatten Sie keinen besonderen Ansprechpartner?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Die Telekom hat ja in der ersten Runde als mobilkom angeboten und ist in der ersten Runde gescheitert. Sie war dann in dem Konsortium Alcatel/Motorola nur als Subauftragnehmer genannt. Nachdem das Netzthema, wie ich heute auch schon einmal kurz ausgeführt habe, ein ganz

wesentliches Thema war und diese ganzen Fragen in Zusammenhang mit dem Netzthema – BMI-Netz – ja auf jeden Fall ein ganz wesentliches Thema für das Projekt waren, waren sie auch in den Besprechungen dabei, und es war aus meiner Sicht auch gut, dass ein Netzkundiger ebenfalls an den Gesprächen teilgenommen hat.

Es hat auch bei den anderen Bietern meines Wissens Leute aus dem Netzbereich gegeben, die dort ...

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Gab es fixe Besprechungen?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Es hat Verhandlungsrunden gegeben, das waren insgesamt zwei Verhandlungsrunden.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wer war da dabei? (*Ing. Skorsch: Von wo?*) – Na insgesamt: Wer war da dabei, bei diesen Verhandlungsrunden? Wie groß waren die? Wie viele Personen hat das umfasst?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Gefühlsmäßig – weil ich müsste in die Protokolle hineinschauen, die dem Untersuchungsausschuss vorliegen sollten – sicher im Bereich von 30, 40 Leuten.

Wir haben damals auch die Verhandlungen geteilt: Es hat einen Bereich gegeben, das war der ganze Rechtsbereich, wo wir die rechtlichen Vertragsbedingungen verhandelt haben, und dann hat es den technisch-wirtschaftlichen Teil gegeben, und wir haben aufgrund des Ablaufes diesen auch parallel verhandelt und haben dann diese Ergebnisse wieder zusammengezogen.

Der Ablauf war so, dass wir nach dem Ende der Verhandlungsrunden jene Änderungen, die notwendig waren, dargestellt haben und den Bietern als Aufforderung zur Legung des nächsten Angebotes übermittelt haben.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Und wie war das? Ich meine, nachdem es offensichtlich immer wieder zu Meinungsverschiedenheiten kam zwischen dem Innenministerium und dem Konsortium master-talk und Sie ja da auch einmal erwähnt werden, weil sich Siemens beschwert hätte, dass Sie da sehr schroff vorgehen und dass diese Situation als eher unangenehm empfunden wird, wie hat sich dann das Verhältnis und die Zusammenarbeit mit dem Konsortium Alcatel und Motorola gestaltet? War das gleich ganz etwas anderes? Haben Sie da gleich das Gefühl gehabt, da ist die Zusammenarbeit besser? Da versteht der eine, was der andere will, und man führt, dann, beim zweiten Mal, quasi das Projekt zu einem guten und gedeihlichen Ergebnis?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Der Unterschied zwischen den beiden Projekten war für mich wesentlich, aber es hat genauso Diskussionen gegeben, wo dann, sage ich einmal, harte Verhandlungen geführt wurden.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Aber harte Verhandlungen mit einem Ergebnis. Also nicht harte Verhandlungen, bei denen dann kein Ergebnis herausgekommen ist und wo die Meinungsverschiedenheiten nur immer größer geworden sind und nicht kleiner.

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Das ist richtig, sonst hätten wir nicht innerhalb eines halben Jahres den Ausbau für die Universiade in Tirol geschafft und hätten nicht innerhalb von eineinhalb Jahren ganz Tirol ausgebaut gehabt.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Kommen wir noch einmal zurück zum Konsortium *master-talk*: Wir hatten hier als erste Auskunftsperson vorige Woche den Herrn Dipl.-Ing. Mauser vom Rechnungshof, und der hat hier ausgesagt, dass er das Gefühl hatte, dass man bei master-talk zum Beispiel gar nicht wusste, was sie bei

diesem Projekt erwartet. Also sie wussten nicht konkret, welche Bedingungen sie erfüllen mussten, sie wussten über konkrete technische Bedingungen nichts, sie wussten nicht, was sie konkret erfüllen sollen. – Hatten Sie das Gefühl, dass master-talk erleichtert war, dass Sie dann aus dem Vertrag herauskonnten?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: In der Richtung habe ich grundsätzlich keine Wahrnehmung. Ob da eine Erleichterung war, kann ich eigentlich nicht sagen. Es wird wahrscheinlich einige gegeben haben, die dann erleichtert waren.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wer könnte das gewesen sein?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Keine Ahnung! Da waren so viele Personen involviert – also ich bin mir sicher, dass es auf der Ebene, wo man etwas umsetzen wollte, den einen oder anderen gegeben hat, der dann gesagt hat: Na Gott sei Dank, weil das wäre eh nichts geworden!

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Na ja, aus dem Innenministerium wahrscheinlich, denn wenn permanent Dinge nicht umgesetzt und Mängel nicht behoben werden, dann ist das wahrscheinlich. Aber, wie gesagt, meine Frage war ja, ob Sie das Gefühl haben, dass master-talk dann auch irgendwie froh war, weil die Kosten für master-talk, wenn sie alle Kriterien hätten erfüllen müssen, wahrscheinlich explodiert wären.

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Das ist schon möglich, ja.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Sie haben gesagt, die Vergleichsverhandlungen waren insofern notwendig, weil es ja eine Schiedsklausel gab. Wann haben Sie erstmals mitbekommen, dass master-talk im Falle einer Klage 180 Millionen € haben wollte?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Das ist, glaube ich, gleich ganz am Anfang bekanntgegeben worden. Da hat es diesen Tagsatz gegeben plus der Darstellung der Gesamtsumme von – meiner Erinnerung nach – 181 Millionen. Also ich glaube, aus Kosten- und juristischen Gründen wurde dann nur ein Tagsatz am Anfang genannt.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Jetzt hatte ich bei Ihrer Befragung das Gefühl, dass Sie auf dem Gebiet ein Experte sind: Sie haben viel erzählen können, auch über Details und den ganzen Verlauf.

Was haben Sie sich eigentlich dabei gedacht, als Sie erfahren haben, dass sie bei einer Klage 180 Millionen € fordern würden? Wäre das gerecht gewesen? Wäre es das aus Ihrer Sicht wert gewesen?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Die 180 Millionen? (*Abg. Tamandl: Ja!*) – Die KPMG hat damals eine Aufbereitung gemacht, und es wurde von PwC geprüft und war nachvollziehbar, dass diese Streitsumme im Raum steht, auch wenn diese Abzinsung damals ein Diskussionspunkt war. Dafür hat es andere Punkte gegeben, die nicht eingeflossen sind, nämlich, wie wir Endgeräte zahlen und Sonstiges.

Also wenn man so ein Ding im Nachhinein für einen Streitfall darstellt, dann kann man das natürlich in verschiedenste Richtungen zerrén. Nur aus dem Businessplan, den *ich* aus dem Angebot kannte und den ich mir auch persönlich angeschaut habe, war die Summe einmal grundsätzlich nicht unmöglich.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Jetzt ist es aber so, dass man dann mit der Neuausschreibung und mit dem Bieterkonsortium ja eigentlich alles wieder neu aufsetzen musste. Sie haben gesagt, es handelt sich da um Tagsätze und um eine Gesamtsumme, in Wahrheit konnte aber das Nachfolger-Bieterkonsortium auf überhaupt nichts aufsetzen.

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Wie heißt es so schön im Privatleben beim Hausbau? – Ich glaube, Sie kennen das: Das erste Haus baust du für deinen Feind, das zweite für deinen Freund. Ich will es nicht weiter formulieren, weil ich nicht hoffe, dass es ein drittes Haus zu dem Thema gibt, aber Faktum ist, dass wir sehr viel gelernt haben, dass sehr viele, sage ich einmal, Informationen aus diesem Erstprojekt in die Ausschreibung eingeflossen sind.

Aus meiner Sicht war das Ergebnis der Rechnungshofprüfung für uns eine sehr wertvolle Information. Ich habe heute auch schon kurz gesagt, dass ich sehr lange Gespräche auch mit den Rechnungshofprüfern geführt habe, wie zum Beispiel mit Dipl.-Ing. Mauser, den ich sehr zu schätzen gelernt habe, darüber, wie man so ein Projekt absichert, wie man gerade die Finanzstruktur ... Denn er war meines Wissens Finanzchef eines Telekom-Unternehmen.

Also ich denke schon, dass allein die Informationen – auch wenn man jetzt nicht irgendeine Sachleistung hat, die man hat nehmen können, denn auch diese Fragen hat es ja gegeben, nämlich irgendwo einen Standort nachzunutzen, Verträge zu übernehmen oder Sonstiges –, aber allein diese Informationen sicher sehr wertvoll waren für das neue Projekt.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, Sie sind der Meinung, Sie haben für die neuerliche Ausschreibung aus der durchaus nicht so sauberen Ausschreibung etwas gelernt?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Ich würde sagen, die Wortfolge „nicht so sauberen“, würde ich persönlich nicht verwenden, aber aus dem Vertragsverhältnis.

Sie haben es vorhin angesprochen und auch ich habe es eingangs schon angesprochen: Für mich war es unverständlich, dass die Bieter, die nachher dann auch – oder genau der Vertragspartner, der nachher dann in der Klagsdarstellung ausformuliert, was alles nicht geregelt war, was alles unklar war, warum er seiner rechtlichen Verpflichtung im Zuge des Vergabeverfahrens nicht nachkam – denn es steht im Vergabegesetz drinnen und es ist auch in der Ausschreibung drinnen gestanden, dass er verpflichtet ist, jede Unklarheit anzusprechen –, warum man das also nicht gemacht hat während der Ausschreibung, wenn dann plötzlich alles so unklar war?

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Die haben 180 Millionen gefordert, haben das dargestellt. PricewaterhouseCoopers hat das geprüft, hat das auch für in Ordnung befunden. Welche Werte hat man seitens des Innenministeriums da herangezogen? Gab es da seitens des Innenministeriums auch eine gewisse Schätzung, was die Leistungen, die bereits erfolgt sind, wert sind?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Nach meiner Einschätzung ist es damals nicht darum gegangen, was die Leistung war, die schon erbracht wurde, sondern was letztendlich die Streitsumme ist, die bei einem möglichen Verfahren zu einer Zahlung geführt hätte. Und für mich als Laienjurist war es nachvollziehbar, dass, wenn ich mir die Komplexität dieses gesamten Vertrages anschau plus die ganzen Diskussionen rundherum plus wie viel Sachverständige da in einem Verfahren dann genannt werden von der einen und von der anderen Seite, da unterm Strich nicht herauskommt: Liebes Innenministerium, die ganze Schuld liegt bei master-talk!, beziehungsweise umgekehrt sicher nicht, weil dazu, glaube ich, hat es so viele Punkte gegeben, die wir ja auch angesprochen haben. – Damit war auch das Ergebnis aus meiner persönlichen Sicht ein vertretbares.

Wenn Sie mich als Steuerzahler fragen, freue ich mich über keinen Euro, den die Republik Österreich bezahlt. Auch wenn der Herr Pilz vorher angesprochen hat, dass

ich nicht einkaufen gehen kann: Ich habe es bewiesen in meiner Tätigkeit, dass ich es sehr gut kann.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte die letzte Frage!

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Sie können mir die Zeit nachher abziehen. (*Obfrau Dr. Moser: Ja, gerne!*) – Warum ich Sie betreffend die Werte frage, Herr Generalmajor Skorsch: Es hat sich einmal Herr Präsident Peschorn von der Finanzprokurator bei Bundesminister Grasser telefonisch beschwert – oder er hat es angesprochen, dass er darauf hinweist –, dass die Beurteilung des angeblichen Gesamtschadens des Konsortiums master-talk durch das BMI noch immer nicht vorliegen soll.

Frage: Wer war dafür verantwortlich, da einen Gegenwert zu definieren?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Erster Punkt dazu: Es war die Aufgabe von **PwC**, und das ist in einem Gutachten sehr wohl angesprochen.

Zweiter Punkt: Natürlich habe ich persönlich die Überlegung angestellt, wie so etwas funktionieren könnte, wenn man weiß, wie solche Prüfungen gemacht werden, bis zu einer Einzelbelegprüfung, was tatsächlich die Ausgaben waren, mit der Verschränkung zu den einzelnen Firmen. master-talk war ja kein neues Konstrukt, da hat es ein Vorleben gegeben, die waren schon Netzbetreiber von einem Teilsystem in Wien. Also was man da hätte prüfen sollen, außer einer Plausibilitätsprüfung aus dem Businessplan heraus, war mir nicht nachvollziehbar.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Verantwortlich waren Sie? Oder wer war verantwortlich seitens des Innenministeriums?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Also ich habe dieses Thema Technik und Wirtschaft in dieser Verhandlung übernommen, ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Mich interessieren noch zwei Themenkomplexe.

Problem: Abhandenkommen einer Aktentasche mit Unterlagen, die für das Bieterverfahren interessant gewesen sind. – Wann war das? Wo war das? Wer hatte Zugang? Wie ist das weitergegangen? Welche Untersuchungen hat es gegeben?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Das war so eine Mappe im Zuge der Informationsveranstaltung, die ich für meine Unterlagen mit hatte. Als ich nach einigen Gesprächen und Rückfragen dann den Raum verlassen wollte, war diese Mappe nicht da.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das heißt, es ist Ihnen nicht später aufgefallen, sondern noch während der Sitzung oder vor Verlassen des Büros war die Mappe weg?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Vor dem Verlassen der Sitzung, ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wer war bei dieser Informationsveranstaltung wann und wo dabei?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Es gibt ein Protokoll in den Unterlagen, ich kann das heute nicht mehr sagen. Der Festsaal war gefüllt mit unterschiedlichsten Firmen, Teilnehmern, und es gibt ein Protokoll, das alle unterschrieben haben. 50, 70 Leute, keine Ahnung.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Von diesen Unterlagen, was war davon interessant für einen allfälligen Bieter?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Das kann ich heute nicht mehr sagen. Ich habe auch damals darüber nachgedacht, weil es mir unangenehm war. Ich bin davon ausgegangen, dass es rein die Unterlagen der Präsentation waren, aber ich schlieÙe nicht aus, dass es auch schon von meiner Seite zusätzliche Unterlagen waren, die nicht nur die Präsentation waren. Das muss ich deutlich sagen, dass ich das nicht ausschließen kann, weil ich es nicht weiß.

Faktum ist aber, dass zu diesem Zeitpunkt die Ausschreibung erst im Entstehen war – also wenn, dann war es möglicherweise irgendwo ein Teilentwurf –, und wir haben ein zweistufiges Verfahren mit einem Verhandlungsverfahren, wonach der Leistungsgegenstand eigentlich erst bis zum Ende der Verhandlungen definiert wurde, und dann das Last Best Offer. Das heißt, eine Bevorzugung irgendeines Bieters kann es damit nicht gegeben haben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Die Information: Schmerzgrenze 35 Millionen €, ist damals noch nicht festgestanden und kann auch theoretisch nicht bei diesen Unterlagen gewesen sein?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Keine Ahnung, ob diese 35 Millionen damals schon ein Thema waren. Ich kann Ihnen sagen, wie diese 35 Millionen entstanden sind. Wir haben uns im Innenministerium natürlich Gedanken gemacht – was letztendlich in meiner Aufbereitung, die in den Unterlagen, in den Ausschreibungsunterlagen drin ist, über den gesamten Finanzplan, enthalten ist –, was der Wert solch eines österreichweiten Funknetzes sein kann. Und aus der Zahl heraus wurde dann auch die Aufbereitung für das Innenministerium gemacht, und das hat letztendlich, aber erst im April 2004, zu der Hinterlegung der tatsächlichen Summe bei einem Notar geführt. Es waren aber nicht 35 Millionen, die hinterlegt worden sind, sondern 33 Millionen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt ein anderer Themenkomplex.

Es hat in der Frage BOS-Ausschreibungsverfahren auch eine Berater-Person gegeben, das war ein Herr **Ernest D. Gabmann**. Diese Person wurde aufgrund der Akten so beschrieben:

Nach Rücksprache mit Brigadier Skorsch besitzt Dipl.-Ing. Gabmann in den benötigten Aufgabengebieten, insbesondere im wirtschaftlichen und technischen Bereich, besondere Erfahrungen und Kenntnisse, sodass der Projektleiter Brigadier Skorsch vorab in einem Gespräch Dipl.-Ing. Gabmann über das Projekt informierte und seine Eignung prüfte. Auf Grundlage dieses Gesprächs übermittelte Dipl.-Ing. Gabmann ein Angebot. – Zitatende.

Es hat sich dann herausgestellt, das war so intensiv, dass man erst beim Vertrag draufgekommen ist, dass er kein Diplom-Ingenieur ist; er war als „Diplom-Ingenieur“ angeführt, das hat man dann weggestrichen. Also er hat sich keine fremde Feder gefallen lassen.

Aber wie kam es dazu, dass der Sohn des ehemaligen Landesrates, Landeshauptmann-Stellvertreters aus Niederösterreich eine Qualifikation besitzt – noch dazu im Wissen, dass er dann später im Rahmen des Bieterverfahrens für das Bestbieter-Projekt gestimmt hat und nach Vertragserteilung – auch wieder Zufall? –, bei dieser Firma gleich als Projektleiter aufgeschienen ist?

Also zuerst mit Ihnen die Qualifikation, dann die Ausschreibung, dann macht er die Bewertung zugunsten der Firma, gemeinsam mit Herrn Krumpel taucht er dort auf, also alle, die mit der Beschaffung zu tun haben. Es grenzt fast an ein Wunder, dass Sie dann nicht mehr bei TETRON aufgetaucht sind.

Was sagen Sie zu diesem Herrn Gabmann?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Nur einleitend: Laut Medienberichten war ich dann bei der Firma Motorola; obwohl die falsch sind. (Abg. Dr. **Rosenkranz:** *Ich zitiere an sich nur aus den Akten und nicht aus Medienberichten!*)

Kurz dazu: Herr Gabmann – den Titel weiß ich nicht – wurde mir ebenso genannt, wie mir auch andere mögliche Berater genannt wurden.

Ich habe heute schon mein Verhältnis zu Beratern und vor allem zu Gesamtberatern dargelegt. Was für mich wichtig war – erster Punkt –: Berater nur dort zu verwenden, wo sie auch eine Leistung erbringen können.

Zweiter Punkt: Die Berater immer unter Kontrolle zu haben.

Es war nicht ich allein nach meinem Wissen, sondern technische Gespräche hat vor allem Brigadier Pail mit ihm geführt und ihm dabei auf den Zahn gefühlt, ob er das notwendige Fachwissen hat. Nicht nur aufgrund seines Lebenslaufes, wonach er bei verschiedenen Telekom-Konzernen war, was auch schon ein Nachweis einer Fachkenntnis ist, sondern vor allem auch in einem intensiven Gespräch haben wir geprüft, ob er dieses technische Wissen hat. – Erster Punkt.

Zweiter Punkt: Thema Ausschreibung, wo war Gabmann involviert? – Ich habe mir das sehr genau angesehen, und es ist in den Unterlagen nachvollziehbar: Er hat eine Gesamtplausibilitätsprüfung gemacht, wo er eine einzige Aussage trifft, und zwar, dass das eine ein Standard und das andere quasi eine Firmennorm ist – was Faktum ist –, er hat aber nicht gesagt, dass das eine super und das andere schlecht ist.

Weiters: Gabmann war in dem Bewertungsteam, wo nach dem Schispringer-Prinzip bewertet wurde. Es wurde getrennt bewertet, und der schlechteste und der beste Bewerter sind immer gestrichen worden, von den drei Verbleibenden wurde ein Durchschnitt errechnet. Jetzt gehen wir einmal in der Annahme davon aus, dass er überall die eine Firma bevorzugt hätte, dann wäre er gestrichen worden.

Letzter Punkt: Jetzt machen wir noch die Annahme, er hätte alle anderen beeinflusst, obwohl sie getrennt bewertet haben, und hätte sie dazu gebracht, dann schauen Sie sich bitte das Ergebnis an! – In dem einzigen Bereich, wo eine – unter Anführungszeichen – „objektivierte subjektive Bewertung“ ist, wo nämlich Menschen bewerten und das durch das Verfahren objektiviert wurde, liegen die beiden, EADS und Alcatel Motorola, Head an Head, also 33,irgendwas, 33,irgendwas.

Die Differenz, und zwar in allen Punkten, liegt in den numerischen Kriterien und nicht in dieser Bewertung.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es war sehr aufschlussreich, dass Sie sagen, Sie haben gerne Berater unter Kontrolle. Das kann man auch sehr unterschiedlich auffassen; Sie tauchen ja selbst auch auf bei der Bewertung.

Eingangs haben Sie gesagt: Mir wurde Herr Gabmann empfohlen. – Kann man das präzisieren, von wem Herr Gabmann empfohlen wurde?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Ja, das kann man präzisieren: von Mag. Gattringer.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Danke. Keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich möchte noch kurz zu einem Themenbereich kommen, nämlich zu einer Anschwärmungs- und Kriminalisierungsorgie, die da nahezu stattgefunden hat zwischen Personen des Innenministeriums und anderen Personen.

Wie oft sind Sie ungefähr angezeigt worden, Herr Skorsch, von wem und in welchem Zusammenhang? Welche Vorwürfe hat man gegen Sie erhoben bei der BIA, bei wem auch immer? Zählen Sie das einmal auf!

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Das kann ich eigentlich nicht sagen, weil ich nicht weiß, ob mir alle bekannt sind.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Welche sind Ihnen denn bekannt? Es sind nur die, die Ihnen bekannt sind, mir ist auch keine aktuelle bekannt. Es gab zum Beispiel eine Anzeige im Jahr 2008.

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Ja, daran kann ich mir erinnern. Da hat es dann eine Einvernahme gegeben, und das Verfahren wurde meines Wissens nach § 90 StPO eingestellt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Im Jahr 2008 hat Sie Herr Haidinger im Zusammenhang mit Ihrer Tätigkeit bei der Firma Kappacher angezeigt. Er wirft Ihnen vor, irgendwelche Aufträge betreffend Einrichtung Landesleitzentralen Wien und Klagenfurt freihändig vergeben zu haben.

Können Sie erklären, warum Herr Haidinger im Jahr 2008 etwas anzeigt, das sich sechs Jahre vorher zugetragen hat?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Herr Abgeordneter, ich denke, das ist *nicht* Gegenstand des Untersuchungsausschusses.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist sehr wohl Gegenstand des Untersuchungsausschusses, weil diese Anzeige auch beinhaltet, dass sich Haidinger auf ADONIS und TETRON bezieht und auf Malversationen in diesem Zusammenhang. Ich habe dieses E-Mail, die Anzeige von Herrn Haidinger, da. (*Ing. Skorsch – in Richtung Verfahrensanwalt –: Ich habe gerade gesagt, dass das nicht Gegenstand des Untersuchungsausschusses ist, die Anzeige gegen mich wegen irgendwelcher Geschichten mit Eurofunk!*)

Soll ich Ihnen die Anzeige vorlegen? Die Anzeige ist vom 19. Juni 2008 von Herrn Haidinger, Titel der Anzeige ist „ADONIS Digitalfunk BOS-Austria“. – Inwiefern hat das nichts mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun?

Verfahrensanwalt Dr. Gerhard Benn-Ibler: Herr Abgeordneter Petzner, können Sie bitte darstellen, wie das in Punkt 3 des Beweisbeschlusses hineinpasst!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das passt insofern hinein – ich habe es gerade dargestellt –, als dass diese Anzeige von Herrn Haidinger vom 19. Juni 2008 an das BIA die Prüfung Vergabeverfahren betrifft. Herr Haidinger betitelt diese Anzeige mit „ADONIS Digitalfunk BOS-Austria“, schildert die Vorgänge, die handelnden Personen, führt in diesen Zusammenhang Herr Skorsch an und schreibt dazu wie folgt:

In diesem Zusammenhang scheint eine Prüfung angebracht, ob das Beschäftigungsverhältnis von Generalmajor Peter Skorsch bei der Firma Kappacher für die Auftragsvergaben –

gemeint sind die ADONIS-Auftragsvergaben –

relevant ist und welche Art von Relevanz allenfalls vorliegt.

Ferner scheint prüfenswert, ob und wie die politische Führung des BMI involviert ist.

Ich halte fest, dass aus meiner Sicht eine Information an die Ressortleitung nicht erfolgen sollte.

Dr. Herwig Haidinger – Zitatende.

Das ist der Zusammenhang.

Verfahrensanwalt Dr. Gerhard Benn-Ibler: Darf ich Ihnen Punkt 3 vorlesen? – Punkt 3 des Beweisbeschlusses lautet:

„3. Die Tätigkeit von Lobbyisten, Beratern und Vermittlern im Bereich des Bundesministeriums für Inneres hinsichtlich der Vorgänge rund um die Vergabe der Aufträge für das Behördenfunknetzwerk, die spätere Kündigung der Verträge und die neuerliche Vergabe, sowie die damit in Zusammenhang stehenden Zahlungsflüsse einschließlich allfälliger – direkter oder indirekter – Zahlungsflüsse an Parteien,“

Inwieweit steht die Anzeige gegen die Auskunftsperson mit diesem Beweisbeschluss in Verbindung? Es handelt sich weder um die Tätigkeit von Lobbyisten, Beratern und Vermittlern noch um Vorgänge rund um die Vergabe und Aufträge für das Behördenfunknetz.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Ich darf es Ihnen noch einmal erklären, ich glaube, Sie haben mir nicht genau zugehört!

Diese Anzeige des Herrn Haidinger stammt vom Donnerstag, den 19. Juni 2008. Da sind wir, zeitlich gesehen, mittendrin in diesem Bereich. Das Ganze wurde neu vergeben, im Jahr 2004 beziehungsweise 2005, und dann erfolgt die Umsetzung. Und wir sind genau in einem Umsetzungsjahr dieses Behördenfunknetzes im Jahr 2008, als auch der Herr im Ministerium beschäftigt war.

Herr Haidinger zeigt an diesem 19. Juni 2008 Informationen, die er hat, an, teilt sie dem BIA mit, Titel der Anzeige: „Adonis Digitalfunk BOS-Austria“. Er schreibt da auf zwei A4-Seiten seine Wahrnehmungen im Hinblick auf kriminelle Vorgänge bei der Vergabe des Behördenfunknetzes und führt in diesem Zusammenhang auch einen Verdacht gegen den ebenfalls mit dem Behördenfunk betrauten Herrn Skorsch an und sagt, dass er vermutet, dass ein Zusammenhang besteht zwischen dem Beschäftigungsverhältnis von Herrn Skorsch bei der Firma Kappacher und der in weiterer Folge erfolgten Auftragsvergabe an das Motorola-Alcatel-Konsortium.

Das schreibt Herr Haidinger, das ist offiziell in den Akten – und damit ist der Zusammenhang zum Untersuchungsgegenstand hergestellt. Eindeutiger geht es gar nicht!

Verfahrensanwalt Dr. Gerhard Benn-Ibler: Sie sagen, dass damit der Zusammenhang mit dem Teil „Vorgänge rund um die Vergabe der Aufträge für das Behördenfunknetz ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Ich habe es Ihnen vorgelesen, aber ich kann Ihnen noch einmal vorlesen, was Herr Haidinger schreibt.

Verfahrensanwalt Dr. Gerhard Benn-Ibler (*ein Schriftstück in die Höhe haltend*): Ist das das? (*Obfrau Dr. Moser: Ja!*) – Wenn das das ist, dann ist die Frage zulässig.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie bitte die Frage beantworten!

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Dürfte ich die Frage noch einmal hören? Das hat jetzt so lange gedauert, dass ich die Frage nicht mehr weiß.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Was habe ich gefragt? Die Frage war konkret ... – Lassen Sie mich noch einmal replizieren! Es gibt diese Anzeige im Jahr 2008 des Herrn Haidinger.

Können Sie sich erklären – genau, das war die Frage! –, warum Herr Haidinger, nämlich im Jahr 2008, Vorgänge und Verdächtigungen gegen Sie anzeigt, die Jahre vorher passiert sind? – Das war Frage 1.

Frage zwei ist: Können Sie mögliche Motive hinter dieser Anzeige ausmachen?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Zu Frage eins: nein.

Zu Frage zwei: nein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es ist richtig, das wurde alles geprüft, Sie wurden auch einvernommen, und das Ganze wurde dann eingestellt. Das BIA stellt dazu fest:

Aufgrund des vorliegenden Ermittlungsergebnisses ist nicht auszuschließen, dass gegen den Genannten –

also gegen Herrn Skorsch –

wissentlich falsche Vorwürfe erhoben wurden, um ihn der Gefahr einer behördlichen Verfolgung auszusetzen. Dies ergibt sich aus den Angaben des Herrn Peter Skorsch hinsichtlich des Wissensstandes des Dr. Haidinger als stellvertretenden Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit. – Zitatende.

Das sind schon sehr, sehr schwere Vorwürfe, die hier in einem amtlichen Dokument erhoben werden. Das ist auch insofern nicht unproblematisch, als dass Herr Haidinger als Mitarbeiter der Grünen Zugang zu sämtlichen Akten hat.

Es wird angeführt, dass Sie Angaben gemacht hätten bezüglich des Wissensstandes des Dr. Haidinger in diesen Zusammenhang, woraus das BIA schließt, dass Herr Haidinger Ihnen gegenüber wissentlich falsche Vorwürfe gemacht hat.

Es ist ja nicht lustig, als BMI-Beamter ein Verfahren beim BIA am Hals zu haben, daher frage ich Sie über mögliche Motive des Herrn Haidinger.

Zum Zweiten frage Sie: Was haben Sie bezüglich des Wissensstandes des Dr. Haidinger dem BIA mitgeteilt, dass das BIA daraus interpretiert, dass Herr Haidinger wissentlich falsche Vorwürfe gegen Sie erhoben hat?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Zum zweiten Punkt, konkret: Dr. Haidinger war meines Wissens in diesem Zeitraum – ich kann jetzt nicht sagen, über den gesamten, weiß ich nicht –, jedenfalls in diesem Zeitraum Stellvertretender Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit und war in seiner Funktion natürlich auch in das Projekt eingebunden. Wenn der Herr Generaldirektor nämlich verhindert war, hat er die Aufgabe wahrzunehmen, im Projekt seine Verantwortung, vor allem in der Steuerungsgruppe, wahrzunehmen.

Wenn ich mich noch richtig erinnere, gibt es sogar einen Akt, den er im gesamten Verfahren abgezeichnet hat als stellvertretender Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit.

Deswegen war es für mich schon ein bisserl verwunderlich, dass er behauptet, er hätte da irgendetwas gehört. Wenn es so etwas gegeben hätte – warum hat er es dann nicht in seiner Verantwortung tatsächlich schon vorher angesprochen?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, gehen wir weiter in dieser Kriminalisierungssorgie. Da wurden Sie vom Haidinger angezeigt, und dann wurden Sie

schon wieder angezeigt im Jahr 2004/2005. Da geht es um ein Dienst-KFZ, das eigentlich für Kärnten bestimmt gewesen sei, mit einer Sonderausstattung, ich weiß nicht, mit was allem, mit einem Anschaffungswert von 23 100 €, das hätten Sie nach Wien abgezogen. Das wurde eingestellt, ist nichts herausgekommen.

Dann ist Ihnen vorgeworfen worden in einem anonymen Schreiben, Sie hätten von der Firma Kappacher eine Jahreskarte für ein Skigebiet im Bereich St. Johann im Pongau, wunderschöne Gegend, als Geschenk erhalten. Mit dem sind Sie auch konfrontiert worden, ist auch nichts herausgekommen.

Und dann ist Ihnen noch vorgeworfen worden, Sie hätten Ihr Privathaus mit demselben Fußbodenbelag – es wird teilweise ein bisschen skurril – ausgestattet, wie er von der Firma Kappacher für Einsatzzentralen der Gendarmerie geliefert wurde. Die Beamten sind daraufhin in Ihrem Wohnhaus nachschauen gegangen: Ist der Fußboden beim Herrn Skorsch der gleiche wie der Fußboden in den Einsatzzentralen? – Nein, das ist nicht der gleiche – passt!

Also ich frage mich nur: Warum diese Kriminalisierungsorgien? Wer hat da etwas gegen Sie gehabt? Wie können Sie sich das erklären? Warum gibt es da diese gegenseitigen Anzeigen? Da gibt es angeblich die Anzeige von Ihnen, an die Sie sich jetzt nicht erinnern wollen, mit diesen vier CDs, die dann verschwinden. Dann werden Sie angezeigt wegen Fußböden, Liftkarten und Autos. Dann werden Sie von Haidinger beim BIA angezeigt wegen Ihrem Beschäftigungsverhältnis bei Kappacher.

Ist das gang und gäbe im Innenministerium, oder wie können Sie sich das erklären? Und was sagen Sie zu diesen Vorwürfen? Können Sie sich vorstellen, wer hinter diesen anonymen Anzeigen steckt und was das Motiv dafür gewesen sein könnte?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich darf noch darauf hinweisen, die verschiedenen Beispiele sind, glaube ich, nicht passend. Das Thema des Ausschusses ist ein anderes. Sie haben sie genannt, um die Frage zu veranschaulichen, es hätte die Frage alleine genügt. Die Frage ist zulässig.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Das muss ich zurückweisen, weil dieses E-Mail basiert wiederum darauf, dass Herr Skorsch angezeigt wird im Zusammenhang mit seiner Beschäftigung bei Kappacher und auch im Zusammenhang mit dem Funknetz. Also das ist meiner Meinung nach sehr wohl zulässig, aus Aktenteilen, die uns vorliegen, Beispiele zu zitieren.

Frau Vorsitzende, wenn Sie jetzt dazu übergehen, Abgeordneten zu verbieten, aus Akten Beispiele zu zitieren, dann müssen wir uns extra einmal darüber unterhalten! Ich halte diesen Einwurf, den Sie jetzt gegen mich erhoben haben, für absolut nicht zulässig! Ich möchte das nur festgehalten haben.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich habe sogar die Frage als zulässig angesehen, obwohl die Meinung des Verfahrensanwalts eine andere ist. Es geht mir ja nur um die Abkürzung der Befragung. Noch dazu sind Ihre drei Minuten, exklusive der geschäftsordnungsmäßigen Einwendungen, die ich nicht dazugerechnet habe, schon um zwei Minuten überschritten.

Meine Bemerkung ist als Beitrag zur Einsparung von Fragezeit zu interpretieren.

Gut, die Frage ist gestellt, ich habe sie als zulässig erklärt; der Herr Verfahrensanwalt ist etwas anderer Meinung.

Die Auskunftsperson möge sich bitte bemühen, die Frage zu beantworten.

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Erster Punkt dazu: Sie haben es ja auch richtig angeführt, es ist nicht sehr angenehm, solche Verfahren zu haben.

Zweiter Punkt: Ich habe mir damals auch die Frage gestellt und habe sie auch mit mir sehr nahe stehenden Personen, wie zum Beispiel Brigadier Pail, diskutiert. Und er hat mir damals zur Antwort gegeben: Wir machen uns durch unsere Arbeit in dem Projekt nicht nur Freunde. Und das war für mich auch die Antwort.

Wir müssen noch dazu sehen, dass – auch nicht Thema des Untersuchungsausschusses – ich auch im Projekt „team04“, Zusammenlegung von Polizei und Gendarmerie, als Sektionsverantwortlicher für die Sektion IV genannt wurde, und auch bei diesem Thema hat man sich nicht nur Freunde gemacht. Und das ist für mich das, was ich mir dazu zur Motivation gedacht habe.

Zum ehemaligen Kollegen Haidinger – ich glaube, er ist ja schon Pensionist –: Ich habe mit ihm meiner Erinnerung nach nur ein paar Mal zu tun gehabt. Da habe ich das überhaupt nicht verstanden, aber vielleicht ist es sein Rechtsempfinden, wenn er irgendwo glaubt, da stimmt etwas nicht, dass er solche Sachverhaltsdarstellungen macht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das Komische ist nur, dass Haidinger dieses Rechtsempfinden erst Jahre später in den Sinn gekommen ist. – Aber das ist eine andere Sache.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Herr Generalmajor, ich möchte jetzt zum **BOS Digitalfunk** übergehen.

Wie war Ihre Rolle im Verlauf der zweiten Vergabe? Könnten Sie uns das kurz darstellen.

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Wie ich schon ausgeführt habe, wurde ich von der Sektion IV, vom damaligen Sektionschef Dr. Prugger als Projektleiter seitens der Sektion IV genannt. Im Projektauftrag, im politischen Auftrag wurde klar der Auftrag gegeben, es muss von den wesentlichen Sektionen – das waren die Sektion I, aus Budget-, Beschaffungsgründen, Ressourcenverantwortung, die Sektion II, der wesentliche Nutzerkreis, und die Sektion IV, der Technikdienstleister – eine Verschränkung geben, was aus meiner Sicht sehr wichtig war für dieses Projekt, und von jeder Sektion wurde ein Projektleiter genannt. Ich wurde da eben als Projektleiter genannt, und in weiterer Folge habe ich auch die Gesamtprojektleitung übernommen. Das war meine Rolle in dem Projekt.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Nicht zuletzt wurde auch vom Rechnungshof kritisiert, dass es eine Reihe von Problemen gab – ich rede jetzt von ADONIS –, die bei der ersten Ausschreibung entstanden sind. Haben Sie diese Kritik des Rechnungshofes in den Projektverlauf bei der zweiten Ausschreibung aufgenommen?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Entschuldigung, ich habe jetzt kurz ... Das war jetzt unhöflich, sorry!

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Fangen wir noch einmal an: Vom Rechnungshof wurde ja das Projekt ADONIS kritisiert.

Haben Sie sich bemüht, diesen Kritikpunkten im zweiten Projektverlauf Rechnung zu tragen?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Es war für uns ein wesentliches Thema, diese Kritikpunkte ernst zu nehmen und diese Kritikpunkte im neuen Projekt, soweit es in einer Umsetzung möglich ist, sage ich bewusst dazu, auch umzusetzen.

Ich habe es heute schon gesagt, ich habe mit dem damaligen Rechnungshofprüfer – nicht nur mit ihm, sondern auch mit anderen, aber er ist mir noch sehr genau in Erinnerung – sehr lange Gespräche darüber geführt, was man in einem neuen Projekt verbessern könnte.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Entschuldigen Sie, Frau Abgeordnete! – Um die Möglichkeit zu geben, menschlichen Bedürfnissen nachzukommen, **unterbreche** ich die Sitzung.

14.48

*(Die **medienöffentliche** Sitzung wird um 14.48 Uhr **unterbrochen** und um 14.54 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)*

14.54

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl (den Vorsitz übernehmend): Ich **nehme** die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und erteile Frau Kollegin Steßl-Mühlbacher das Wort. – Bitte.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Wir haben ja gerade geklärt, dass Sie Ihr Bestmögliches versucht haben, den Kritikpunkten des Rechnungshofs in der zweiten Auftragsvergabe Rechnung zu tragen.

Ich frage mich nur, nachdem Sie vorher erklärt haben, dass Sie vor allem den beiden Bietern die Verantwortung für den schwierigen Projektverlauf ADONIS zuschieben, nämlich master-talk und Austroconsult, warum Austroconsult wiederum mit 260 000 € beauftragt wurde bei diesem zweiten Projekt, obwohl es einen sehr schwierigen Projektverlauf beim ersten Projekt gab. Vielleicht können Sie uns das näher erklären.

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Für mich waren das zwei Gründe. Der erste Grund war, alle Informationen, die Austroconsult hatte, aufbereitet zu bekommen, und ein wesentlicher Bestandteil dieser Summe war diese Aufbereitung der gesamten Unterlagen für ein allfälliges Verfahren.

Der zweite Punkt war die Sicherung des Wissensstandes, den es auf der Seite Austroconsult gegeben hat. Wir haben die Austroconsult in dieser Anfangsphase, wo wir auch erst die Projektorganisation für die Ausschreibung gebaut haben, sehr wohl auch – und ich verwende bewusst diesen Ausdruck – als Manpower verwendet, dass sie in den einzelnen Arbeitsgruppen auch ihr Fachwissen einbringt, ohne eine führende Verantwortung zu haben.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Ist es richtig, dass es auch beim zweiten Projekt, vor der zweiten Ausschreibung keine verbindliche Einigung mit den Bundesländern gab?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Es hat sehr wohl eine verbindliche Einigung gegeben. Und zwar wurde mit dem Land Tirol dieses gemeinsame Modell erarbeitet, und wir haben eine ARGE gegründet. Diese war dann auch Grundlage für die Vereinbarung über die Umsetzung im Land Tirol und war auch die Grundlage für die Vereinbarungen mit den weiteren Bundesländern.

Immerhin wurde dann relativ rasch mit dem Land Wien eine Vereinbarung geschlossen. Es wurde mit Steiermark eine Vereinbarung geschlossen. Es wurde mit Oberösterreich eine Vorvereinbarung geschlossen, und es wurde mit Niederösterreich eine Vereinbarung geschlossen.

Daraus ersieht man schon, dass im Prinzip dieser Schritt, mit dem ersten Bundesland gemeinsam die Ausschreibung in Form einer ARGE zu machen und dann in der Umsetzung auch zu zeigen, dass es funktioniert, sehr wohl bei den anderen Bundesländern die Entscheidung unterstützt hat; nennen wir es einmal so.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Es gab zwar eine verbindliche Einigung mit dem Land Tirol, jedoch nicht mit den acht anderen Bundesländern. Das ist ja dann erst peu à peu, Schritt für Schritt passiert, in der Einigungsphase. Und einer der Hauptkritikpunkte vom Rechnungshof war ja, dass es vor der Ausschreibung – egal, ob ich jetzt von ADONIS oder von BOS spreche – eben keine verbindliche Einigung mit allen Bundesländern gegeben hat. Das war ja die Kritik.

Aber wenn Sie sagen, es gibt jetzt diese Vereinbarungen, da gebe ich Ihnen recht, das ist ja jetzt im Ausbau. Steiermark wird ja ausgebaut. Wir hoffen ja, dass wir irgendwann einmal eine einheitliche Lösung zusammenbringen. Geld genug hat es ja gekostet.

Nun zur Rolle von PwC, also von PricewaterhouseCoopers. In einem Mail vom 29.8.2005 an Frau Andrea Varga und Cc an Reinhard Schnakl wickeln Sie eine Vergabe für die Firma PwC ab. PwC sollte dabei eine Reihe von Abgeltungsbeträgen – „Angebot Termination Value“ war der Titel dieses E-Mails – für den Fall einer Vertragsauflösung überprüfen. War die Vertragsauflösung mit TETRON damals ein Thema, oder war das eine reine Pro-forma-Geschichte?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Können Sie mir bitte kurz noch einmal das Datum sagen?

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Das war der 29.8.2005. Ich kann Ihnen das E-Mail vorlegen.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Es ist so, dass ein wesentlicher Punkt im Vertrag die Absicherung war, das heißt, wenn es zu einem Vertragsbruch kommt, dass der Dienst weiterhin zur Verfügung steht.

Die Gefahr hätte grundsätzlich bestanden, dass das in die Ausgleichsmasse fällt, und zwar in den bereits ausgebauten Bundesländern. Jetzt muss man sich einmal vorstellen, wenn die Blaulichtorganisationen das Netz schon nutzen, dann gibt es eine Vertragsstreitigkeit, aus welchen Gründen immer, das war eine hypothetische Annahme, und dann stürzt sich der Masseverwalter auf das Funknetz und sagt: So, ich habe zu sichern, ihr könnt nicht mehr weiterfunken!

Das war der Grund dafür, dass es dieses **Terminal Value Paper** gibt, in welchem genau fixiert ist, welcher letztendlich der Wert der jeweiligen Ausbaustufe ist – was ja grundsätzlich im Vertrag geregelt wird –, falls es zu dieser Situation kommt.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Kam es Ihrer Ansicht nach durch PwC zu einer faktischen betriebswirtschaftlichen Prüfung von TETRON, oder wurde da eher so wie bei den Vergleichsverhandlungen mit master-talk lediglich die rechnerische Richtigkeit durch PricewaterhouseCoopers überprüft?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Nein, wenn man heute – aus meiner Sicht, bitte, ich bin da jetzt sicher ein Laie – Geschäftspläne und die laufenden Fortschrittspläne aus geschäftlicher Sicht prüft, dann muss man sich auch vorstellen, dass das Konstrukt

einer solchen Betreibergesellschaft sehr komplex ist. Ich habe auf der einen Seite die Shareholder und auf der anderen Seite auch gleichzeitig eine Funktion als Lieferant, damit zwei Interessenlagen. Und zusätzlich habe ich natürlich die Mitarbeiter, die teilweise verliehen wurden, teilweise als Angestellte in der Projektgesellschaft waren. Das zu prüfen, ist aus der gesamten betriebswirtschaftlichen Sicht sehr komplex, und das war auch der Grund dafür, dass man sich der PwC bedient hat. Ich hatte bei den Dreimonatsberichten plus der Abschlussprüfung schon den Eindruck – die Abschlussprüfung wurde auf Seiten von TETRON von der KPMG gemacht –, dass diese sehr ordentlich gemacht wurde.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Waren damals eigentlich die Mittel vorhanden, das Budget bedeckt? (*Ing. Skorsch: Wofür?*) – Für diese Aufträge an die PwC.

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Davon gehe ich aus. Es hat ja ein Projektbudget gegeben, damit waren natürlich auch die Beratungsleistungen abzudecken.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Wer war da zuständig für die Bedeckung?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Wir haben einen Finanzplan gemacht, es hat einen laufenden Finanzplan gegeben, und der hat dazu geführt, dass in der Budgetabteilung I/3 die entsprechenden Bedeckungszusagen gemacht wurden. Wir haben natürlich in den laufenden Budgetjahren aus dem Projekt, wenn die Budgetplanung zu machen war, die Beiträge aus der Finanzplanung abgeliefert.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Wie würden Sie eigentlich Ihr Verhältnis zur Firma PwC beziehungsweise zu Herrn Vejdovsky bezeichnen? War das eher ein geschäftliches?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Durch diese enge Zusammenarbeit im Zusammenhang mit der Ausschreibung war das ein sehr gutes Verhältnis. Es ist aus meiner Sicht über ein geschäftliches hinausgegangen.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Würden Sie das als freundschaftliches Verhältnis beschreiben?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Das würde ich fast so bezeichnen, ja.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Waren neben den Unternehmungen PwC als Berater auch andere Unternehmen eingebunden?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Im Zuge der Ausschreibung waren eine Reihe von Beratern eingebunden, im Zuge der Umsetzung nicht, also meiner Erinnerung nach. Ich wüsste jetzt nicht, dass wir sonst irgendeinen Berater eingebunden gehabt hätten.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Kennen Sie einen Herrn Christoph Ulmer?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Ja, ja, freilich.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): War Herr Christoph Ulmer mit einem Werkvertrag eingebunden?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Ja, ich hatte diese Information.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Wie würden Sie diese Tätigkeit des Herrn Ulmer beschreiben?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Während der Ausschreibung hat Herr Ulmer mit mir überhaupt keinen Kontakt gehabt. Ich wurde darüber informiert, dass er diese

Beratertätigkeit wahrnimmt, das war für mich eine rein politische Beratertätigkeit. Im Zuge der Umsetzung habe ich einige Male mit ihm Kontakt gehabt, auch E-Mail-mäßigen Kontakt, wobei es die einen oder anderen Probleme gegeben hat, und ich habe ihn darum ersucht, dass er uns mit seinen Kontakten entsprechend unterstützen möge, damit gewisse Themen, die auch bei master-talk damals am Anfang waren, nicht auch hier auftauchen – nennen wir es einmal so.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Fiel Ihnen im Rahmen dieses Projektes auch eine Tätigkeit der Firma **Valorex** auf?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Nein, überhaupt nicht.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Gab es jemals eine Rolle des Herrn Mensdorff-Pouilly im Zusammenhang mit diesem Projekt?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Ich habe diesen Namen erstmals in Medienberichten gehört, ich kenne ihn nicht, habe ihn nie irgendwo – außer in den Medien gesehen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nur eine ganz kurze Bemerkung zu der ganzen Vertragsgeschichte, die wir vorher erörtert haben.

Wenn das so war, dass bereits im Mai, wo die Schmiergeldgeschichte Motorola intern vereinbart worden ist, klar ist, 20 000 Stück und so weiter, dann finde ich es seltsam – aber das möchte ich jetzt mit Ihnen gar nicht diskutieren –, dass man da überhaupt noch ein Schmiergeld braucht, wenn man sich auf ganz seriöse Art und Weise zu diesem Zeitpunkt bereits einig ist.

Sie haben in Bezug auf die Anzeige beim BIA, ich glaube, dem Abgeordneten Petzner erklärt, dass Sie sich nicht daran erinnern können. Es gibt eine Zusammenstellung BIA intern:

„VORAKTE des BIA“

Da steht:

„1) (...) BIA/03 vom 31.3.2003 – Anzeige persönlich

Anzeige des Ing. SKORSCH Peter wegen Verdacht von Missständen in Zusammenhang mit dem Beschaffungsvorgang ADONIS. Bearbeiter war laut Protokoll BIA 1, von Ing. SKORSCH wurden 4 CDs übergeben.“

Ich glaube, das habe ich richtig in Erinnerung, dass Sie gesagt haben, daran können Sie sich nicht erinnern.

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Das ist richtig, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie sich daran erinnern:

Unter „GZ: 85.700/618-BIA/03 vom 18.08.2003 – Anzeige postalisch

Anzeige bzw. Mitteilung des Bgdr SKORSCH Peter über allfällige Verdachtsmomente in Zusammenhang mit dem Projekt ADONIS. Bearbeiter war BIA 48.“

Können Sie sich an diese schriftliche Anzeige, die Sie erstattet haben, erinnern?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Nein, kann ich mich nicht erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wissen Sie, das ist eine seltsame Geschichte! Im März erstatten Sie **mündlich** eine Anzeige. BIA hält das fest. Im August erstatten Sie **schriftlich** eine Anzeige. BIA hält das schriftlich fest. Sie können sich nicht erinnern.

Sagen Sie: Wie oft haben Sie in Ihrer beruflichen Laufbahn beim BIA Anzeigen erstattet?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Meines Wissens kein einziges Mal.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wenn Sie jetzt gesagt hätten: Naja, jede Woche eine Anzeige!, dann kann man die eine oder andere vergessen. Aber wenn es überhaupt keine gegeben haben soll und plötzlich BIA 1, der Mag. Kreutner persönlich ... **Na bumm!**, sage ich da.

Wissen Sie, dass das alles verschwunden ist: Ihre Anzeige vom März, Ihre Anzeige vom August?

Sie lachen, ja, das ist eine aufschlussreiche Reaktion, wenn Herr Ing. Skorsch **lacht**, wenn er feststellt, dass im Untersuchungsausschuss diese Akten nicht mehr auffindbar sind und offensichtlich alle Spuren verwischt sind. Ich finde es beachtlich, dass Sie das lustig finden.

Ich frage Sie etwas anderes: Da gibt es das „**Projekt ADONIS: aktueller Stand – 24. März 2003**“, da haben Sie geschrieben: „**Problembereiche und Lösungsvorschläge**“.

Ich halte Ihnen Folgendes vor – „**vertraulich!**“ steht darüber –:

„Der Netzbetreiber master-talk wird in den nächsten Wochen von Arthur D. Little im Auftrag der Banken geprüft, wobei ein positives Ergebnis für die weitere Projektfinanzierung erforderlich ist. Die derzeitige Projektsituation lässt ein positives Ergebnis eher nicht erwarten.

Arthur D. Little könnte im Zuge der Prüfung auch einen Vorschlag zur Verbesserung des gesamten Projektes machen, der dem bereits dargestellten Modell entsprechen könnte. Sollte dies der Fall sein und die Banken ihre Finanzierung in der Folge zusichern und auf der Auftraggeberseite das neue Modell politisch umsetzbar sein, müsste der derzeitige Vertrag insbesondere unter Berücksichtigung der vergaberechtlichen Möglichkeiten so abgeändert werden, dass über das neue Modell volle Rechts- und Vertragssicherheit zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer besteht.“

Dann schreiben Sie noch:

„Angemerkt wird, dass über die Idee, Arthur D. Little im Zuge der Prüfung das neue Projektmodell näher zu bringen, größtes Stillschweigen bewahrt werden muss, da sonst die gesamte Projektumsetzung gefährdet sein könnte.“

Um welches neue Modell ist es da gegangen?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Im Detail kann ich mich heute nicht mehr daran erinnern. Wenn ich mir das in Ruhe durchlese, glaube ich auch, dass die Erinnerungen wieder kommen, nur ist das relativ umfangreich. Was ich weiß, ist, dass es damals Diskussionen gegeben hat, und zwar nicht von uns geführt, sondern, wenn ich mich noch richtig erinnere, von der master-talk selber. Ich wusste zu dem Zeitpunkt gar nicht, dass es so eine Prüfung gibt, und wenn ich mich noch richtig erinnere, wurde das angesprochen, und wir haben natürlich diskutiert: Wie bringen wir das Projekt hin?

Ich glaube, auch der Herr **Tengg**⁴ ist geladen und wird da zu dem Thema sicher Auskunft geben können. Wir haben gemeinsam versucht, eine Lösung für all diese Probleme zu finden, da nämlich unterschiedliche Ansichten über den Auftragsgegenstand bestanden haben.

⁴ Korrektur gemäß § 23 Abs. 4 VO-UA (siehe Anhang)

Letztendlich hat es auch in die Finanzen geführt – diese ganze 1 000 €-Thematik geht ja auch immer durch die Medien und alle Diskussionen –, und es war eine aus meiner Sicht gemeinsame Überlegung damals: Wie kann man das auf neue Beine stellen, so dass tatsächlich die Umsetzung gelingt?

Die Idee dahinter war – soweit ich mich erinnere, war das ebenfalls eine gemeinsame Idee –, den Berater Arthur D. Little, der ja damit beauftragt wurde, eine Prüfung für die Finanzierung zu machen, gleichzeitig auch dafür zu verwenden, dass er eben feststellt, dass es die und die Problembereiche gibt, und auch letztendlich einen Lösungsvorschlag macht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das, was da steht, Herr Ing. Skorsch, ist ganz etwas anderes. Ich habe Sie auch was anderes gefragt: Was ist das neue Modell gewesen?

Sie wollten master-talk mit Hilfe von Arthur D. Little und mit Druck der Banken dazu bringen, auf ein neues Modell einzusteigen. Welches neue Modell?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Ich habe gerade ausgeführt, dass es ein gemeinsames Modell war, und zwar die Thematik, die unterschiedliche Sichtweise auf die einzelnen Detailbereiche, inklusive natürlich der Auswirkungen auf die Finanzierung, neu aufzusetzen. Es hat ja eine komplett unterschiedliche Sichtweise gegeben. (*Abg. Dr. Pilz: Zwischen wem?*) – Zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wozu wollten Sie master-talk bringen? Was ist das neue Modell? Was ist der sachliche Kern des neuen Modells?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Noch einmal: Ich habe versucht, es zu erklären.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, das haben Sie nicht versucht. Versuchen Sie es jetzt einmal.

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Noch einmal, ich probiere es noch einmal. Das war eine gemeinsame Vorgangsweise – meiner Erinnerung nach –, und da wurde auch die Prüfung von Arthur D. Little als Möglichkeit gesehen, das ganze Thema, ich sage einmal, in eine professionelle Schiene zu bringen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das war eine Nicht-Antwort, aber ich sage Ihnen, was Sie wirklich getan haben: Sie haben versucht, Arthur D. Little und die Banken als Instrument zu verwenden, um damit master-talk unter Druck zu setzen, einem neuen Modell zuzustimmen. Master-talk war dazu nicht bereit.

Sie haben auch nicht gewusst, ob das politisch umsetzbar ist. – Das ist der nächste Punkt. Und Sie wollten größtes Stillschweigen, weil keiner durfte wissen, dass die Banken und Arthur D. Little als Druckinstrument eingesetzt werden, um ein ganz bestimmtes Ziel zu erreichen.

Und mir geht es um dieses ganz bestimmte Ziel. Welche Rolle hat Motorola in diesem Ziel gespielt?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: War das jetzt eine Frage?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, soll ich Ihnen erklären, was eine Frage ist?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Herr Abgeordneter, Sie führen die ganze Zeit einen Monolog.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sagen Sie einmal, was bilden Sie sich überhaupt ein?!

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Herr Ing. Skorsch, ich würde Sie darum bitten, die Frage, die Herr Abgeordneter Pilz gestellt hat, welche Rolle Motorola gespielt hat, zu beantworten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Frau Vorsitzende! Er benimmt sich ja schon fast wie Mensdorff-Pouilly, und das möchte ich in diesem Ausschuss eigentlich nicht haben. Und Bemerkungen wie: Ich weiß nicht, ob das eine Frage war, weil Sie halten dauernd Monologe, Herr Abgeordneter!, das steht auch einer Auskunftsperson nicht zu.

So, das möchte ich nur in aller Form festgestellt haben ...

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Ich habe es jetzt gerade klargestellt und habe die Frage wiederholt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Frau Vorsitzende! Ich habe nämlich momentan ein Problem mit dem Missverhältnis an Erinnerungsvermögen und Benehmen der Auskunftsperson.

So, das habe ich damit festgestellt. Mir wäre ja mehr Erinnerungsvermögen und weniger einschlägiges Benehmen lieber, aber man muss das nehmen, was man bekommt.

So, haben Sie die Frage verstanden?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Jetzt noch immer nicht. Welche Rolle Motorola ...

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Welche Rolle Motorola gespielt hat. Ich bitte Sie um die Beantwortung!

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Kann ich heute nicht mehr beantworten. (*Abg. Dr. Pilz: Warum?*) – Weil es da viele Diskussionen gegeben hat, und das werde ich auch versuchen, kurz auszuführen. Ich wurde zum Beispiel von der Geschäftsführung von master-talk oder nicht ich alleine, sondern meiner Erinnerung nach auch gemeinsam mit Herrn Brigadier Pail, gefragt, was wir von einem Wechsel in der Technologie halten würden. Und ich weiß noch ganz genau, was ich darauf geantwortet habe, nämlich dass es nicht die Verantwortung des Innenministeriums sein kann, eine Entscheidung über eine Technologie vorzugeben, weil uns egal ist, ob da Motorola oder Nokia oder Rohde & Schwarz draufsteht.

Das ist Faktum, und das wissen sicher einige Personen, da die Aussage zu dieser Frage, was wir von einem Technologiewechsel halten würden, für mich eine sehr wichtige Frage war. Es war mir wichtig, ja nicht jemals in diese Diskussion zu kommen, wenn der Technologielieferant Rohde und Schwarz bei master-talk ausscheidet und Motorola liefern würde, dass man uns dann vorhält: Na, ihr habt euch das ja gewünscht!, sollte irgendwas nicht funktionieren.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, und das ist genau der entscheidende Punkt, dass an dem Punkt, wo es um den möglichen Technologiewechsel geht, ein Instrument eingesetzt wird, um das neue Modell, von dem man noch nicht weiß, ob es politisch durchsetzbar wird, mit Druck der Banken, sagen wir einmal, etwas plausibler und wahrscheinlicher zu machen.

Mir ist es nur darum gegangen, anhand dieses Dokuments Ihre Rolle herauszuarbeiten. Dass das letzten Endes eine politische Entscheidung war, ist mir vollkommen klar, weil Herr Ing. Skorsch das natürlich nicht allein bestimmen konnte. Aber wir haben jetzt eh das Wichtigste: Es ist um den Technologiewechsel gegangen. Es ist um das Einsetzen der Banken und Arthur D. Little aufgrund von finanziellen

Problemen von master-talk als Druckinstrument gegangen, und Sie waren letzten Endes eh erfolgreich. Der Motorola-Mann Skorsch war letzten Endes erfolgreich.

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Herr Abgeordneter, ich weise diese **Unterstellungen** – und es sind mehrere Unterstellungen – auf das Entschiedenste zurück!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, das haben wir jetzt bei Protokoll – und das beeindruckt mich ausnehmend.

Ich habe keine weiteren Fragen an Sie. Ihre Rolle ist für mich im Großen und Ganzen geklärt.

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Ich weise, solange der Herr Pilz noch da ist, ausdrücklich darauf hin – und der Herr Verfahrensanwalt hat mich jetzt auch darauf hingewiesen –, dass laut Verfahrensordnung Unterstellungen **nicht** zulässig sind. Ich würde Sie wirklich darum bitten, Herr Dr. Pilz, dass Sie künftig auf diese Art von Unterstellungen verzichten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, weil ich derartige Vorhalte vonseiten des Vorsitzes natürlich ernst nehme, werde ich immer hinzufügen und tue das auch jetzt, dass das meine persönliche Ansicht und Wertung ist, dass es sich bei Herrn Ing. Skorsch nicht um einen Vertreter des Innenministeriums, sondern der Firma Motorola handelt. Das ist meine ganz persönliche Ansicht und mein ganz persönlicher Schluss. – Danke.

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Gut, ich sehe, Sie sind in einer gewissen Weise unbelehrbar.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Darf ich eingangs nur eine kurze Anmerkung dazu machen, als Sie vorher über die verschwundenen Anzeigen gelacht haben – **ihre** Anzeigen beim BIA.

Es ist weniger unterhaltsam, dass jetzt das Innenministerium wegen dieser verschwundenen Anzeigen das BIA bei der Staatsanwaltschaft Wien angezeigt hat, die wiederum jetzt gegen das BIA ermittelt, also das Ganze dreht sich jetzt irgendwie im Kreis. Aber wir werden hoffentlich noch irgendwann draufkommen, wer da welche Akten wann warum hat verschwinden lassen. Herr Kreutner ist ja auch noch zu Gast im U-Ausschuss, und den werden wir dazu auch befragen.

Ich möchte noch einmal auf ein anderes Thema zurückkommen, nämlich auf die Handy-**Bestellungen**, die ich gestern schon thematisiert habe – wir legen Ihnen dazu noch eine Mail vor –, denn auch bei Motorola gibt es ein System nicht nur von eigenartigen Geldflüssen, ich formuliere es so, sondern ein ganzes System von Gefälligkeiten, wie wir das bei der Telekom auch haben.

Beispiel eins ist, dass auch Motorola dem Herrn Mensdorff gratis Funkgeräte zur Verfügung stellt. Im Jahr 2006 schreibt der Herr Wirth an einen Mitarbeiter bei Motorola:

Hallo Josef!

Von Herrn Bukowicz von der Forstverwaltung Mensdorff –

das Thema waren einige zusätzliche Radios, also auf Deutsch Funkgeräte –,

es handelt sich um vier bis fünf Geräte. Sie benötigen ganz einfache Geräte. Kannst du bitte Herrn Bukowicz anrufen und dies mit ihm absprechen, falls notwendig, kannst du vier bis fünf Geräte auf meine Kostenstelle buchen. – Zitatende.

Das heißt, der Herr Mensdorff kriegt von Motorola für seine Forstverwaltung gratis Funkgeräte, und Sie, Herr Skorsch, bekommen laut diesem E-Mail-Verkehr als VIP-Kunde im Innenministerium gratis Handys von Motorola. Sie scheinen hier in einem Mail von Krumpel vom 3. Dezember 2004 an Motorola auf, Betreff „Handybestellung“. Zitat:

„alles klar – die 6 Personen sind:“

Da Motorola rückmeldet, welche die sechs Personen sind, die gratis Handys bekommen sollen. Und als erster Name ist hier genannt:

„Peter Skorsch“

Und dann gibt es auch die Rückmeldung von Motorola:

„approved“

Also passt alles, kriegen Sie.

Jetzt frage ich Sie: Haben Sie jemals persönlich Gratishandys von Motorola bekommen beziehungsweise – da stehen ja sechs Namen auf dieser Liste – ist Ihnen bekannt, dass jemals diese sechs Personen des Ministeriums Gratishandys von Motorola bekommen haben beziehungsweise sind vielleicht auch an das Umfeld dieser Personen Gratishandys verteilt worden?

Ich frage das auch deswegen, das sage ich gleich dazu, weil es nicht nur diese Gratisfunkgeräte für den Herrn Mensdorff gibt von Motorola, nicht nur Gratishandys für VIP-Kunden im Innenministerium, wie das der Herr Krumpel schreibt, sondern auch Handys für und Mailverkehr zwischen Ernest Gabmann junior und anderen Personen, wo es immer wieder um Gratisgefälligkeiten geht. Wir haben die Jagdeinladungen gestern schon gehabt, wo führende Beamte auf einmal auf Jagdlisten auftauchen; also da wird fleißig durch die Gegend geschenkt.

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Herr Petzner, können Sie vielleicht eine Frage stellen? Das ist eine Zusatzfrage-Runde.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Da wird fleißig durch die Gegend geschenkt, und daher habe ich ja meine Zusatzfrage schon gestellt. Herr Skorsch, ganz konkret – wenn Ihnen jetzt dieser Mail-Verkehr insgesamt vorliegt –: Welche Wahrnehmungen haben Sie als VIP-Kunde im Innenministerium – wie Sie vom Herrn Krumpel bezeichnet werden – über geschenkte Handys an Sie oder andere Personen im Innenministerium seitens Motorola?

(Obfrau Dr. Moser übernimmt wieder den Vorsitz.)

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Ich habe heute, glaube ich, diese Frage schon beantwortet; ich möchte sie noch einmal beantworten: Ich weiß von diesen Handyangeboten. Ich habe das auch kurz dargelegt, wie das aus meiner Sicht entstanden ist. Ich weiß nur selber – nach meiner heutigen Erinnerung –, dass ich das Handy nicht verwendet habe, weil ich damals gesagt habe, ich brauche so etwas nicht, wie man mir das angeboten hatte, ich habe mein Diensthandy, und ich bin eigentlich nicht bereit, da alles umzuprogrammieren.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben aber ein Gratishandy von Motorola angeboten bekommen?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Es hat dieses Angebot gegeben mir gegenüber; wenn anderen auch angeboten wurde ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Von wem hat es dieses Angebot gegeben?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Weiß ich nicht mehr, kann ich nicht mehr sagen. Das kann ich nicht mehr sagen, ich weiß es nicht mehr.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und Sie haben es auch bekommen und nur nicht verwendet, oder ... Sie sagen ja: Ich habe es nicht verwendet. Das heißt für mich ...

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Nein, wie gesagt, sonst wüsste ich es. Also meiner Erinnerung nach habe ich nie ein Motorola-Handy verwendet, außer vor – ich weiß nicht – 15 Jahren; da haben wir, glaube ich, einmal dienstlich welche gehabt. Ich habe immer Nokia-Handys verwendet.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ist Ihnen bekannt, dass andere Personen im Innenministerium – da stehen ja sechs Namen – Gratishandys von Motorola nicht nur angeboten bekommen, sondern auch angenommen haben?

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist aber schon bezeichnend, denn so ein Handy ohne Bindungsvertrag mit einem Telekommunikationsunternehmen – das weiß jeder – kostet ein paar hundert Euro – Schlusssatz –, und ich halte es für unzulässig, dass sich Beamte im Innenministerium von einer Firma, die einen Auftrag vom Innenministerium bekommen hat, Handys schenken lassen. Das ist ja furchtbar!

Abgeordnete Mag. Sonja Steiß-Mühlbacher (SPÖ): Herr Generalmajor, nur kurz zum Herrn Ulmer: Sie haben vorher gesagt, er habe politische Tätigkeiten ausgeführt, es gab auch einen Mail-Verkehr zwischen Ihnen und Herrn Ulmer. Vielleicht könnten Sie das näher ausführen: Wie war Ihr Verhältnis zum Herrn Ulmer? Haben Sie sich schon gekannt aus der Projektgruppe 04, Zusammenlegung von Gendarmerie und Polizei? Welche politische Tätigkeit im engeren Sinne hat der Herr Ulmer gemacht? Sie als Projektleiter haben da sicher einen Überblick darüber, und vielleicht können Sie uns das näher ausführen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte merken Sie sich die Frage! – Herr Abgeordneter Petzner hat sich zur Geschäftsbehandlung zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Folgendes: Es geht nicht, dass permanent vom Links-Block – ausnahmsweise vom schwarzen Links-Block – während Befragungen irgendwelche teilweise kabarettistisch gemeinten, teilweise untergriffig gemeinten Zwischenrufe kommen, um Befragungen zu stören.

Können Sie bitte schauen, dass der Block – ich weiß, dass er sehr nervös ist – sich trotzdem, wenn ich Fragen stelle, vor allem der Kollege Donnerbauer, ruhig verhält und nicht dauernd versucht, Befragungen durch Zwischenrufe zu stören.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich werde dann wieder dafür sorgen, dass in der zwischenfraktionellen Atmosphäre Funkstille herrscht. – Nun, bitte die Antwort.

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Also Team 04 – da kann ich mich überhaupt nicht erinnern, dass er dort für mich jetzt sichtbar war. Da war der damalige Projektleiter – General Lang wird das schon gewesen sein – für mich die Ansprechperson in der – ich sage einmal – operativen Ebene beziehungsweise die Steuerungsgruppe; die hat sich zusammengesetzt aus dem Projektleiter plus den Sektionsleitern plus uns Sektionsverantwortlichen.

Sonst – habe ich auch schon ausgeführt –: punktuell möglicherweise, wenn ich im Kabinett war. Für mich war die Ansprechperson, was das Projekt betroffen hat, am

Anfang Mag. Krumpel und dann Mag. Gattringer. Wird schon gewesen sein, dass er irgendwo einmal dabei war, dass er dazugestoßen ist und gefragt hat, wie es geht. Aber außer der einen offiziellen Besprechung kann ich mich eigentlich an keine Besprechungen erinnern, die im Zuge der Vertragsauflösung war – nein, ich glaube, nicht einmal da war er dabei, sondern dann beim neuen Projektauftrag. Also es waren einzelne, wo ich ihn kennengelernt habe.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Ich habe Sie nur deswegen gefragt, weil er ja einen Berater- beziehungsweise einen Werkvertrag für das zweite Projekt hatte, Sie ja die Gesamtprojektleitung innehatten und dadurch, glaube ich, schon einen Überblick zumindest über gewisse Beratertätigkeiten hatten. Wenn dem nicht so ist, muss man sich fragen, wofür der Herr Ulmer seinen Berater- beziehungsweise Werkvertrag hatte. – Danke schön.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Herr Generalmajor, Sie haben jetzt mehrmals gesagt, Sie haben kein Motorola-Gerät oder kein Motorola verwendet. Meine Frage: Haben Sie von Motorola etwas bekommen? (*Zwischenruf.*) – Ist das schon gefragt worden? – Wurscht, die Frage steht im Raum.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Es gibt einen semantischen Unterschied zwischen *bekommen* und *verwenden*; das Sprachgefühl der Abgeordneten ist sehr geschärft.

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Also ich kann mich nicht erinnern an irgendetwas. Ich kann jedenfalls ausschließen – und vielleicht ist das für den Ausschuss ganz wesentlich –, dass es im Zusammenhang mit der Vergabe des Auftrages gegenüber meiner Person irgendeine Beeinflussung gegeben hat, in einer Form, wo mir irgendetwas angeboten wurde. Vielleicht kann man das damit auch präzisieren.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Sie haben auch nichts bekommen? Das war die Frage – nicht, ob Ihnen etwas angeboten wurde.

Generalmajor Ing. Peter Skorsch: Also noch einmal ganz klar – denn darum geht es in dem Untersuchungsausschuss –: Im Zusammenhang mit der Vergabe hat es weder ein Angebot gegeben, noch habe ich irgendetwas bekommen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt der Auskunftsperson **Generalmajor Ing. Peter Skorsch**, verabschiedet diese – und ersucht darum, die **nächste Auskunftsperson** in den Saal zu bitten.

15.28

15.29

Auskunftsperson Dipl.-Ing. Oliver Schmerold

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn **Dipl.-Ing. Oliver Schmerold** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales! Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Dipl.-Ing. Schmerold, danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** sowie an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung ist auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet **Dipl.-Ing. Oliver Schmerold**. Ihre weiteren Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Sie waren während des Untersuchungszeitraumes in keinem öffentlichen Dienstverhältnis. Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Sie kommen **ohne** Vertrauensperson.

Herr Dipl.-Ing. Schmerold, möchten Sie von der Möglichkeit Gebrauch machen, dem Ausschuss Ihre Sicht der Dinge in Form einer 10-minütigen Erzählung darzulegen? *(Die Auskunftsperson bejaht dies. – Die Obfrau erteilt Dipl.-Ing. Schmerold das Wort.)*

Auskunftsperson Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Danke schön, Frau Vorsitzende! Grüß Gott von meiner Seite! Ich bin ohne Vertrauensperson da, das hat sich aus der Terminverschiebung leider nicht anders ergeben. Ich möchte Ihnen aber kurz eine Eingangserklärung meinerseits zur Kenntnis bringen.

Ich war von 1999 bis Juni 2010 bei **Alcatel-Lucent**⁵, vormals **Alcatel**⁶, angestellt. Ab 2004 war ich dabei für den Servicebereich verantwortlich, ab 2006 auch für Zentral- und Südosteuropa, und ab 2009 in der Konzernzentrale in Paris tätig.

In das Erstprojekt **ADONIS** war ich nicht involviert. Allerdings war Alcatel durch den Zukauf der ABB-Telekomsparte im Jahr 2003 zum Lieferanten von master-talk – damals – geworden, und wir, Alcatel, mussten nach Scheitern des Projektes und Insolvenz von master-talk mehrere Millionen Euro abschreiben.

Ab Februar 2004 war ich dann mit der geplanten Neuausschreibung seitens des Bundes und des Landes Tirol bei Alcatel befasst. In diesem Zeitraum fiel die Entscheidung, gemeinsam mit den genannten Firmen, sich für das Projekt zu bewerben. Es wurde ein Konsortialvertrag aufgesetzt und eine operative Projektsteuerungsgruppe eingerichtet, der ich seitens Alcatel, Herr Ing. Semlegger

⁵ Korrektur gemäß § 23 Abs. 4 VO-UA (siehe Anhang)

⁶ Korrektur gemäß § 23 Abs. 4 VO-UA (siehe Anhang)

seitens Motorola und Herr Dipl.-Ing. **Rauscha**⁷ seitens Telekom Austria angehörten. In Summe zählte das Kernteam aller drei Unternehmen zirka zwölf Personen.

Als Berater engagierten wir damals für die Vergabe und gesellschaftsrechtliche Belange die Kanzlei Saxinger und Chalupsky, Herr Dr. Huemer war unser erster Ansprechpartner. Für das Aufstellen des Geschäftsplanes, die Modellierung der Projektgesellschaft und zur Aufstellung des Finanzierungskonzeptes hatten wir Berater von **Macquarie**; Dr. Weihs-Raabl war führend. Zur Sicherung der Fremdfinanzierung hatten wir von Beginn an ein Bankenkonsortium aus Investkredit – namentlich Dr. Seiringer – und der IKB – namentlich Herr Rufer – mit dabei.

Kurz vor Ende der Angebotsfrist hat uns die Telekom Austria mitgeteilt, dass sie sich **nicht** am Konsortium und somit auch nicht an der zu gründenden Projektgesellschaft beteiligen wird. Die **ALMO Sicherheitsnetz Errichtungs- und BetriebsgmbH** wurde dann von Alcatel und Motorola mit zu Beginn jeweils 50 Prozent Gesellschaftsanteil gegründet. Es folgten zwei Verhandlungsrunden mit dem Innenministerium und dem Land Tirol und die Abgabe eines sogenannten Last and Best Offer.

Während der Verhandlungsrunden und zur Abgabe des Endangebotes waren sehr viele und extrem schwierige Genehmigungsschritte in den beiden Mütterhäusern erforderlich. Seitens Motorola habe ich dazu logischerweise kein Detailwissen; seitens Alcatel war ich verantwortlich, dieses Projekt intern zur Genehmigung zu bringen.

Endergebnis war, dass sich Alcatel aus Konsolidierungs- und Projektanteilsgründen auf einen 20-prozentigen Gesellschaftsanteil reduzierte und Motorola bereit war, 80 Prozent der Gesellschaftsanteile zu tragen. Später, nach Auftragsvergabe und detaillierter Klärung der Arbeitspakete, konnte ich die Zentrale von Alcatel in Paris überzeugen, dass wir wieder auf 35 Prozent aufgestockt haben.

Das bedeutet, dass die vom Auftraggeber geforderte Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft, welche mit Projektfortschritt immer größer wurde, immer zu 35 Prozent von Alcatel und zu 65 Prozent von Motorola geleistet wurde. Aufgrund dieser Mehrheitsverhältnisse wurden im Gesellschaftervertrag der nunmehr in TETRON umfirmierten Projektgesellschaft Motorola zwei und Alcatel ein Geschäftsführer zugesprochen. Seitens Motorola wurden Herr Wirth und Herr Krumpel entsandt; seitens Alcatel wurde ich entsandt.

Zum konkreten Beweisthema habe ich keinerlei Wahrnehmung, dass neben den genannten Beratern andere, im Speziellen Lobbyisten, von uns beauftragt wurden oder für uns tätig waren. Auch kann ich eine Parteienfinanzierung zur Erlangung des Auftrages aus meiner Sicht ausschließen.

Ich möchte betonen, dass ich nach meinem Ausscheiden aus der Alcatel-Lucent im Jahr 2010 keinerlei Einsicht mehr in die dortigen Projektunterlagen habe und meine Aussagen sich daher ausschließlich auf meine **Erinnerungen** stützen.

Alcatel-Lucent hat mir allerdings schriftlich mitgeteilt, dass sie Interesse an einer umfassenden Kooperation mit dem Untersuchungsausschuss haben, und mich ausdrücklich ermächtigt, über die am Projekt beteiligten Firmen und beauftragten Berater Auskunft zu geben.

Geschäftsgeheimnisse habe ich allerdings unter Bezugnahme auf die Verfahrensordnung und meine aufrechten Vertraulichkeitsbestimmungen aus dem damaligen Anstellungsvertrag zu respektieren. – Danke schön.

⁷ Korrektur gemäß § 23 Abs. 4 VO-UA (siehe Anhang)

Obfrau Dr. Gabriela Moser erteilt als erstem Fragesteller Abg. Petzner das Wort.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Eingangsfrage zu Ihrem Eingangsstatement, Herr Schmerold. Sie haben gesagt, im Zusammenhang mit master-talk hätte es bei Alcatel Abschreibungen in Höhe von mehreren Millionen Euro gegeben.

Können Sie uns sagen, wie hoch diese Abschreibungen konkret waren?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Die Außenstände, die Alcatel hatte, beliefen sich auf 6,5 Millionen €. 3,5 Millionen € konnten im Zuge des Insolvenzverfahrens aus der Masse bekommen werden, und 3 Millionen mussten bei uns in den Büchern abgeschrieben werden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, man kann sagen, dass das Unternehmen Alcatel einen Schaden von 3 Millionen € gehabt hat aufgrund des Scheiterns von master-talk. (*Dipl.-Ing. Schmerold: Korrekt!*) – Es ist wichtig, dass wir das auch wissen, dass nicht nur der Steuerzahler mit 30 Millionen € zur Kasse gebeten wurde, sondern auch die Firma Alcatel 3 Millionen € abschreiben musste – mit freundlichen Grüßen der dafür Verantwortlichen.

Wie lange waren Sie ganz konkret bei der Firma Alcatel beschäftigt?

Ist es korrekt, dass Sie bis Mai 2004 bei Alcatel selber waren und dann seit 27. April 2004 Geschäftsführer bei TETRON? Sind diese Datumsangaben korrekt?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Nein, die sind nicht korrekt. Ich war bis einschließlich Ende Juni 2010 bei Alcatel beschäftigt. Die Geschäftsführungstätigkeit bei TETRON habe ich in meinem aufrechten Dienstverhältnis gemacht. Das war kein eigenes Anstellungsverhältnis. Ich war von Alcatel entsandter Geschäftsführer.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Mir ist eben wichtig gewesen, zu klären, ob das beides ein Dienstverhältnis war im Rahmen Ihrer Alcatel-Tätigkeit oder ob das extra gemacht wurde; also das war im Rahmen Ihrer Alcatel-Tätigkeit.

Ich stelle gleich fest: Wir werden ja dazu dann auch noch Ihren Kollegen – oder Ex-Kollegen in dem Fall –, den Herrn Mag. Himmer, befragen, der ja hier auch sehr viele Fragen beantworten wird.

Es gibt da konkret Zahlungsflüsse – und auch entsprechende Angaben des Herrn Schieszler dazu – von Alcatel an die MPA Budapest des Herrn Alfons Mensdorff-Pouilly.

Sind Ihnen solche Zahlungen bekannt? Ist Ihnen im Rahmen Ihrer Tätigkeit bei Alcatel der Herr Mensdorff-Pouilly jemals untergekommen? Haben Sie Wahrnehmungen bezüglich des Geschäftsverhältnisses von Alcatel mit den Unternehmungen des Alfons Mensdorff-Pouilly?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Also ich kann Ihnen bestätigen, dass Alcatel im Jahr 2006 einen Vertrag mit der Firma MPA Hungary hatte, der in keinem Zusammenhang mit dem hier unter das Beweisthema fallenden Projekt steht. Ich persönlich habe den genannten Herrn nie während meiner Tätigkeit bei Alcatel-Lucent getroffen. (*Abg. Petzner: Noch einmal, bitte!*) – Ich habe ihn nie getroffen!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben den Herrn Mensdorff nie getroffen, aber Alcatel hat einen Vertrag mit ihm gehabt? (*Dipl.-Ing. Schmerold: Ja!*)

Wir haben ja den Vertrag auch hier. Dieser Vertrag, der abgeschlossen wurde im Jahr 2006 (*Dipl.-Ing. Schmerold: Korrekt!*) zwischen Alcatel Austria und der MPA

Budapest mit Sitz ... – Ich kann leider nicht Ungarisch, ich kann das nicht aussprechen, aber es ist die MPA Budapest.

Können Sie uns sagen, was denn genau der Inhalt dieses Vertrages mit dem Herrn Mensdorff war? Wofür hat denn Alcatel Österreich die Dienste des Herrn Mensdorff gebraucht? Was hat er denn gemacht für Alcatel?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Der Vertrag – und wenn Sie so gut informiert sind, dann werden Sie wahrscheinlich auch unsere konzerninterne Dokumentation dazu vorgefunden haben – hat sich auf die Geschäftsentwicklung auf dem ungarischen Markt bezogen. Ich selbst war insofern involviert, als das ganze Thema des sogenannten **Vertical Marketes**, wie es bei uns geheißen hat – das ist sozusagen der Nicht-Telekom-Markt, den die Alcatel bearbeiten wollte –, in meine Zuständigkeit gefallen ist und wir da versucht haben, über gewisse Entwicklungen und mögliche Projekte in Ungarn bessere Informationen zu bekommen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ist Ihnen bekannt, dass es seitens der Ermittlungsbehörden den Verdacht gibt, dass diese Zahlungen nicht mit Ungarn zusammenhängen, sondern mit der Vergabe des TETRON-Digitalfunks in Österreich?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Der Verdacht ist mir bekannt, allerdings nur – so wie vielen anderen – aus den Medien.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Was können Sie als führender Mitarbeiter von Alcatel Österreich zu diesem Verdacht angeben: Ist dieser Verdacht begründet oder unbegründet? Und wenn er unbegründet ist, warum ist er aus Ihrer Sicht unbegründet?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Der Verdacht ist aus meiner Sicht definitiv unbegründet, weil es weder inhaltlich noch zeitlich einen Konnex zur Vergabe des Projektes gibt. Wir haben 2006 den Vertrag abgeschlossen, bis ins Jahr 2007, und haben in diesem Zeitraum in Ungarn Geschäftsentwicklung gemacht. Den Zusammenhang zu einem zwei Jahre davor in Österreich zugeschlagenen Projekt kann ich beim besten Willen nicht erkennen, war bei uns auch nie ein Thema.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Schauen Sie, die Staatsanwaltschaft ermittelt ja aufgrund einer Aussage des Herrn Schieszler, der angibt, dass es sich bei dieser Zahlung um eine Altschuld gegenüber Mensdorff-Pouilly handelt. Und er führt dann aus, dass – Zitat –:

Nach Aussage von Mag. Gernot Schieszler habe sich der Vorstand der Alcatel Österreich – in Folge „Alcatel“ –, Mag. Harald Himmer, wiederholt erkundigt, wann seitens der Telekom Austria die ausständige Zahlung an Mensdorff-Pouilly geleistet werde, weil die Alcatel ihren Teil schon längst erledigt hätte und dies zu erledigen sei. – Zitatende.

Da geht es also darum, dass Himmer, laut Aussagen von Schieszler, bei Schieszler interveniert, dass die Telekom Austria ihren Anteil an Mensdorff-Pouilly bezahlt. Alcatel hätte seinen Anteil, was den Zusammenhang mit Zahlungen in Sachen Ausschreibung des TETRON-Digitalfunks betrifft, schon längst erledigt.

Wie können Sie sich diese Aussagen des Herrn Schieszler, der sagt, Himmer kommt zu ihm und macht da Druck, dass auch die Telekom ihren Anteil zahlt, erklären?

Ich verweise darauf, dass Schieszler einen Kronzeugenstatus hat und daher auch eine besondere Verantwortung hat, was seine Angaben betrifft.

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Ich kann dazu nur sagen, dass ich mit dem genannten Herrn Schieszler **nie** über dieses Thema gesprochen habe und damit auch seine Aussage diesbezüglich nicht authentisch kenne und auch nicht erklären kann.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Schieszler sagt ja auch nicht, dass er mit Ihnen geredet hat, sondern mit Herrn Himmer, und der Herr Himmer war ein Kollege von ihm.

Haben Sie Wahrnehmungen bezüglich einer Verbindung des Herrn Himmer zu Mensdorff-Pouilly beziehungsweise können Sie sich die Aussagen des Herrn Schieszler erklären, der Himmer da ja schwer belastet?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Ich kann mir die Aussagen nicht erklären, dass es ... – Ich kann mir natürlich eine Verbindung von Herrn Himmer zu Herrn Mensdorff-Pouilly vorstellen, denn immerhin war es ja er, der 2006 den Vorschlag gemacht hat, wie sich das Thema Ungarn bei uns gestellt hat, die Firma zu beauftragen. Da muss er die Firma oder den Geschäftsführer gekannt haben – selbstverständlich.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Der Herr Himmer hat im Jahr 2006 innerhalb von Alcatel vorgeschlagen, dass man die Firma des Herrn Mensdorff-Pouilly beauftragt? Habe ich das jetzt richtig verstanden? (*Dipl.-Ing. Schmerold: Nein!*) – Erklären Sie es mir bitte noch einmal!

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Ich habe gesagt, dass, als wir uns 2006 der Frage gestellt haben, wie wir in Ungarn besser auf dem Markt reüssieren können, eine der möglichen Varianten war, dass der Herr Himmer gesagt hat, wir könnten die MPA beauftragen, uns Informationen und Kontakte zu den relevanten Projekten zu ermöglichen. Es ging darum, Alcatel auf dem ungarischen Markt ganz einfach bekannt zu machen, was wir damals mit unter 10 Prozent Marktanteil definitiv **nicht** waren.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Jetzt haben Sie aber doch gesagt, der Herr Himmer habe vorgeschlagen, man könnte vielleicht die MPA ...

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Na ja selbstverständlich, aus dem Telefonbuch haben wir die Firma nicht gefunden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber auf das wollte ich ja hinaus. Also der Herr Himmer hat vorgeschlagen, die MPA Budapest in Sachen ungarischer Markt zu beauftragen?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Ja, aber Sie dürfen sich das jetzt nicht so vorstellen: Ein Mann schlägt etwas vor, und dann machen wir es. (*Abg. Petzner: Nein, nein!*)

Sie werden die Dokumentation kennen. Gerade solche Beratungsaufträge sind in einem internationalen Konzern eine Sache von sehr vielen Stellen und Approval-Schritten, die da zu bewerkstelligen sind, und das wurde auch im Jahr 2009 unternehmensintern ganz genau noch einmal überprüft.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wissen Sie, welche Summe insgesamt Alcatel in den letzten Jahren oder im Zeitraum, in dem Sie tätig waren, an Unternehmungen des Herrn Mensdorff-Pouilly überwiesen hat? Wissen Sie, wie hoch da das Geschäftsvolumen ist, zirka?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Nein, weiß ich nicht. Lief nicht über mein Budget. (*Obfrau Dr. Moser: Bitte vielleicht noch einmal den Zusammenhang erklären!*)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Der Zusammenhang ist ganz klar, den habe ich ohnehin schon ausgeführt. Der Zusammenhang besteht darin, dass laut Verdacht der ermittelnden Behörden und auch laut Aussagen des Herrn Schieszler dieses Ungarn-Engagement der MPA nicht im Zusammenhang mit dem ungarischen Markt steht, sondern dazu verwendet wurde, um im Hintergrund Verrechnungen an den Herrn Mensdorff-Pouilly in Sachen Digitalfunk vorzunehmen. Daher stelle ich dazu auch Fragen. Der Herr Schieszler gibt das auch so an. Das habe ich ja auch vorgelesen, wie da die Verdachtslage lautet.

Verstehe ich das richtig, dass das Land Ungarn, der Markt Ungarn im Rahmen der Alcatel-Konzernstruktur in die Zuständigkeit von Alcatel Wien fällt – oder gibt es auch eine eigene Alcatel Ungarn Unternehmung innerhalb der Alcatel Gruppe?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Beides ist richtig. Es gibt oder gab zum damaligen Zeitpunkt – aber ich nehme an, das wird nach wie vor so sein – eine eigene **Alcatel Ungarn Kft.**, die in der Konzernorganisation im Eigentum der Holding ist. Abseits der gesellschaftsrechtlichen Eigentümerschaft waren aber Alcatel Austria oder einzelne Geschäftsbereiche der Alcatel Austria für den Markt Ungarn verantwortlich in der Konzernorganisation.

Ich habe sogar seit 1999, seitdem ich in die Firma eingetreten bin, die Vertriebsverantwortung für ein spezifisches Geschäftssegment auch für Ungarn gehabt. Also ich war selbst seit 1999 in Ungarn aktiv.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich frage mich schon, wenn es um den ungarischen Markt geht und es eine eigene **Alcatel Ungarn** gibt, warum dann die MPA Budapest diesen Vertrag für den ungarischen Markt nicht mit der Alcatel Ungarn schließt, sondern mit der Alcatel Österreich in Wien.

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Das kann ich Ihnen ganz einfach erklären: Weil das damals im Konzern eine sehr heikle Situation war, insofern als zum damaligen Zeitpunkt das lokale Management in Ungarn noch vom Alcatel Regionsmanagement aus Deutschland heraus ernannt war und nicht das Vertrauen genossen hat und der im Konzern verantwortliche Vice-President vorhatte, Österreich diese Verantwortung zu übertragen, und uns ersucht hat, wir mögen uns diesbezüglich auf den ungarischen Markt im breiten Stil vorbereiten. Und das konnten wir natürlich nur abseits des Country Managers in Ungarn machen, der, wie Sie vielleicht auch wissen, einige Monate später dann auch das Unternehmen verlassen musste.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Kennen Sie Frau **Verena Karimi**? Sagt Ihnen dieser Name etwas?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Den Namen kenne ich. Persönlich habe ich die Dame aber nie gesehen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Woher kennen Sie diesen Namen? Oder wo ist Ihnen der untergekommen?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Das war in Gesprächen mit dem Herrn Krumpel, würde ich jetzt aus meiner Erinnerung heraus sagen, in erster Linie im Zuge unserer gemeinsamen Geschäftsführertätigkeit.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die Frau Karimi hat ja einen Auftrag von der TETRON in Höhe von 6 000 € bekommen. Wissen Sie, wie die Frau Karimi zu einem Engagement bei der Firma TETRON gekommen ist? (*Dipl.-Ing. Schmerold: Nein, ...*) Hat die wer empfohlen, oder ...

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Das kann ich Ihnen nicht beantworten, das weiß ich nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die steht nämlich – wir haben auch den Herrn Ulmer gestern dazu befragt – in einem gewissen Zusammenhang auch zum Herrn Ulmer. Kennen Sie den Herrn Ulmer? (*Dipl.-Ing. Schmerold: Ja!*) In welchem Zusammenhang kennen Sie den Herrn Ulmer?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Herr Ulmer ist mir bekannt, nicht zuletzt aufgrund der medialen Berichterstattung. Ich habe aber, wenn Sie es genau wissen wollen, im Zuge des Projektes nie mit ihm direkt Kontakt gehabt. Der Name war für mich damals nicht

präsent (*Abg. Petzner: Im Rahmen des ...!*), wenn ich jetzt zurückblicke oder mich zurückerinnere, im Jahr 2004. Ich meine, ich wusste, dass er Kabinettschef des Innenministers ist, ich habe aber persönlich keinen Kontakt zu ihm gehabt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ihnen ist in Ihrer gesamten TETRON-Tätigkeit der Herr Ulmer nie untergekommen?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Oja, er ist mir untergekommen in Folge, natürlich (*Abg. Petzner: Ja, wo?*), aber es gab weder offizielle Meetings oder sonst etwas. Man trifft sich bei gewissen Veranstaltungen, man sieht sich, und ich habe gewusst, dass er der Herr Ulmer ist, dass er früher im Kabinett war. Und er hat sich natürlich bei mir auch vielleicht erkundigt, wie der Projektfortschritt ist.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Schauen Sie, das ist ja deswegen wichtig (*Obfrau Dr. Moser: Bitte die letzte Frage in dieser Runde!*) – ja, letzte Frage –, weil – ich meine, Sie haben jetzt auch diese 3 Millionen von master-talk genannt – der Herr Ulmer ja nicht nur Kabinettschef des Herrn Bundesministers Strasser war, sondern er hat dann auch im Rahmen seiner privatwirtschaftlichen Tätigkeit einen unentgeltlichen Werkvertrag mit dem Innenministerium für die Betreuung des Behördenfunknetzes gehabt, ist durch die halbe Weltgeschichte geflogen, von Chicago über Schottland bis ich weiß nicht wohin, nur Ihnen, der direkt für Alcatel in der TETRON sitzt, ist er nie untergekommen und ist er nie begegnet, außer privat offensichtlich bei irgendwelchen Veranstaltungen. – Das ist auch interessant. Danke.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Guten Tag, Herr Dipl.-Ing. Schmerold. Sie haben in Ihrem Eingangsstatement erwähnt, dass Sie die Zentrale Alcatel überzeugen konnten, bei TETRON von 20 Prozent auf 35 Prozent aufzustocken. – Warum war das so? Warum wollten Sie, dass aufgestockt wird? Und wie konnten Sie die Zentrale überzeugen, nach den Erfahrungen, dass im vorherigen Projekt 3 Millionen in den Sand gesetzt wurden?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Das ist relativ einfach zu beantworten, Frau Abgeordnete. Zum einen einmal: Die Abschreibung der 3 Millionen, das war sozusagen abgeschlossen, und wir waren sicher nicht die einzige Firma, die aufgrund der Insolvenz von master-talk einen Vermögensnachteil erlitten hat. Da gab es damals andere Lieferanten genauso.

Warum war mir diese Erhöhung auf 35 Prozent wichtig? – Weil ich persönlich mich mit der Reduktion auf 20 Prozent nie anfreunden konnte, weil ich ganz einfach in dem Projekt und in der gemeinsamen Projektgesellschaft einen vernünftigen Sitz haben wollte als Alcatel. Und die 35 Prozent waren erforderlich, um zumindest eine Geschäftsführungsposition innezuhaben. Und, was noch wichtig ist: Es hat ganz einfach auch die Beträge und den Wert der Beiträge der beiden Unternehmen zum gemeinsamen Projekt besser reflektiert. Mit 20 Prozent wären wir ganz einfach unterrepräsentiert gewesen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sie meinen, mit dem Know-how, das vonseiten Ihrer Firma eingebracht wurde, ist der höhere Anteil gerechtfertigt gewesen?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Mit dem Know-how, aber auch mit den Leistungen, die die Alcatel an die Projektgesellschaft geliefert hat. Das ganze Projektmodell hat ja so ausgesehen, dass es eine sehr schlanke Projektgesellschaft gibt, die den Vertrag gegenüber dem Bund hält, und dass wesentliche Teile des Projektes von den Müttern, aber nicht in ihrer Rolle als Mutter, sondern in ihrer Rolle als Lieferant an die Projektgesellschaft geliefert werden.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sie waren dann von Ende April bis Ende Juni 2004 Geschäftsführer. In Ihrem Eingangsstatement haben Sie gesagt, Motorola

hatte zwei Geschäftsführer, und von Alcatel waren es Sie. Ich möchte, dass Sie mir das nochmals erklären: Waren Sie da alleiniger Geschäftsführer, oder waren die drei Geschäftsführer gleichzeitig?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Es war so, dass wir die Projektgesellschaft gegründet haben als Mantel, vor der Abgabe noch, nur damit die Projektgesellschaft sich selbst schon am Angebot beteiligen kann. Zu diesem Zeitpunkt war ich alleiniger Geschäftsführer der Gesellschaft. In dem Moment, wo sie dann nach Auftragsvergabe operativ den Betrieb aufgenommen hat, gab es drei Geschäftsführer.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das heißt, mit 28. Juni 2004 kam Ing. Semlegger in das Unternehmen, und da wurde dann sozusagen die konkrete Arbeit angegangen?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Nein, mit dem Herrn Ing. Semlegger hat es eine andere Bewandnis gehabt. Herr Ing. Semlegger war während der Ausschreibungsphase als Angestellter der Motorola sozusagen mein Pendant. Wir beide gemeinsam mit einem Kollegen von der Telekom Austria waren das Projekt-Kernteam. Ing. Semlegger kam dann ins Unternehmen als Geschäftsführer, wurde aber erst viel später – ich würde sagen, 2006 – als Geschäftsführer ernannt.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Und wer war dann von Motorola?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Herr Wirth und Herr Krumpel.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Der Herr Wirth war sozusagen dann im operativen Teil von Anfang an mit Ihnen tätig? (*Dipl.-Ing. Schmerold: Ja!*)

Hat diese Aufstockung von 20 Prozent auf 35 Prozent im Konsortium auch einen finanziellen Aufwand bedeutet, oder ist das nur durch das Know-how, das Alcatel mit eingebracht hat, begründet?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Selbstverständlich, ein massiver finanzieller Aufwand. Wir hatten von der Ausschreibung oder von der Vergabe her die klare Auflage, die Projektgesellschaft zu jedem Zeitpunkt mit mindestens 20 Prozent Eigenkapital auszustatten. Und diese 20 Prozent müssen natürlich von den Gesellschaftern entsprechend ihren Gesellschafteranteilen aufgebracht werden. Das heißt, wir mussten zu dem Zeitpunkt, wo wir die Gesellschaftsanteile aufgestockt haben, auch zusätzliches Eigenkapital in die Gesellschaft einbringen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sie haben vorher gesagt, dass Ing. Semlegger vorher bei dem „Mantel“ war, sozusagen, und dann ins operative Geschehen der Herr Hans-Joachim Wirth eingetreten ist. Es wurde der Eintritt von Herrn Wirth als Geschäftsführer mit 7. September 2004 im Firmenbuch eingetragen, also relativ kurz nach dem Zuschlag.

Wie hat sich das zugetragen? War Herr Wirth schon vorher für Motorola in dem Projekt tätig? Und wie hat sich dann die Zusammenarbeit und die Aufteilung der Agenden gestaltet?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Ja, das kann ich definitiv bestätigen: Herr Wirth war auch während der Ausschreibungsphase aktiv am Projekt beteiligt, aus seiner Funktion – ich glaube, es war Vertriebsleiter für den deutschsprachigen Raum. Er war an sich bei der Motorola Deutschland angestellt – zumindest ist er immer von Deutschland eingeflogen –, und es war meiner Wahrnehmung nach seitens Motorola ursprünglich nicht geplant, ihn operativ in die Geschäftsführung zu senden.

Es war dann allerdings so, dass es innerhalb von Motorola zwischen Herrn Semlegger und der Geschäftsleitung offensichtlich Unstimmigkeiten gab. Herr Semlegger hat das

Unternehmen verlassen und damit war offensichtlich der Bedarf gegeben, Herrn Wirth selbst in die operative Geschäftsführung zu senden. Er ist auch nach Wien übersiedelt und er war in Wien ansässig, operativ, der Geschäftsführer, später gemeinsam mit Herrn Krumpel und mir.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Uns liegt ein Vertrag vor, den Motorola mit einem **Third Party Sales Representative**, mit der **Valurex** abgeschlossen hat, und zwar bereits, bevor Herr Wirth als Geschäftsführer in der TETRON-Gesellschaft eingetragen war, wo ein Übereinkommen getroffen wird mit dieser Valurex, wo es darum geht, die Dienste in Anspruch zu nehmen.

Auf Seite 15 von 168 steht:

„Providing his services from a neutral place allows TPSR to perform his activities from a more ‚independent and not directly involved‘ point of view.“

Damit wird dargestellt, dass die Valurex diese Firmen über die Schweiz abgewickelt hat, weil sie dadurch nicht so stark involviert erscheint.

Diesen Vertrag hat Herr Hans-Joachim Wirth unterschrieben, und zwar im Juni 2004, also bevor er als Geschäftsführer im Firmenbuch eingetragen war. Das ist für mich eine Erklärung dafür, dass da vonseiten von Motorola über die Valurex Gelder abgewickelt worden sind.

Meine Frage: Hatten Sie dazu Erfahrungen oder Gespräche mit Herrn Wirth?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Über diesen Vertrag oder auch eine Geschäftsbeziehung kann ich Ihnen nichts sagen, habe ich nie etwas gehört, war nie ein Thema zwischen uns.

Aus das, was Sie jetzt vorgelesen haben, „Providing his services from a neutral place“: Ich habe keine Ahnung, um welche „services“ es sich da handeln hätte sollen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Wäre das für Sie eine Erklärung dafür, dass vorher Ing. Semlegger sehr überstürzt abberufen wurde und Herr Wirth dann eingesetzt wurde vonseiten des Partners?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Kann ich mir, ehrlich gesagt, nicht vorstellen, wo da der Zusammenhang wäre.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Dann könnten Sie uns vielleicht sagen, warum diese überstürzte Abberufung, wie Sie das vorher genannt haben, von Ing. Semlegger vonstattengegangen ist und Herr Wirth dann gleich eingestiegen ist, und ich glaube, Sie haben vorher auch gesagt, von Deutschland direkt agiert hat?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Wir haben uns immer daran gehalten, dass wir uns nicht in die Interna des jeweils anderen Partners einmischen. Wir hatten genug eigene Komplexität.

Ich kann Ihnen nur sagen, dass ich Herrn Semlegger in der Ausschreibungsphase sehr gut kennen- und schätzen gelernt habe und er unmittelbar nach seiner Abberufung bei Motorola mich kontaktiert hat und ich ihn im Sinne des Projektes behalten und gewinnen wollte und ich ihn bei Alcatel angestellt habe, um ihn für das Projekt zu halten. Und darum ist Herr Semlegger in Wahrheit der Einzige, der von Beginn an bis zum heutigen Tag in diesem Projekt noch treibend dabei ist.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Welche Gründe hat Ihnen Herr Semlegger, wenn Herr Semlegger für Sie ein solch wichtiger Kooperationspartner und Geschäftskollege war, dafür genannt, dass er von Motorola abberufen wurde?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Herr Semlegger hat zu mir von Meinungsdiskrepanzen und Vertrauensproblemen gesprochen. Er hat mir gesagt, er glaubt nicht, dass die Firma das Projekt stemmen wird, er sieht seine Zukunft viel stärker im langfristigen Betrieb des Netzes, und das war ganz einfach Teil der Alcatel und nicht Teil von Motorola.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Entschuldigen Sie, noch einmal: Also er hat geglaubt, dass Motorola das nicht stemmen wird. Könnten Sie das vielleicht noch einmal darlegen?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Nein. Herr Semlegger hat gesagt, Motorola wird in dem Projekt so lange engagiert sein, bis das Netz ausgebaut ist. Er selbst wollte aber nicht länger in einem internationalen Konzern arbeiten, wo er dann wieder ins Ausland, vielleicht in ein anderes Projekt musste. Er wollte sich in Österreich für dieses Behördenfunkprojekt langfristig engagieren. Und da hat er ganz einfach gesagt: Das Engagement auf der Seite von Alcatel als Betriebsleiter, und das war er, ist ganz einfach für ihn die attraktivere und zukunftssicherere Weise.

Warum es zur Auflösung mit Motorola im Detail kam, hat er mir nie erzählt. Ich habe ihn auch nie gefragt.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Aber Sie haben vorher gesagt, er wurde sozusagen überstürzt abberufen.

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Das war relativ bald nach Zuschlag, also sicher noch im Laufe des Sommers – meiner Erinnerung nach. War sicher noch im Sommer, ja.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Und er war dann auf Seiten von Alcatel als Unterstützung für Sie unterwegs?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Genau. Ich habe ihn bei Alcatel angestellt, und er ist als Betriebsleiter ... Also er war der, der dann sozusagen die ersten Schritte gesetzt hat, dass wir das Netz auch betreiben können. Er ist technisch die zentrale Person in dem gesamten Projekt, bis heute.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Zusammenfassend: Dazu, warum er überstürzt von Motorola abberufen wurde und Herr Wirth eingesetzt wurde, haben Sie keine Wahrnehmungen?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Nein, das kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Ich möchte jetzt zu einer anderen Person kommen. Herr **Bernhard Krumpel** kam ab November 2004 als dritter Geschäftsführer in das Unternehmen. – Stimmt das?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Den November kann ich Ihnen jetzt nicht bestätigen, aber es wird in etwa stimmen, ja.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Wie wurde Herr Krumpel in das Unternehmen eingeführt?

Gestern hat uns Herr Krumpel gesagt, dass ihn Hans-Joachim Wirth angesprochen und in das Unternehmen geholt hat.

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Uns oder mir wurde Herr Krumpel im Rahmen einer Geschäftsleitungssitzung als der Motorola zustehende zweite Geschäftsführer für die Projektgesellschaft vorgestellt. (*Abg. Mag. Lapp: Mit Herrn Wirth gemeinsam?*) – Ja, genau.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Aufgrund welcher Expertise und Kenntnisse wurde Herr Krumpel bei dieser Geschäftsleitungssitzung eingeführt?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Die Aussage war ganz klar, man hat gesagt: Wir brauchen in der Geschäftsführung jemanden, der die Akquisition in den Ländern vorantreibt.

Es ist ja, glaube ich, weithin bekannt, dass das Projekt mit der Auftragsvergabe alles andere als gesichert war. Wir hatten ein beträchtliches Risiko, die Bundesländer und ihre Organisationen überhaupt erst für dieses Projekt zu gewinnen. Das war ein Teil, der aus der operativen Geschäftsführung, von Herrn Wirth und von mir nicht abdeckbar war. Ich selbst war maximal eineinhalb Tage pro Woche in dem Unternehmen tätig, weil ich ja wichtigerweise einen Hauptberuf hatte. Und Bernhard Krumpel wurde mir als der vorgestellt, der für den Bereich der Positionierung des Projektes in den Ländern und das Heranführen der Länder an TETRON beziehungsweise an das gemeinsame Projekt verantwortlich sein soll – und natürlich die gesamten Marketing- und Vertriebsaktivitäten, sicher nicht als Techniker.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Diese Marketingaktivitäten verfolgen uns, denn vonseiten des Innenministeriums wurden mit den Bundesländern keine Vereinbarungen schon im Vorfeld der Ausschreibungen getroffen, sodass man die Bundesländer ins Boot geholt hätte, und dann kommen eben Leute vonseiten des Bundesministeriums für Inneres in das Unternehmen, das den Zuschlag erteilt, wieder mit dem gleichen Auftrag, den sie meiner Meinung nach vorher nicht erfüllt haben.

Können Sie uns sagen, welche Aktivitäten Herr Krumpel gesetzt hat, um die Bundesländer ins Boot zu holen? – Er hat uns gestern hier von einer Veranstaltung erzählt, bei der einer Freiwilligen Feuerwehr in Österreich dieses neue System vorgestellt wurde. Wissen Sie um die Aktivitäten oder wissen Sie, welche Maßnahmen er gesetzt hat?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Wir haben natürlich viel mehr gemacht. Sie haben völlig recht, der Schwachpunkt oder der Knackpunkt in dem ganzen Projekt, der uns intern auch das Ganze sehr schwer darstellbar gemacht hat, war ganz einfach, dass es keine Commitments der Bundesländer gab. Das heißt, der ganze Business-Plan war ein äußerst schmaler.

Was wir gemacht haben – und dafür war Krumpel definitiv verantwortlich und führend – , ist, wir haben ein sogenanntes User-Forum aufgebaut. Das heißt, wir sind durch die Bundesländer getingelt und haben die Vorzüge des Systems präsentiert, haben immer wieder das Land Tirol als Vorzeigebundesland herangezogen. Das heißt, es gab sehr viel Präsenz in Tirol. Es wurden andere Bundesländer beziehungsweise deren verantwortliche Katastrophenschutzreferenten nach Tirol eingeladen. Die haben sich das dort angesehen. Wir haben in Innsbruck einen großen Kongress veranstaltet, wo BOS-Vertreter aus allen Bundesländern anwesend waren. Wir haben einen Newsletter kreiert, den auch er verantwortet hat, wo sozusagen diese Community mit Informationen versorgt wurde.

Das heißt, da ist sehr viel geschehen, um das System und vor allem auch diesen **negativen Touch** wegzubringen, dass das technisch nicht funktioniert, was ja ein absoluter Blödsinn war.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Da kommen wir zu einem weiteren Punkt. Im Zuge der Darlegungen hier im Untersuchungsausschuss und der Befragungen der Auskunftspersonen drängt sich mir auch ein Gedanke auf: Tirol hatte aufgrund verschiedener Katastrophen, die 1999 in Galtür stattgefunden haben, wo damals auch die Kommunikation nicht sehr gut funktioniert hat, als einziges Bundesland Österreichs Interesse an diesem Digitalfunk – es hatte vehementes Interesse daran – und hat immer wieder danach getrachtet, dass das umgesetzt wird, und war auch eines der ersten Bundesländer, wo das umgesetzt wurde; im Gegensatz zu den anderen

Bundesländern. Daher verstehe ich nicht, dass Sie von TETRON bei dem Bundesland so intensiv tätig waren, das das größte Interesse hatte, das am stärksten dahinter war und anscheinend auch schon Finanzierungszusagen hatte, dass Sie sich dann nicht um andere Bundesländer gekümmert haben. Oder wie hat sich das Ihnen dargestellt?

Es kommt jemand aus dem Ministerium, der diese Vorgaben schon vorher nicht erfüllen konnte oder die nicht erfüllt worden sind, kommt in das Unternehmen, das den Zuschlag erteilt hat, und dann wird wieder darauf geschaut, dass der Markt in Tirol bewertet wird. Wie wurde das im Unternehmen diskutiert?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Die Situation war eine leicht andere.

Erstens einmal muss man, glaube ich, wirklich einmal sagen: Das Land Tirol war an der Ausschreibung beteiligt. Das war eine gemeinsame Ausschreibung des Bundes **und** des Landes Tirol. Das heißt, Tirol war das Bundesland, das von Anfang an den Auftrag mit vergeben hat. Also eine ganz andere Situation.

Und es war auch klar, das hat Tirol gesagt: Wenn der Bund jetzt nicht ausschreibt, dann machen wir etwas! – So wurde es mir im Nachhinein immer erzählt. Die Beamten des Landes haben immer gesagt: Hätte das BMI nicht ausgeschrieben und ein funktionsfähiges System gebracht, hätten wir allein etwas machen müssen! – Daher dieses gemeinsame Projekt.

Warum haben wir uns am Anfang trotzdem auf Tirol fokussiert? – Weil es natürlich unser Anliegen war, dass wir es dort zum Laufen bekommen – nicht nur technisch, sondern auch taktisch, das heißt, dass die Einsatzorganisationen auch wirklich das System verwenden, sodass wir dann sozusagen die positiven Meldungen von den Einsatzorganisationen in Tirol an die Einsatzorganisationen in den anderen Bundesländern haben.

Das war eine Kommunikation, die haben wir gestalten können, denn – ich sage es Ihnen ganz ehrlich – einem Beamten aus dem Innenministerium hat man in Tirol oder in einem anderen Bundesland überhaupt nicht mehr zugehört. Da war nach ADONIS das Vertrauen weg.

Unser erstes Ziel war es, Vertrauen zu gewinnen und zu zeigen, technisch funktioniert das System. Darum waren wir am Anfang auch so viel in Tirol.

Und der Ausbau hat natürlich in Tirol begonnen, denn dort gab es das klare vertragliche Commitment.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Die Frau Vorsitzende hat mir vorher gedeutet, dass die Redezeit meiner ersten Runde ausgeschöpft ist. Ich komme dann in einer zweiten Runde noch einmal auf Sie zu.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Sehr geehrter Herr Schmerold, Sie haben uns schon gesagt, Sie waren Geschäftsführer bei TETRON – wenn ich es mir richtig aufgeschrieben habe, von 27.4.2004 bis 23.7.2005. Ich nehme an, ich habe es richtig aufgeschrieben.

Sie haben auch gesagt – wenn ich mir die Zahl richtig gemerkt habe –, dass TETRON zwölf Mitarbeiter hatte? (*Dipl.-Ing. Schmerold: Soll ich es gleich berichtigen?*) – Ja, selbstverständlich.

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: In der Ausschreibungsphase – da betrachte ich den Zeitraum von etwa Februar 2004 bis Juni 2004 –, in dieser Phase hat das Kernteam, das an dem Angebot gearbeitet hat, zwölf Personen umfasst.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Wie viele waren es dann in weiterer Folge während Ihrer Geschäftsführungstätigkeit?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Sie müssen sich TETRON als eine sehr schlanke Projektorganisation vorstellen. Unser Ziel war es immer, bei TETRON tunlichst keine eigenen Mitarbeiter anzustellen. Das waren auch die klaren Anregungen, die wir aus den Personalabteilungen der Mutterhäuser hatten. Man wollte ganz einfach nicht eigene dienstrechtliche und sonstige Verpflichtungen in der Projektgesellschaft haben, sondern das Personal der TETRON hat sich zum Großteil aus Entsendungen der beiden Mutterhäuser rekrutiert.

Das haben wir nicht ganz durchgehalten. Wir haben dann nach und nach auch Mitarbeiter direkt vom Markt bei TETRON angestellt. Der überwiegende Teil der Mitarbeiter hatte aber Dienstverträge entweder von Motorola oder von Alcatel und war in die TETRON entsandt.

Der gesamte Mitarbeiterstand der somit entsandten und fix angestellten Mitarbeiter der TETRON ist meiner Erinnerung nach, ich habe jetzt die genauen Zahlen nicht mehr, wir haben sicher mit einer Handvoll angefangen und hatten dann zwischen 25, 30 und 35 Mitarbeitern.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Aber im Wesentlichen kann man sagen, bei TETRON ist das Projektmanagement gelegen, das heißt, Sie als Geschäftsführer haben über die wesentlichen Projektmanagementvorgänge Bescheid gewusst?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Absolut. Das war eine lebendige Firma. Wir haben am Firmenstandort die Büros gehabt, die Mitarbeiter haben dort ihre Arbeitsplätze gehabt.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Das war sozusagen ja auch das Kerngeschäft der TETRON (*Dipl.-Ing. Schmerold: Absolut!*), das Projektmanagement. Insofern war klar, Sie kennen die wesentlichen Akteure und die wesentlichen Strategien im Zusammenhang mit dem Projekt.

Dann bin ich relativ verwundert, dass Sie **Valurex** nicht kennen.

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Ist nie aufgetaucht im Projekt. Nie!

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Das heißt, Sie sagen, Valurex hat nichts mit dem Projekt TETRON zu tun, wenn ich Sie richtig verstehe.

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Nichts, was *meine Wahrnehmung* betrifft. Wenn Valurex offensichtlich mit unserem Shareholder einen Vertrag gehabt hat, dann mag das sein, aber sie sind mir gegenüber oder uns gegenüber in der Geschäftsführung nie aufgetreten. Ich habe nie ein Meeting mit einem Vertreter dieser Firma gehabt.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Ich halte fest, Sie haben über die wesentlichen Vorgänge bei Projektmanagement und -strategien im Zusammenhang mit dem Projekt Bescheid gewusst, Valurex aber nicht gekannt. Dann müssen wir uns anschauen, was der Inhalt des Vertrags war zwischen Valurex und einem Shareholder, nämlich Motorola.

Es hat zwei Verträge gegeben, der eine Vertrag war im November/Dezember 2004, da wurden Provisionszahlungen im Zusammenhang mit Infrastrukturleistungen mit Valurex verrechnet. Und nach diesem Vertragswerk soll es – das ist jetzt sozusagen aus dem Vertrag herauszufiltern – um Consulting, Vertretung und Vermittlung gegangen sein.

Meine Frage: Wenn Sie über sämtliche wesentlichen Vorgänge im Zusammenhang mit dem Projekt TETRON, Strategien, Projektmanagement, Bescheid gewusst haben, wieso ist Ihnen Valurex unbekannt, wenn die auf der anderen Seite offensichtlich im

Bereich Infrastruktur – erster Vertrag – wesentliche Vermittlungsleistungen und Consultingleistungen erbringen?

Das ist mir ein Rätsel. Ich glaube Ihnen übrigens die erste Aussage, dass Sie über die wesentlichen Dinge des Projektes TETRON Bescheid wussten.

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Das hoffe ich sehr stark, dass Sie mir nicht ungläubig gegenüber treten.

Aber by the way, Sie haben es völlig richtig gesagt: Offensichtlich gab es da einen Vertrag, den Sie deutlich besser kennen als ich, denn ich kenne ihn gar nicht, zwischen dieser Firma und Motorola.

Ich war Angestellter der Alcatel, entsandter Geschäftsführer in die TETRON. Ich kann mich jetzt nur fürchterlich aufregen, dass mir mein Partner offensichtlich nicht alles offengelegt hat, aber so ist das nun einmal.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Ich würde einmal vermuten, dass das einen Grund hat, und wir versuchen, diesen Grund hier im Untersuchungsausschuss herauszufinden.

Aber insofern halte ich Ihre Aussage, dass Sie über die wesentlichen Dinge Bescheid wussten und über Valurex nicht Bescheid wussten, für wichtig, weil damit nahe liegt, dass es möglicherweise einen Vertrag gegeben hat, wo Provisionen geflossen sind, ohne dass eine reale Leistung dahintergestanden ist.

Ich halte noch einmal fest: Laut Valurex hätte es Consulting gegeben, Vermittlung und Vertretung, aber Sie als wesentlicher Projektmanager wissen von dieser Leistung nichts!

Jetzt gibt es eben nur zwei Interpretationen: Entweder haben Sie doch nicht alles gewusst – aber Sie haben sehr überzeugend hier dargelegt, dass Sie Bescheid wussten, weil Sie sozusagen auch im Kern des Projekts saßen –, oder es hat die Leistungen nicht gegeben.

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Was soll ich auf diese Frage antworten? Sie ist etwas suggestiv gestellt. Ich kann das nur so stehen lassen.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Sie können es auch als Feststellung nehmen. Ich glaube, dass Sie als wesentlicher Projektmanager in diese Richtung keine erklärende Anmerkung machen können.

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Ich kann Ihnen nur noch einmal bestätigen, dass ich keine Wahrnehmung darüber hatte.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Es gibt da noch einen zweiten Vertrag, reden wir über den, der war am 8.7.2005. Da geht es um eine Provision für 20 000 Endgeräte, das sind Handygeräte.

Wie ist da eine Provisionszahlung an eine Firma Valurex denkbar? Ist Ihnen im Zusammenhang mit einem Handykauf irgendeine Consulting- oder Vermittlungsleistung erinnerlich?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Den Teil kann ich Ihnen insofern ein wenig beleuchten, als die Endgeräte ganz klar Lieferleistung der Motorola waren. Sie waren mit ausgeschrieben in der Ausschreibung. Das heißt, Motorola hat hier als Teil seiner Leistung auch Endgeräte angeboten. Wir haben aber auch – und wir mussten auch in der Ausschreibung andere Endgeräte anbieten – andere Fabrikate angeboten gehabt.

Es gab dann die ersten Bestellungen von den Einsatzorganisationen, nicht nur vom Innenministerium, sondern natürlich auch von den BOS-Organisationen, und die

Bestellungen, die meisten davon, liefen über die TETRON, wurden aber direkt von Motorola abgewickelt. Die TETRON hat also mit dem Endgerätgeschäft per se nichts zu tun gehabt, außer, dass eine Handling Fee in der TETRON verblieben ist.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Ich muss jetzt zum Verständnis nachfragen: Wer hat denn die Entscheidung getroffen, dass man Motorola nimmt und nicht einen anderen Anbieter, den Sie offensichtlich auch im Projekt hatten?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Die jeweilige Einsatzorganisation. Das waren die Nutzer, die das getroffen haben.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Ist das im Rahmen eines Vergabeverfahrens abgewickelt worden?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Die Endgeräte. – Wir haben mehrere Fabrikate angeboten, und die waren alle Teil der Beauftragung, des Zuschlags. Und dann lag es mehr oder weniger an den einzelnen Organisationen, daraus auszuwählen. Oder aber, das war auch immer wieder ein Thema, natürlich andere Geräte, wo TETRON die Rolle hatte, diese zu zertifizieren, das heißt sicherzustellen, dass die Geräte mit dem System einwandfrei funktionieren und auch alle Security-Aspekte beinhalten und dann solcherart zertifizierte Geräte natürlich auch von Einsatzorganisationen direkt beschafft werden können, was meines Wissens auch passiert ist in einigen Fällen. Es haben Einsatzorganisationen direkt Geräte beschafft, was auch im Sinne des Gesamtkonstruktes war, denn unsere Hauptaufgabe war, das Netz zu bauen und das Netz zu betreiben. Das Endgerätethema war nie im Fokus.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Kommen wir noch einmal zurück zu den Provisionen für Infrastruktur, weil das offensichtlich gar nicht zu erklären ist, wenn ich Sie richtig interpretiere. Ist überhaupt eine Provision denkbar? Denn es hat ja TETRON das gesamte Projekt übernommen, und mit dieser Übernahme war im Prinzip dann auch die Leistungserbringung entschieden.

In welchem Zusammenhang sind überhaupt Provisionen denkbar?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Ich kann es mir nicht vorstellen. Ich sehe keine Notwendigkeit, da irgendwo Provisionen zu zahlen für etwas im Bereich vor allem Infrastruktur, so wie Sie es gesagt haben.

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Wo es entweder bereits den Zuschlag gegeben hat – dann macht eine Provision keinen Sinn, denn dann hat es ja den Zuschlag schon gegeben –, oder aber es hat den Zuschlag noch nicht gegeben. Und wenn ich richtig informiert bin, ist das Ganze ja im Rahmen eines Vergabeverfahrens vergeben worden. Dann ist eigentlich eine Vermittlungstätigkeit schwer erklärbar.

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Ich kenne sie nicht, und damit kann ich es auch nicht erklären. Seitens Alcatel haben wir auch keine geleistet. Was hier Motorola gemacht hat, entzieht sich wirklich meiner Kenntnis.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Herr Dipl.-Ing. Schmerold! Bei der Erstvergabe war ja Alcatel als Subunternehmer involviert. Können Sie uns sagen: Wer hatte vonseiten Alcatel damit zu tun? Waren Sie das? Oder wer war da involviert von Ihrer Gesellschaft?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Direkt die Alcatel war bei der Erstvergabe **nicht** involviert. Die Involviertheit rührt daher, dass Alcatel im Jahr 2003, genau war es im August, den Geschäftsbereich Telekom der Firma ABB in Österreich gekauft hat. ABB-Österreich hatte Verträge mit master-talk zur Errichtung von Funkstationen, und dieses Geschäft ist von uns gekauft worden im August 2003 im Zuge dieses Übergangs. ABB

hat diese Geschäftssparte an uns verkauft, aber wo wirklich das Projekt ADONIS, hat es geheißen, vergeben wurde, war Alcatel nicht involviert.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Als Sie dann durch den Kauf des Geschäftsbereiches Telekom der ABB involviert waren: Wofür war dann die Alcatel zuständig?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Für die Errichtung von Funkstationen. Wir waren Auftragnehmer der master-talk-Firma und haben, so wie auch zwei oder drei andere Unternehmungen, Funkstationen errichtet.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Welchen Eindruck hatten Sie von diesem ganzen Projekt? Herr Dipl.-Ing. Mauser vom Rechnungshof, der hier war als erste Auskunftsperson vorige Woche, hat betont, und auch einige, die diese Woche hier waren, haben betont, dass seinerzeit bei der Ausschreibung und dann letztendlich beim Zuschlag das Konsortium master-talk gar nicht wusste, worauf es sich einlässt, die Kriterien waren nicht so genau definiert. Man könnte den Eindruck bekommen, dass master-talk dann durchaus auch froh war, wie das Ganze dann geplatzt war und der Vertrag aufgelöst wurde, weil sie eigentlich damit rechnen mussten, dass sie vielleicht noch extrem hohe Kosten zusätzlich haben, wenn das letztendlich dann positiv funktionieren soll. Es gab ja auch sehr, sehr starke und immer wiederkehrende und nicht auszuräumende Meinungsverschiedenheiten.

Ist Ihnen das gleich bewusst geworden im Zuge des Projekts? Oder wann ist Ihnen das bewusst geworden, dass es hier zu solchen Reibereien und Meinungsverschiedenheiten gekommen ist?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Mir ist es überhaupt nicht bewusst geworden, weil ich, wie gesagt, erst im Februar 2004 seitens Alcatel mit dem Thema Behördenfunknetz befasst wurde und ich in den Kauf der ABB-Telekom-Sparte im Jahr 2003 seitens Alcatel noch nicht involviert war. Ich habe erst im Jahr 2004 diesen Service-Geschäftsbereich bei Alcatel übernommen.

Faktum ist aber natürlich, dass ich es in der Folge dann schon gesehen habe, weil ich dann zumindest wissentlich *einen* Verhandlungstermin bei der master-talk in den Räumlichkeiten der master-talk hatte, wo wir über die Abgeltung unserer Leistungen verhandelt haben und natürlich auch versucht haben, den Schaden aus der Insolvenz möglichst gering zu halten, weil wir ganz einfach versucht haben, zu sehen, inwiefern Funkstandorte, die gebaut oder teilweise gebaut wurden zu dem Zeitpunkt, für das Nachfolgeprojekt in Frage kommen.

Die Vermutungen, die Sie gesagt haben, die kann ich aus eigener Wahrnehmung jetzt nicht bestätigen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wann haben Sie denn erfahren, dass der Vertrag aufgelöst wird? Denn zu diesem Zeitpunkt müsste ja Alcatel dann bereits?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Das war bei uns sicher ein Thema in der Geschäftsleitung der Alcatel, auf jeden Fall schon im Spätherbst 2003, also relativ bald, nachdem wir die Firma gekauft haben, die wir übrigens aus einem anderen Grund gekauft haben; nicht wegen der master-talk-Aufträge, die sie hatten, die waren halt Teil des Geschäftes. Relativ bald danach ist es natürlich bei uns intern zum Thema geworden, ob uns da in der Bewertung der Firma ein Fehler unterlaufen ist.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Dann ist also der Vertrag aufgelöst worden, und dann haben Sie wahrscheinlich selbst auch bemerkt, dass für die Alcatel hier auch ein Schaden erwächst? Sie haben vorher gesagt: 3 Millionen €.

Ab wann haben Sie sich dann entschieden, bei einer Neuvergabe mitzubieten?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Der Entscheidungsprozess war ein langer. Die prinzipielle Entscheidung, sich mit diesem Projekt auseinanderzusetzen, ist ganz offensichtlich bei uns im Februar gefallen, weil im Februar wurde ich ersucht, mich des Themas anzunehmen, und habe eben begonnen, an dem Projekt zu arbeiten. Im April ist die Ausschreibung herausgekommen, und dann haben wir begonnen, in der Projektgruppe zu arbeiten. Es war allerdings natürlich wie so oft bei großen Projekten bis zum Schluss, bis zur Abgabe des rechtsverbindlichen Angebotes, nicht hundertprozentig sicher, ob wir abgeben, weil die entsprechenden Genehmigungsläufe und Runden in den Konzernen erst natürlich knapp vor Abgabe stattfinden können, weil man dann erst das Zahlenwerk und alles beisammen hat.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wer hat Sie damals gebeten?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Der Auftrag ist an mich ergangen vom damaligen Vorstand und der Geschäftsführung der Alcatel Austria, und das waren Reinhard Hutter und Franz Hofbauer. Das waren damals die beiden Vorstände.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Hofbauer und Hutter? (*Dipl.-Ing. Schmerold: Ja!*) – Und Sie haben gesagt, dann gab es ein Projektteam. Ich gehe davon aus, Sie reden von einem Projektteam nur von der Alcatel oder schon mit beiden, Alcatel und Motorola, und die Telekom war ja da auch noch dabei, oder?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Zu dem Zeitpunkt sind bei uns noch die Überlegungen gelaufen, wie wir uns engagieren können, weil ja wir selbst eben nicht diese Technologie hatten, sondern uns als Servicepartner gesehen haben. Die Entscheidung für das Zusammengehen mit Motorola und Telekom Austria ist schon im Februar sehr klar gewesen, weil wir eigentlich ab Februar gemeinsame Projektsitzungen hatten.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wer war denn in dem Projektteam dabei?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Im Projektteam waren dabei jeweils von den drei Unternehmen – ich habe es ohnehin in meinem Eingangsstatement erwähnt –: Ich vonseiten Alcatel, Ing. Semlegger vonseiten Motorola und Dipl.-Ing. Rauscher vonseiten Telekom Austria. Jeder hat einen Finanzexperten oder einen Business-Mann dabeigehabt, man hat also sozusagen gemeinsam das Geschäftsmodell erarbeitet. Wir hatten die internen Juristen dabei, wir hatten natürlich Techniker dabei – darum bin ich eben vorher auf diese in etwa zwölf Personen gekommen, die wirklich das Kernteam gebildet haben.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): War in diesem Projektteam rund um dieses Angebot auch der Herr Mag. Himmer dabei? (*Dipl.-Ing. Schmerold: Nein!*) Ich möchte nämlich zum Abschluss dieser Runde schon einmal zu bedenken geben: Der Herr Kollege Petzner hat das vorher betont, und Sie haben ihm auf die Frage dieser Provision oder dieses Vertrages mit MPA geantwortet, dass es sich hier um die Betreuung und den Ausbau des ungarischen Marktes gehandelt hat. Und der Herr Kollege Petzner hat auch noch einmal den Herrn Schieszler in den Ausschuss mit hereingebracht und hat gemeint, der Herr Himmer hätte auch hier interveniert für den Herrn Mensdorff.

Ich möchte schon noch einmal festhalten für das Protokoll, dass von **allen**, die hier waren – und es waren immerhin schon fast 60 Personen hier im Ausschuss, und viele, die der Herr Schieszler da in seinen zahlreichen Einvernahmen belastet hat oder erwähnt hat –, **keine** dieser Personen jemals das bestätigt hat, was Herr Schieszler gesagt hat. Also ich gebe zu bedenken, dass das, was der Herr Petzner vorher gesagt hat, wahrscheinlich genauso verpuffen wird wie alles, was der Herr Schieszler vorher gesagt hat.

In der ersten Runde haben wir keine Fragen mehr. Danke.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Das ist schon richtig, was die Frau Tamandl sagt. Daher versuchen wir auch, den Herrn Schieszler in den Ausschuss zu bekommen. Ich habe aber lediglich eben aus den Akten korrekt zitiert, was der Herr Schieszler sagt. Daher wollen wir auch den Herrn Schieszler im Ausschuss haben.

Ich habe zum Zweiten betont und extra gesagt, der Herr Schieszler hat einen Kronzeugenstatus, und jeder weiß, was der Kronzeugenstatus im Hinblick auf die Wahrheitspflicht bezüglich getätigter Aussagen bedeutet. Aber wir werden ohnehin in der zweiten Runde weiter fragen zu dieser Thematik, und wir glauben, dass wir da noch einiges Erhellendes auch für die Frau Kollegin Tamandal zutage fördern werden können.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich möchte noch einmal betonen, Herr Abgeordneter Petzner, dass jetzt auch gerade die Auskunftsperson gesagt hat, dass der Herr Mag. Himmer überhaupt nicht in das Ganze involviert war. Vielleicht berücksichtigen Sie das auch bei Ihrer dann nachfolgenden Frage.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Herr Dipl.-Ing. Schmerold, die bisherige Befragung hat eigentlich ein sehr differenziertes Bild über das Verhältnis Alcatel und Motorola ergeben. Offensichtlich wurden Sie da über einige nicht unwesentliche Vorgänge innerhalb von Motorola, was aber auch TETRON betraf, nicht informiert.

Meine Frage daher: Wie war grundsätzlich das Verhältnis zwischen den Vertretern ..., also Ihrerseits beziehungsweise den Vertretern von Motorola in der Geschäftsführung?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Faktum ist natürlich, dass das auch keine Liebeshochzeit war, sondern eine Zweckgemeinschaft. Die beiden Firmen sind ganz normal am Weltmarkt Mitbewerber in vielen Bereichen, und es gibt halt dann immer wieder Projekte oder Länder, wo man sich dann eben zu einem Konsortium zusammenschließt. Und so war das eben in Österreich der Fall.

Wir mussten uns auch erst gegenseitig kennenlernen und gewisse Vertrauensbasen herstellen. Es gab natürlich auch wechselnde Mitarbeiter auf beiden Seiten. Es gab immer wieder Meetings, wo Vertreter aus den jeweiligen Konzernzentralen dazugekommen sind, die man überhaupt nicht kannte und die dort auch immer wieder versucht haben, die Eigeninteressen des Unternehmens stärker zu vertreten als die des Gesamtprojektes. Das heißt, alles in allem war das natürlich eine Zusammenarbeit, die schon davon geprägt war, dass man auch immer wieder die Interessen des eigenen Unternehmens schützen musste im Gesamtkontext.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Aus Ihrer sehr vorsichtigen Antwort schließe ich oder eröffnet sich der Rückschluss, dass es eigentlich kein großes Vertrauensverhältnis gegeben hat innerhalb der – wenn auch zielgerichteten – Arbeit im Gesamtprojekt, aber kein großes Vertrauensverhältnis innerhalb der Vertreter von Alcatel, also gegenüber Alcatel und Motorola?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Na ja, es ist selbstverständlich so, dass wir sehr ernste Diskussionen intern geführt haben ob der jeweiligen Leistungsfähigkeit des Partners. Wir haben permanent bei Motorola hinterfragt, ob das Produkt funktioniert, weil wir waren mitgefangen, mitgehungen. Hätte das System nicht funktioniert, wäre das Projekt „in die Hosen gegangen“, hätten wir natürlich unseren Anteil, unser Eigenkapital auch verloren. Das heißt, wir haben natürlich Motorola massiv Druck

gemacht, dass das System funktioniert. Motorola ihrerseits hat bei uns massiv Druck gemacht, dass wir den Aufbau, also diesen zeitgerechten Ausbau der Funkstationen auch schaffen. Und da gab es natürlich permanent gegenseitige Kontrolle und Herausforderung, die Sachen schneller oder günstiger zu machen, aber das ist nichts Ungewöhnliches in solchen Projekten, wo mehrere Firmen zusammenarbeiten.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Wie würden Sie das Arbeitsverhältnis zwischen Ihnen und den Vertretern von Motorola, also dem Herrn Wirth und insbesondere dem Herrn Krumpel beschreiben?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Das Arbeitsverhältnis mit den beiden genannten anderen Geschäftsführern war im Großen und Ganzen in Ordnung. Faktum ist natürlich, dass beide Herren nahezu vollzeitig als Geschäftsführer für das Unternehmen und damit für das Projekt gearbeitet haben, ich nebenbei allerdings in der Alcatel einen Geschäftsbereich mit über 1 000 Mitarbeitern zu führen hatte und sich damit mein zeitliches Engagement auf ein, eineinhalb Tage pro Woche beschränkt hat. Aber ich war telefonisch mit den beiden Genannten immer in Kontakt, und wir haben da zusammengearbeitet, keine Frage.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Wusste man bei Alcatel, dass Mag. Krumpel als ehemaliger Kabinettschef auch mit dem Projekt ADONIS betraut war?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Ja, das war uns natürlich bekannt, was insofern auch nicht von Nachteil war, als natürlich schon öfter die Frage an ihn gestellt wurde: Was machen wir, oder was können wir besser machen, als es aus Ihrer Sicht oder aus deiner Sicht das Vorgängerprojekt gemacht hat?

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Aber gab es da nicht Bedenken hinsichtlich einer schlechten Optik? Immerhin war ja Mag. Krumpel zu einer Zeit mit ADONIS beschäftigt oder noch zu einer Zeit im Kabinett, wo ja ADONIS scheiterte, wo er dann das Kabinett verließ, um anschließend bei der Nachfolgefirma oder dem Nachfolgekonsortium, nämlich TETRON, wieder einzusteigen. Haben Sie sich da seitens, sage ich einmal, Verantwortungsbereich TETRON nicht Gedanken darüber gemacht, dass das unter Umständen eine nicht gerade optimale Optik ergeben könnte?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Das Thema war uns und mir persönlich natürlich bewusst, und ich habe das intern reflektiert mit Kollegen. Am Ende des Tages waren uns jedoch auch die Hände gebunden, denn Motorola hatte das Recht, einen Geschäftsführer zu entsenden. Was wir machen hätten können, wäre gewesen, ein Misstrauen auszusprechen, aber dann wäre die Firma und das Projekt auseinandergebrochen. Dafür gab es ja auch überhaupt keine Anhaltspunkte. Nur weil er in der Vergangenheit im Ministerium war, gab es ja nicht per se einen Grund, ihn als Geschäftsführer abzulehnen.

Noch einmal, Herr Krumpel genauso wie Herr Wirth waren die beiden von Motorola entsandten Geschäftsführer, die ihnen laut Gesellschaftervertrag zustehen. Genauso wie Alcatel eine Geschäftsführerposition zugestanden ist. Da gab es also keine Möglichkeit, aber auch keine Veranlassung, muss ich dazusagen.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Es ist ja so, dass die Firma TETRON natürlich bestrebt war oder noch immer bestrebt sein wird, den Vertrag mit dem Innenministerium zu erfüllen, nämlich den Leitungsausbau und die Netzabdeckung voranzutreiben.

Frage: Welche Art von besonderen Werbeaufwendungen oder besonderen finanziellen Ausschüttungen gab es seitens der Firma TETRON neben inhaltlichen Gesprächen mit Organisationen und Bundesländern?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Da ist mir jetzt spontan nichts bewusst. Ich meine, es gab natürlich immer wieder Anfragen seitens des Ministeriums, dass wir gewisse Leistungen erbringen sollten, die aus unserer Sicht nicht unbedingt zu dem Zeitpunkt schon Teil des Leistungsgegenstandes waren. Konkretes Beispiel: Es gab den dringenden Wunsch, die Universiade, das ist die Jugend-Olympiade in Innsbruck, schon mit dem Digitalfunk auszustatten. Das heißt, wir mussten schneller als ursprünglich geplant, eine Teilinbetriebnahme des Netzes vornehmen. Wir haben uns darauf geeinigt.

Da gab es sogar eine eigene Zusatzvereinbarung, die das geregelt hat, und haben es gemacht, weil wir auch überzeugt waren, dass ein erfolgreicher **Testbetrieb**⁸ oder Pilotbetrieb bei so einer Veranstaltung ganz einfach dem Gesamtprojekt extrem hilft hinsichtlich der Glaubwürdigkeit und beim Vertrauen der Einsatzorganisationen.

Da gab es immer wieder so Überlegungen, bei der Veranstaltung oder bei dem Großevent schon präsent zu sein, obwohl es im ursprünglichen Rollout-Plan gar nicht vorgesehen war. Es gab da also seitens TETRONs und seitens der Shareholder schon sehr viel zusätzliches Commitment.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Ich frage Sie deswegen, weil Mag. Krumpel bei seiner Befragung auf Nachfragen zugegeben hat, Listen für Jagdeinladungen erstellt zu haben, er aber nicht sagen konnte, wer diese bezahlt hat.

Jetzt meine Frage an Sie: Können Sie mir sagen, wer diese Jagdeinladungen, die Mag. Krumpel in seiner Zeit als Geschäftsführer der TETRON organisiert hat, bezahlt hat?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Die Auskunft kann ich Ihnen nicht geben, weil ich von Jagdeinladungen nichts wusste. Ich kann es Ihnen leider nicht beantworten.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Schließen Sie aus, dass diese von der Firma TETRON bezahlt wurden?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Ich kann es nicht hundertprozentig ausschließen, weil ich ganz einfach nicht die Buchhaltung der Firma TETRON gemacht habe. Wir haben aber natürlich in den Shareholder-Meetings, also dort, wo wir als Gesellschaftsvertreter waren, immer wieder die Bilanz, die GuV und die einzelnen Budgetposten angesehen. Ich habe jedoch natürlich nie bis auf die Belegebene hinunter eine Prüfung durchgeführt, was alles abgerechnet wird. Ich kann es also von daher nicht ausschließen; ich kann es mir aber auch nur sehr schwer vorstellen, dass das so gewesen wäre.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Verständnisfrage: Sie können es sich schwer vorstellen, dass das TETRON bezahlt hat? (*Dipl.-Ing. Schmerold: Ja!*) – So bleibt wahrscheinlich nur eine Fremdfinanzierung. Können Sie sich vorstellen, wer das finanziert hat?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Ich kann Ihnen das nicht beantworten. Mir sind auch keine durch TETRON ausgesprochenen Einladungen bekannt, weil ich selbst weder eine ausgesprochen noch eine angenommen habe. Mir ist dieser Umstand, dass es von der TETRON Einladungen gegeben hätte, schlicht und einfach nicht bewusst, nicht bekannt.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Und ähnlich gelagerte Werbeveranstaltungen seitens der TETRON schließen Sie aus? (*Dipl.-Ing. Schmerold: Ja!*) – Eine letzte Frage noch in dieser Runde: Ist Ihnen Ernest Gabmann bei der TETRON bekannt?

⁸ Korrektur gemäß § 23 Abs. 4 VO-UA (siehe Anhang)

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Ja, selbstverständlich. Ernest Gabmann war Mitarbeiter der TETRON auch noch zu einem Zeitpunkt, als ich Geschäftsführer war, und war unser Gesamtprojektleiter.

(Obfrau-Stellvertreterin Tamandl übernimmt den Vorsitz.)

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Ich frage Sie, weil mich interessiert, wie Herr Ernest Gabmann, der ja immerhin Sohn des ehemaligen Landesrates und stellvertretenden Landeshauptmanns von Niederösterreich ist, zu Ihrer Firma, sprich zu TETRON, gekommen ist beziehungsweise welche Qualifikationen ihn dazu befähigt haben?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Die Einstellung von Ernest Gabmann ist mir bekannt gemacht worden, wurde aber seitens des Haupteigentümers durchgeführt. Ich kann Ihnen aus dem Gedächtnis jetzt nicht einmal sagen, ob Herr Gabmann einen Dienstvertrag von Motorola oder von TETRON hatte. Ich vermute eher, dass er einen von Motorola hatte.

Warum war das für mich nachvollziehbar? – Weil in unserer internen Verantwortlichkeitszuordnung, die wir zwischen den beiden Eigentümern hatten, die Gesamtprojektleitung ganz klar Verantwortung von Motorola war. Das heißt, sie hatten den Projektleiter zu stellen.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Verständnisfrage, abschließend: Ernest Gabmann ist über die Schiene Motorola zu TETRON gekommen?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: So würde ich es sagen, ja.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Sie schließen aus, dass er von Alcatel gekommen ist?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Ja, definitiv.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir haben von Ihnen vorhin schon gehört, dass Himmer das Engagement Herrn Mensdorffs für den ungarischen Markt angeregt hat. Welche Informationen zu Ungarn hat Herr Mensdorff denn geliefert? Was genau hat er denn da berichtet?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Wie gesagt, habe ich mich auf eine Befragung zum Thema TETRON vorbereitet und alle Sache rundherum. Dass Sie mich jetzt schon wieder zu Ungarn befragen, macht mich ein bisschen unglücklich, denn da kann ich Ihnen naturgemäß nicht so viel sagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, das glaube ich schon, dass Sie das unglücklich macht.

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Im Sinne dessen jedoch, dass Sie auch zu Ihren Antworten kommen: Die Aufgabe war ganz einfach, uns gewisse Projekte nahezubringen und uns als Alcatel bei gewissen Firmen bekannt zu machen. Ganz konkretes Beispiel, weil ich persönlich davon betroffen war: Der ungarische Elektrizitätsversorger MVM, war ein potenzieller Kunde, bei dem wir nie ein Geschäft gemacht haben, nie, nicht einmal zu Ausschreibungen eingeladen wurden. Relativ bald, nachdem wir begonnen haben, mit der MPA zu arbeiten, wurde ich zu einem Präsentationstermin eingeladen. Ich habe dort unser Leistungsspektrum präsentiert, und wir wurden dann sogar zu einer Ausschreibung eingeladen, in deren Rahmen sich MVM im Bereich Telekommunikationseinrichtungen unter Anbietern umgesehen hat. Für mich war das ein ganz klarer Erfolg dieser Positionierungsarbeit durch die MPA.

Ein anderes Beispiel: Wir haben auch mit der MAV zu tun gehabt – das war allerdings nicht mein Geschäftsbereich, das muss ich gleich dazusagen –, wobei es um die

Eisenbahnsicherung gegangen ist. Es war ganz einfach erforderlich und sinnvoll, die Alcatel neu zu positionieren, nachdem das lokale Management ganz eindeutig versagt hatte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und die schriftlichen Berichte, die Herr Mensdorff geliefert hat? Sie haben ja vorhin auf die schriftlichen Berichte verwiesen. Welche Informationen in diesen schriftlichen Berichten waren denn besonders wertvoll?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Ich kann mich jetzt nicht erinnern, dass ich auf schriftliche Berichte verwiesen hätte, aber die gab es natürlich. In jedem Quartal in etwa haben wir einen Bericht bekommen. Dort standen die aktuellsten Entwicklungen sowohl auf der politischen als auch auf der wirtschaftlichen Seite des Landes drinnen, der Status von Projekten wurde berichtet und bewertet, ob sie für Alcatel von Interesse sein oder werden könnten oder nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben vorhin gesagt, Sie hätten die entsprechenden Reports in den Akten. Wir haben diese Reports auch hier vorliegen. Faktum ist, dass, wie bereits von den Ermittlern festgestellt wurde, zwischen 28. Dezember 2005 und 6. September 2007 insgesamt 719.970 € seitens Alcatel an die MPA Budapest überwiesen wurden. Dazu gibt es auch diesen Vertrag, den wir bereits diskutiert haben, und dazu gibt es dann diese Berichte des Herrn Mensdorff-Pouilly als konkreter schriftlicher Leistungsnachweis.

Wir haben die alle gelesen, die sind alle auf Englisch verfasst. Es gibt acht Reports zu jeweils zirka 15 Seiten, Gesamtkosten 720 000 €, macht pro Seite 6 500 €. Eine Seite kostet also 6 500 €. Und da berichtet Herr Mensdorff-Pouilly – ich nenne nur zwei Beispiele – so interessante Dinge wie – ich übersetze das jetzt auf Deutsch, es ist auf Englisch geschrieben –: Der Premierminister der Republik Ungarn ist Ferenc Gyurcsány. Er ist geboren am 4. Juni 1961. – Eine ganz wichtige Information, die Herr Mensdorff da liefert.

Ein zweites Beispiel: Es wurde erwartet, dass die ungarischen Wahlen knapp ausgehen. And so it was. – Also: So ist es auch gekommen. Die neue Regierung wird aus 11 Ministern bestehen, vorher waren es 17 Minister. – Und so geht das dahin. Das sind also die Informationen, die Herr Mensdorff um 720 000 € liefert, die in jeder Tageszeitung, im Internet sofort nachlesbar sind. Man braucht gar nicht ins Internet zu schauen, sondern das sagt mir schon die Allgemeinbildung, dass Herr Gyurcsány damals Premierminister in Ungarn war, und das Geburtsdatum finde ich mit einem Blick auf Wikipedia auch heraus.

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Könnten Sie eine Frage stellen, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja. – Das Wahlergebnis in Ungarn ist auch nicht etwas sensationell Spannendes, das ich konkret für Geschäfte brauche.

Das heißt, zusammengefasst gesagt: Für mich sind alle diese Berichte – noch einmal: eine Seite zu 6 500 € – völlig wertlos, weil wertlose Informationen darin enthalten sind. Das sind in Wahrheit irgendwelche Papierln, die Zahlungen rechtfertigen sollen.

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Können Sie eine Frage stellen, Herr Petzner!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Daher möchte ich Sie noch einmal fragen: Was konkret wurde mit diesen Berichten gemacht? In welcher Form wurden diese Berichte verwendet? Was hat man zum Beispiel mit der Information von Herrn Mensdorff

gemacht, dass der ungarische Regierungschef im Jahr 1961 geboren wurde, aus Pápa stammt und **Ferenc Gyurcsány** heißt?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Danke für die Simultanübersetzung, Herr Abgeordneter! Ich kenne die Berichte natürlich, und habe sie auch auf Englisch gelesen und verstanden. Für mich war die Übersetzung also nicht erforderlich. Und beim Seitenpreis, das sage ich Ihnen ganz ehrlich, würde ich auch etwas vorsichtig sein, denn da gibt es höhere Seitenpreise in der Republik Österreich.

Zu Ihrer Frage, die dann am Schluss ja doch noch gekommen ist, ganz ehrlich gesagt: Sie müssen sich das schon so vorstellen, dass das eine schriftliche Dokumentation ist und dass das andere ganz einfach Aktivitäten sind, die im Markt stattfinden. Wenn die Firma MPA es schafft, Alcatel durch Gespräche mit Vertretern einer staatlichen Firma in Ungarn so zu positionieren, dass wir dort zu einer Ausschreibung und zu einem Präsentationstermin eingeladen werden, dann hat das für mich einen Wert, der weit über das, was in dem geschriebenen Bericht drinnen steht, hinausgeht. – So müssen Sie das Ganze, bitte, sehen.

Über die Wertigkeit der Beauftragung hat natürlich firmenintern entschieden zu werden. Das ist aus meiner Sicht keine politische Entscheidung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Schauen Sie, die Staatsanwaltschaft hat ja wie gesagt ermittelt. Konkret wurde der Leiter der Rechtsabteilung von Alcatel, Mag. Bernhard Mayr, auch gebeten, diese Zahlung von 720 000 € zu erklären. Der hat gesagt, es war nur für den Bereich Ungarn, jeweils 30 000 € pro Monat, das heißt in Summe 720 000 €. Dann hat er freiwillig Leistungsnachweise übergeben, und die Leistungsnachweise, die einzigen, die bis heute vorliegen, sind diese komischen Berichte da. Das sind diese Zetterln, wo drinnen steht, dass man zum Flughafen nur mehr eine halbe Stunde braucht, dass der ungarische Ministerpräsident Gyurcsány heißt und wie die Wahlen ausgegangen sind.

Ich zitiere hier also nur aus Unterlagen und frage mich daher: Was war die große Leistung des Herrn Mensdorff, die der Firma Alcatel 720 000 € wert war, wenn Herr Schieszler noch dazu sagt: Dahinter steckt ganz etwas anderes. Das war der Alcatel-Anteil in Sachen Behördenfunknetz. Er sagt, Himmer habe für den anderen Teil von der Telekom bei ihm interveniert, und zufällig ist es der gleiche Himmer, der bei Schieszler interveniert, dass die Telekom endlich ihren Teil bezahlen soll, der Alcatel auf die Idee bringt, in Ungarn ausgerechnet Herrn Mensdorff zu beschäftigen.

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Herr Kollege Petzner, bitte stellen Sie eine Frage!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also das sind doch sehr viele Zufälle, aber ich habe keine Fragen mehr. – Danke.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Ich möchte gerne wieder zu TETRON zurückkommen. (*Abg. Petzner: Genau dazu habe ich auch gefragt!*)

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Herr Petzner, jetzt ist Frau Kollegin Lapp am Wort! – Bitte.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sie haben vorhin gesagt, dass Sie eineinhalb Tage pro Woche in der TETRON-Geschäftsniederlassung tätig waren, weil Sie auch sonst noch mit einem Job beschäftigt waren, Verantwortung für tausend Mitarbeiter hatten.

Sie haben also nur eineinhalb Tage oder einen Tag in der Woche vorbeigeschaut und gefragt, was es Neues gibt. Jetzt würde mich interessieren, wie sich die Zusammenarbeit mit den anderen Geschäftsführern gestaltet hat.

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Ganz so entspannt war es natürlich nicht, vor allem in der Anfangsphase nicht. Faktum war, dass ich intern nie für das Projekt freigestellt war, ich habe immer meinen anderen Verpflichtungen nachkommen müssen, aber ich habe natürlich dort auch Mitarbeiter gehabt, die das Tagesgeschäft gemacht haben.

Wir haben Geschäftsleitungssitzungen gehabt, wir haben Projektsitzungen gehabt sowohl intern als auch mit dem Auftraggeber, an denen ich in den ersten Jahren fast ohne Ausnahme teilgenommen habe. Der telefonische Kontakt war sowieso permanent herstellbar. Physisch vor Ort, um Unterschriften zu leisten und anderes zu tun, war ich dann nicht einem fixen Tag in der Woche, sondern ich bin zumeist auf zwei Stunden hingefahren und dann wieder meinen anderen Geschäften nachgegangen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Bedeutete für Sie diese Geschäftsführungstätigkeit bei TETRON einen Karriereschub? Würden Sie die Arbeit, die Sie dort geleistet haben, für Alcatel als Erfolg werten? Ich glaube, Sie waren dann bei Alcatel Vice President in Paris. Hat Ihnen das also geholfen, in der Karriere bei Alcatel voranzukommen.

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Also das ist eine schwierige Frage der Einschätzung. Ich würde einmal sagen, es hat mir sicherlich insofern geholfen, als es mich im Konzern einer breiteren Basis bekannt gemacht hat, weil es doch ein sehr anspruchsvolles Projekt war aufgrund dieser Eigenkapital- und Fremdfinanzierung, die wir hier zu stemmen hatten, aber wirklich entscheidend für meine künftige Laufbahn in der Alcatel waren sicherlich andere Projekte.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sie haben vorhin von dieser Konstruktion mit Eigenkapital und Fremdkapital gesprochen. Da beziehen Sie sich auf das, was Sie eingangs erwähnt haben, Investkredit und IKB oder so.– Ist das diese Finanzierungsform?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Es war ja so, dass das Konsortium, also die Industrie, den gesamten Netzausbau finanzieren musste, und die Refinanzierung über monatliche Benützungsentgelte seitens des Bundes zu bewerkstelligen war.

Diesen Finanzierungsbedarf hätten wir am liebsten mit überhaupt gar keinem Eigenkapital gemacht, weil Eigenkapital ist immer das Teuerste, was man in einem Unternehmen investieren kann. Aber es gab seitens der Ausschreibung die klare Anforderung, die Firma zu jedem Zeitpunkt mit mindestens 20 Prozent Eigenkapital auszustatten, weil man eben nicht wollte, dass man eine Firma hat, in der die Eigentümer eigentlich wenig eigenes Risiko drinnen haben.

Das heißt, immer dann, wenn das Projekt größer geworden ist, also wenn der nächste Ausbauschritt gekommen ist, mussten beide Unternehmen jeweils ihre internen Approval-Prozesse ablaufen lassen, den gesamten Businessplan wieder neu evaluieren lassen, damit die nächste Tranche an Eigenkapital freigegeben wurde. Parallel dazu haben wir sehr lange und intensiv mit dem Bankenkonsortium verhandelt und haben erst im Jahr 2006 den Bankenvertrag abgeschlossen, der es uns ermöglicht hat, dann Fremdkapital ohne Sicherheiten durch uns – also durch die Eigentümer – für das Projekt zu ziehen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Wem haben Sie bei Alcatel berichten müssen oder wen haben Sie auf dem Laufenden halten müssen bezüglich der Geschäftsführungstätigkeit bei TETRON?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Meine klare Berichtslinie waren zwei. Das war in Österreich der Vorstand der Alcatel Austria, das war zu dem Zeitpunkt der Dr. Hofbauer, Hutter war es dann nicht mehr, der war schon in Deutschland in der Deutschlandtochter tätig. Aber Hofbauer war damals der Vorstand, das war meine

Berichtslinie. Und die zweite, viel wesentlichere Berichtslinie, weil es sozusagen die Geschäftsverantwortung umfasst hat, war der Vice President Services in Paris, Frédéric Rose, er ist eine Franzose.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Wie oft haben Sie nach Paris berichtet? (*Dipl.-Ing. Schmerold: Wöchentlich!*) – Ich nehme an, Alcatel hat Compliance-Richtlinien für Geschenkkannahme et cetera. – Sie haben genickt. Sie müssen auch ja sagen, damit wir das im Protokoll vermerken können.

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Entschuldigung! Ja, man braucht das. Ich wusste nicht, dass die Frage schon aus ist. Ich habe sie nur begleitet. Entschuldigung! Ja!

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Gab es bei TETRON solche Compliance-Richtlinien?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Wir haben meiner Erinnerung nach damals andere Sorgen gehabt, als intern eigene Richtlinien aufzustellen. Und nachdem die Mitarbeiter von den Unternehmen entsandt waren, haben automatisch die Compliance-Richtlinien der entsendenden Unternehmer gegolten. Wir haben in der TETRON kein eigenes Compliance-Regelwerk gehabt.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Da komme ich zu einem nächsten Punkt, der uns ja auch schon sehr intensiv beschäftigt hat, bei dem es darum ging, dass es einen Auftrag gab, dass es Handys an sechs Personen geben sollte, wo die Kosten von Seiten der TETRON getragen werden. Denn so, wie Sie sagen, es hat Motorola Compliance-Richtlinien, es hatte Alcatel Compliance-Richtlinien, aber TETRON eben nicht, weil alle der Meinung waren, da braucht man keine, wenn die anderen gelten.

Aber es ist hier ein Mail, das zitiere ich vom 3. Dezember 2004, wo eben die Kosten von TETRON getragen werden, wo dann sechs Personen genannt werden: eben Herr Skorsch, Gattringer, Ulmer, Schnakl, Pail und Singer.

Wissen Sie etwas von diesen Handys?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Nein, da war ich nicht involviert, das kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Und dass es solche – ich möchte es jetzt nicht **Geschenk** nennen, sondern bin auf der Suche nach einem anderen Wort – **Leistungen** von Seiten der TETRON an das Bundesministerium oder an Vertreterinnen und Vertreter des Auftragsgebers gegeben hat, wie würden Sie das bewerten?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Aus der Sicht des Jahres 2004 – das muss man sich schon einmal auch noch vor Augen halten – würde ich das jetzt nicht als sehr problematisch werten. Dass man Kunden – und sei es jetzt vielleicht sogar in der Vorweihnachtszeit – ein Geschenk überreicht, das war jetzt nichts, was absolut unüblich war. Und ich weiß jetzt nicht einmal, welche Handys das waren. Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass das irgendwelche wahnsinnig teuren oder besonders leistungsstarke waren, weil im Jahr 2004 hat das, glaube ich, auch noch etwas anders ausgesehen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sie finden nichts Ungewöhnliches an diesem Vorgang?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Aus damaliger Sicht. Wenn Sie mich heute fragen, mit all den Diskussionen, die man global zu dem Thema Compliance und Corporate Governance hat, bewertet man das selbstverständlich anders. Aber man muss das bitte aus dem Jahr 2004 heraus sehen. Und es war damals sicher nicht so, dass, hätte

ich einen Beamten gesehen mit einem Motorola-Handy, es für mich eine Fragestellung gewesen wäre, hat er sich das jetzt kauft oder hat er das vielleicht von der TETRON bekommen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Und das diene auch nicht dazu, dass diese Handys Belegexemplare dafür sind, wie erfolgreich dieses Konsortium dann den Digitalfunk umsetzen wird? Sie finden an diesem Vorgang nichts Außergewöhnliches – auch wenn es Compliance-Regeln gibt –, aufgrund der Handys, die da hergegeben werden und deren Kosten von TETRON getragen werden? Das haben Sie vorher erwähnt, aber ich kann es irgendwie nicht so ganz fassen.

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Ich habe keine hergegeben. Wenn Sie mich jetzt fragen, ob ich es gemacht hätte, ich kann es Ihnen nicht sagen, denn man muss sich in die damalige Zeit zurückversetzen. Aber es war bei mir nie ein Thema. Wir haben nie darüber diskutiert, ob man tun soll oder nicht.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Haben Sie irgendwelchen Personen etwas gegeben?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Nein, das kann ich ausschließen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Weil meiner Meinung nach der erste Vertrag mit Oder Valurex – den ich eingangs zitiert habe, bei der ersten Runde –, wo der Herr Wirth für Motorola trotz aller Compliance-Regeln mit Valurex einen Vertrag abschließt, weil die so effektiv arbeiten, und jetzt eben diese Geschichte mit den Handys, wo Sie auch der Meinung sind, dass das nicht so relevant ist, obwohl es Compliance-Regeln gibt.

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Man muss sich die Compliance-Regeln anschauen, was da drinnen gestanden ist zu dem Zeitpunkt. Die kenne ich nicht mehr. Man muss sich anschauen, ob da Wertgrenzen drinnen waren oder was auch immer. Ich weiß es nicht.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Herr Wirth ist im Herbst 2005 aus dem Unternehmen TETRON ausgeschieden. Wie kam es dazu? Bekam er dann andere Aufträgen oder ist man durch diese interessanten Tätigkeiten mit Valurex und Handyvergaben von Seiten Motorola etwas sensibler geworden?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Das kann ich nicht sagen. Das war sicher kein Thema bei uns, denn das Thema Valurex kenne ich erst aus den Medien, viele Jahre später, nämlich jetzt, wie das Ganze hochgekommen ist. Sein Ausscheiden aus der TETRON wurde uns gegenüber so kommuniziert – und das war ja auch Faktum –, dass er im Konzern eine andere Aufgabe übernimmt und in den Mittleren Osten geht, was er dann auch gemacht hat. Also, er hat Österreich verlassen und wurde im Konzern mit anderen Ländern betraut. Das war für mich aus der Sicht eines anderen Konzerns nichts Unübliches, dass Manager woanders hingehen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Weil er so erfolgreich gearbeitet hatte, wurde er woanders hingeschickt?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Das weiß ich nicht.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Oder weil sein Vertrag abgelaufen ist?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Das weiß ich nicht. Ich weiß nicht einmal, welchen Vertrag er mit Motorola hatte für Österreich. Ob der zeitlich befristet oder wie der ausgestaltet war, weiß ich nicht. Und nachdem ich die Vorgesetzten vom Herrn Wirth in der Motorola nicht gesprochen habe, kann ich Ihnen das auch nicht sagen, ob er dort aufgrund der Erfolge oder aufgrund der Nichterfolge abgezogen wurde.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Ich hätte nur noch eine kurze Frage. Nachdem Sie gesagt haben, Sie haben mit diesen Handyzuwendungen nichts zu tun gehabt beziehungsweise keine Kenntnis davon gehabt. Sie haben aber schon Kontakt mit Mitarbeitern aus dem BMI im Rahmen Ihrer TETRON-Tätigkeit gehabt?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Ja, selbstverständlich. Ich war im gesamten Projektmanagement eingebunden. Das heißt, ich war bei den Projektsitzungen, ich war dann auch in späterer Folge bei den Sitzungen, die wir in der Herrengasse hatten, wo wir sozusagen immer die Vertreter der Mütter der Shareholder mit den Vertretern des Innenministeriums über den Fortgang des Projektes und erforderliche Maßnahmen beraten und verhandelt haben. Also, ich habe selbstverständlich zu etlichen Personen im Innenministerium regelmäßig Kontakt gehabt.

Abgeordneter Herbert (FPÖ): Können Sie Namen nennen?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Ja, natürlich ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

Das war natürlich der vorher gerade diesen Raum verlassende Peter Skorsch – als damaliger Projektleiter und auch in der Ausschreibungsphase Verhandlungsleiter seitens des Auftraggebers –, sein Stellvertreter Reinhard Schnakl, dann einige Kollegen aus der Technik. Es war dann der zuständige Bereichsleiter im Innenministerium, Mag. Simonitsch. Es war Mag. Gattringer, noch in seiner Zeit im Kabinett des Innenministeriums oder Innenministers oder der Innenministerin. Es war dann in späterer Folge, aber das war schon ganz zum Schluss meiner Zeit, Sektionschef Feiner, Sektionschef Prugger zu Beginn noch – das waren aber nur zwei Termine, wo wir eher die Notariatsakten unterfertigt haben. Aus der Einkauf- oder Vergabesektion die Frau Mag. Varga. – Ich könnte jetzt sicher noch einige Namen hervorkramen, aber so in etwa.

Es war selbstverständlich schon ein breites Spektrum an Personen, mit denen ich hier zu tun hatte.

Abgeordneter Werner Herbert (FPÖ): Noch eine abschließende Frage.

Haben Sie bei diesen Gesprächen mit den Vertretern des BMI das Gefühl gehabt, dass die Gespräche insofern ausgewogen waren – nämlich in Verbindung mit TETRON –, dass auch Sie als Vertreter von Alcatel, als Junior-Partner in TETRON, die gleiche Wertschätzung gehabt haben, wie die Vertreter des Motorola-Konzerns?

Oder anders gefragt, haben die Vertreter des Motorola-Konzerns beim BMI eine bessere Stellung oder gesonderte Stellung gehabt? Können Sie darüber berichten?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Das ist eine schwierige Frage, da jetzt über eine Wahrnehmung nachzudenken, die vor vielen Jahren war. Aber ich würde sagen, Faktum war, dass wir natürlich versucht haben, uns nicht auseinanderdividieren zu lassen, weil wir mit unserer gemeinsamen Gesellschaft natürlich wirtschaftlich eng aneinander gebunden waren.

Auf der anderen Seite hatte ich strategisch andere Zielsetzungen als die Motorola, die ich gegenüber dem BMI zu vertreten versucht habe. Mir war immer klar, dass Motorola Equipment verkaufen will und an dem langfristigen Betrieb des Netzes kein Interesse hat. Darum gab es ja uns. Unser Interesse war ein anderes.

Darum habe ich natürlich auch immer versucht, die Kontakte ins Innenministerium, oder sagen wir es anders, die Alcatel als den stärker in Österreich präsenten und auf Nachhaltigkeit bedachten Partner darzustellen und die Motorola stärker als den, der sozusagen liefert und sich dann nach Ausbau des Netzes tendenziell aus dem Projekt eher zurückziehen wird.

Ob es eine Bevorzugung seitens des Innenministeriums gegeben hat? – In keinsten Weise so, dass es in den offiziellen Sitzungen gewesen wäre. Darüber hinaus könnte ich eigentlich auch nicht über so eine Wahrnehmung berichten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich lese einen kurzen Absatz vor ... (*Obfrau-Stellvertreterin Tamandl: Aber nur einen kurzen, denn Sie haben nur eine Zusatzfrage.*) ...und stelle dazu eine ganz kurze Frage. Oder die Frage rücke ich gleich voran, dann drehen wir es um. Zuerst die Frage, dann der Hintergrund.

Die Frage lautet, ob Sie irgendwelche Wahrnehmungen beziehungsweise Kenntnisse zu folgendem Sachverhalt haben? – Jetzt kommen wir wieder zum Herrn Rechtsanwalt Mayr. Der sagt gegenüber dem BAK:

„...von Hrn MAYR wurde weiters angegeben, dass der Konzern ALCATEL ‚gewisse‘ Bestechungsvorwürfe in den USA gehabt hatte und das Amerikanische Justizministerium ein Privatunternehmen mit der Prüfung beauftragt hatte. Das Verfahren wurde letztendlich nach Wissensstand von Hrn MAYR durch Zahlung einer Pönale durch ALCATEL beendet (...). Dieses Verfahren habe sich offensichtlich auch auf diverse Vorgänge rund um Mensdorff bezogen.“

Haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen, worum es sich hier gehandelt haben könnte und welche Rolle hier der Herr Mensdorff spielt?

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Herr Abgeordneter, können Sie vielleicht einen Bezug zum Untersuchungsthema herstellen?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Der Bezug zum Untersuchungsthema ist in der Form herzustellen, als dass hier der Herr Mayr auf den Herrn Mensdorff verweist und sagt, es handelt sich hier um „diverse Vorgänge rund um Mensdorff“. Und ich möchte klären, ob es hier einen Zusammenhang gibt mit diesen Vorgängen, die wir im Ausschuss diskutieren und den Vorgängen, die hier genannt sind, zumal wir ja wissen, dass der Herr Mensdorff international auch seine Konstrukte verteilt hat. Ich verweise nur darauf, dass die Firma Valorex, die im Zusammenhang mit TETRON auch Gelder verrechnet und kassiert hat, zum Beispiel ihren Sitz auf Panama hat, oder in Panama.

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Zu dem von Ihnen angesprochenen Sachverhalt kann ich Ihnen nur so viel sagen, dass ich im Jahr 2009 auch einvernommen wurde, oder sozusagen einvernommen von einem Rechtsanwalt, der von der Alcatel-Lucent beauftragt war, um intern den Sachverhalt der Geschäftsbeziehungen mit der MPA zu klären. Und meine Information war, dass diese Aufklärung intern deshalb mit einer externen Rechtsanwaltskanzlei in Amerika angestoßen wurde, weil man gegenüber der amerikanischen Börsenaufsicht hier völlig offenlegen wollte, welche Geschäftsbeziehungen es gab, nachdem es hier vonseiten des genannten Mensdorff-Pouilly mit anderen Firmen offensichtlich zu rechtlichen Problemen kam.

Und das war im Jahr 2009.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die Frage bezieht sich auf die Geschäftsbeziehungen. Diese Geschäftsbeziehungen, die Alcatel hier mit Mensdorff gehabt hat und die hier untersucht wurden, wo hier seitens der amerikanischen Behörden offensichtlich Vorwürfe im Raum gestanden sind, können Sie zu diesen Geschäftsfällen etwas angeben, beziehungsweise stehen diese in einem Zusammenhang mit seinen Tätigkeiten, die wir hier heute schon diskutiert haben?

Dipl.-Ing. Oliver Schmerold: Ja, passt. Ich sage es Ihnen noch einmal. Das, zudem ich befragt wurde, ist genau dieser eine Vertrag, den wir mit der MPA Ungarn hatten, von dem Sie jetzt so ausführlich zitiert haben. **Das** war auch der Gegenstand, zu dem ich unternehmensintern von einem beauftragten Anwalt im Jahr 2009 befragt wurde.

Das heißt, ich gehe davon aus, dass es genau dieses Geschäft war, das auch hier in Amerika untersucht wurde.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist schon sehr spannend, dass wir damit auch die direkte Verbindung haben und damit den Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand. Es gibt einen Vertrag hier, zwischen MPA Österreich und MPA Ungarn, und dass es hier ja auch für die amerikanische Justiz „gewisse Bestechungsvorwürfe“ gegeben hat. Das heißt, sogar die amerikanische Justiz ist in Sachen Mensdorff und jenem Vertrag, den ich heute hier auch thematisiert habe, offensichtlich dem Herrn Mensdorff und anderen Herrschaften, wie dem Herrn ÖVP-Bundesrat Himmer, auf den Fersen, beziehungsweise auf den Fersen gewesen. Ein nicht uninteressanter Aspekt.

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Vielleicht machen Sie es so, wie der Herr Pilz, und sagen, das ist Ihre persönliche Meinung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist meine persönliche Sicht der Dinge.

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl dankt – da es keine Zusatzfragen mehr gibt – der **Auskunftsperson Dipl.-Ing. Schmerold**, verabschiedet diese – und **unterbricht** die Sitzung.

17.19

*(Die medienöffentliche Sitzung wird um 17.19 Uhr **unterbrochen** und um 17.24 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)*

17.24

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl **nimmt** – um 17.24 Uhr – die unterbrochene Sitzung medienöffentlich **wieder auf** und ersucht darum, die **nächste Auskunftsperson** in den Sitzungssaal zu bitten.

17.25

Auskunftsperson Mag. Andrea Varga, LL.M.

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Wir kommen nun zur Anhörung von Frau **Mag. Andrea Varga** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales! Handys müssen abgeschaltet sein.

Frau Mag. Varga, ich danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** sowie an die **strafrechtlichen Folgen** einer **falschen Aussage** erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht und bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: **Mag. Andrea Varga**. Ihre weiteren Personaldaten, die Sie der Parlamentsdirektion bekanntgegeben haben, liegen mir vor.

Frau Mag. Varga, Sie sind **öffentlich Bedienstete**. Gemäß § 6 Verfahrensordnung dürfen Sie sich bei Ihrer Einvernahme **nicht** auf die Amtsverschwiegenheit berufen. Ihre vorgesetzte Dienstbehörde wurde von Ihrer Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt. Ihre Dienstbehörde hat keine Mitteilung gemacht, dass Sie die Wahrung der Vertraulichkeit Ihrer Aussage für erforderlich hält.

Frau Mag. Varga, auf die **Aussageverweigerungsgründe** nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Ich weise noch darauf hin, dass als **Vertrauensperson** Herr **Dr. Gerhart Wielinger** wieder hier ist, den wir auch schon belehrt haben und der heute schon das dritte Mal bei uns ist.

Frau Mag. Varga, wollen Sie vor Eingang in die Befragung von der Möglichkeit Gebrauch machen, eine Darstellung Ihrer Sicht der Dinge dem Ausschuss vorzutragen? (*Die Auskunftsperson **verneint** dies. – Obfrau-Stellvertreterin Tamandl erteilt als erstem Fragesteller Abg. Hell das Wort.*)

Abgeordneter Johann Hell (SPÖ): Frau Mag. Varga, können Sie uns bitte ganz kurz Ihr Aufgabengebiet darlegen? Wofür sind Sie verantwortlich? Konkret geht es um die Jahre 2003 bis 2006.

Auskunftsperson Mag. Andrea Varga, LL.M.: Ich bin seit 1. Jänner 2003 Leiterin der **Vergabeabteilung** im **Innenministerium**.

Abgeordneter Johann Hell (SPÖ): Der Beschaffung, ist das richtig?

Mag. Andrea Varga: Beschaffungsabteilung, Vergabeabteilung, ja.

Abgeordneter Johann Hell (SPÖ): Wie erfolgt grundsätzlich so eine Beschaffung? Können Sie uns das mit wenigen Worten darlegen?

Mag. Andrea Varga: Grundsätzlich ist es so, wenn eine Beschaffung, wenn das Budget und der Bedarf in den Fachabteilungen beziehungsweise bei der Bedarfseinheit festgestellt wird, dann werden wir als Beschaffungsabteilung mit einem sogenannten Beschaffungsersuchen befasst. Auf Grundlage dieser organisatorischen, technischen, je nachdem welche Abteilung an uns herantritt, werden dann die vergaberechtlichen Ausschreibungsunterlagen gemeinsam mit den Fachabteilungen erarbeitet und dann von uns das Vergabeverfahren durchgeführt.

Abgeordneter Johann Hell (SPÖ): Das heißt, wer entscheidet und wer vergibt den Auftrag letztendlich, was beschafft oder bestellt wird?

Mag. Andrea Varga: Die Entscheidung trifft der Bedarfsträger gemeinsam mit technischen Fachabteilungen. Wir haben da überhaupt keinen Einfluss.

Abgeordneter Johann Hell (SPÖ): Sie sind seit 1.1.2003 in dieser beruflichen Tätigkeit.

Haben Sie von den Problemen, die es beim Projekt ADONIS gegeben hat, gehört oder damals schon gewusst?

Mag. Andrea Varga: Von Problemen nicht. Ich bin seit Dezember 2000 in der Beschaffungsabteilung und leite sie seit 1.1.2003. Ich habe nur als Mitarbeiterin der Abteilung mitbekommen, dass es eine Ausschreibung gegeben hat, also das Beratungsunternehmen, das dann die Ausschreibung durchgeführt hat. Und ich weiß auch, dass es die Entscheidung gegeben hat, dass sich die Beschaffungsabteilung aufgrund dieses externen Unternehmens nicht beteiligt, dass wir auch gar nicht eingebunden worden sind.

Aber von Problemen in dem Sinn habe ich nichts mitbekommen.

Abgeordneter Johann Hell (SPÖ): Das heißt, bei dem neuen Projekt, der Vergabe von BOS Digitalfunk, waren Sie schon eingebunden?

Mag. Andrea Varga: In die Vergabe schon, da gab es ja einen Projektauftrag. Ich bin dann auch vielleicht von meinem Sektionschef informiert worden, das weiß ich jetzt nicht mehr, aber auf jeden Fall mit dem Projektauftrag zur Neuausschreibung TETRON, glaube ich, war meiner Erinnerung nach der erste Kontakt mit TETRON, also mit BOS.

Abgeordneter Johann Hell (SPÖ): Das heißt, Sie waren mit der Prüfung der vergaberechtlichen Vorgaben für diese Neuausschreibung mitbefasst?

Mag. Andrea Varga: Ich war Teil dieses Projektteams und war zuständig, dass das Vergabeverfahren vergaberechtlich ordnungsgemäß durchgeführt wird, wobei es noch einen externen Berater gegeben hat, einen Vergaberechtsexperten, der das mitbegleitet hat.

Abgeordneter Johann Hell (SPÖ): Es gab ja bei diesem ersten Projekt einige Fehler im Ablauf, das haben wir heute schon einige Male gehört. Haben Sie aus diesen Fehlern, die bei dem ersten Projekt zutage getreten sind, Lehren gezogen oder haben Sie für das zweite Projekt irgendwelche Konsequenzen gezogen aus den Fehlern, die man zu Beginn gemacht hat?

Mag. Andrea Varga: Mir waren ehrlich gesagt keine Fehler im Vergabeverfahren bewusst oder bekannt. Wir bekommen die Anforderungen, und auf dieser Grundlage werden dann die vergaberechtlichen Entscheidungen getroffen.

Mit Mitte 2002 ist ein neues Vergabegesetz in Kraft getreten, und ich glaube, die alte Ausschreibung ist auch noch nach einer alten, anderen gesetzlichen Grundlage erfolgt. Ich war zuständig für die verfahrensrechtlichen Bestimmungen, und alle anderen Beiträge sind von verschiedenen Experten und Projektgruppen gekommen.

Abgeordneter Johann Hell (SPÖ): Kommen wir zu einem anderen Thema. Herr Christian Nordberg ist Ihnen bekannt? (*Mag. Varga: Ja!*) – In welcher Funktion?

Mag. Andrea Varga: Herr Nordberg hat im Wesentlichen den Vertrag und die vertraglichen Prüfungen und Beiträge geliefert in diesem Vergabeverfahren. Er war externer Berater.

Abgeordneter Johann Hell (SPÖ): Es gibt Mail-Verkehr, wo auf mögliche Akteneinsicht der Firma master-talk hingewiesen wird.

Können Sie uns dazu etwas sagen?

Mag. Andrea Varga: War das im Verfahren, wo gefragt wurde, ob sie die Möglichkeit haben, Akteneinsicht zu nehmen? (*Abg. Hell: Genau!*) – Genau, und da ist, glaube ich, auch unter anderem von mir eine Stellungnahme gemacht worden, soweit ich mich erinnern kann, dass der Vergabevorgang abgeschlossen ist und dass das Vergaberecht keine Grundlage bietet.

Genau kann ich mich jetzt nicht erinnern. Ich weiß, dass es da eine Anfrage gegeben hat und dass wir die negativ beantwortet haben und dass ich unter anderem auch gefragt wurde, aber jetzt im Detail weiß ich es ehrlich gesagt nicht mehr.

Abgeordneter Johann Hell (SPÖ): Es ist um den Bereich gegangen, ob es zulässig ist, hier Akteneinsicht zu nehmen. Sie haben das damals abgelehnt und negativ beurteilt.

Sie kennen die Vergleichsverhandlungen, die 2003/2004 bis 2006 geführt worden sind. Wie finden Sie aus jetziger Sicht das Ergebnis dieser Vergleichsverhandlungen mit der Firma master-talk?

Mag. Andrea Varga: Ich war da nie eingebunden, da kann ich überhaupt nichts dazu sagen. Ich war maximal, wenn irgendwelche Aufträge zu vergeben waren, im Schiedsverfahren, aber bei den Vergleichsverhandlungen war ich nie eingebunden. Da kann ich nichts dazu sagen.

Abgeordneter Johann Hell (SPÖ): Wissen Sie, welche Rolle die Firma **PricewaterhouseCoopers** im Zusammenhang mit dem Projekt BOS Digitalfunk gehabt hat?

Mag. Andrea Varga: Bei der Vergabe, bei der Ausschreibung waren sie auch externe Berater und haben im Wesentlichen die finanztechnischen Prüfungen gemacht, also alles, was mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in Zusammenhang gestanden ist.

Abgeordneter Johann Hell (SPÖ): Wissen Sie, hat diese Firma für das Innenministerium mehrere Projekte begleitet oder geprüft?

Mag. Andrea Varga: Mir ist PricewaterhouseCoopers seit dieser Ausschreibung BOS Digitalfunk bekannt. Ich weiß, dass es dann in Folge auch noch weitere Aufträge gegeben hat im Zusammenhang mit der TETRON-Prüfung.

Sonst wäre mir jetzt nichts bekannt oder in Erinnerung.

Abgeordneter Johann Hell (SPÖ): Ist Ihnen der Vergabeakt für die Beraterleistungen von **Termination Value** bekannt?

Mag. Andrea Varga: Ich glaube, es sind einige Akten über meine Abteilung gelaufen. Im Detail weiß ich es jetzt nicht.

Abgeordneter Johann Hell (SPÖ): Da geht es ja auch um Vergabemöglichkeiten und Direktvergaben. War das normal, dass es in diesem Bereich auch Direktvergaben gegeben hat?

Mag. Andrea Varga: Grundsätzlich ist es so, dass wir auch den Bedarf, in dem Fall ist der Bedarf – ich glaube, das weiß ich jetzt nicht, das war damals noch aus der IV/1, ich weiß nicht, in welchem Jahr diese Auftragsvergabe erfolgte – gekommen, und da wurden zu dem Bedarf gehörend auch der Zeitraum, für den diese Leistung zu beauftragen ist, und Besonderheiten oder sonstige Umstände dann von uns vergaberechtlich beurteilt.

Grundsätzlich, wenn das Gesetz eine Direktvergabe zulässt und kein Wettbewerb durchgeführt werden kann, dann gab es natürlich auch Direktvergaben.

Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne): Frau Mag. Varga, Sie haben uns ja bereits mitgeteilt, dass Sie auch im Vergabeverfahren für das erste Konsortium, im Nachhinein genannt ADONIS, mitbefasst waren.

Gehe ich richtig in dieser Annahme?

Mag. Andrea Varga: Nein, ich war nicht mitbefasst. Ich war in der Abteilung, und ich weiß, dass die Beschaffungsabteilung damals mit der Ausschreibung dieser Dienstleistung befasst war, aber ich persönlich war nicht eingebunden. Ich glaube, das war gerade in der Phase, in der ich in die Abteilung gekommen bin. Es sei denn, ich habe vielleicht einen Akt einmal in Vertretung unterschrieben.

Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne): Trotzdem, Sie wussten davon im Groben und Ganzen?

Mag. Andrea Varga: Von der Dienstleistungsausschreibung? (*Abg. Dr. Moser: Ja!*) – Nein, da war ich nicht eingebunden. Das hat ein anderer Referent damals betreut.

Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne): Nein, dann hat es wenig Sinn, wenn ich Sie jetzt einzelne Mängel abfrage.

Dann gehen wir lieber zur zweiten Vergabe, zu **TETRON**. Hierzu liegen uns diverse Akten und Unterlagen vor, die zusammenfassend sehr, sehr viele externe Beraterverträge umfassen. Da stellt sich die Grundsatzfrage – ich gehe sie dann einzeln durch –, wieso man, nachdem man ja bereits entsprechende Erfahrungen gesammelt hat bei dem ersten Konsortium, sozusagen das Lehrgeld gezahlt hat, warum man jetzt auf so viele externe Berater zurückgreift, wo noch dazu das BMI auch über zahlreiche Juristinnen und Juristen verfügt.

Darf ich Sie nur ganz kurz fragen: 2.10.2003, Gutachten von Nordberg zur Frage, wie fortgesetzt werden kann. – Wieso ist das jetzt notwendig?

Mag. Andrea Varga: Das weiß ich nicht, das ist jetzt nicht von mir beauftragt worden. Dazu kann ich nichts sagen.

Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne): Dann haben wir 18.11., Vereinbarung zwischen Bundesminister Strasser und Van Staa. BMI und Tirol bilden für die neue Vergabe eine AG. Da gibt es dann wieder einen Auftrag an PricewaterhouseCoopers vom 19.11.2003 zu externer Beratung bei Neuvergabe.

Haben Sie dazu noch eine Erinnerung oder wissen Sie, warum das wieder notwendig war?

Mag. Andrea Varga: Die Beauftragung von PricewaterhouseCoopers für die Neuvergabe? (*Abg. Dr. Moser: Ja, zur externen Beratung bei Neuvergabe!*) – Weil PricewaterhouseCoopers diese finanztechnische Prüfung durchgeführt hat und auch an den Kriterien mitgearbeitet hat. In den Ausschreibungsunterlagen wird festgelegt, welche Eignung ein Unternehmen erfüllen muss, damit man eine gute Prognoseentscheidung treffen kann, dass das Unternehmen auch in der Lage ist, die Leistung dann auch ordnungsgemäß zu erbringen. Da sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass wir dieses Know-how im Haus nicht haben beziehungsweise ist es von der Projektleitung gekommen.

Das ist jetzt meine Erinnerung. Mit uns wird ja der Bedarf nicht diskutiert, uns erklärt ja niemand, wir brauchen das weil, und uns muss man ja nicht überzeugen. Wenn im Vorfeld ein Bedarf festgestellt wird, das Budget sichergestellt ist, dann werden wir befasst, und wir setzen um. Ich frage nicht, warum etwas benötigt wird.

Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne): Wer ist dann dieses Vorfeld, das feststellt, dass Bedarf besteht?

Mag. Andrea Varga: Die Projektleitung. Also in dem konkreten Fall waren meine Ansprechpartner die Projektleiter.

Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne): Können Sie die noch einmal beim Namen nennen?

Mag. Andrea Varga: Projektleiter waren Dr. Anderl, Generalmajor Skorsch und Brigadier Schnakl. Die waren die Projektleiter, wobei bei der Gesamtprojektleitung mein primärer Ansprechpartner **Generalmajor Skorsch** war; er hat die Kommunikation mit den Projektgruppen geführt.

Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne): Dieser Projektleiter war dann auch letztlich bei der Entscheidung ausschlaggebend, ob externe Beraterverträge vergeben wurden oder nicht, und an wen sie vergeben wurden oder nicht. Stimmt das?

Mag. Andrea Varga: Es gab im Projektauftrag meiner Erinnerung nach unter anderem auch den Auftrag, Externe beizuziehen. Wer die Entscheidungen, wen wir nehmen, getroffen hat, weiß ich nicht. Ich kann nur dezidiert zum vergaberechtlichen Berater etwas sagen, denn da habe ich mitgewirkt und da haben wir die Entscheidung gemeinsam getroffen. Das weiß ich. Wie wir auf die anderen gekommen sind, oder woher die gekommen sind, da kann ich nichts dazu sagen.

Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne): Wer war dann diese Person?

Mag. Andrea Varga: Mag. Platzer hat das Verfahren vergaberechtlich begleitet.

Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne): Weil da scheint bei uns wieder auf, am 25.11.2003: Vertrag mit van Melle und Platzer. (*Mag. Varga: Ja!*) Ist das dieselbe Person zur rechtlichen Beratung bei der Vergabe? (*Mag. Varga: Genau!*) – Am 4.12.2003 gibt es dann die Erstellung eines Rechtsgutachtens durch Professor Aicher – vielfach bekannt – zur Fortsetzung: master-talk-Vertrag.

Wozu war dieses Gutachten notwendig?

Mag. Andrea Varga: Da kann ich auch nichts dazu sagen, denn das ist nicht von mir beauftragt worden. Das weiß ich jetzt nicht.

Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne): Am Aktendeckel – nur zur Information – ist vermerkt: Aufgrund der Dringlichkeit wurde Dr. Aicher von Brigadier Skorsch mündlich beauftragt.

Ist es üblich gewesen, mündliche Beauftragungen vorzunehmen?

Mag. Andrea Varga: Üblich würde ich jetzt nicht sagen, aber das war wahrscheinlich ein Einzelfall, weil es dringend war.

Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne): Sie haben das ja dann genehmigen müssen.

Mag. Andrea Varga: Es tut mir leid, aber so im Detail kann ich mich jetzt nicht mehr erinnern. Wann war das: 2003 – oder?

Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne): Es gibt dann noch weitere Gutachten, aber die wollen wir jetzt nicht im Konkreten abfragen.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Frau Mag. Varga, seit wann sind Sie mit dem Projekt ADONIS/TETRON vertraut? Seit wann ist es Ihnen bekannt und ab wann haben Sie arbeitstechnisch damit zu tun gehabt?

Mag. Andrea Varga: Mit dem Projektauftrag – ich glaube, das war Mitte 2003 ungefähr – bin ich informiert worden, meiner Erinnerung nach. Da habe ich das erste Mal Kenntnis von der Neuausschreibung beziehungsweise von diesem Behördenfunkt gehabt. Es gab zwar diese Dienstleistausschreibung in der Abteilung, aber es gab ja andere Ausschreibung auch. Das war für mich nicht so etwas Besonderes.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Wir hatten heute schon Herrn Skorsch und Herrn Blaha hier.

Haben Sie mit Herrn Skorsch im Rahmen dieser Ausschreibungen zu tun gehabt?

Mag. Andrea Varga: Herr Skorsch war der Projektleiter und er war, wie gesagt, eigentlich einer meiner primären Ansprechpartner in dem Projekt.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Welche waren da Ihre Aufgaben gemeinsam mit Herrn Peter Skorsch?

Mag. Andrea Varga: Herr Skorsch hat sozusagen das Projekt geleitet. Diese Ausschreibung besteht ja aus sehr vielen Teilen: Da sind organisatorische Anforderungen drinnen, da sind technische Anforderungen drinnen, es sind Zuschlagskriterien zu definieren. Das war ja ein sehr großes Projekt. Er hat immer geschaut, dass die richtigen Leute Fragen, Antworten schicken beziehungsweise auch ihre Beiträge liefern. Er hat das dann alles zusammengefasst und uns übermittelt.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Haben Sie mit Herrn Blaha auch noch zu tun gehabt?

Mag. Andrea Varga: In diesem Zusammenhang meiner Erinnerung nach nicht, nein. Bei der Neuausschreibung war er relativ sicher nicht dabei.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Haben Sie irgendeine Wahrnehmung – „hausintern“, sage ich einmal – zu diesem Wechsel von Blaha zu Skorsch? Hat es da irgendwelche Reibereien gegeben?

Mag. Andrea Varga: Ich habe dazu gar keine Wahrnehmungen.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Sie sagen, bei der Erstvergabe master-talk hatten Sie keine Zuständigkeiten. Wie ist Ihre heutige Einschätzung, die sie als Fachfrau natürlich haben, dieser Vergabe an die Firma master-talk?

Mag. Andrea Varga: Da kann ich ehrlich gesagt überhaupt nichts sagen, denn diese Ausschreibung habe ich mir nie angeschaut. Ehrlich gesagt kann ich dazu nichts sagen.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Waren Sie bei der Vertragsauflösung schon irgendwie eingebunden?

Mag. Andrea Varga: Ich war nie bei einem Gespräch dabei.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Wer hat da eigentlich wen gekündigt: das BMI *master-talk* – oder *master-talk BMI*?

Mag. Andrea Varga: Das weiß ich nur aus Unterlagen, aber ich glaube, dass das Schreiben von *master-talk* zuerst eingelangt ist. Aber das weiß ich jetzt nur aus den Unterlagen.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Was wurde dem BMI von *master-talk* eigentlich vorgeworfen?

Mag. Andrea Varga: Dazu kann ich nichts sagen, weil ich da nicht eingebunden war.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Okay. Kommen wir zu ADONIS. Wer war noch Mitglied in der Eröffnungskommission für BOS-Austria?

Mag. Andrea Varga: Bei der zweiten Ausschreibung? (*Abg. Schmuckenschlager: Ja, zweite, ADONIS!*) In der Eröffnungskommission? (*Abg. Schmuckenschlager: Ja! Wissen Sie das?*)

Ich war sicher dabei. Es war sicher auch eine Mitarbeiterin dabei und ich glaube, der Generalmajor Skorsch war auch dabei. Aber ob jetzt noch jemand dabei war – wir haben so viele Eröffnungskommissionen – habe ich jetzt ehrlich gesagt nicht im Kopf.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Wer war seitens des Kabinetts dafür zuständig?

Mag. Andrea Varga: Im Kabinett hat das Herr Mag. Gattringer betreut.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Hat es da auch Rückkoppelungen gegeben? Wie hat man sich da ausgetauscht? Kann man sich das irgendwie vorstellen?

Mag. Andrea Varga: Meine Wahrnehmung ist, dass die Kommunikation über die Steuerungsgruppe gelaufen ist.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): In der Steuerungsgruppe war wer?

Mag. Andrea Varga: Da sind drei Sektionsleiter drinnen gesessen und die Projektleiter, glaube ich, und Herr Mag. Gattringer.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Also Projektleiter war Skorsch, Gattringer war Kabinett und ...

Mag. Andrea Varga: Ich kann es jetzt nicht auswendig sagen, aber ich weiß sicher, dass die drei zuständigen Sektionsleiter und Mag. Gattringer dabei waren. Die Projektleiter, glaube ich, waren nicht Teil der Steuerungsgruppe.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Es wurde dann Alcatel/Motorola als Bestbieter vorgeschlagen. Wie kam diese Entscheidung zustande?

Mag. Andrea Varga: Es war so, dass es verschiedene Bewertungskommissionen gegeben hat, die die Bewertungs-, die Zuschlagskriterien in kleineren Kommissionen bewertet haben und dann gab es ein sogenanntes Vergabeprotokoll, in dem alle

Ergebnisse in einem Protokoll zusammengefasst wurden. Und alle, die verantwortlich einen Beitrag geleistet haben, haben dann auf diesem Protokoll unterschrieben. Das war dann sozusagen der Auswahlvorschlag für den Genehmigenden.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Und diese Vergabekommissionen, wie kann man sich das vorstellen? Das war in Themenbereiche aufgeteilt, sodass jeder sein Stück zu bearbeiten gehabt hat, hier die verschiedenen Angebote durchgesehen hat und das dann ... (Mag. Varga: Genau, ja!)

War das dann eine knappe Entscheidung, oder war das relativ eindeutig für den Bestbieter? Hat sich das stark herauskristallisiert? Weil die Themengebiete und Kommissionen doch sehr heterogen sind, sage ich einmal. Da kann es ja leicht möglich sein, dass einmal einer besonders gut in einer Position ist, und bei einer anderen vielleicht nicht so gut. Oder hat sich dieser Bestbieter doch relativ stark herauskristallisiert?

Mag. Andrea Varga: Ich habe jetzt die Differenz der Punkt ehrlich gesagt nicht im Kopf. Aber es war so, dass der überwiegende Teil numerische Kriterien waren und dann gab es funktionale Kriterien. Da waren, glaube ich, beide Bieter fast gleich. Es hatte uns Mag. Platzer ja als Bewertungsverfahren empfohlen – so wie man es vom Schispringen kennt –, jeweils die beste und die schlechteste Note zu streichen, um da ja keine persönlichen Präferenz einfließen zu lassen.

Die numerischen Kriterien waren Angaben aus den Angeboten. Also da gab es überhaupt keinen Handlungsspielraum. Diese Daten wurden zusammengeführt, und aus diesen Kriterien ist dann das Ergebnis zustande gekommen.

Bei den rechtlichen Prüfungen hat die Beschaffungsabteilung zum Beispiel formal geprüft, ob die Angebote den Ausschreibungsbedingungen entsprechen, ob sie vollständig sind. Dann gab es eine rechtliche Prüfung, ob der Vertrag auch passt und auch technisch wurde noch einmal geprüft. Ich könnte jetzt die Differenz auswendig nicht sagen, muss ich ganz ehrlich sagen.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Wer hat die letzte endgültige Entscheidung vollzogen oder wer hat diese Gesamtbewertung durchgeführt?

Mag. Andrea Varga: Es war eine Kommissionsentscheidung. Es sind diese einzelnen Teile in einem Dokument zusammengefasst worden. Ich glaube, man kann nicht sagen, dass die Entscheidung einer getroffen hat, weil das waren ja verschiedene einzelne Beiträge. Da gab es auch nicht wirklich einen Handlungsspielraum, sodass ein Kommissionsmitglied sagen hätte können: Ich hätte das gerne anders. – Denn das war alles schon kommissionell ausgewertet. Es war also eine gemeinsame Entscheidung, die kann man, glaube ich, keinem Einzelnen zuweisen.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Das war also ein sehr breit aufgesetzter Prozess. Sie können das ja jetzt aus einer gewissen zeitlichen Distanz betrachten: Finden heute Vergaben auch noch ähnlich statt?

Das ist wahrscheinlich bei größeren Projekten ein öfter angewendeter Modus, nehme ich einmal an.

Mag. Andrea Varga: Abgesehen von den rechtlichen Anpassungen, die durch Novellen entstanden sind, ist das ein Prozess, so wie er heute auch abläuft. Also bei einem vergleichbaren Verfahren würden wir es genauso machen, vom verfahrensrechtlichen Teil her.

Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ): Frau Mag. Varga, inwieweit kennen Sie die Firma **Austroconsult**?

Mag. Andrea Varga: Ich kenne sie vom Papier beziehungsweise hatte ich, glaube ich, im Rahmen der Vorbereitung der Neuausschreibung einen Termin mit einem Vertreter von Austroconsult, bei dem es um die Zuschlagskriterien gegangen ist. Daran kann ich mich noch erinnern.

Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ): Das wäre meine nächste Frage gewesen: Mit wem hatten Sie von dieser Firma Kontakt? Mit einer Person haben Sie ja selbst gesagt. Wissen Sie da noch den Namen?

Mag. Andrea Varga: Wie hat er jetzt geheißen? Johnson oder so. (*Abg. Lausch: Johnson?*) So ähnlich, ich weiß es nicht mehr. Genau weiß ich es nicht mehr.

Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ): Wie war das Verhältnis zur Austroconsult? Können Sie das ein wenig schildern? Weil Sie sagen das so beiläufig. Was hat sich da abgespielt, was hat diese Firma für eine Leistung erbracht, was war Ihnen bekannt?

Mag. Andrea Varga: Wie gesagt, ich kann nur von diesem einen Termin berichten, zum Thema Zuschlagskriterien. Es ist darum gegangen, zu schauen, wie Austroconsult diese Zuschlagskriterien festgelegt hat.

An die Inhalte und Details kann ich mich nicht erinnern, aber ich weiß, dass wir dann die Zuschlagskriterien komplett anders aufgesetzt haben, mithilfe von Mag. Platzer. Also da ist ein anderes System gewählt worden.

Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ): Fassen wir zusammen: Sie hatten eigentlich nur einmal Kontakt mit dieser Firma Austroconsult. (*Mag. Varga: Erinnerlich, glaube ich, war es ein Termin!*) Einen Termin, da wissen Sie aber nicht mehr über den Inhalt Bescheid, und eigentlich ist die Firma Austroconsult für Sie nur beiläufig beteiligt. Sie können nicht sagen, was die Leistung und die genaue Aufgabe dieser Firma war. Ist das richtig so, wie ich das wiedergegeben habe?

Mag. Andrea Varga: Es war so, dass ich diesen Termin gehabt habe, um zu schauen, ob wir aus der alten Ausschreibung irgendetwas nutzen können. Ich kann mich erinnern, dass es um das Thema Zuschlagskriterien ging. Aber es war, meiner Erinnerung nach, nicht so, dass ich gesagt habe: So, jetzt wissen wir, wie wir die Zuschlagskriterien definieren. Es ist dann über Mag. Platzer ganz anders aufgesetzt worden.

Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ): Okay, Frau Mag. Varga, ich verstehe ich schon. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, sagen Sie: Was konnten Sie von der alten Ausschreibung nutzen? – Haben Sie gesagt. (*Mag. Varga: Genau, das Know-how nutzen!*)

Wie war der Name der alten Ausschreibung, was war das für ein Projekt? (*Mag. Varga: ADONIS!*) – Mit ADONIS – haben Sie ja zuvor, glaube ich, gesagt – waren Sie ja eigentlich überhaupt nicht konkret beschäftigt. Da können Sie eigentlich gar nicht viel dazu sagen. Jetzt verstehe ich nicht ganz: Wenn man nun versucht, aus der alten ADONIS-Geschichte – ich bezeichne die jetzt einmal laienhaft so – das Beste herauszuziehen, dann sind Sie ja die falsche Person! Sie waren ja mit dem alten Projekt gar nicht beschäftigt, haben Sie gesagt.

Mag. Andrea Varga: Aber es ist ja um die Definition der Zuschlagskriterien gegangen. Darum, wie das System war, wie es gemacht wurde. Inhaltlich muss es ja so und so von den Fachbereichen kommen. Weil die Organisation, die Technik sagt, welche Kriterien ihnen wichtig sind, um das beste Angebot auszuwählen.

Um rein von der Systematik her zu wissen – weil da gibt es ja sehr unterschiedliche Systeme, wie man Zuschlagskriterien definieren kann –, welche Kriterien man nimmt, welches Verhältnis man nimmt ... – Aber mit Mag. Platzer als Berater ist ja die

Definition der Zuschlagskriterien – also meiner Erinnerung nach hat er das gemacht, weil er auch ein anerkannter Experte ist, dass er vor allem auch langfristige Berechnungen mit einfließen lässt ... – Da geht es ja auch darum, dass man das auf die Laufzeit hochrechnet.

Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ): Dann hätte ich noch eine Frage: Kennen Sie –das wird so bezeichnet – das sogenannte „ADONIS-Weißbuch“?

Mag. Andrea Varga: Es sagt mir etwas. Ich glaube, wir haben es auch im Einleitungsakt erwähnt. Aber wenn Sie mich jetzt nach dem Inhalt fragen, kann ich nichts dazu sagen.

Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ): Der Inhalt von diesem Weißbuch ist Ihnen nicht bekannt?

Mag. Andrea Varga: Ich weiß, dass es eines gibt, aber ich kann Ihnen gar nichts dazu sagen.

Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ): Zum Inhalt können Sie *nichts* sagen. Hat es so etwas bei TETRON auch gegeben, so ein Weißbuch?

Mag. Andrea Varga: Weiß ich nicht, glaube ich nicht.

Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ): Also von den Weißbüchern – ob es bei TETRON jetzt eines gegeben hat oder nicht – ist Ihnen der Inhalt nicht bekannt: weder vom ADONIS-Weißbuch noch vom TETRON-Weißbuch?

Mag. Andrea Varga: Ich weiß, dass wir im Einleitungsakt das Weißbuch definiert haben, erwähnt haben, aber was drinnen steht, weiß ich nicht.

Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ): Sie haben es nie gelesen, Sie haben mit dem eigentlich nie zu tun gehabt?

Mag. Andrea Varga: Nein, das habe ich nicht gelesen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir haben nur ganz wenige Fragen.

Ich komme kurz zu einem anderen Bereich, nämlich zum Vergleichsabschluss zwischen dem master-talk-Konsortium und der Republik Österreich. Am Ende des Tages stand ja, unterm Strich, als Ergebnis für die Vergleichszahlung ein Betrag in Höhe von 30 Millionen € Steuergeldern seitens der Republik Österreich an das Konsortium master-talk an.

Auf Ebene der Finanz hat der Präsident der Finanzprokuratur, Herr Peschorn, vor allem auch mit Herrn Nordberg als Anwalt und Berater der Gegenseite verhandelt.

Jetzt möchte ich Sie fragen: Haben Sie zu diesen Vergleichsgesprächen auf Beamtenebene Wahrnehmungen beziehungsweise waren Sie in diese involviert? Wenn ja: in welcher Form?

Mag. Andrea Varga: Ich war nicht involviert, und ich habe auch keine Wahrnehmungen dazu.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie, im Rahmen Ihrer Tätigkeit im Innenministerium, Wahrnehmungen, dass es im Zuge dieses Vergleiches auch Gespräche auf politischer Ebene gegeben hat?

Mag. Andrea Varga: Nein, habe ich nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die Finanzprokuratur – Leiter war damals Wolfgang Peschorn – gehört zum Finanzministerium, unterstand diesem, daher war der damalige verantwortliche Finanzminister Karl-Heinz Grasser.

Haben Sie Wahrnehmungen in Bezug auf eine Einschaltung von Karl-Heinz Grasser in diese Vergleichsverhandlungen?

Mag. Andrea Varga: Habe ich nicht, nein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sind Sie sich da ganz sicher? (*Mag. Varga: ja!*) – Haben Sie Wahrnehmungen dazu, wer auf Seiten des Siemens-Konsortiums verhandelt hat?

Mag. Andrea Varga: Ich habe Sie jetzt nicht verstanden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ein wesentlicher Anteilsnehmer im Konsortium master-talk war ja die Unternehmung Siemens. Wissen Sie, welche konkreten Personen da für Siemens involviert waren?

Mag. Andrea Varga: Ich war damals in diese Verhandlungen nicht eingebunden. Ich habe nicht teilgenommen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich habe mir gedacht, Sie haben dazu irgendwelche Wahrnehmungen. Aber gut, dann werden wir das den Herrn Peschorn fragen, nämlich ob er Wahrnehmungen dazu hat und ob unsere Informationen richtig sind, dass am Ende des Tages unterm Strich diese 30 Millionen € für den Steuerzahler an Kosten herausgekommen sind für gar nichts. Alle Auskunftspersonen haben nämlich hier gesagt, zu hundert Prozent trägt master-talk die Verantwortung für das Scheitern dieses Behördenfunknetzes, aber am Ende des Tages hat dennoch die Republik 30 Millionen € Schadenersatz bezahlt hat, und die zentrale Entscheidung wurde nicht auf Beamtenebene getroffen, sondern auf politischer Ebene, wie das auch aus den Mails des Herrn Peschorn, die uns vorliegen, hervorgeht, der immer sagt, Letztentscheidung durch den Minister, nämlich den Herrn Karl-Heinz Grasser.

Wir werden dann den Herrn Peschorn fragen, wer denn das Verhandlungsgegenüber des Herrn Finanzministers Grasser auf der anderen Seite bei master-talk, nämlich vor allem bei Siemens, war, und dann wird sich relativ schnell herausstellen, dass auf der einen Seite des Verhandlungstisches der Herr Finanzminister Grasser gesessen ist und auf der anderen Seite des Verhandlungstisches für die Unternehmen Siemens eine Ex-Politikerin, nämlich die Brigitte Ederer, und diese zwei Personen sich die 30 Millionen € ausgeschnapst haben, die heute keiner mehr erklären kann. Aber wie gesagt, das werden wir dann den Herrn Peschorn fragen, welche Wahrnehmungen er zu diesem Deal zwischen ...

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Vielleicht formulieren Sie noch eine Frage an die jetzige Auskunftsperson, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das werden wir Herrn Peschorn fragen, welche Wahrnehmungen er zu diesem Deal zwischen der Ex-SPÖ-Staatssekretärin Ederer und dem Herrn Finanzminister Grasser damals hat.

Das war nur noch eine ausführende Stellungnahme zu meiner Befragung. Weitere Fragen haben wir nicht.

Abgeordneter Johann Hell (SPÖ): Frau Mag. Varga, eine Frage: Waren Sie aufgrund Ihrer Tätigkeit bei dem Projekt TETRON in einer Arbeitsgruppe oder Projektgruppe, als es um die Vergabe dieser Blaulichtfunksysteme gegangen ist?

Mag. Andrea Varga: Im Rahmen des Vergabeverfahrens war ich in der Projektgruppe vertreten. Ja.

Abgeordneter Johann Hell (SPÖ): Das heißt, auch die Entscheidungen sind ja in dieser Projektgruppe dann getroffen worden?

Mag. Andrea Varga: Genau. Ich war, wie gesagt, verantwortlich für die vergaberechtliche Abwicklung, und ich habe dann auch in der Vergabekommission sozusagen den vergaberechtlichen Teil mitunterschrieben.

Abgeordneter Johann Hell (SPÖ): Haben Sie dort Koordinierungsaufgaben gehabt?

Mag. Andrea Varga: Ich meine, jede Vergabe ist ein bisschen eine Koordinierungsaufgabe, aber alles, was sozusagen jetzt an die Teilprojektgruppen weitergegeben wurde, ist dann über den Generalmajor Skorsch gelaufen. (Abg. **Hell:** Keine Fragen mehr! Danke!)

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl dankt – da keine weiteren Fragen vorliegen – der **Auskunftsperson Mag. Varga**, verabschiedet diese – und leitet über zur **nichtöffentlichen** Sitzung.

18.06

(Fortsetzung: 18.07 Uhr bis 18.15 Uhr – und damit bis Schluss der Sitzung – unter **Ausschluss der Medienöffentlichkeit**; gesonderte **Auszugsweise Darstellung**; **nichtöffentlicher Teil**.)

ANHANG

Die folgenden Einwendungen von Auskunftspersonen wurden gemäß § 23 Abs. 4 VO-UA vom Untersuchungsausschuss in seiner Sitzung vom 9. Oktober 2012 als zulässig beschlossen:

Hinweis: Aus technischen Gründen stimmen die angegebenen Seitenzahlen nicht immer exakt mit dem Protokoll überein.

**Einwendungen der Auskunftsperson Generalmajor Ing. Peter SKORSCH
gem. § 23 Abs. 4 VO-UA
zum Wortprotokoll der 35. Sitzung des Untersuchungsausschusses
zur Klärung von Korruptionsvorwürfen am 6. Juni 2012**

- 2.** Auf Seite 62, 3. Absatz muss es statt „E-Netz“ richtig „BM.I-Netz“ lauten.
- 3.** Auf Seite 62, 4. Absatz muss es statt „E-Netz“ richtig „BM.I-Netz“ lauten.
- 4.** Auf Seite 62, 8. Absatz muss es statt „ACE“ richtig „AC“ lauten.
- 6.** Auf Seite 86, letzter Absatz muss es statt „Denk“ richtig „Tengg“ lauten.

Einwendungen der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Oliver SCHMEROLD**gem. § 23 Abs. 4 VO-UA****zum Wortprotokoll der 35. Sitzung des Untersuchungsausschusses****zur Klärung von Korruptionsvorwürfen am 6. Juni 2012**

1. Auf Seite 93, 10. Absatz muss es statt „Alcatal-Lucent bzw. Alcatal.“ richtig „Alcatel-Lucent bzw. Alcatel.“ lauten.
2. Auf Seite 93, 12. Absatz muss es statt „Rauscher.“ richtig „Rauscha.“ lauten.
5. Auf Seite 112, 2. Absatz muss es statt „Textbetrieb.“ richtig „Testbetrieb.“ lauten.